

Das Argument

93

17. Jahrgang 1975

Umwelt. Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur

Editorial: Umweltkrise im Schatten der Wirtschaftskrise	767
Dieter Hassenpflug: Umwelt zu Marktpreisen? Eine Kritik am Umweltgutachten 1974	769
Ulrich Hampicke: Kapitalistische Expansion und Umweltzerstörung	794
Hans Immler: Die Notwendigkeit von Stoff- und Energiebilanzen im Betrieb	822
Diskussion: Sexualität und Herrschaft	
Sieglinde Tömmel: »Männlicher« Kapitalismus und »weiblicher« Sozialismus. Zur Kritik an Herbert Marcuses Aufsatz »Marxismus und Feminismus«	835
Rudi Camerer: Alice Schwarzers sexuelle Utopie und die Entpolitisierung der Frauenbewegung	847
Jakob Hempel: Feminismus und Psychotherapie bei Phyllis Chessler	854
Thorsten Graf und Manfred Herzer: Zur neueren Diskussion über die Homosexualität	859
Besprechungen:	
Kommunikationsforschung; Faschismus; CDU/CSU	875

Editorial

Umweltkrise im Schatten der Wirtschaftskrise

Im Zentrum dieses Heftes steht das gegenwärtig vordringlichste Teilproblem des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur: die Gefährdung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschheit. In Gestalt rasch sich verschärfender Umweltkrisen macht sich ein wahrer Aufstand der Natur gegen die Art und Weise ihrer Aneignung geltend.

Wir befassen uns mit diesem Thema zu einem Zeitpunkt, zu dem es schon wieder Mode geworden zu sein scheint, sich nicht mehr damit zu befassen. Erinnern wir uns: Noch vor zwei Jahren hieß die Parole *Wachstumsbeschränkung*¹, um die physischen Grenzen des Wachstums nicht zu überschreiten und um fünf Minuten vor Zwölf die Menschheit vor der „ökologischen Katastrophe“ zu bewahren. Heute heißt die Losung schon wieder *Wachstumssteigerung* um jeden Preis. So schnell dreht sich das Krisenkarussell, so kurzatmig hastet das Krisenmanagement hinterher.

War das Gerede von der Umweltkrise also nur ein Bluff? Wie jeder mehr oder weniger drastisch sehen bzw. riechen kann, war es das offenkundig keineswegs! Sondern in einer Periode anhaltender Verwertungskrise des Kapitals droht von seinen politischen Vertretern alles über Bord geworfen zu werden, was der Verwertung des Werts entgegensteht. Der natürliche Reichtum bleibt wieder fast bedingungslos dem Kapital ausgeliefert. Indem eine auf die Wirtschaftskrise hilflos *reagierende*, weil ihre Wurzeln nicht antastende Wirtschaftspolitik über den engen Zusammenhang von Produktion und Reproduktion hinwegsieht, wird der schwarze Peter bloß vor sich hergeschoben: Die Wachstumspolitik von heute wird zwangsläufig zu einer Wachstumskrise von morgen führen.

Die Autoren dieses Heftes befassen sich mit dem Themenschwerpunkt unter drei Gesichtspunkten. Dieter Hassenpflug setzt sich mit der wissenschaftlichen Politikberatung auseinander und analysiert das in der BRD erstmalig vorgelegte Umweltgutachten. — Ulrich Hampicke setzt die ökonomischen Entwicklungsgesetze kapitalistischer Gesellschaften ins Verhältnis zu den erkennbaren naturalen

1 Vgl. zur Studie des „Club of Rome“ den Aufsatz von Hans Immler, Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise?, in: *Argument* 82, 15. Jg. 1973, S. 804—822. Vgl. ferner den Literaturbericht von H. Immler zur Umweltpolitik, in: *Argument* 90, 17. Jg. 1975, S. 287—297.

Schranken der Produktion und zeigt zugleich die Ursachen bereits bewirkter — als auch das Ausmaß möglicher — Zerstörungen. Während die bisherigen Maßnahmen und Projekte staatlicher Umweltpolitik in der BRD die einzelbetriebliche Sphäre weitgehend aus dem Spiel lassen, begründet Hans Immler in seinem Beitrag die Forderung nach natürlicher Kontrolle betrieblicher Prozesse und diskutiert deren gesellschaftliche Implikationen.

Zur Behandlung der Umweltprobleme bedarf es einer integrierten sozial-, ingenieur- und naturwissenschaftlichen Betrachtung. Insofern leisten die Beiträge dieses Heftes unter methodischem Gesichtspunkt auch einen Beitrag zur fälligen Überwindung der klassischen Trennung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften, wie wir sie im Editorial unseres Heftes über *Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen* gefordert haben².

Zum Diskussions-Schwerpunkt: 1962 befaßten wir uns erstmalig — und gleich in drei aufeinanderfolgenden Heften — mit dem Verhältnis von Sexualität und Herrschaft. War damals die *Emanzipation der Frauen* und der Kampf gegen ihre Unterdrückung die Losung, so könnten die drei kritischen Diskussionsbeiträge zum Feminismus auf den ersten Blick den Eindruck erwecken, das *Argument* sei nun zu den Kritikern der Emanzipationsbewegung gestoßen. Das Gegenteil ist der Fall. Es geht um die Kritik einer scheinradikalen Position, die ihre Anhängerinnen nicht nur in ausweglose Sackgassen zu führen, sondern auch nachhaltig zu entpolitisieren droht. Wir fühlten uns also nicht etwa verpflichtet, anlässlich des Jahrs der Frau nun auch etwas über die Frauen zu veröffentlichen; sondern der von den Massenmedien und einigen geschäftstüchtigen Großverlagen unterhaltene feministische Rummel, der die Vermarktung von Frauenfragen gedeihen läßt und Existenzprobleme der Frauen durch scheinbare Bejahung der Sexualität pornographisch einem allgemeinen Voyeurismus preisgibt, vor allem aber der Widerhall, den diese Ablenkungsshow findet, bestimmte uns, der Kritik der feministischen Ideologie noch einmal³ Platz einzuräumen. In diesem Zusammenhang schien es uns auch sinnvoll, einen Diskussionsbeitrag aus der „Homosexuellen Aktion Westberlin“ (HAW) aufzunehmen, der einerseits gegen „feministische“ Tendenzen in der HAW ankämpft, andererseits Einspruch erhebt gegen die traditionelle Diskriminierung der Homosexualität in der sozialistischen Arbeiterbewegung.

2 Vgl. Rolf Nemitz, Die Einbeziehung von Fragen der Naturwissenschaften in das Programm dieser Zeitschrift, Editorial zu: *Argument* 88, 16. Jg. 1974, S. 801 ff.

3 Vgl. Frigga Haug, Die mißverstandene Emanzipation, in *Argument* 67, 13. Jg. 1971; F. Haug, Verteidigung der Frauenbewegung gegen den Feminismus, in: *Argument* 83, 15. Jg. 1973.

Dieter Hassenpflug

Umwelt zu Marktpreisen?

Eine Kritik am Umweltgutachten 1974

Inhalt

- I. Einleitung
- II. Die Hauptaufgabe der Umweltpolitik
 1. Zum Wissenschaftsverständnis der Sachverständigen
 2. „Bewertung“ als Angelpunkt
 3. Die Ohnmacht des Subjekts
- III. Zur Genesis quantifizierender Vernunft in der Umweltpolitik
 1. Der Zusammenhang von Tauschabstraktion und quantifizierender Vernunft
 2. Quantifizierende Vernunft und Zweck-Mittel-Rationalität
 3. ‚Blauer Dunst‘ in der Umweltpolitik
 - 3.1 Sichtbarmachung von Unsichtbarem
 - 3.2 Verdopplung des Marktpreissystems in ein privates und ein soziales
- IV. Konkretisierungen staatlicher Umweltpolitik*
 1. Kosten- und Gebrauchswertkalkül
 2. Kosten und Zielverzichte
 3. Bürgerinitiativen als institutionalisierte Gegenkräfte
- V. Schlußbemerkung

I. Einleitung

Die Umweltkrise, was immer man darunter verstehen mag, signalisiert ein hohes Maß an Elend in der Lebensbewältigung in den betroffenen industrialisierten Gesellschaften. Dieser Feststellung scheint die Erfahrung völlig zu widersprechen, daß heute, ganz anders als in vergangenen Zeiten, Planer, Sozialtechnologien und Technokraten, ausgestattet mit dem fortgeschrittensten Stand instrumentellen Wissens, am Werk sind. Informationen werden in nie dagewesenem Umfang gesammelt und aufbereitet, als Daten gespeichert; es wird rationalisiert, quantifiziert und so ziemlich alles berechenbar gemacht, in Modelle und Systeme eingebracht usw. Man hat alles in Griff, alles ist unter Kontrolle... Fügen wir diese disparaten Momente zu einem einheitlichen Bild zusammen, so ergibt sich: Es herrscht allenthalben ein verführerischer *Schein* von Lebensorganisation und -bewältigung. Hier ist auch die Funktion des Umweltgut-

* Die Teile IV. und V. dieser Arbeit werden einem der folgenden Hefte veröffentlicht.

achtens 1974 des Sachverständigenrats für Umweltfragen angesiedelt: Objektiv stellt es einen bemerkenswerten Beitrag zur Verfestigung dieses trügerischen Gewebes aus Machbarkeit, Kontrollierbarkeit und instrumenteller Vernunft dar.

Die vorliegende Arbeit versucht anhand einer Kritik großer geschlossener Teile des Umweltgutachtens¹ nachzuweisen, daß die ‚Gegenstrategien‘ gegen die immer weiter um sich greifende Umweltzerstörung (bemerkenswerterweise auch ‚Umweltschutz‘ genannt) dem tatsächlich vorhandenen Mangel an Lebensorganisation strukturell verhaftet bleiben. Damit gerät ‚Umweltschutz‘ unversehens zum ‚Schutz‘ bzw. Stabilisierungsmoment vorausgesetzter Lebens(un-)organisation. Ziel des Aufsatzes ist es also, durch eine Kritik des Umweltgutachtens dem Klassencharakter von Umwelttheorie und -politik auf die Spur zu kommen.

Für unser Vorhaben liefert das Gutachten eine ausgezeichnete Grundlage. Das liegt einmal an der Materialfülle, die es aufgrund seiner zusammenfassenden Funktion bezüglich des sonst schwer überblickbaren Bereichs der ‚Umweltforschung‘ bietet. Zudem will das Gutachten, eigenem Anspruch gemäß, nicht nur einfach Informationen, sondern praxiswirksam ausgewählte und aufbereitete Informationen liefern. Die Stellung des Umweltgutachtens im System wissenschaftlicher Politikberatung macht es gewissermaßen zu einem Schlüsseldokument dafür, wie in der BRD theoretisch und praktisch an die Überwindung der Umweltkrise herangegangen wird.

Das Umweltgutachten ist, sowohl was die Form als auch was die Funktion betrifft, den Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stark nachempfunden. Analog zu den ‚fünf Weisen‘ des Wirtschaftssachverständigenrats, jenen sisyphegleichen Gestalten, die in andauernder Ergebnislosigkeit die zyklischen Ausschläge der Konjunktur ‚bearbeiten‘, hat der damalige Innenminister Genscher durch Erlaß vom 28. 12. 71 den zweiten (Umwelt-)Sachverständigenrat installiert. In § 2 (1) die-

1 Das 335 engbedruckte Seiten starke Umweltgutachten 1974 ist das Produkt von 12 Mitgliedern des Rates von Sachverständigen, 16 weiteren, vom Rat hinzugezogenen Wissenschaftlern zahlreicher Disziplinen und weiteren 18 genannten Mitarbeitern. Diese hohe Zahl von immerhin 46 unmittelbar beteiligten wissenschaftlichen Kopfarbeitern hat zu einer enormen Zusammenballung empirischer und theoretisch-instrumenteller Informationen geführt, deren vollständige Rezeption einen einzelnen vor beträchtliche Anforderungen stellt. Wenn man von der Gesamtheit der ins Auge zu fassenden Gesellschaftsformation keinen Begriff hat, dann kann es geschehen, daß man noch die allerletzte Information, das winzigste empirische Detail für unverzichtbar hält — dies scheint der geheime Grund für die enzyklopädische Wut der Ratsmitglieder bei der Erfassung und Verarbeitung dessen, was sie zum Bereich der Umweltforschung zählen, zu sein: Herausgekommen ist ein gut 1000ziffriges Konvolut, eingeschlossen die 92 Empfehlungen an die Politik (9 allgemeine, 53 bereichsbezogene und 30 forschungsbezogene Empfehlungen).

ses 1. Erlasses über die Einrichtung eines Rates von Sachverständigen für Umweltfragen heißt es über die Aufgabenbestimmung: „Der Rat ... soll die jeweilige Situation der Umwelt und deren Entwicklungstendenzen darstellen sowie Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder zu deren Beseitigung aufzeigen“ (Gutachten 1974, S. 254)².

Die vorliegende Kritik des ersten Arbeitsergebnisses dieses neuen Rats ist folgendermaßen aufgebaut: Der erste Hauptteil befaßt sich mit dem Wissenschaftsverständnis der Gutachter, versucht zu verdeutlichen, wo sie ihre wesentlichen Probleme sehen. Indem sie die Bewertung (Quantifizierung) von Zustandsformen der Umwelt (Qualitäten) als von vornherein gültige Hauptaufgabe der Umweltpolitik begreifen, erscheinen alle Probleme in der Umweltpolitik zwangsläufig als technische: Bewertet muß werden! Fragt sich nur wie. Genau dort aber, wo für die Sachverständigen kein Problem existiert, nämlich bei dem zur Voraussetzung gemachten Bewertungs-Imperativ, sehen wir unser Problem: Wir fragen, wie es überhaupt zu diesem Anspruch des ‚Bewertenmüssen‘ kommt. Der zweite Hauptteil befaßt sich demzufolge mit dem Zusammenhang von Genesis und Geltung der ‚quantifizierenden Vernunft‘ in der Umweltplanung. Allein diese Problemstellung erweist sich als adäquater Ansatz zur Erfassung der Widersprüchlichkeit bürgerlicher Umweltpolitik: Sie muß sich am Bewertungsproblem abarbeiten — so versuchen wir nachzuweisen —, weil eine substantielle Veränderung der Lebensqualität erzielt werden soll, aber im Kapitalismus eben nicht erreicht werden kann. Auf dieser Grundlage wird dann im dritten Hauptteil das Umweltgutachten noch einmal gründlich angegangen. Hier wird exemplarisch gezeigt, wie der Widerspruch in der Umweltpolitik sich betätigt. Er tut dies in Form einer zirkelhaften, konkretistischen Denkbewegung, welche einer bestimmten Logik gehorcht, nämlich der des zur Voraussetzung gemachten Bewertungsanspruchs.

Unser Aufsatz will zur Beantwortung der Frage beitragen, wie wir anders als äußerlich, etwa ohne die dem qualitativen Ganzen der Natur gegenüber indifferente Kosten- und Bewertungsrationalität bürgerlicher Umweltpolitik, an die Verbesserung unserer Lebensbedingungen herangehen können.

II. Die Hauptaufgabe der Umweltpolitik

1. Zum Wissenschaftsverständnis der Sachverständigen

Eine Auseinandersetzung mit den Auffassungen der Sachverständigen über das Verhältnis von Theorie und Praxis an den Anfang zu

2 Ein Vergleich dieses Auftrags mit demjenigen des Sachverständigenrats für Wirtschaftsfragen zeigt interessanterweise, daß hier völlig jene Restriktion fehlt, die die Wirtschaftssachverständigen dazu vergattert, ihre Mittel dort zu suchen, wo die Grenzen der ‚marktwirtschaftlichen Ordnung‘ nicht überschritten sind (vgl. Gesetz zur Bildung eines Sachverständigenrats, § 2).

stellen erscheint sinnvoll, weil davon ausgegangen werden kann, daß die Ansichten über dieses Verhältnis in erheblichem Maße Problemstellung und Ziele der Gutachtertätigkeit vorstrukturieren. Was die Gutachter als ihre Hauptaufgabe ansehen und wie sie sie bewältigen wollen, ist abhängig von ihrem Wissenschaftsverständnis.

Bereits in der ersten Ziffer macht der Sachverständigenrat unmißverständlich deutlich, daß er sich einer wissenschaftstheoretischen Tradition verpflichtet fühlt, die die Trennung von Wissenschaft und Politik zur Voraussetzung hat, die Werturteilsfreiheit³, die heute geradewegs zum Prinzip wissenschaftlicher Politikberatung in der BRD geworden ist. Die Sachverständigen führen die Separation von Theorie und Politik allerdings etwas kleinmütig und nicht allzu sauber durch, doch die konformistische Grundstruktur bleibt gut erkennbar: „So selbstverständlich die Umweltprogramme des Bundes und der Länder als staatliche Zielvorgaben in alle Überlegungen des Rates einbezogen wurden, so deutlich will er den Unterschied zwischen politischem Programm und Gutachten gewahrt sehen. Gewiß ist sich der Rat der politischen Bedeutung des Themas und seiner damit verbundenen Verantwortung bewußt. Aber seine Unabhängigkeit, seine Entlastung von der unmittelbaren politischen Entscheidung ermöglicht eine eigene, von der Tagespolitik unabhängige Sicht der Dinge“ (Ziff. 1). Hier wird also jene Form der Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Politik propagiert, die mit der institutionellen Vereinnahmung des Zweck-Mittel-Kalküls einhergeht, wodurch beide Momente völlig gegeneinander verselbständigt werden: Die Politik ist zuständig für die Zielformulierung und trägt die Verantwortung für die praktische Verwirklichung, hingegen ist die Wissenschaft auf die Instrumentenbeschaffung und Mittelauswahl verwiesen. Sie hat Empfehlungsrecht. Die Rationalität der Zwecke bleibt hier prinzipiell vorausgesetzt. Der Wissenschaft geht es hier also allein um Veränderungen und Verbesserungen im Mittelbereich; Forschung bedeutet Weiterentwicklung von Techniken und Instrumentarien zur Erreichung akzeptierter vorgegebener Ziele.

Das instrumentelle Verständnis von Wissenschaft läßt den Zusammenhang von Zielen und Mitteln ganz aus dem Blickfeld geraten: Ziele sind immer zu vermittelnde, d. h. die Ziele sind den Mitteln, mit denen sie realisiert werden (sollen), niemals äußerlich. Dieses methodologische Problem kommt den Sachverständigen überhaupt

3 Über diese hat Max Horkheimer im Jahre 1937 aus damals aktuellem Anlaß folgende Bemerkung gemacht: „Wenn das Fachdenken in beflissenem Konformismus jede innere Verbindung mit sogenannten Werturteilen ablehnt und in unentwegter Sauberkeit die Trennung von Erkenntnis und praktischer Stellungnahme durchführt, so hat der Nihilismus der Macht-haber in der Wirklichkeit mit solcher Illusionslosigkeit brutalen Ernst gemacht. Werturteile gehören nach ihm entweder in die nationale Dichtkunst oder vor das Volksgericht, jedenfalls nicht vor die Instanz des Denkens.“ Horkheimer, M.: Traditionelle und kritische Theorie, Nachtrag von 1937. Frankfurt/M., Hamburg 1970, S. 60.

nicht in den Sinn. Indem sie vielmehr auf die Unterscheidung von politischem Programm und Gutachten bzw. auf die ‚Unabhängigkeit‘ ihrer Ausführungen von tagespolitischen Erwägungen pochen, schließen sie sich jener ‚wissenschaftlichen‘ Tradition an, die objektiv darauf hinausläuft, Wissenschaft der gesellschaftlichen Verantwortung für ihr Tun zu entziehen. Durch die Dezision sichert sich die ‚wissenschaftliche Politikberatung‘ des Sachverständigenrates eine — allerdings nur scheinbare — Position der Unangreifbarkeit. Das Versagen der Praxis geht — diesem Verständnis zufolge — immer zu Lasten des irgendwo profanen und unvernünftigen Tuns jener, die für den Bereich der praktischen Zielerreichung zuständig sind; und das sind in erster Linie die Politiker und auf keinen Fall die Wissenschaftler. So will es jedenfalls das ‚reine‘ dezisionistische Modell.

Dies finden wir im Gutachten allerdings ein wenig verzerrt wieder⁴. Der Rat möchte den Politikern nicht die ganze Verantwortung für ein mögliches Versagen der Umweltpolitik anlasten, will jedoch selbst auch keinerlei Verantwortung übernehmen. Er verfällt auf eine bemerkenswerte Lösung: Die Wissenschaft sei prinzipiellen Erkenntnisgrenzen unterworfen, für deren Folgen *niemand* eintreten könne. Beachte man jedoch weise diese ‚Tatsache‘, dann verstehe sich von selbst, daß Wissenschaft nur Entscheidungshilfe sei. „Selbstverständlich bleiben Prognosen über bestimmte ökonomisch-ökologische Entwicklungen immer problematisch. Obwohl die Volkswirtschaftslehre sowohl von der Methode wie von den Daten her ein unvergleichlich besseres Instrumentarium der Analyse und Prognose besitzt, als es auf dem noch neuen Gebiet der Umwelt zur Verfügung steht, ist sie von der Entwicklung auf dem Energiemarkt und deren wirtschaftlichen Folgen überrascht worden. Trotzdem (obschon alle Prognosen sich als überflüssig erwiesen! — D. H.) kann die Volkswirtschaft auf die Anwendung des Prognoseinstrumentariums nicht verzichten. Das gleiche gilt für den Umweltbereich. Auch wenn ge-

4 Im Umweltgutachten sind Elemente anderer Modelle enthalten, auf die hier nur kurz verwiesen werden kann: Im Rahmen der Ausführungen zum sog. ökologisch-ökonomischen Gesamtmodell sind Andeutungen eines funktionalistischen bzw. technokratischen Modellverständnisses zu finden. Man vergleiche dazu etwa die Diskussion der Systemtheorie im Anhang 1.1.3, Ziff. 763—773. Auch Momente eines ‚pragmatischen Modellbegriffs‘ sind im Gutachten aufzufinden. Vergleiche hierzu ausführlich: Schuon, K. T.: *Wissenschaft und Politik in der spätkapitalistischen Klassengesellschaft*, in: *Das Argument* 65, 1971, S. 350 ff. Beispielsweise lesen wir bei den Umweltsachverständigen: „Diese Lage (der fortschreitenden Umweltdiskussion etc. — D. H.) zwingt zu einer ständigen Überprüfung der bisherigen Ergebnisse, zur Aufnahme, Einarbeitung und Beurteilung neuer Problemfelder und zur *Diskussion der Gewichtungen und der Ziele*“ (Ziff. 6, Hervorh. durch mich — D. H.). Die Möglichkeit einer Zieldiskussion im Rahmen der Begutachtung ist hier also doch zugelassen. Der methodologische Standort der Gutachter scheint gerade sein Nicht-Vorhandensein zu sein, seine beliebige Subsummierbarkeit unter alle möglichen Varianten wissenschaftlicher Politikberatung.

rade auf diesem Gebiet mit unvorhersehbaren Entwicklungen gerechnet werden muß, die sich der systematischen Erfassung und Prognose widersetzen, so sind auch hier entsprechende Verfahren unentbehrlich“ (Ziff. 5).

Selbst also einer so ‚entwickelten‘ Disziplin wie der Volkswirtschaftslehre sei eine mehr oder minder prinzipielle Mangelhaftigkeit eigentümlich — gegen die nicht ein einziges methodisches Kraut gewachsen sei. Mit solchen Feststellungen über die ‚Natur menschlicher Erkenntnisfähigkeit‘ ist nun meines Erachtens ein unendlich großer Spielraum für alle Beteiligten, für Politiker und insbesondere für die Wissenschaftler, geschaffen, sich nach Belieben der Mitverantwortung für das bereits voraussehbare Versagen der Umweltpolitik zu entziehen. Dies ist aber zugleich auch ein verdecktes Eingeständnis, daß Wissenschaft wahrheitsfähige Aussagen grundsätzlich nicht treffen kann. Diese Schlußfolgerung wird allerdings von den Sachverständigen überhaupt nicht geteilt. Anstatt also den Schreibstift wegzulegen, rasonnieren sie: Ist die Umweltwissenschaft, dieses junge zarte Pflänzchen, erst mal ein bißchen älter und reifer, dann wird sie ähnlich Hervorragendes leisten wie die gediegene und bewährte Volkswirtschaftslehre. Die Qualität der Umweltwissenschaft wird wachsen, sich der enormen Qualität der Volkswirtschaftslehre nähern, und zwar in dem Maße, in dem ihr Instrumentarium anwächst, ihre wissenschaftlichen Arsenale im Zeitablauf angefüllt werden. Ihrem Alter hat die Volkswirtschaftslehre also die Überlegenheit ihrer Instrumente zu verdanken. Und wie ist es mit ihnen bestellt? Die Antwort ist, wie ein Blick auf das Zitat unmißverständlich zeigt, geradezu ungeheuerlich: Wir dürfen uns auf Überraschungen, auf unvorhergesehene Entwicklungen gefaßt machen.

Überlassen wir mithin den Gelehrten dieser beiden Disziplinen, der elaborierten Volkswirtschaftslehre und der noch unreifen Umweltlehre, und den ihre Empfehlungen anwendenden Politikern das Feld der Umwelttheorie und -praxis, dann können wir unser blaues Wunder erleben.

Wissenschaftliche Fortschritte sind, dem Selbstverständnis der Gutachter zufolge, durch Verbesserungen im Instrumentenbereich zu erzielen. Wie diese Verbesserungen zu verwirklichen sind, anders ausgedrückt, worin die Sachverständigen die Hauptaufgabe der Umweltpolitik sehen, wollen wir jetzt genauer betrachten.

2. ‚Bewertung‘ als Angelpunkt

Nach Ansicht der Sachverständigen weist der § 2 (1) des Errichtungserlasses darauf hin, daß ihre „wichtigste Aufgabe in der unabhängigen Erfassung und Bewertung des Gesamtzustandes und einzelner wesentlicher Bereiche der Umwelt zu sehen ist“ (Ziff. 1). Was haben wir unter ‚Bewertung‘ zu verstehen? „Angesichts der Aufgabe, eine Bewertung des Gesamtzustands unserer Umwelt vorzunehmen, diskutierte der Rat zunächst die Möglichkeit, mit Hilfe eines integrierten onomisch-ologischen Gesamtmodells (im folgenden:

ö.-ö. Modell — D. H.) die wichtigsten Zustände und Entwicklungen auf dem Umweltsektor und ihre Verflechtungen darzustellen. Das Ziel dieses Ansatzes wäre eine Art ökologischer Buchführung, die tatsächlich eine ... Begutachtung der Umweltsituation und Umweltbedingungen ... erlaubte" (Ziff. 2, Herv. d. Rat). Das integrierte ö.-ö. Gesamtmodell soll „eine rechnerische Darstellung der gesamten Umweltentwicklung“ ermöglichen und „Grundlage der Politik“ sein (Ziff. 3). Mit Hilfe dieses Modells könnten „alle wesentlichen auf unsere Umwelt einwirkenden Faktoren erfaßt und in ihrer Wechselwirkung dargestellt werden“ (Ziff. 4), wobei hervorzuheben sei, daß „damit auch Vorschläge zur Abhilfe und Verbesserung zu verbinden sind ...“ (Ziff. 1).

Erwecken diese Charakterisierungen in der Selbstsicherheit, mit der ihre Relevanz betont wird, den Anschein, als gäbe es bereits eine einigermaßen präzise und theoretisch abgesicherte Vorstellung von einem solchen Modell, so lesen wir, daß eine „Realisierung in der ... vorgesehenen Zeit — wenn nicht überhaupt — undurchführbar sein würde“ (Ziff. 3). Wird oben getönt: „Die Vorteile dieses methodischen Ansatzes liegen auf der Hand“ (Ziff. 2), so erfahren wir jetzt, daß „abgesehen von einigen Entwürfen, deren Abstraktionsgrad zudem viel zu hoch ist, um praktisch verwertbare Lösungen zu erbringen — für ein integriertes Gesamtmodell ... noch kaum methodische Vorarbeiten“ (Ziff. 3) vorliegen. „Insbesondere fehlt bis heute die Festlegung verbindlicher Indikatoren und Indizes, die eine Bewertung der verschiedenen Einflüsse auf unsere Umwelt erlauben“ (ebd.).

Der letzte Satz läßt die methodische Struktur der Argumentation deutlich werden. Was immer sich auf dem Gebiet der Forschung und Datengewinnung etc. abspielen mag, eines steht von vornherein fest: *es muß bewertet werden!* Mögen die Probleme noch so groß sein, mögen etwa bislang noch alle dazu notwendigen ‚intersubjektiv‘ gültigen Maßeinheiten fehlen. „Die Beschäftigung mit Bewertungsproblemen“ — und *eben nicht mit der Frage, woher überhaupt der Imperativ des Bewerten-Müssens kommt* — ist der zentrale „Schritt im sozio-ökonomischen Planungsprozeß“ (Ziff. 751, vgl. auch Ziff. 818). Mit keinem einzigen Wort wird in dem ganzen Gutachten der Versuch unternommen, den auf ‚Bewertung‘ hinauslaufenden Planungsanspruch auf seine Geltung zu befragen.

Inzwischen wissen wir zwar, daß ‚bewertet‘ werden muß, doch sind wir über den Begriff selbst immer noch im unklaren. Zunächst einmal wird unter ‚Bewertung‘ nahezu alles verstanden, was mit dem ö.-ö. Gesamtmodell zusammenhängt. Entsprechend unscharf ist der Begriff: Ganz allgemein gesprochen, sollen Bewertungskalküle dazu dienen, in irgendeiner Form allokativen bzw. reproduktionswirksamen Entscheidungen auf eine rationale Grundlage zu stellen. Beispielsweise sollen durch Bewertungen qualitative Zustände, Objekte, Sachverhalte etc. quantifiziert werden, um sie für Entscheidungsprozesse dispositiv zu machen. In den Umkreis des Bewertungsproblems fallen u. a. Nutzen- und Schadensbewertungen, Landschaftsbewertungen (vgl. Ziff. 900 ff.), physikalische Maßeinheiten, Sozialindikatoren

(die etwa bei der Erstellung eines volkswirtschaftlichen Maßes für die Lebensqualität, ein sogenanntes ‚qualitatives Sozialprodukt‘, Anwendung finden sollen — vgl. Ziff. 757 ff.), Stoffbilanzierungen⁵, Kosten-Nutzen-Vergleiche (Ziff. 819), vielfältige Versuche, ordinale und kardinale Rangordnungen, Skalierungen etc. mittels Indikatoren und Indizes zustande zu bringen etc. (man vergleiche den Anhang I). Es läßt sich also eine große Zahl von Inhalten für den Bewertungsbegriff feststellen. Er ist diffus. Die Gutachter hingegen betrachten ihn als homogen und als universell anwendbar: „Man kann allen vorstellbaren Sachverhalten Zahlen zuordnen (welche Zahl hat der Duft einer Rose? 9, 73, π oder 1001? — D. H.). Fraglich ist nur“, so fahren sie fort, „in welchem Maße die Zahlen die Realität ausreichend richtig wiedergeben. Bei physikalischen und technischen Größen wird dies eher der Fall sein als bei Quantifizierungen in anderen gesellschaftlichen (sozialen und politischen) Bereichen“ (Ziff. 778). *Selbst also die gänzlich differenten ‚Gegenstandswelten‘ der Natur und der sozial-ökonomischen Gebilde büßen ihre qualitative Differenz in der Grenzenlosigkeit des Bewertungsbegriffs der Sachverständigen ein.*

Der Rat sieht also seine Hauptaufgabe bei der Verbesserung und dem Ausbau der Umweltforschung, was mit entsprechenden Veränderungen im Instrumentenbereich der Umweltpolitik identisch ist, in der exzessiven Bewertung, d. h. der Quantifizierung aller nur denkbaren ‚Bereiche‘ und ‚Zustände‘ der Umwelt. Die dadurch gewonnenen Größen sollen dann entweder in ein ö.-ö. Gesamtmodell

5 Beispiel: Teile der Landschaft sollen bewertet, d. h. quantifiziert werden, damit entschieden werden kann, ob sie zum Schutzgebiet oder Industrieansiedlungsgebiet o. ä. erklärt werden können. Oder: Schäden in der Natur sollen in die quantitative Form von Kosten transformiert werden, damit z. B. entschieden werden kann, wer sie bezahlt, oder ob es lohnt, sie zu beseitigen etc.

6 Die Umweltgutachter betrachten das Konzept der Stoffbilanzierung als wichtige Säule ihres ö.-ö. Gesamtmodells (vgl. Ziff. 799–806). Das Prinzip ist sehr einfach und höchst plausibel. Bei der Stoffbilanzierung geht es — unter Zugrundelegung des Einsteinschen Masseerhaltungssatzes ($E = mc^2$) — um „eine vergleichende Gegenüberstellung der aus der Natur entnommenen Rohmaterialien mit den daraus entstandenen ökonomischen Produkten...“ (Ziff. 800). Dabei kann festgestellt werden, wieviel Materie (Stoff, Strahlung etc.) aus dem Materiekreislauf einer gegebenen Volkswirtschaft *unkontrolliert* ausgetreten ist. Die permanente Erfassung und Beobachtung materieller Inputs und Outputs muß als wichtige Voraussetzung einer *kontrolliert* sich vollziehenden Naturaneignung gesehen werden. Ihre Verwirklichung setzt jedoch mindestens eine zentralisierte Kontrolle über die Materieströme, wenn nicht gar eine qualitativ höhere Produktionsweise voraus. Bei den Gutachtern reflektiert sich dies in Form sozio-ökonomisch bedingter Restriktionen: „Aufbau und Gestaltung der Organisation für die Erstellung und Prüfung von Stoffbilanzen sind insofern schwierig, als sie in den Handlungsbereich der privaten Wirtschaftssubjekte eingreifen können“ (Ziff. 801). Vgl. hierzu auch den Aufsatz von Hans Immler in diesem Heft.

integriert oder, wenn es sich um Schadensbewertungen handelt, z. B. in das ‚umweltpolitische Verursacherprinzip‘ eingebracht werden. ‚Bewertung‘ wird so zum Zauberschlüssel zur Bewältigung der Umweltkrise: *Umweltproblem und Bewertungsproblem fallen in eins zusammen!*

Indem für die Gutachter die Notwendigkeit von Bewertung gilt, gibt es für sie natürlich ganz ebenso eine Vorstellung davon, welchen Mangel die Bewertung kompensieren muß, d. h. aber auch, worin der Mangel besteht, der sich in der Umweltkrise auswirkt. Betrachten wir also im letzten Abschnitt dieses ersten Hauptteils das Bewertungsproblem aus der Perspektive des Mangels, dem Bewertung abhelfen soll.

3. Die Ohnmacht des Subjekts

Die Frage nach dem Sinn von Quantifizierungen fällt zusammen mit der Frage, welche Vorteile sich der Rat von seiner ö.-ö. Buchführung verspricht: Erst einmal in regelmäßigen Abständen zuverlässige Daten, die bestimmte Beurteilungen ermöglichen (vgl. Ziff. 2). Bei den Sachverständigen hängt der Grad der Einsicht in den Gesamtzusammenhang und damit der Erfolg des Umweltschutzes von der Menge der empirischen Informationen ab. Diese Auffassung korrespondiert mit jener, die Qualität der Wissenschaft als Funktion der Zeit anzusehen. „Zugleich würde das *Element der Zufälligkeit und Subjektivität*, das in der Gewinnung, Auswahl und Bewertung von Daten heute noch weithin vorherrscht, zugunsten eher objektiver und regelmäßiger Ergebnisse *abgelöst*“ (Ziff. 2; Herv. — D. H.)⁷. Hier wird ‚Subjektivität‘ im Zusammenhang mit dem Versagen vor den Anforderungen, die das Umweltproblem stellt, gesehen. Zufälligkeit und Subjektivität bilden *ein Element*, welches konstitutiv für die Hilflosigkeit dem Problem gegenüber ist. Weshalb wäre es denn sonst *abzulösen*? An die Stelle allgemein versagender Subjektivität soll hier nüchtern-verheißungsvolle Objektivität treten.

Daß Schwäche ein Attribut von Subjektivität ist, stellt auch das folgende Zitat keineswegs in Zweifel: „Wegen der in allen Datensammlungen und Modellrechnungen vorhandenen subjektiven *Anteile* kann es prinzipiell nicht Ziel von Quantifizierungen sein, Systemgrößen und Ergebnisse zu objektivieren. Sie können lediglich ihre *operable* Handhabung ermöglichen“ (Ziff. 778, Herv. — D. H.). In der hier nachvollziehbaren sprachlichen Bewegung von ‚objektiv‘ zu ‚operational‘ dokumentiert sich noch einmal schlagend jenes Wissenschaftsverständnis der Gutachter, demzufolge der Wissenschaft eine unausrottbare Mangelhaftigkeit eigentümlich ist. Diese Mangelhaftigkeit, so wird jetzt deutlich, ist durch Subjektivität begründet. Demzufolge kann Objektivität schlechthin niemals Ziel von Wissenschaft sein. Letztere kann allenfalls dazu dienen, den Grad an vor-

⁷ Es ist zu beachten, daß im Zitat ein anderer Bewertungsbegriff, im Sinne ‚subjektiver Meinung‘ bzw. Werturteil, verwendet ist.

handener Objektivität zu erhöhen. Dies erscheint dann im Lichte des instrumentellen Wissenschaftsbegriffs der Sachverständigen konsequenterweise als Steigerung der ‚Operationalität‘. Und wie wird der Grad der Objektivität erhöht? Durch mehr Daten, größere Sorgfalt bei ihrer Gewinnung, mehr Regelmäßigkeit bei der Datenversorgung usw., insbesondere aber durch Zurückdrängung subjektiver Anteile soweit wie irgend möglich. Und wodurch läßt sich Subjektivität zurückdrängen? *Durch Bewertung* jenes ‚Restes‘ der Natur, der sich bewerten läßt und — wie die Umweltzerstörung beweise — noch nicht bewertet worden ist. Das ist das Denkgebäude, mit dem die Umweltsachverständigen an ihre Sache, die Beendigung der Umweltvernichtung, herangehen.

Fassen wir noch einmal die Position der Sachverständigen zusammen: Wissenschaft bedeutet Verbesserung von Instrumenten zur Erreichung vorgegebener Ziele. Die Aussagefähigkeit wissenschaftlicher Modelle ist begrenzt, und zwar durch subjektive Anteile, die zwar vermindert, jedoch nicht ganz beseitigt werden können. Daher kann es grundsätzlich nicht Aufgabe der Wissenschaft sein, objektiv gültige (wahrheitsfähige) Aussagen zu machen. Vielmehr muß in ihrer Absicht liegen — zwecks Bewältigung anstehender Probleme —, möglichst operable Instrumente zu entwickeln. Dazu ist erforderlich, den eh vorhandenen Anteil an versagender Subjektivität durch Erhöhung des Objektivitätsgrades zurückzudrängen. Letzteres kann aber nur durch eine Verstärkung der Bemühungen um Quantifizierungen von Qualitäten geschehen.

Dieser Konzeption liegt freilich eine wichtige Erfahrung zugrunde, die die Sachverständigen gewiß nicht zuletzt an sich selbst machen mußten: die Einsicht in eine allenthalben sicht- und spürbare Schwäche des Subjekts. Ist nicht die Krise der materiellen Lebensbedingungen ein überzeugender Beweis für die Ohnmacht des Subjekts? Ist es von daher nicht plausibel, die „Aussicht auf Beherrschung der Komplexität in der Umweltplanung“ (Ziff. 763) dadurch zu verbessern, daß die ‚versagende Subjektivität‘ möglichst aus den Umweltschutzkalkülen eliminiert wird? Für die Gutachter, die diese Frage bejahen, wird so die „Bewertung des Gesamtzustandes ...“ zur Hauptaufgabe.

III. Zur Genesis quantifizierender Vernunft in der Umweltpolitik

1. Der Zusammenhang von Tauschabstraktion und quantifizierender Vernunft

Die Trennung von Subjektivität und Objektivität, die fehlende Vermittlung beider Momente, findet ihre systematische Begründung im Warentausch als gesellschaftlicher Verkehrsform. Indem die Menschen qualitativ ganz unterschiedliche Dinge einander gleichsetzen, d. h. auf ein ihnen gemeinsames Drittes beziehen, schaffen sie etwas, das man als ‚gesellschaftliche Objektivität‘ bezeichnen kann. Indem sie *bewußt* die Produkte ihrer Privatarbeiten gegen andere nützliche

Sachen austauschen, tun sie *unbewußt* zugleich etwas ganz anderes: Sie bewirken eine Austrocknung ihrer gesellschaftlichen Kontakte zu Beziehungen von Sachen. Das bedeutet, sie errichten durch — subjektiv gewollten — Tausch einen objektiven ‚gesellschaftlichen Zusammenhang‘, der die Subjektivität, mit der er geschaffen wurde, nicht mehr preisgibt⁸. Objektivität ist durch Subjektivität vermittelt, und dennoch erscheint beides völlig gegeneinander verselbständigt. Die im Tausch vollzogene funktionale Kommensuration qualitativ ganz differenter Gebrauchswerte läßt den sinnlich-konkreten Dingen eine zweite gesellschaftlich-objektive ‚Natur‘ zuwachsen: Sie erhalten, gleichsam als neue Qualität, ein rein quantitativ bestimmtes, abstraktes, übersinnliches Dasein: sie werden zur Ware. Die Warenform des Produkts menschlicher Arbeit bewirkt nun, daß der Lebensgewinnungsprozeß als durch abstrakte Gesellschaftlichkeit vermittelt und garantiert erscheint. Es geschieht daher, daß die absolut zwingende *Vernunft*, die darin begründet ist, daß die Menschen ihr Leben täglich aufs neue durch Konsum von Gebrauchswerten ‚gewinnen‘ müssen, mit der gesellschaftlich bedingten Form (Tauschwert) dieser Lebens-Mittel identifiziert wird. Dadurch schlüpft ‚Vernunft‘ unversehens selbst in die Haut abstrakt-objektiver Gesellschaftlichkeit. Diese Vernunft betrachten sie notwendig als naturgegebene; denn sie tritt ihnen unvermittelt — in fertiger Gestalt — als Natureigenschaft ihrer Produkte entgegen.

Versuchen wir jetzt, uns einige wichtige Bestimmungen am Beispiel der Beziehung zweier Waren zueinander zu verdeutlichen. In einem ersten Schritt betrachten wir dieses Verhältnis im Hinblick auf die *Bedingung der Möglichkeit* der Verselbständigung quantifizierender Vernunft, in einem weiteren Schritt unter dem Gesichtspunkt des Zusammenhangs von ‚Umweltkrise‘ und abstrakter (naturblinder) Gesellschaftlichkeit.

1) In der Äquivalentform wird der Gebrauchswert zur Erscheinungsform seines Gegenteils, des Werts. Diese „Umfunktionierung“ des qualitativen Universums zur Erscheinungsform bewußtloser Gesellschaftlichkeit (des Werts) bildet das Grundmodell der Verdinglichung⁹. Die Gesellschaftlichkeit selbst ist auf Basis der Wertsubstanz ‚abstrakter Arbeit‘, d. h. Arbeit in rein quantitativ-zeitlicher Veräußerungsform, als spezifisch ‚quantitative‘ bestimmt. Diese ‚quantitative Gesellschaftlichkeit‘ kann aber *als solche* nicht unmittelbar begriffen werden, da sie — nirgends positiv existent — nur am Gebrauchswert, also in der Form ihres Gegenteils erscheint. Quantitative Gesellschaftlichkeit wird so zur ‚Naturform‘ der Dingwelt. Auf diese Weise kann der Wert zur Anschauungs- bzw. zur Wahrnehmungsform der Gebrauchswerte werden.

8 Vgl. Reichelt, H.: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx. Frankfurt/M. 1970, S. 264.

9 Vgl. Krahl, H. J.: Konstitution und Klassenkampf. Frankfurt/M. 1971, S. 82 ff.

Insofern also der Tauschwert den Gebrauchswert zur Voraussetzung hat, werden die ‚synthetischen Leistungen‘ der Vermittlung von Mensch und Natur unmittelbar mit der Wertform zusammengebracht. Daher kann diese Form die Grundlage quantifizierender Formen von Vernunft liefern. Der Tauschwert als Erscheinungsform des Werts bietet der herrschenden Form von Vernunft das Material. Der Tausch setzt also im Prinzip jene quantifizierende Form von Rationalität, der wir bei den Sachverständigen in ihrer ‚Sucht‘ nach Bewertung, in ihrer Suche nach Indikatoren, Indizes, rechnerisch-operalen Plankalkülen etc. begegnen. Synthesis anders als in der falschen Unmittelbarkeit von Abstraktheit und Konkretheit zu denken, scheint ausgeschlossen¹⁰.

2) In der Äquivalentform erscheint abstrakte Arbeit in der Form ihres Gegenteils, konkreter Arbeit. Abstrakte Arbeit bedeutet, daß Arbeit nicht bewußt als gesellschaftliche entäußert wird, sondern ihre Gesellschaftlichkeit zur ‚zweiten Natur‘ der Produkte verkümmert. Durch sie ist konkrete Arbeit im Kern disqualifiziert: „... so ist es in der Tat gerade dieser unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit, der diese Verschwendung von Leben und Gesundheit der Arbeiter erzeugt“¹¹.

Abstrakte Arbeit bedeutet kapitalistisch: Verlust der Kontrolle über das Produkt, entfremdete Arbeit, Gleichgültigkeit des Arbeitenden gegenüber den Zwecken der Arbeit, heißt Instrumente benutzen, mit denen andere ihre Ziele verfolgen, heißt Verlust der Möglichkeiten, über die eigenen Lebensbedingungen zu verfügen usw. Dies alles erfahren Mensch und Natur. Abstrakte Arbeit ist blind gegenüber qualitativ bestimmter, kontrollierter Naturaneignung. Durch sie ist die Umweltkrise als Möglichkeit gesetzt. In der Vernichtung der natürlichen und geschaffenen Lebensgrundlagen des Menschen äußert sich die Indifferenz der Quantität gegenüber der Qualität. Diese Gleichgültigkeit gegenüber dem qualitativen Ganzen der Natur ist der Bewertungsrationalität in der Umweltplanung eigentümlich.

10 Dies dokumentiert sich im Umweltgutachten. So lesen wir z. B.: „Für die Komponenten eines Satzes von Umweltindikatoren gibt es zunächst keine gemeinsame Maßeinheit, welche die gleiche Funktion erfüllen könnte, wie das Geld (das Geld ist die stoffliche Inkarnation des Werts, dessen Materialisierung — D. H.) bei den Komponenten des Sozialprodukts. Es muß daher von naturwissenschaftlichen Maßeinheiten ausgegangen werden und dann über Beobachtung der Wirkungen und Bewertung von Schäden und Risiken eine stufenweise Zusammenfassung erfolgen“ (Ziff. 836, Herv. — D. H.). Oder es heißt kurz und bündig: „Solche qualitativen Daten müssen einem geeigneten und kontrollierbaren Quantifizierungsprozeß unterworfen werden, methodische Grundlagen sind dafür bekannt“ (Ziff. 835, Herv. — D. H.). Übrigens habe ich diese methodischen Grundlagen gesucht und nirgends gefunden...

11 Marx, K.: Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 99, Herv. — D. H.

2. ‚Quantifizierende Vernunft‘ und Zweck-Mittel-Rationalität

„Mit dem Kapital konstituiert sich die Herrschaft abstrakter Maßlosigkeit über die bürgerliche Gesellschaft; die maßlose Naturaneignung ist mit seinem Begriff gesetzt.“¹² In der bürgerlichen Gesellschaft, wo auch die menschliche Arbeitskraft zur Ware geworden ist, verallgemeinert sich im Zuge der Maßlosigkeit der Ausbeutung von Mensch und Natur der durch den Tausch konstituierte reale Schein von Rationalität und Vernunft. Neben den Tausch tritt hier der Profit als wesentliches, die Aneignungsweise der Natur strukturierendes Prinzip.

Im Kapitalismus ist die einfache Warenzirkulation, als abstrakte Sphäre des gesamten Reproduktionsprozesses, die Grundlage bürgerlicher Ideologieproduktion: Hier erscheinen alle Menschen in den Charaktermasken des Käufers und Verkäufers als freie und gleiche Geld- und Warenbesitzer, als Bürger. Alle treffen sich im egalitären Kostüm des Wirtschaftssubjekts auf dem Markt, wo sie unter wechselseitiger Achtung ihrer Unabhängigkeit als Eigentümer von Waren Geld gegen Ware und umgekehrt tauschen. Die einfache Warenzirkulation ist so der systematische Ort, wo reale Unfreiheit, Ausbeutung und Knechtung in der Form ihres Gegenteils, also formeller Gleichheit und Freiheit aller als Geld- und Warenbesitzer vermittelt wird¹³. Der Markt und der dort praktizierte Tausch von Äquivalenten setzen den realen Schein universeller Gleichheit und individueller Dispositionsfreiheit. *Er ist daher systematische Bezugsquelle universell gültiger Werte, Normen, formaler Systeme und allgemeinverbindlicher Entscheidungskriterien.* Gerade dadurch, daß der Markt selbst als die Synthese zwischen Mensch und Natur produzierender Ort in Erscheinung tritt, kann auch die Vorstellung entstehen, daß zusätzliche, in dieses ‚Organisationsmodell‘ eingebrachte Kriterien, Normen etc., sofern sie nur die formal-egalitären Kompatibilitätsanforderungen erfüllen, auch basiswirksam (im Sinne von Synthesis) sein können¹⁴.

12 Deutschmann, M.: Theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Mensch und Natur, in: TUB 5, 73, S. 693.

13 Indem die Sachverständigen die grundsätzliche Funktionsfähigkeit des Marktes als ‚Steuerungsinstrument‘ bzw. ‚Allokationsmechanismus‘ zu ihrem ureigensten Interesse machen und damit prinzipiell ihrer Umweltschutzstrategie voraussetzen, haben sie zugleich die Perpetuierung realer Herrschaft und Ausbeutung zu ihrem Programm gemacht: „So wird vor allem darauf hingewiesen, daß die Stabilität der Volkswirtschaft bei der Verwirklichung des Umweltprogramms nicht gefährdet werden und daß der Ordnungsrahmen der Marktwirtschaft grundsätzlich als leistungsfähiger Steuerungsmechanismus aufrechterhalten werden soll“ (Ziff. 25).

14 „Steuerungsinstrument“, so lesen wir im Umweltgutachten, „des umweltpolitischen Anpassungsprozesses bleibt dabei grundsätzlich der Markt, den jedoch die Umweltpolitik mit zusätzlichen Entscheidungskriterien zu versehen hat“ (Ziff. 566). So ist logisch, daß diese Kriterien auch im Verständnis der Verfasser Kompatibilitätsanforderungen mit dem ‚Marktpreissystem‘ genügen müssen.

Warum aber kann der Markt als Organisationsmodell und Steuerungsmechanismus erscheinen? Einmal, weil sich heute die praktische Lebensbewältigung nahezu aller Menschen über den Markt ‚vollzieht‘. Zum anderen, weil der Markt im Geld — in der Funktion des Zirkulationsmittels — über ein Medium verfügt, welches quantitative Manipulationen ermöglicht (z. B. Umverteilungen). Insgesamt bezeichnet der Marktmechanismus also jenes ‚Organisationsmodell‘ gesellschaftlicher Naturaneignung, welches die Gegenstände konkreter Bedürfnisbefriedigung — bevor sie überhaupt konsumiert werden können — mit dem Etikett zeitloser Objektivität versieht. Hier gilt konkrete Nützlichkeit schließlich erst, wenn sie eine von sich unterschiedene Form annimmt, die Preisform.

Wir können jetzt ermesen, warum substantielle Vernunft und Preisförmigkeit zu quantifizierender Vernunft zusammengehen (müssen): Weil Lebensbewältigung über den Markt vermittelt ist, über den Markt bedeutet aber in der Form bewußtloser gesellschaftlicher Koordination und Organisation, die sich in der Preisform darstellt. Hier ist also die Quelle gegeben, aus der die Sachverständigen jene Bewertungsrationalität schöpfen, die sie zur Beendigung der Umweltkrise einsetzen wollen. Umweltschutz *muß* sich für sie als Restauration und Ausweitung der Formen der Marktökonomie, der Preisform, darstellen.

Auf dem Markt sollen jedoch nicht nur einfach Waren verkauft werden, sie sollen vielmehr mit Profit verkauft werden. Die Profitkategorie verweist auf die vom Nebel formeller Gleichheit verdeckte strukturelle Ungleichheit der Warenverkäufer. Der Profit ist der in jeder Hinsicht herrschende Zweck der kapitalistischen Produktionsweise. Er bestimmt, ob produziert wird und wie produziert wird. In ihm mißt das Kapital seine Selbstverwertung. Er ist gleichgültig gegen stoffliche Zustandsformen, indifferent gegen das qualitative Ganze der Natur, bestimmt diktatorisch Richtung und Form der Naturaneignung und hintertreibt jegliche materiale, gebrauchswertorientierte Zwecksetzung.

Praktisch berechnet der Kapitalist den Profit als Überschuß über die Produktionskosten. Er hat zweierlei im Auge: die Minimierung der Kosten und die Maximierung des Gewinns. Dieses sog. einzelkapitalistische Maximierungskalkül ist von sinngebender Bedeutung. In ihm finden wir die Grundstruktur von an quantifizierbarem Erfolg orientierter Zweck-Mittel-Zuordnung: die Mittel so einsetzen, daß ein maximaler Ertrag bei minimalen Kosten erzielt wird. Instrumente und Ziele sind hier einander äußerlich: Dem Profit ist völlig gleichgültig, wie er erzielt wird.

Im einzelkapitalistischen Maximierungskalkül finden wir also die Quelle jener dem Gegenstand gegenüber äußerlichen Zweck-Mittel-Dichotomie bei den Gutachtern. Zugleich ist hier jedoch auch der Rahmen für die Äquivokation von einzelkapitalistischem Maximierungs- und gesamtgesellschaftlichem Nutzenkalkül gesteckt. Die

Mittel des Umweltschutzes müssen demnach so eingesetzt werden, daß die für die Gesellschaft entstehenden Kosten minimiert und der Ertrag maximiert wird. So wird der Einsatz nahezu aller ‚umweltpolitischen Instrumente‘ unter dem Blickwinkel ihrer möglichen „allokationsoptimalen“ (Ziff. 580) Wirkungen untersucht (vgl. dazu: Ziff. 578, 604 ff., 812 ff., 818 und 820 etc.). „Der optimale Anlastungspunkt einer Maßnahme wird sich dementsprechend z. B. daran orientieren, wie man mit möglichst geringen Kosten bestimmte Ziele erreichen kann.“ (Ziff. 37)¹⁵

Diese Ziel-Mittel-Zuordnung gibt zugleich den Rahmen, in den die quantifizierende Vernunft sozusagen adäquat ‚eingebunden‘ werden kann. Die strukturelle Übereinstimmung von quantifizierender Rationalität und materialen Zwecksetzungen gegenüber gleichgültiger Zweck-Mittel-Zuordnung ist angesichts der gemeinsamen Abstraktionsstruktur stimmig; denn Gebrauchswertkalkül und Tauschwertkalkül lassen sich nicht, das eine hier, das andere dort, auf diesen Zweck-Mittel-Zusammenhang aufteilen. In den durch Tausch gesetzten und durch Profit strukturierten Objektivierungen finden wir die Voraussetzungen für bestimmte Formen von Rationalität, Vernunft und Sinnhaftigkeit (z. B. Erfolge müssen meßbar sein, und je größer die Zahl, desto größer der Erfolg).

Fassen wir kurz zusammen: Die Menschen arbeiten sich aus ihrer Naturbefangenheit heraus und tun es zugleich doch nicht. Sie arbeiten und konsumieren konkret und unterwerfen doch Arbeit und Konsum der Herrschaft abstrakter Gesellschaftlichkeit. Sie lernen es, die Natur sich untertan zu machen, doch auf eine Weise, die die Natur in Gegensatz zum Menschen bringt, der viel mehr ist als ein bloßer biologisch-physiologischer Komplex — aber eben auch! Sie kennen immer besser die Gesetze der Natur und lernen, sie zu kontrol-

¹⁵ Schmid, G., u. D. Freiburghaus haben die Anwendung privater Maximierungskalküle für Strategien der gesellschaftlichen Nutzenmaximierung am Beispiel einer konkreten Kosten-Nutzen-Analyse untersucht. Ihre Kritik greift jedoch viel zu kurz: Indem sie von dem vermeintlichen Paradox der Übertragung eines privaten auf ein gesellschaftliches Profit- bzw. Maximierungskalkül ausgehen, können sie zwar zu einer Zurückweisung der durch das Sozialkostenkonzept begründeten Technologie der nur schein-objektiven Schatten- oder Quasipreise gelangen. Wir haben gezeigt, daß Objektivität nicht erst dadurch Schein wird, daß sie, gleichsam im Analogieverfahren, verdoppelt wird. Da sie beide nicht daran gehen, die Konstitution des quantifizierenden instrumentellen Bewußtseins zu analysieren und als notwendige Form zur Bewegung spezifischer Widersprüche des entwickelten Kapitalismus abzuleiten, geht ihre Kritik an der KNA kaum über die des Rates selbst hinaus (vgl. Ziff. 820); denn es bleibt prinzipiell offen, ob es nicht doch irgendwelche angemesseneren instrumentellen Entscheidungsgrundlagen für z. B. nicht-private Investitionen gibt. Vgl. D. Freiburghaus u. G. Schmid: Techniken politischer Planung: Vom Marktkalkül zum Plankalkül? In: Leviathan Nr. 3, 1974.

lieren, doch letzteres nur als abstrakte Möglichkeit und nicht als konkrete Wirklichkeit. Im Kapitalismus ist nicht die Gesellschaft Subjekt, sondern das gesellschaftliche Verhältnis ‚Wert‘, d. h. die Gesellschaftlichkeit der Lebensgewinnung ist noch nicht in die Individuen ‚hineingeholt‘, sondern existiert als ein ihnen äußerlicher, gleichgültiger, objektiver Zusammenhang. Solange aber selbstproduzierte, doch zugleich undurchschaute gesellschaftliche Objektivität sich zwischen Menschen und Natur schiebt, Naturaneignung also durch Tausch und Profit vermittelt ist, findet der Stoffwechselprozeß in Formen statt, die zum einen die Ausbeutung einer Klasse durch eine andere einschließen und zum anderen die Natur selbst, die natürliche und vergegenständlichte Umwelt des Menschen, zum Substrat der psychischen und physischen Vernichtung und Verhöhnung seiner Würde macht. Diesem hier skizzierten Kausalitätszusammenhang bleibt die Bewertungsrationalität des Sachverständigenrats strukturell verhaftet.

Im folgenden Kapitel werden wir jenen Reflexionsvorgang, der zur Formulierung des Sozialkostenkonzepts — es ist die theoretische Basis des Verursacherprinzips — führt, skizzieren. An ihm läßt sich theoriegeschichtlich konkret nachweisen, wie der Wert das Denken vereinnahmt, wie die Apologie des Marktpreissystems als schlechthin vernünftigen Vergesellschaftungsprinzip zur Ausformulierung preis- und marktförmiger Kalküle fortschreitet, kurz: wie die quantifizierende Rationalität sich konkret aus den Vernunftprinzipien des Marktes herausarbeitet.

3. ‚Blauer Dunst‘ in der Umweltpolitik

3.1. Sichtbarmachung von Unsichtbarem

Folgendes Zitat mag unseren Überlegungen als Ausgangspunkt dienen: „Jeder Kostendiskussion liegt die Erkenntnis zugrunde, daß für wahrnehmbar knappe Leistungen irgendwelcher Art irgendwo, irgendwann und irgendjemand letztlich bezahlen muß; dies ist keine neue Erkenntnis . . . Hieraus ergibt sich jedoch die Norm, das ökonomische System so zu gestalten, daß die verborgenen Kosten *sichtbar* gemacht werden, — dies im Hinblick auf das Endziel, daß niemand, der die Umwelt beansprucht, entweichen kann, ohne dafür zu bezahlen . . . Damit ist evident, daß letztlich für eine Umweltschutzmaßnahme entweder in einem öffentlichen oder einem privaten Plan ein in Geldeinheiten ausdrückbarer Posten erscheinen muß“ (Ziff. 616). Hier wird klar ersichtlich, daß es sich bei den sog. ‚Sozialkosten‘ zunächst überhaupt nicht um Kosten handelt; denn wären es Kosten, dann wären sie auch ‚sichtbar‘, d. h. in irgendwelchen Wirtschaftsrechnungen erschienen. Zugespitzt formuliert: Wären diese vermeintlichen, unsichtbaren Kosten wirkliche Kosten, dann könnte es überhaupt kein Bewertungsproblem geben. Die Gutachter identifizieren Schäden, die beseitigt werden sollen, mit Kosten. Soziale Kosten sind also keine Kosten apriori, sondern müssen erst Kosten werden.

Weshalb müssen sie es werden? Weil die Sachverständigen sich ‚blauen Dunst‘ über die wahre Ursache der Zerstörung der Gebrauchswerte vorblasen¹⁶. Indem sie das Umweltproblem als Kostenproblem perzipieren, verschütten sie den inneren Zusammenhang von Umweltkrise und spezifisch gesellschaftlicher Form der Naturaneignung (Kapitalismus). Auf diese Weise handeln sie funktional im Sinne der Aufrechterhaltung bestehender Produktionsverhältnisse. Die systemkonforme Reduktion des Umweltproblems auf ein Kostenproblem macht es instrumenteller Vernunft zugänglich, läßt es als Funktionsstörung des ‚Marktpreismechanismus‘ erscheinen. Jener ist daher zwar reparaturbedürftig, seine Rationalität steht jedoch prinzipiell außer Frage.

Verdeutlichen wir uns an einem Beispiel aus dem Produktionsprozeß, was es mit der Äquivokation von Kosten und Schäden konkret auf sich hat¹⁷: Produktionsmittel gehen als Einheit von Wert und Gebrauchswert in den unmittelbaren Produktionsprozeß ein. In diesem verlieren sie in dem Umfang an Gebrauchswert, wie sie — vermittelt durch Arbeit — Wert auf das neue Produkt übertragen. Bezogen auf Arbeitsmittel — Roh- und Hilfsstoffe — könnte man sagen, sie gehen immer ganz in den Arbeits- und ganz in den Verwertungsprozeß ein. Diese Ansicht ist jedoch nicht ohne weiteres richtig. Es ist nämlich auch möglich, daß sie „ganz in den Verwertungsprozeß“ eingehen, obgleich nur stückweise in den Arbeitsprozeß¹⁸. Ein Beispiel: Bei der Verkokung von 60 000 t Steinkohle mögen 45 000 t Koks, 20 000 m³ Gas, 2000 t Rohteer, 500 t Rohbenzol und noch einige weitere Gebrauchswerte (Haupt- und Nebenerzeugnisse) anfallen. Zusätzlich entstehen weitere Kuppelprodukte, z. B. 30 t Staub und 40 t Schwefeldioxid, die in die Luft emittiert werden

16 Der Zusammenhang von Funktionalität und Bezug auf die materiale Falschheit der unvermittelten Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft läßt sich an folgendem Beispiel m. E. gut verdeutlichen: Im Rahmen der Analyse der Profitrate stellt Marx fest: „Was den einzelnen Kapitalisten angeht, so ist klar, daß das einzige, was ihn interessiert, das Verhältnis des Mehrwerts oder des Wertüberschusses, wozu er seine Ware verkauft, zu dem für die Produktion der Ware vorgeschossenen Gesamtkapital ist; während ihn das bestimmte Verhältnis dieses Überschusses zu und sein innerer Zusammenhang mit den besondern Bestandteilen des Kapitals nicht nur nicht interessiert, sondern es sein Interesse ist, sich blauen Dunst über dies bestimmte Verhältnis und diesen innern Zusammenhang vorzublasen“ (Marx, K.: Das Kapital, Bd. III, S. 53, Herv. — D. H.) Allein die Verdrängung der Wahrheit über die Quelle des Profits garantiert dem Kapitalisten ‚das Überleben‘, ist funktional. Der Bezug auf den Mehrwert würde theoretisch eine Verteilung des Mehrwerts nach dem Grad der Ausbeutung implizieren. Kapitale mit hoher organischer Zusammensetzung würden kaum noch einen Profit erhalten. Dies wäre absolut dysfunktional, undenkbar.

17 Vgl. zum folgenden ausführlich: Hassenpflug, D.: Umweltzerstörung und Sozialkosten. Berlin 1974, S. 38 f.

18 Marx, K.: Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 219.

usw. Das Entstehen verschiedener Produkte auf der Rohstoffbasis ‚Steinkohle‘ sei hier Produktionsbedingung¹⁹. Die 60 000 t Steinkohle gehen ganz in den Verwertungsprozeß ein, ihr ganzer Wert erscheint in den finalen Erzeugnissen. Es findet eine vollständige wertmäßige, d. h. aber auch kostenmäßige ‚Internalisierung‘ statt. Andererseits ist die Steinkohle nur soweit in den Arbeitsprozeß eingegangen, als sie die *materielle Basis für die neuen Gebrauchswerte* Koks, Gas, Teer, Phenol etc. abgegeben hat. Jener Teil der Steinkohle hingegen, der die materielle Substanz der Schadstoffe bildet, ist *nicht* in den Arbeitsprozeß eingegangen, d. h. der Rohstoff Steinkohle ist materiell nur teilweise ‚internalisiert‘ worden. Die Schadstoffe verseuchen Luft, Wasser, Boden, natürliche Biosphären etc., wodurch letztlich die substantiellen Lebensinteressen der Menschen bedroht sind.

Das Beispiel zeigt, daß der Verwertungsprozeß sich den Arbeitsprozeß nur in einem äußerlichen und restringierten Sinne zur Voraussetzung macht: Da Arbeitsprozeß bzw. Gebrauchswert Mittel der Selbstverwertung, steht seine Beschaffenheit im Hinblick auf die Einheit des stofflichen Universums außer Betracht, eine Einheit, die aber zunehmend durch ökologische Imperative angemahnt wird. Der kapitalistische Produktionsprozeß reduziert den Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur auf eine Summe partikularer, d. h. zusammenhangloser, an maximaler Selbstverwertung orientierter Gebrauchswertproduktionen. Je gewaltiger diese Summe im Zuge der Kapitalakkumulation anschwillt, desto deutlicher wird die wechselseitige Abhängigkeit der Gebrauchswerte bzw. der stofflichen Zustandsformen voneinander ins Bewußtsein gerückt. Die kapitalistische Form der Gebrauchswertproduktion impliziert die Zerstörung von Gebrauchswerten. Die Warenform verliert an reproduktiver Kraft. Die Umweltkrise ist gleichsam die Rebellion des Stofflichen gegen die Zerschlagung seines inneren Zusammenhangs durch den Wert. Sie indiziert, daß der Gebrauchswert selbst immer mehr zu einer absoluten Schranke der Verwertung wird. Der unendliche Ver-

19 Der Begriff ‚Produktionsbedingung‘ verweist auf die gesellschaftliche Bedingtheit, auf die durch die Konkurrenz der Einzelkapitale bewirkte Nicht-Beliebigkeit des Produktionsprozesses, sowohl was die technische als auch was die Wertzusammensetzung betrifft. Geradezu sonnenklar drückt sich dieser durch bewußtlose Gesellschaftlichkeit bedingte Zwang in folgendem Satz der Umweltschützer aus: „Marktwirtschaftliche Nachteile können besonders im internationalen Rahmen auftreten, wenn sich durch verschieden hohe Anforderungen an Produktions- und Reinigungsverfahren in verschiedenen produzierenden Ländern beim Export und Import Wettbewerbsverzerrungen ergeben“ (Ziff. 57). — In unserem Beispiel drückt der Produktenoutput also einerseits die objektiven, weil stofflich bedingten Resultate der Steinkohleverkokung aus, andererseits die gesellschaftlich — durch Verwertungszwang bei Strafe des Untergangs — bedingte Verarbeitungsweise des Rohstoffs: Und die sieht eben so aus, daß nur ein Teil des Steinkohlerohstoffs zu neuen Gebrauchswerten verarbeitet wird.

wertungstrieb des Kapitals findet seine Grenze in der Endlichkeit all dessen, was er selbst nicht ist: in der Natur²⁰.

Die partikuläre kapitalistische Massenproduktion bedeutete immer schon eine Zerstörung von Gebrauchswerten, und zwar nicht nur im Sinne zyklischer Kapitalvernichtung, was Gebrauchswertzerstörung impliziert, sondern auch im Sinne einer dauerhaften Verödung von Lebensbedingungen. Die Zerstörung von Gebrauchswerten ist jedoch erst in dem geschichtlichen Augenblick zu einem Thema bürgerlicher Öffentlichkeit avanciert, als Rückwirkungen auf die Verwertungssituation der Einzelkapitale bemerkbar wurden und als die Folgen der Profitjagd sich nicht mehr auf lokale Fabrikzentren und Proletarierviertel beschränkten. Genau aber an diesem Punkt der wechselseitigen Behinderung der Kapitale in ihrer Verwertungssituation muß sich so etwas wie ein ‚kapitalistisches Gesamtinteresse‘ herausbilden, um zu verhindern, daß durch eine Zersetzung der Gebrauchswerte, insbesondere jener, die als ‚allgemeine Produktionsbedingungen‘ fungieren, die Akkumulation gefährdet wird. Genau hier setzt aber auch die Sozialkostentheorie bzw. das Verursacherprinzip an. Die Strategie ist, die durch die Einzelkapitale verursachten Schäden zu bewerten und sie ihnen in Form von Kosten zuzurechnen. Dadurch soll die ursprünglich vorhandene Gesamtrationalität wiederhergestellt werden.

Die Sachverständigen, die in ihrem Gutachten der Organisierung kapitalistischer Gesamtrationalität — als Folge der von den Einzelkapitalen ausgehenden Gebrauchswertbedrohung — Ausdruck verleihen, sehen entsprechend in der Umweltkrise allein eine Mangelhaftigkeit der Kostenstruktur. „Der angestrebte Allokationseffekt am Verursacherprinzip orientierter Lösungen wird über *Verschiebungen* der Kosten- und Güterpreisstruktur wirksam“ (Ziff. 36; vgl. auch insbes. Ziff. 613, wo das Sozialkostenkonzept am umfassendsten referiert wird). Diese Verschiebungen sollen dadurch erzielt werden, daß die entstandenen Schäden in Kosten transformiert und in private Wirtschaftsrechnungen einbezogen werden. Erst dann, so wird argumentiert, entsprechen die Kosten den wirklich entstandenen, jedoch teilweise unsichtbar gebliebenen Kosten. Indem die Gutachter behaupten, die unsichtbaren Kosten sichtbarer Schäden ebenfalls sichtbar machen zu können, proklamieren sie die Möglichkeit des Sieges von mehr Wertrationalität im Kampf gegen die Umweltzerstörung. Der nur mangelhaft funktionierende Marktmechanismus soll durch weitere marktkonforme Entscheidungskriterien ergänzt werden, deren Rationalität gerade in bezug auf den Marktmechanismus definiert ist: mehr ‚Wertrationalität‘ führt zur ‚Internalisierung‘ von mehr Naturstoff.

Das umweltpolitische Kostenkalkül, so zeigt sich, ist eine bloß ideelle Verdopplung des Marktpreissystems. Die zunehmende Um-

20 Die Stoffe, die der Mensch in der Natur vorfindet, sind selbst gleichgültig gegen ihre Zustandsformen. Vielmehr sind es die Menschen, die nicht gleichgültig sind gegen die Zustandsformen der Materie.

weltzerstörung macht gebrauchswertorientierte Entscheidungen notwendig. Damit sind Entscheidungen angesprochen, die den *Gebrauchswert als Zweck* meinen. Andererseits können solche Entscheidungen überhaupt nicht formuliert und gefällt werden, denn die herrschende Produktionsweise liefert (den Sachverständigen) weder Kriterien noch Werkzeuge dazu. Mehr noch: Es ist ein ‚Interesse‘ der Gutachter, ja bürgerlicher Wissenschaft überhaupt, solche Kriterien etc. auszugrenzen. Dies ist das Grunddilemma der Umweltwissenschaft: *Sie will den Gebrauchswert (bessere Qualität des Lebens), und sie will ihn zugleich nicht. Sie will den Gebrauchswert als Zweck und kann ihn sich zugleich nur als Mittel — unter der Form bewußtloser Gesellschaftlichkeit — vorstellen.* Sie sucht Strategien zur Bewältigung der Zerstörung der Gebrauchswerte und bindet sie dennoch zugleich ein in die Vernunft- und Entscheidungsprinzipien der Waren- und Konkurrenzverhältnisse, d. h. sie gibt die Bewältigung der Krise ab. Dieser Widerspruch wird dadurch bewegt, daß die Schäden zu immanenten Kosten des Kapitals gemacht werden sollen. Das Gebrauchswertkalkül geht in Form eines Kostenkalküls in die Bestimmung kapitalistischer Gesamtrationalität, die durch den Staat vermittelt ist, ein.

3.2. Verdopplung des Marktpreissystems in ein privates und ein soziales

Der Ausprägungsvorgang der Charaktere staatlicher Planungskalküle läßt sich am Beispiel der von dem englischen Ökonomen Pigou erstmalig formulierten ‚idealtypischen‘ Sozialkostentheorie wissenschaftsgeschichtlich konkret nachweisen²¹. Das wollen wir in diesem Abschnitt skizzenhaft tun. In aller Deutlichkeit wird demonstriert, wie der in der Umweltkrise sich offenbarende Widerspruch eine theorie- und damit systemimmanente Lösungsform erhält. Damit sind zugleich die von uns gemachten Voraussetzungen bezüglich der das Denken vereinnahmenden Wertform (vgl. Kapitel III) am konkreten Material aufgezeigt.

Die bürgerliche ökonomische Lehre, insbesondere um die Jahrhundertwende, vertrat die Auffassung — insofern den Klassikern gleich —, daß das Wesen der herrschenden, auf Privateigentum beruhenden Wirtschaftsordnung darin bestehe, daß die strenge Verfolgung des individuellen Nutzens eine ökonomische Ordnung konstituiere, die zugleich den gesamtgesellschaftlichen Nutzen maximiere. Hierbei handelt es sich um die — heute immer noch Köpfe vernebelnde und Aktivitäten lähmende — Grundidee des Modells

21 A. C. Pigou verhalf der Ökonomie als erster zu einer das kapitalistische Gebrauchswertdilemma bewegenden Denkform: die Sozialkostentheorie (Theorie der externen Effekte). Vgl. ders.: *The Economics of Welfare*, 2. ed. London 1924; vgl. auch Marshall, A.: *Principles of Economics*, 8. ed. London 1925, S. 314 ff. zum Begriff der externen Effekte. Pigous Theorie wird vorgestellt in: Hassenpflug, D., a.a.O., S. 107 ff.

der vollständigen Konkurrenz bzw. der reinen marktwirtschaftlichen Ordnung. Danach kennt jedes Individuum nur seinen eigenen Vorteil und bestimmt nach diesem einzigen Ziel sein Handeln. Da jedoch die Mittel, d. h. die Ressourcen zur Realisierung der maximalen individuellen Bedürfnisbefriedigung, nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen — so wird vorausgesetzt —, ist ein vehementer Konkurrenzkampf der Menschen um einen möglichst großen Anteil an den verfügbaren Gütern die Folge. Dieser Konkurrenzkampf um einen je knapp bemessenen Reichtum wiederum führt dazu, daß jedes einzelne Wirtschaftssubjekt seine Dispositionen so vornimmt, daß physischer und monetärer Aufwand und Ertrag in ein Verhältnis zueinander gesetzt werden, wo sparsamste Mittelverwendung und höchstmöglicher Ertrag zusammenfallen. Dies sowohl individuell als auch gesellschaftlich.

Mit dieser Argumentation ist die Funktion des Preissystems bereits determiniert: Es dient nur noch als Beweis für eine je schon vorausgesetzte Systemrationalität. Der Preisbildungsprozeß auf den Märkten dient dieser Apologetik als Moment einer sich permanent durchsetzenden Harmonie von privatem und gesellschaftlichem Interesse. Dieser Harmonie verleiht das Preissystem mit seiner immanenten Tendenz zum Gleichgewicht Ausdruck. In diesem Zusammenhang wird der Preis — egal ob als absoluter oder relativer Preis — als Maß bzw. als Objektivierung von individuellem Nutzen begriffen. Der Preis ist die Darstellungsform des Nutzens, Gebrauchswert und Tauschwert sind miteinander identisch. Die freie Konkurrenz ist mithin durch ein Preissystem charakterisiert, welches — indem es eine optimale Verfügung über knappe Ressourcen ‚bewirkt‘ — privaten Vorteil (Wohlstand, Interesse, Nutzen, Bedürfnis, Produkt, Einkommen, Ertrag usw. usf.) mit gesellschaftlichem Vorteil (Wohlstand, Interesse, Nutzen, Bedürfnis, Produkt, Einkommen, Ertrag usw. usf.) in Übereinstimmung bringt. Indem die Privatwirtschaft den individuellen Nutzen, d. h. das Privatprodukt maximiert, maximiert sie zugleich — so zeigt ja das Gleichgewichts-Preissystem — das soziale Produkt. Die privaten Kosten entsprechen den sozialen. Die soziale Nutzenfunktion entspricht der Summe der privaten Nutzenfunktionen. Das Preissystem ist ein *soziales Preissystem*.

Angesichts zunehmender Umweltbeeinträchtigungen, die sich zu ökologischen Krisen ausweiten, entsteht nun für diese Apologie ein Dilemma: Die Logik des Modells der freien Konkurrenz erzwingt den Schluß auf maximale gesellschaftliche Wohlfahrt. Im Gegensatz hierzu lehrt die Alltagserfahrung, daß die private Wirtschaftstätigkeit zu erheblichen Nutzen- bzw. Wertminderungen bei anderen Wirtschaftssubjekten führen kann — und dies gerade weil der individuelle Nutzen maximiert wird. Was tun, um diesem Dilemma zu entgehen?

Der bereits erwähnte Pigou hat eine Lösung gefunden, indem er neben das soziale Preissystem ein *privates Preissystem* stellte. Fortan hieß es, daß die freie Konkurrenz nicht das soziale Produkt maxi-

miere, sondern nur das private Produkt. Das Eigeninteresse der Wirtschaftssubjekte führe zwar zur Maximierung des privaten Vorteils (Wohlstands, Interesses ... etc.), jedoch niemals zur Maximierung des sozialen Vorteils (Wohlstands, Interesses ... etc.). Das Preissystem bzw. die Preise drücken nicht mehr die Harmonie von Eigennutz und sozialem Nutzen aus. Die Rationalität von Individualentscheidungen konstituiert nicht mehr automatisch sozial wünschenswerte Rationalität. Eine Rationalitätslücke ist entstanden, die gebieterisch nach Ausfüllung verlangt.

In diese Lücke springt der Staat, nun — vorher unbeachtet — zum Sozial-Interesse der Gesellschaft hypostasiert. Ihm fällt die Aufgabe zu, das private Produkt bewußt an das soziale Produkt anzupassen. Die Identität von privatem und gesellschaftlichem Vorteil soll so wiederhergestellt werden. Für den Staat entsteht danach die Aufgabe, etwa die Höhe der entstandenen Schäden monetär 100 % exakt zu bewerten, um sie als Teil der produktionsnotwendigen Kosten, die noch zur Erreichung des sozialen Kostenniveaus fehlen, dem Verursacher der Schäden zurechnen zu können. So lesen wir im Umweltgutachten: „Durch die *Bewertung* bislang nicht entgelteter Umweltnutzungen in den einzelwirtschaftlichen Entscheidungen soll bestehenden Verzerrungen der gesamtwirtschaftlichen Produktions-, Preis- und Standortstruktur entgegengewirkt werden“ (Ziff. 36, Herv. — der Rat). Durch die Bewertung soll also erreicht werden, daß das private und das soziale Wertesystem in Übereinstimmung kommen, um die Harmoniefunktion erfüllen zu können. Das ist also die praktisch gemeinte Aufgabe des Verursacherprinzips. „Das umweltpolitische Verursacherprinzip orientiert sich grundsätzlich am Leitbild eines funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Systems...“ (Ziff. 36).

Die Umweltzerstörung soll, kurz gesagt, mit Mitteln bekämpft werden, die eben diese Umweltzerstörung hervorgebracht haben. Dieser Zirkelschluß ist sozusagen die Darstellungsweise jenes blauen Dunstes, den die Umweltgutachter sich vorgaukeln. Die quantifizierende Vernunft ist hier nichts anderes als ein illusorisches zweites Preissystem, eine ideelle ‚Verlängerung‘ der Strukturmerkmale und Rationalitätsprinzipien des Marktmechanismus. Dieser Vorgang impliziert, daß nicht durchschaut wird, daß das Preissystem die vorausgesetzte Irrationalität in der Form von Vernunft und die vorausgesetzte Ungleichheit in der Form von Egalität vermittelt.

Der in der Umweltkrise sich äußernde grundlegende Widerspruch wird durch die mechanische Verdopplung der Preistheorie in eine private und eine soziale allerdings nur auf einer ideologischen und zugleich noch sehr brüchigen Ebene bewegt. Der Widerspruch muß sich also — zumal dann, wenn mit dem Sozialkostenkalkül eine praktische Absicht verknüpft wird — weiterhin geltend machen. Die Sachverständigen, von ihrem Selbstverständnis her der Praxis zugeneigt, denn schließlich sollen sie ja praxisrelevante Empfehlungen

zustandbringen²², lassen verlauten: „Unter Allokationsgesichtspunkten optimal“, so beginnen sie, sachverständig Optimismus verbreitend, „wäre eine volle ‚Internalisierung‘ dieser externen Kosten durch eine Schadensabgabe“, die unter Zugrundelegen des Sozialkostenkonzepts zu berechnen wäre. Dadurch „würden sämtliche umweltspezifischen Folgekosten in das Entscheidungskalkül der Wirtschaftssubjekte einbezogen und damit ein optimaler Umweltschutz erzielt“ (Ziff. 39, Herv. — D. H.). Nach acht Zeilen weiteren Lobes ob der Vorteile dieses Verfahrens vernehmen wir ein wenig verduzt: „Diese Internalisierungslösung scheitert indessen an den Problemen der Erfassung, Zurechnung und Bewertung externer Kosten“ (Ziff. 39; vgl. auch Ziff. 566 und 567). An einer anderen Stelle lesen wir, daß eine Grenze der Anwendbarkeit „in der politischen Tragbarkeit der bewirkten Preis- und Nachfrageverschiebungen“ (Ziff. 567) erblickt wird. Dies widerspricht nun allerdings vollständig der ursprünglichen Intention des Verursacherprinzips, über Preisverschiebungen private und gesellschaftlich-soziale Interessen in Übereinstimmung zu bringen! Ist dieses zweite, ‚soziale Preissystem‘ vielleicht doch nur ein Hirngespinnst?

Festzuhalten ist in jedem Falle, daß mit der Aufgabe des Anspruchs auf Zurechenbarkeit das im theoretischen Verursacherprinzip enthaltene zirkulative Egalitätsprinzip²³ ausgehöhlt ist. Mit der Einschränkung der Bewertungsmöglichkeiten oder gar der Zurücknahme des Bewertungsanspruchs wird in ihrer eigenen Begrifflichkeit auf optimale Umweltschutzlösungen und zugleich auf optimale Allokation der Ressourcen verzichtet. Sowohl der Schadensumfang als auch die Zuordnung verfügen über kein Kriterium mehr, werden prinzipiell beliebig. Indem die Sachverständigen nun eine Uminterpretation des Verursacherprinzips vornehmen, können sie dem Gegensatz zwischen einem ursprünglich streng theoretischen und absolut intendierten neoklassischen Verursacherprinzip und einer erfahrenen, jedoch für sie nicht begründbaren Unmöglichkeit strenger Bewertung und Zurechnung eine neue illusorische Einheit geben: Das Verursacherprinzip wird zum „instrumentellen Ziel“ und in zahlreiche Instrumente aufgegliedert. „Im Rahmen des *Verursacherprinzips* ergeben sich, gestaffelt nach der Möglichkeit der Zurechnung, folgende Instrumente: a) Ausdehnung der Eigentumstitel und Verbesserung

22 Diese Praxisorientierung ist äußerst eilfertig und oberflächlich; denn ihre Rezeption der dem Verursacherprinzip zugrunde liegenden Sozialkostentheorie ist unwahrscheinlich dürftig und nirgends explizit. Sie sprechen also immerzu vom Verursacherprinzip, ohne sich dessen neoklassischer Begründung zu vergewissern.

23 Der Begriff ‚zirkulatives Egalitätsprinzip‘ bezieht sich auf die Formcharaktere der einfachen Warenzirkulation als systematischer Ort bürgerlicher Gleichheitsillusionen. Wirkliche, substantielle Egalität geht hervor aus dem Kampf um die Befreiung von Herrschaft und Knechtschaft, die an der Basis der bürgerlichen Gesellschaft den Lebenszusammenhang der arbeitenden Menschen strukturieren.

der Eigentumsrechte, b) Umweltnutzungslizenzen, c) Gebührenlösungen, d) Umweltsteuern, e) Umweltauflagen“ (Ziff. 571, Herv. — der Rat). Der Anspruch, Unsichtbares wieder ganz sichtbar zu machen und es auf diese Weise stimmig und vollständig in den Konstitutionszusammenhang von privater und gesamtgesellschaftlicher Rationalität zu integrieren, ist zwar nicht aufgegeben, aber stark relativiert.

Das ‚idealtypische‘ Sozialkostenkonzept ist pure Ideologie. Sein objektiver Zweck ist es, eine Aura prinzipieller Machbarkeit zu erzeugen. Genau hierin ist primär die Funktion der ‚Bewertung‘ — der erklärten Hauptaufgabe des Sachverständigenrats — zu sehen. Der potente Schein von Instrumentalität und Machbarkeit dient der Erzeugung und Aufrechterhaltung systemkonformer Fragestellungen, affirmativer Haltungen und prinzipieller Hoffnung auf Besserung. Ohne dieses Flair instrumenteller und quantifizierender Vernunft wäre kapitalistische Umweltplanung leichter als Rationalisierung von Ohnmacht durchschaut.

Daß der Bewertungsrationalität ein fundamentaler Widerspruch zugrunde liegt, daß in ihr das Moment einer reproduktiven Wirkung nicht angelegt ist — sie suggeriert nur diese Wirksamkeit —, erweist sich an einer insgesamt dichotomischen Argumentationsstruktur der Umweltgutachter: Immer wieder wird die Wirksamkeit ‚marktwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente‘ (23) beschworen und beteuert (vgl. Empfehlung [3], Ziff. 36, Ziff. 751, Ziff. 789, Ziff. 565—586 usw.); dem steht etwa ebenso häufig, meist vorsichtig formuliert, die Erkenntnis gegenüber, daß ja viele, eigentlich alle wirksamen Instrumente in den Dispositionsbereich ‚privater Wirtschaftssubjekte‘ eingreifen könnten (vgl. Ziff. 789, Ziff. 801, Ziff. 814, Ziff. 617, Ziff. 587—591 usw.). Die Quelle dieser Zerrissenheit liegt eben im Bewertungskalkül als universellem Schein der Fähigkeit, system-bestandsnotwendige Funktionen erfüllen zu können. Die permanente, hinterücks erfolgende ‚Erfahrung‘, daß das Bewertungskalkül (Gebrauchswertkalkül in Form des Bewertungskalküls) versagt, *führt natürlich nicht zu dessen Kritik, sondern zu dessen Konkretisierung*. Der Bewertungsanspruch wird dabei keineswegs aufgegeben. Er bleibt als ‚allgemeiner‘ bestehen. Zunächst wird also die Erfahrung gemacht, daß das „idealtypische“ (Ziff. 40) Verursacherprinzip „an den Problemen der ... Bewertung ...“ (Ziff. 39) scheitert. Dann wird behauptet, daß dieses Problem als in der Zeit lösbares erscheint (vgl. Ziff. 613 f.)²⁴. Die Auffassung, daß Schäden bzw. Umweltnutzungen,

24 Wenn der Rat vom Scheitern der Bewertung spricht, so ist das nie absolut gemeint, sondern im Sinne einer Mangelhaftigkeit, die in der ‚Schwäche des Subjekts‘ begründet liegt, daher durch weitere Datenakkumulation und vor allem durch Erfahrung und Zeitgewinn zurückzudrängen ist. Zum Scheitern von ‚Bewertung‘ vgl. auch: Ziff. 567 und 820. Die Notwendigkeit von ‚Bewertung‘ gilt — im relativierten Sinne — überall; vgl. aber auch: Ziff. 835, 836 und 569. Der häufig verwendete Sozialkostenbegriff setzt ja, so ist zu beachten, ‚Bewertung‘ voraus.

die nicht in Kostenform in Wirtschaftlichkeitsrechnungen internalisiert werden, kurzfristig nur subjektiv und erst langfristig mit einem höheren Grad an Objektivität bewertet werden können, führt zur Besonderung zahlreicher umweltpolitischer Instrumente. Dabei wird sprachlich der Begriff ‚Verursacherprinzip‘ — als strategischer Oberbegriff — beibehalten, worin sich die Kontinuität des Prinzips ‚blauer Dunst‘ reflektiert.

Ulrich Hampicke

Kapitalistische Expansion und Umweltzerstörung

Inhalt

- I. Einleitung
- II. Thesen
- III. Das physische Problem: der Stoff- und Energiewechsel
- IV. Formale Betrachtungen und empirische Wachstumstrends im Kapitalismus
- V. Zur Marxschen Akkumulations- und Wachstumstheorie
 - 1. Wachstumsrelevante Aspekte der kapitalistischen Gesellschaftsformation
 - 2. Die Reproduktion des Kapitalverhältnisses
 - 2.1. Mehrwerttrate, Profitrate und organische Zusammensetzung des Kapitals
 - 2.2. Arbeitswertkalkül
 - 2.3. Stoffliches Wachstum
 - 2.4. Ergebnis
- VI. Interpretation

I. Einleitung

Vor einiger Zeit hat in der bürgerlichen Geisteswelt eine Bombe eingeschlagen, die Schrift von den „Grenzen des Wachstums“¹. Sie hat neben Zustimmung scharfe Kritik von zwei Seiten erfahren: von den optimistischen und selbstsicheren bürgerlichen Ideologen² und von den marxistischen Ökonomen³. Die bürgerlichen Ideologen ver-

1 D. Meadows et. al.: Die Grenzen des Wachstums, deutsch Stuttgart 1972.

2 Der stärkste Verriß der MIT-Studie stammt von W. Beckerman: Sie sei „... ein so dreistes und schamloses Stück Unsinn ... , daß es unmöglich von jemandem ernst genommen werden könnte“. In: Naturwissenschaftler, Wirtschaftswissenschaftler und Umweltkatastrophe, in: Kieler Vorträge, hrsgg. v. H. Giersch, NF, Nr. 73 Tübingen 1972, S. 9.

3 Antworten auf die „Grenzen des Wachstums“ aus marxistischer Sicht: E. Rechtziegler: Grenzen des Wachstums oder Krise des Imperialismus, in: IPW-Berichte, 8/72, S. 16 f., abgedruckt in: H. v. Nußbaum: Die Zukunft des Wachstums. Düsseldorf 1973, S. 143 f., H. Immler: Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise?, in: Das Argument, 15. Jg., H. 82, Nov. 1973, S. 804 f., G. Kade: Die Grenzen des Wachstums — Das Elend der bürgerlichen Ökonomie, Vorwort zur deutschen Ausgabe von Freeman/Jahoda: Die Zukunft aus dem Computer? Eine Antwort auf die Grenzen des Wachstums. Neuwied und Berlin 1973.

(s. nächste Seite: Rest Fn. 3!)

weisen auf die Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft gegenüber Knappheitserscheinungen, auf den technischen Fortschritt, auf die menschliche Erfindungsgabe etc. und vergleichen die heutigen apokalyptischen Visionen mit Prognosen des 19. Jahrhunderts, nach denen z. B. London spätestens 1950 im Pferdemist hätte ersticken müssen, wenn sich das Wachstum des Verkehrs so fortgesetzt hätte wie etwa zwischen 1850 und 1880. Die marxistische Kritik sieht den heutigen bürgerlichen Zukunftspessimismus mit Recht als Abkömmling des altbekannten, halb hilflosen, halb zynischen, wissenschaftlich jedenfalls irrelevanten Malthusianismus, über den Marx bereits alles Nötige gesagt hat. Sieht man zudem auf die Wichtigtuerei, mit der in den „Grenzen des Wachstums“ Banalitäten per Computer verkündet werden, so verwundert nicht, daß heutzutage derjenige Peinlichkeit erzeugt, der etwas Positives über dieses Werk zu bemerken hat. Ich möchte im folgenden in Form einer modelltheoretischen Skizze zu begründen versuchen, daß ungeachtet der nicht ernstzunehmenden Form und ungeachtet der Interessen, die hinter ihm stehen, in diesem Buch Probleme angesprochen werden, die in der Realität existieren und eine sowohl natur- als auch sozialwissenschaftlich ernsthafte Aufarbeitung verdienen.

II. Thesen

a) Es gibt objektive „Grenzen des Wachstums“; es sind aber nicht Grenzen der Fortentwicklung überhaupt, sondern Grenzen für eine, wie wir es nennen wollen, „rohe quantitative Expansion“. Neben der trivialen (aber deshalb nicht irrelevanten) Begrenztheit des Raumes auf der Erde existieren Grenzen hinsichtlich der Energieumsätze, die der Mensch in der Biosphäre tätigen kann. Da es innerhalb der Politischen Ökonomie aus berechtigter Furcht, die Abwege des Malthusianismus zu betreten, starke Tendenzen gibt, die Existenz von „Grenzen des Wachstums“ überhaupt zu bestreiten, wird dieser Teil hier relativ ausführlich diskutiert. Nach heutiger Kenntnis sind keine zahlenmäßigen Grenzen höchstzulässiger Energieumsätze anzugeben. Es gibt aber ein erdrückendes Netz von Hinweisen darauf, daß von einer gewissen Höhe der Energieumsätze ab Risiken eingegangen werden, von denen sich eine rational handelnde Gesellschaft fernhalten würde. Der Energiewechsel der Menschheit — vielleicht schon in heutigen Tagen, sicherlich aber in den nächsten Jahrzehnten (bei Steigerung wie bisher) — muß als ein geophysikalisches Experiment mit unbekanntem Ausgang angesehen werden.

b) Die Grundstruktur der kapitalistischen Entwicklung der letzten zwei Jahrhunderte ist die des exponentiellen Wachstums. Vor allem

Unter den marxistischen Kritiken gibt es solche, die in ungebrochenem technologischen Optimismus von Grenzen des Wachstums überhaupt nichts wissen wollen, wenn auch mit anderer Begründung als die bürgerlichen Ökonomen (Rechtsziegler), als auch solche, die den Ernst der Umweltsituation zugeben, aber seine Behandlung durch Meadows et. al. mißbilligen (Immler, Kade).

wachsen die Energieumsätze. Die Gesellschaft befindet sich auf einem Kollisionskurs mit physischen Grenzen, der deshalb ernst zu nehmen ist, weil hier nicht wie bei anderen Umweltproblemen Substitutionsmöglichkeiten offenstehen. Wenn z. B. Kupfer knapp wird, so wird man eine Technologie ohne Kupfer erfinden, Energie ist aber eine so essentielle Ressource, daß jeder Verzicht auf ihre höhere Inanspruchnahme eine fundamentale Umorientierung bedeutet. Der in der ex-post-Betrachtung gewonnene Befund hinsichtlich des exponentiellen Wachstums kann aber noch keine Auskunft darüber geben, ob dieses Wachstum zwingende Folge der Struktur des Kapitalismus ist.

c) Es ist m. E. methodisch abwegig, einen formalen Beweis führen zu wollen, daß Wirtschaft und Naturvereinnahme im Kapitalismus exponentiell wachsen müßten. Man kann nur in einem langwierigen Erkenntnisprozeß unter Berufung auf die Marxsche Theorie formal-analytische und empirisch-historische Argumente für oder gegen eine solche Annahme sammeln, die sich zu einem Gesamtbild verdichten.

d) Die vorliegende Modellskizze versteht sich daher als pointierter Diskussionsanstoß, der mehr Fragen aufwirft als beantwortet. Es sollen erste Argumente für die Annahme eines systematischen Wachstumszwanges physischer Größen und vor allem der Energieumsätze aus Systemerhaltungsgründen aufgezeigt werden, die allerdings hier nur unter sehr restriktiven Bedingungen gelten: Es wird nachgewiesen, daß bei konstanter Mehrwert- und Profitrate, d. h. auch konstanter organischer Zusammensetzung des Kapitals die Reproduzierbarkeit des kapitalistischen Produktionsverhältnisses in der Zeit nur gegeben ist, wenn Produktmenge, Bestand an Produktionsmitteln und Produktivität der lebendigen Arbeit exponentiell wachsen. Wachsen sie unterexponentiell, so werden die konstanten Proportionen zerstört.

e) Eine mechanistische Selbstzerstörungstheorie des Kapitalismus aus Gründen physischer Begrenzung ist abzulehnen. Die physischen Begrenzungen und die abzusehende Kollision zwischen ökologischen Restriktionen und systemnotwendiger Expansion des Kapitalismus werden vielmehr in das Bewußtsein der Menschen treten und zu einem wesentlichen Faktor mit Rückwirkungen auf die politische Praxis werden, lange bevor die wirkliche Kollision geschieht.

III. Das physische Problem: der Stoff- und Energiewechsel ⁴

Als zerstörerische Tendenzen gelten heute allgemein: 1. die Bevölkerungsvermehrung, 2. die Rohstofferschöpfung, 3. die Umweltverschmutzung und 4. die Energiefreisetzung. Über die ersten drei Tendenzen ist viel geschrieben worden, so daß wir es hier bei einer ganz knappen Einordnung belassen können.

⁴ Eine ausführliche Fassung von Abschn. 3 mit eingehender Diskussion der zugrundeliegenden naturwissenschaftlichen Primäruntersuchungen ist an anderer Stelle vorgesehen.

ad 1: Daß die Fortsetzung des heutigen Wachstums der Weltbevölkerung in alle Zukunft unmöglich ist und in die Katastrophe führen würde, ist völlig trivial. Es läßt sich berechnen, wann die Menschen auf dem Festland Schulter an Schulter stehen oder zwei- bis dreistöckig gestapelt werden müssen, wenn die Wachstumsrate nicht kleiner wird. Fraglich ist, wie hoch die Weltbevölkerung maximal sein kann oder sollte und wie das Wachstum begrenzt werden kann. Es kann als sicher gelten, daß die Erde eine weit zahlreichere Bevölkerung als die heutige tragen kann und daß das Bevölkerungswachstum eine Sache gesellschaftlicher Verhältnisse ist. Zur Überwindung gesellschaftlicher Antagonismen gehörte es eben auch, in bewußter und humaner Weise über die eigene Zahl befinden zu können.

ad 2: Bei Fortsetzung gegenwärtiger Trends gerät eine Vielzahl von Rohstoffquellen in Gefahr zu versiegen, und zwar, wie die faszinierende Mathematik der Exponentialfunktion zeigt, weitgehend unabhängig von der wirklichen (fast immer falsch geschätzten) Höhe der Vorräte⁵. Daß Vorräte an Bodenschätzen viel höher sein können als meist angegeben, ist also kein starkes Argument gegen den Wachstumspessimismus. Aber Rohstoffe sind fast immer substituierbar und vielfach wiederverwendbar („Recycling“). Ein plötzlicher Kollaps industrialisierter Gesellschaften infolge Rohstofferschöpfung ist unwahrscheinlich.

ad 3: „Umweltverschmutzung“ ist eine ernste Gefahr, wenn man darunter nicht den (ökologisch meist harmlosen) Alltagsschmutz wie Papier in Grünanlagen, Autowracks etc. versteht. Gefährlich ist die weltweite Verbreitung von physiologisch hochaktiven Chemikalien (landwirtschaftliche Pestizide, Industrieabfälle, Radioaktivität), die Überdüngung („Eutrophierung“) von Festland, Flüssen oder gar der Ozeane, die Reduktion der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auf der Erde, die Bodenerosion, die Zerstörung und Entkopplung der verästelten Wechselbeziehungen und Regelkreise in der Natur und damit die Untergrabung der ökologischen Systemstabilität⁶, von der

⁵ Zur Erläuterung der Dynamik der Exponentialfunktion vgl. Th. Ginsburg: Exponentielles und logistisches Wachstum, in: Ch. Horn, M. P. v. Walterskirchen und J. Wolff (Hrsg.): Umweltpolitik in Europa, Referate und Seminarergebnisse des 2. Symposiums für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der Hochschule St. Gallen vom 31. 10. bis 2. 11. 1972. München, Bern, Wien 1973, S. 119 f.

⁶ Dieser Gedanke steht bei der modernen Ökosystemtheorie im Vordergrund. Kurze zusammenfassende Darstellungen bei: E. P. Odum: The Strategy of Ecosystem Development, in: Science, Vol. 164 (1969), S. 262 f., E. Kormondy: Concepts of Ecology, Englewood Cliffs 1969, H. Ellenberg: Ziele und Stand der Ökosystemforschung, in: Derselbe (Hrsg.): Ökosystemforschung, Berlin, Heidelberg, New York 1973, S. 1 f. Zum Effekt von diffusem Streß durch Verschmutzung aller Art auf Ökosysteme vgl. den „klassischen“ Aufsatz von G. M. Woodwell: Effects of Pollution on the Structure and Physiology of Ecosystems, in: Science, Vol. 168 (1970), S. 429 f.

nur eine naive technologische Hybris behaupten kann, daß man ihrer nicht bedürfe und sie durch technische „Protektionsmaßnahmen“ ersetzen könne. Die Gefahr einer solchen schleichenden Zerstörung der Biosphäre besteht durchaus, zumal man über die „ökologische Feinstruktur“ noch sehr wenig weiß.

Es ist aber nicht gesagt, daß diese Prozesse bei einer hohen Weltbevölkerung und hohem Entwicklungsstand der Produktivkräfte zwangsläufig ablaufen müssen. Sie wären vielmehr weitgehend vermeidbar: die schleichende Zerstörung der Ökosysteme ist kein mit der Industrialisierung notwendig gekoppelter Vorgang. Eine ausführliche Analyse der Problemkreise 1 bis 3 würde ergeben, daß die einzige absolute Schranke unter ihnen im begrenzten Raum selbst besteht. An den $150 \cdot 10^6$ km² Landoberfläche der Erde ist kaum etwas zu ändern.

ad 4: Wir betrachten nun einige Aspekte des gesellschaftlichen Energiewechsels. Es war lange Zeit nur wenigen geläufig, daß jeder Stoffwechsel auf der Erde auch Energiewechsel ist. Während das elementarste physikalische Gesetz des Stoffwechsels, der Erhaltungssatz der Materie, schon vor einiger Zeit mit Pomp und Salbung in die bürgerliche ökonomische Wissenschaft eingeführt wurde und hier der Disziplin der „Umweltökonomie“ auf die Beine half⁷, sind die beiden thermodynamischen Grundsätze des Energiewechsels noch weniger geläufig: 1. Energie kann weder geschaffen noch vernichtet, sondern nur umgewandelt werden (1. Hauptsatz analog dem Erhaltungssatz der Materie), 2. bei hinreichend zahlreichen Umformungen verwandelt sich alle Energie in Wärme, oder: Es besteht die Tendenz, bei allen Stoffwechselprozessen die „Entropie“⁸ des Gesamtsystems zu erhöhen (2. Hauptsatz)⁹.

Der anthropogene Energieumsatz in einem typischen Industrieland wie der BRD beträgt gegenwärtig $2,8 \cdot 10^{15}$ kcal/Jahr, entsprechend

7 Bahnbrechend hier: R. U. Ayres und A. V. Kneese: *Production, Consumption and Externalities*, in: *American Economic Review* 1969, No. 3, S. 282 f. sowie Fortführungen der Gedanken in: A. V. Kneese, R. U. Ayres und R. C. D'Arge: *Economics and the Environment, A Materials Balance Approach*, Washington D. C. 1970.

Deutschsprachige Einführungen: K. Siebert: *Das produzierte Chaos*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1973, und B. S. Frey: *Umweltökonomie*. Göttingen 1973. Vgl. auch den Rezensionsteil dieses Heftes.

8 Die Entropie ist eine sehr unanschauliche physikalische Größe, welche den Ordnungszustand bzw. das Ausmaß von Zufälligkeit in einem System mißt.

9 Dies ist eine physikalisch sehr lax Formulierang des 2. Hauptsatzes der Thermodynamik, richtig müßte es heißen, daß in adiabatisch geschlossenen Systemen keine Zustandsänderungen geschehen können, bei denen die Entropie des System sich vermindert.

360 · 10⁹ W oder 1,44 W/m².¹⁰ Pro Kopf beträgt er 45 · 10⁶ kcal/ Jahr. Diese Zahlen sind erst im Vergleich aufschlußreich: vergleichen wir den pro Kopf anfallenden technischen Energieumsatz mit dem biologischen Energiewechsel des Menschen¹¹, so ergibt sich eine Relation von 41:1, d. h. die pro Kopf konsumierte technische Energie ist heute 41 mal so hoch wie der biologische Energieumsatz des Menschen in Höhe von ca. 1,1 · 10⁶ kcal/Jahr. Vergleichen wir weiterhin den anthropogenen Energieumsatz pro Flächeneinheit mit der auf diese Fläche zugeführten Sonnenenergie, so ergibt sich eine Relation von 1:79, d. h. die menschliche Energiefreisetzung von 1,44 W/m² in der BRD macht 1,26 % der auf den Erdboden gelangenden Sonnenstrahlung von 114 W/m² aus. Aus beiden Schlüsselzahlen ergibt sich, daß technische Energieumwandlungsprozesse in Industriestaaten die Größenordnung des biologischen Energiewechsels des Menschen bei weitem übertreffen und regional schon Ausmaße erreicht haben, die nur noch 2 Zehnerpotenzen unterhalb der geophysikalisch-atmosphärischen Prozesse, also schon in deren „Prozentbereich“ liegen. In Industriezentren und sonstigen Ballungsräumen liegt der letztere Wert noch weit höher.

Wir untersuchen nun einige Umweltprobleme, die sich aus dem Energiewechsel industrieller Gesellschaften ergeben, vor allem wenn dieser exponentiell weiter wachsen würde.

a) Fossile Energieträger sind erschöpfbar

Der gegenwärtige Welt-Energieumsatz beträgt 60 · 10¹⁵ kcal/Jahr oder 8 · 10¹² W.¹² Schätzen wir die Gesamtvorräte an fossiler Energie auf 30 · 10¹⁸ kcal¹³, so ergeben sich bei konstantem Abbau Vorräte für 500 Jahre, bei jährlichen Wachstumsraten des Abbaus von 4 % ergibt sich ein dynamischer Erschöpfungszeitraum von nur 76 Jahren. Unterstellen wir doppelt so hohe Vorräte, so resultiert ein dynamischer Erschöpfungszeitraum von 93, und schließlich bei zehnmal so

10 Allgemein zugängliche Daten zu diesem Thema: K. M. Meyer-Abich: Die ökologische Grenze des herkömmlichen Wirtschaftswachstums, in: H. v. Nussbaum: Die Zukunft . . . , a.a.O., S. 163 f., J. Kruse: Energiewirtschaft, Reihe Struktur und Wachstum, Industrie, H. 16 (Hrsg.: ifo-Institut München). Berlin, München 1972, insbes. S. 16 bis 47, Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung. Bonn, November 1974.

11 Es handelt sich um den durch die Nahrung gespeisten Energieumsatz zur Aufrechterhaltung der Körpertemperatur und zur Erfüllung aller physiologischen und mechanischen Leistungen des Körpers.

12 Vgl. H. Flohn: Globale Energiebilanz und Klimaschwankungen, Bonner meteorologische Abhandlungen, Sonderheft der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften Nr. 234, 1973, S. 91.

13 Zusammengestellt und berechnet nach M. Mesarović und E. Pestel: Menschheit am Wendepunkt, 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage. Stuttgart 1974, S. 157 bis 159, Tab. B 1 bis B 3. Derartige Schätzungen sind außerordentlich unsicher.

hohen Vorräten ein solcher von 133 Jahren¹⁴. Es spielt also bei Fortsetzung des exponentiellen Wachstums gar keine Rolle, wie hoch die Vorräte angenommen werden, sie werden in jedem Falle in wenigen Jahrzehnten aufgezehrt. Eine solche Entwicklung wäre die Plünderung von Reichtümern, die zu ihrer Bildung mehrere 100 Mio. Jahre benötigt haben. Diese Plünderung gilt es zu verhindern, sind doch Kohle und Erdöl wertvolle Rohstoffe, die es sich lohnte für hochwertige chemische Produkte zu verwenden wie Arzneimittel und Kunststoffe, statt sie als CO₂ und H₂O in die Luft zu jagen. Eine weitere exponentielle Steigerung des Energieumsatzes auf der Basis fossiler Energieträger wäre also destruktiv und käme auf jeden Fall zu einem schnellen Ende.

b) Die Kernenergie als alternative Energiequelle eröffnet zweifelhafte Perspektiven

Bis vor kurzer Zeit wurde die Kernspaltung als Ausweg aus allen Übeln wie Erschöpfung von Kohle und Erdöl, Luftverschmutzung und vor allem als Akt der Befreiung vom Würgegriff der „Ölscheichs“ gepriesen. Forschung und Entwicklung der Reaktortechnik wurden gewaltig vorangetrieben, und im „4. Atomprogramm“ der BRD von 1972 wurde als verbindliches Ziel festgelegt, 1985 36 % der Elektrizität aus Kernreaktoren zu gewinnen und dabei die installierte Leistung von jetzt 2 300 MW auf 40 000 MW, also auf das 17,5-fache, auszudehnen¹⁵. Kritiker dieser Planung wurden als inkompetente oder böswillige Miesmacher verunglimpft, denen es nicht um die „Sache“, sondern um die Beseitigung der marktwirtschaftlichen Ordnung gehe.

Die Parteinahme der Industrie und fast aller herrschenden politischen Kräfte hat nicht verhindern können, daß in der Öffentlichkeit eine breite Opposition gegen die Kernenergie entstanden ist. Die Diskussion über das Für und Wider der Kernkraft ist auf beiden Seiten emotionell, und sowohl besonnene als auch physikalisch fundierte Stellungnahmen, an denen wir uns hier zu orientieren versuchen, befinden sich weit in der Minderzahl¹⁶. Eine Bestandsaufnahme der Probleme der Kernenergie ergibt nach heutiger Kenntnis:

14 Vgl. Fn. 5.

15 Energieprogramm der Bundesregierung, September 1974. Durch das in der „Ölkrise“ wachgerufene Bestreben, in der Energiefrage vom Ausland unabhängiger zu werden, ist dieses Ziel sogar verschärft worden: Nunmehr sollen 1985 nach Möglichkeit 50 000 MW oder 45 % der Stromerzeugung aus Kernkraftwerken kommen. Vgl.: Erste Fortschreibung des Energieprogramms . . ., a.a.O., S. 42.

16 Zum Kernenergieproblem allgemein empfehlenswert: R. U. Ayres und T. B. Taylor: Ökonomische und ökologische Folgen von wechselnden Gegebenheiten der Energieproduktion und des Energieverbrauchs, in: Umweltbrief 10 vom 18. 11. 1974: Ökonomische und ökologische Konsequenzen einer energiepolitischen Konzeption (weltweit), Hrsg.: Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn 1974, S. 62 f., A. Hammond: Fission:

1. Die Strahlenbelastung des Menschen im Normalbetrieb *heutiger* Kernkraftwerke liegt innerhalb der Schwankungsbreite der natürlichen Radioaktivität, der der Mensch ausgesetzt ist, und ist daher mit großer Wahrscheinlichkeit tragbar.

2. Die Unfallsicherheit *heutiger* Kernkraftwerke ist ebenfalls sehr hoch einzuschätzen, und die Wahrscheinlichkeit eines größeren Unfalls ist viel kleiner als bei anderen technischen Einrichtungen wie z. B. Staudämmen.

3. Die Enddeponie von radioaktiven Abfällen in sorgfältig ausgesuchten Salzkavernen kann ebenfalls als vertretbares Sicherheitsrisiko angesehen werden. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß von geologischen Formationen, die wie z. B. in Deutschland seit dem Zechstein (-210 · 10⁶ Jahre) wasserfrei sind, Kontakte zur Biosphäre und damit Übertragungsmöglichkeiten der dort gelagerten Substanzen entstehen.

Aus diesen Befunden wird von Befürwortern der Kernenergie geschlossen, daß ein Groß-Energiesystem auf der Basis von Kernkraft zu verantworten wäre. Dieser Schluß ist ganz sicher voreilig und nach meiner Ansicht falsch.

4. Es gibt auf die Dauer kein Groß-Energiesystem auf der Basis von heutigen Leichtwasserreaktoren, sondern nur eines auf der Basis von Brutreaktoren. Die Leichtwasserreaktoren sind von Anfang an als ein experimentelles Durchgangsstadium angesehen worden. Würde man hierbei bleiben, so würden sich die Vorräte an Uran noch schneller erschöpfen, als es die Vorräte an Erdöl täten, wenn man sie im gegenwärtigen Umfang weiter abbauen würde. Der Brüter erzeugt dagegen mehr spaltbares Material, als er verbraucht, nur er wäre daher der Grundstein einer dauerhaften Kerntechnologie. Es gibt aber noch keinen Schnellen Brüter auf der Erde im Routinebetrieb. Es ist daher nicht bekannt, ob für seine Sicherheit die Aussagen, die oben hinsichtlich des Leichtwasserreaktors getroffen wurden, zulässig wären. Im Gegenteil deuten viele Anzeichen darauf hin, daß der Schnelle Brüter wesentlich näher an Gefahrenschwellen operiert als der Leichtwasserreaktor. Dieses Gerät ist nicht nur bezüglich der Sicherheit fragwürdig, sondern auch hinsichtlich seiner allgemeinen Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit. Nachdem die Aussichten, ihn innerhalb weniger Jahre kommerziell einzusetzen, immer geringer geworden sind, bestehen in den USA nun starke Tendenzen, seine Förderung zugunsten alternativer Systeme, darunter die Sonnenenergie, zurückzustellen.

The Pro's and Con's of Nuclear Power, in: Science, Vol. 178, S. 147 f., A. B. Lovins: Nuclear Power: Technical Bases for Ethical Concern, Manuskript, Earth Resources Research Ltd. London, November 1974, A. M. Weinberg: Social Institutions and Nuclear Energy, in: Science, Vol. 177 (1972), S. 27 f., C. F. von Weizsäcker: Entwicklung und Deckung unseres Energiebedarfs, Referat in Reutlingen am 21. 6. 1975, Manuskript.

5. Das Problem der radioaktiven Abfälle, Zwischenprodukte und der Wiederaufbereitung gewinnt phantastische Dimensionen, wenn es nicht mehr wie bisher einige Kernkraftwerke, sondern ein Groß-System von Schnellen Brütern gibt. Es befindet sich dann ständig eine Menge radioaktiven und giftigen Materials in diesem System, von der nur ein Bruchteil ausreichte, ungeheure Katastrophen auszulösen, wenn er sich ungerichtet in der Biosphäre verbreitete. Neben das Problem der technischen Unfallsicherheit tritt hier das der gewollten Verbreitung des Materials durch Krieg und Sabotage. In einer gefestigten und verantwortungsvollen sozialistischen Gesellschaft wäre ein technisch perfektes System Schneller Brüter vielleicht zu tolerieren, unter den Bedingungen von Klassenkampf und ständiger Kriegsgefahr sind sie jedoch Pulverfässer. Was bei größeren kriegerischen Auseinandersetzungen in einem Lande passiert, in dem sich alle 20 km ein Atomkraftwerk befindet, wird in der öffentlichen Diskussion meist dezent verschwiegen¹⁷. Umso schauerlicher wird die Gefahr ausgemalt, die von polit-kriminellen Terrorkommandos ausgehen könnte¹⁸. Daß diese Befürchtungen Substanz haben, muß zugegeben werden. Wesentlicher ist jedoch, daß die Störanfälligkeit eines solchen Energiesystems Anlaß zur Verfolgung jedweder Art von Opposition geben kann. Die Wirkungen einer Freisetzung von Plutonium sind so verheerend, daß *nie* etwas passieren darf. Die elementarste Statistik zeigt aber, daß in einem Groß-System Schneller Brüter die Chance, daß einmal etwas passiert, sei es durch Nachlässigkeit, Verkettung unglücklicher Umstände, Sabotage oder Krieg, unendlich höher ist als die, daß *nie* etwas passiert. „Wenn immer mehr Leute mit immer mehr Dingen herumhantieren, die sie nicht voll verstehen, wird früher oder später ein Narr größer sein als die Sicherheit eines noch so narrensicheren Systems.“¹⁹

Es ergibt sich zusammenfassend, daß bei der Beurteilung der Atomenergie der Schwerpunkt weniger auf Einzelfragen dieses oder jenes Kraftwerks liegen, sondern der Aspekt des Gesamtsystems im Vordergrund stehen sollte. Eine quantitativ begrenzte, hauptsächlich wissenschaftlichen Zwecken dienende Technologie ist sicher zu beantworten, ein weltweites Groß-System auf der Basis des Schnellen

17 Ausnahme: C. F. v. Weizsäcker: Entwicklung und Deckung . . . , a.a.O.

18 Die Angst vor Sabotage steht momentan ganz oben an. Es wird daher von besorgten Fachleuten empfohlen, die Sicherheitsmaßnahmen so auszulegen, daß „... auch bewaffnete Raubüberfälle mit einer Gefährlichkeit wie der der größten historisch bekannten Überfälle auf Geld und andere Wertobjekte erfolgreich abgewehrt werden können.“ (R. U. Ayres und T. B. Taylor: Umweltbrief Nr. 10, a.a.O., S. 61).

19 E. Teller (einer der „Väter der Atombombe“), zitiert bei: Th. Ginsburg: Langfristige Aspekte des Energiewachstums, in: P. Fornallaz (Hrsg.): Technik für oder gegen den Menschen, Vorträge gehalten am öffentlichen Symposium der ETH Zürich am 12. bis 15. 11. 1973, Basel und Stuttgart 1975, S. 210.

Brüters ist dagegen ein „Faustischer Pakt“²⁰ und trägt deutliche Züge technologischen Größenwahns. Es ist mit den noch leider zu vereinzelt besonnenen Stimmen ein Moratorium für den Aufbau eines solchen Systems zu fordern, bis wesentliche Aspekte geklärt sind²¹. Es besteht allerdings die Hoffnung, daß sich das Problem insoweit entschärft, als das hektische Entwicklungstempo, wie es noch im 4. Atomprogramm anvisiert ist, aus technischen und ökonomischen Gründen längst nicht eingehalten werden kann.

c) *Andere Energiequellen außer fossilen Brennstoffen und Kernenergie zwingen zur Begrenzung des Energieumsatzes*

Es gibt eine Vielzahl weiterer Energiequellen von begrenzter Kapazität. Man kann die Erdwärme aus der Tiefe nutzbar machen, die Wasserkräfte, Wind- und Meeresströmungen, Gezeiten, Temperaturgradienten im Ozean nutzen usw. Sie alle werden nur lokale Bedeutung erlangen. Die einzige großformatige Alternative ist die Sonnenenergie²², welche auf direkte und indirekte Weise nutzbar gemacht werden kann: Neben der erwähnten Wind- und Wasserkraft, die auch umgewandelte Sonnenenergie ist, ist eine Nutzung über den Umweg der pflanzlichen Photosynthese²³ oder in direkter Weise durch Auffangen der Wärmestrahlen (Erhitzen von Wasser) oder der kurzwelligen Strahlen durch Photozellen möglich.

Die Nutzung der Sonnenenergie ist jahrelang von der Kernkraftlobby als aussichtslose Alternative, vor allem in höheren Breiten, abgetan worden. Diese Einschätzung trifft nicht zu. Die Energiemenge, die die Erde von der Sonne empfängt, ist sehr groß; selbst in hochindustrialisierten Gebieten relativ geringer Einstrahlungsintensität, wie z. B. der BRD, erreicht der technische Energieumsatz des Menschen nur einen Bruchteil der natürlichen Sonneneinstrahlung. Weltweit beträgt der anthropogene Energieumsatz von 8 TW nur 0,01 % der auf den Erdboden gelangenden Strahlung von 80 000 TW. Die Nutzbarmachung dieser Energie scheint im Gegensatz zu Kohle,

20 Die Charakterisierung der Atomenergie als „Faustian Bargain“ stammt von A. Weinberg, vgl. Fn. 16.

21 So gefordert u. a. von: A. V. Kneese: *The Faustian Bargain*, Manuskript. Paris o. Jg., J. T. Edsall: *Nuclear Energy*, in: *Science*, Vol. 178 (1972), S. 933.

22 Einführend zur Sonnenenergie: W. R. Cherry: *Sonnenenergie als alternative Energiequelle*, in: W. D. Kürten (Hrsg.): *Energie als Herausforderung, Reihe Geschichte und Staat*, Bd. 136. München, Wien 1974. Einen interessanten Überblick über verschiedene alternative Energiequellen (geothermische Energie, Wasser- und Windkraft, Gezeiten sowie „exotische“ fossile Energieträger wie Ölschiefer etc.) gibt die Nr. 30 der Zeitschrift „Das Parlament“ vom 27. 7. 1974.

23 Die Photosynthese ist der Aufbau organischer Substanz aus Wasser und Kohlenstoff der Luft durch die grünen Pflanzen. Der Prozeß wird durch die Energie der Sonnenstrahlen betrieben.

Erdöl und Kernspaltung „unwirtschaftlich“. Dies ist der Fall, weil der „wirtschaftliche“ Schaden der Ausplünderung von Kohle und Erdöl und die wahrscheinlichen Atom-Schadensfälle nicht in das kapitalistische Kalkül einbeziehbar sind, aber auch weil bisher staatliche Forschungsmittel für Kernenergie und Sonnenenergie im Verhältnis von 100:1 verteilt worden sind. Die Sonnenenergie könnte in wenigen Jahren eine ernsthafte Energiequelle — zumindest für Zwecke wie Raumheizung und Warmwasserbereitung — werden. Es gibt in allen Industrieländern vielversprechende Versuchshäuser, die ihren gesamten Energiebedarf aus Sonnenenergie gewinnen. Die zu lösenden Probleme sind noch schwerwiegend, aber keinesfalls technische Utopie. Die Sonnenenergie benötigt keine erschöpfbaren Rohstoffe, hinterläßt keine Abfälle, greift in die Strahlungsbilanz der Erde per Saldo nicht ein und ist gleichmäßiger verfügbar als alle anderen Energiequellen: sie wäre also ökologisch optimal. Die unabweislichen Vorteile der Sonnenenergie haben inzwischen dazu geführt, daß in allen Industrieländern — zum Mißfallen der Kernkraftlobby — Forschungsprojekte zu ihren Gunsten anlaufen.

Wir halten bezüglich der Sonnenenergie für den vorliegenden Zweck fest: Sie ist ertragreicher als die anderen „nicht-konventionellen“ Energiequellen wie geothermische Energie u. ä., und es ließe sich mit ihr eine weltweite technische Zivilisation sicherstellen. Aber sie kann niemals in ein „energetisches Schlaraffenland“ führen, sie liefert nie Energie im Überfluß, wie es Schnelle Brüter und Fusionsreaktoren vielleicht könnten. Wegen ihrer technischen Aufwendigkeit besitzt sie einen immanenten Anreiz zum sparsamen Wirtschaften mit Energie. Es ließe sich auf ihrer Basis kein exponentielles Wachstum der Energieumsätze, wie es jetzt der Fall ist, dauerhaft veranstalten.

d) Die Vervielfachung des Energieumsatzes schafft atmosphärische Probleme

Der Gedanke, daß durch menschliche Energiefreisetzung Klima und Wetter beeinflußt werden könnten, ist nicht neu und durchaus naheliegend. Bei den gegenwärtigen Dimensionen menschlicher Energiefreisetzung sind allerdings nur lokale Auswirkungen zu erwarten. Bei einer Vervielfachung des Energieumsatzes sind aber folgende Gesichtspunkte zu beachten: Das Großklima der Erde ist das Ergebnis von zahlreichen sehr komplizierten atmosphärischen Prozessen, die nur zum Teil durchschaut sind. Es ist möglich, daß es labile atmosphärische Gleichgewichte nach dem „flip-flop-Mechanismus“ wie bei einem Lichtschalter gibt. Wird eine bestimmte Einflußnahme auf das Klima immer stärker, so kann plötzlich die Kraft zur Rückkehr in die ehemals stabile Ausgangslage nachlassen, und das Klima pendelt sich auf ein neues Gleichgewicht ein; es wird plötzlich wärmer, kälter, feuchter, trockener etc., man sagt, das Klima sei „intransitiv“. Es gibt für diese Hypothese natürlich keine experimentellen Belege, aber wichtige theoretische Hinweise und erdgeschichtliche Tatsachen,

die man nicht anders als so deuten kann. Zwar weiß man über die Entstehungsweise von Eis- und Wärmezeiten wenig, aber man vermutet, daß ihre Ursachen relativ geringfügig waren. Wenn ihre endgültige Ausbildung auch jeweils Tausende von Jahren in Anspruch nahm, so scheinen die Entscheidungen über ihren Verlauf in klimageschichtlich sehr kurzen Zeiträumen wie einigen Jahrhunderten oder gar nur Jahrzehnten gefallen zu sein. Dies deutet auf intransitive Verhältnisse hin²⁴. Der menschliche Energiewechsel kann auf mehrere Weise in klimatische Gleichgewichte eingreifen: Einmal durch Veränderung des Gaschemismus der Atmosphäre. Durch Verbrennung von Kohle und Erdöl wird der CO₂-Spiegel erhöht, und es wird Sauerstoff verbraucht. Natürlich ist es Unsinn anzunehmen, daß durch die Verbrennung, die ja die Rückgängigmachung des biologischen Prozesses der Photosynthese darstellt, aller Sauerstoff verbraucht und die O₂-freie „Uratmosphäre“ wieder hergestellt werden könnte, aber schon geringe Änderungen des CO₂-Gehaltes können folgenreich sein²⁵. Der Kohlendioxidgehalt determiniert vermutlich die Temperatur der Atmosphäre, eine Erhöhung seiner Konzentration kann eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur der Erdatmosphäre bewirken. Die Rauchgase und Stäube, die bei der Verbrennung von Kohle und Erdöl entstehen, können ebenfalls die Temperatur der Atmosphäre beeinflussen²⁶. Schließlich kann die direkte Wärmeproduktion durch den menschlichen Energiewechsel bedeutsam sein. Wie erwähnt, beträgt der heutige Energieumsatz $8 \cdot 10^{12}$ W mit einer jährlichen Wachstumsrate von 4,8 %. Die die Atmosphäre erreichende Strahlung der Sonne beträgt insgesamt $173\,000 \cdot 10^{12}$ W. Man vermutet, daß Schwankungen im Energiehaushalt der Atmosphäre in Höhe von $50 \cdot 10^{12}$ W — $2\,000 \cdot 10^{12}$ W zur Erzeugung der bedeutsamen nacheiszeitlichen und geschichtlich überlieferten Klimaschwankungen und vielleicht sogar der Eis- und Wärmezeiten selbst ausgereicht haben²⁷. Die untere Grenze von 50 TW würde bei der gegenwärtigen Wachstumsrate des menschlichen Energieumsatzes in 38 Jahren, die obere von 2 000 TW in 116 Jahren und ein in der Literatur verbreiteter Mittelwert von 300 TW in 76 Jahren erreicht

24 H. Flohn: Globale Energiebilanz . . . , a.a.O.

25 Zur CO₂-Problematik vgl.: W. H. Matthews, W. W. Kellog und G. D. Robinson: Man's Impact on the Climate, The MIT Press. Cambridge, Mass. und London 1971, S. 19 f., G. Plass: Carbon Dioxide and Climate, in: Sci. Am. July 1959, S. Manabe: The Dependence of Atmospheric Temperature on the Concentration of Carbon Dioxide, in: S. F. Singer (ed.): Global Effects of Environmental Pollution, Symposium in Dallas/Texas. Dordrecht o. J. (1968 ff.), S. 27 f.

26 Vgl. hierzu am kompetentesten: J. M. Mitchell jr.: Summary of the Problem of Air Pollution Effects on the Climate, in: W. H. Matthews et. al.: Man's Impact on the Climate . . . , a.a.O., S. 167 f.

27 Vgl. H. Flohn: Globale Energiebilanz . . . , a.a.O., S. 75.

sein²⁸. Wenn das Wachstum des Energieumsatzes so weiterliefe wie bisher, so käme man allein auf Grund der Wärmebelastung der Atmosphäre in wenigen Jahrzehnten in Größenordnungen, bei denen ungewollte und unvorausehbare Klimamodifikationen erwartet werden müßten. Das Problem ist nicht, daß das Klima überhaupt verändert wird. Eine zukünftige Menschheit wird es vielleicht planmäßig zu ihrem Vorteil ändern können. Gegenwärtig ist aber die Einsicht in großräumige atmosphärische und ozeanographische Zusammenhänge noch so gering, daß Klimaänderungen bei Manipulation an großklimaschaffenden Einflußgrößen unvorhersehbar und katastrophal sein können. Eine typische Folge könnte z. B. das Schmelzen des arktischen Meereises, die Verschiebung aller Klimazonen um einige Breitengrade nach Norden und die Verwandlung des Mittelmeerraumes und anderer Gebiete auf gleicher Breitenlage wie Indien in Vollwüsten sein. Es ist bei den gegenwärtigen Kenntnissen heller Wahnsinn, in das Großklima der Erde hineinzuspielen, daher ist der menschliche Energieumsatz nicht beliebig ausdehnbar.

e) Zusammenfassung

Die vorherstehenden Gesichtspunkte können zwar keine fixe Obergrenze eines noch zulässigen Energiewechsels der Menschheit, die sich mechanisch ausrechnen ließe, angeben. Ganz abstrakt gesehen, ist die Grenze keine absolute und unaufhebbare. Die Probleme von Kernspaltung und -fusion könnten in ferner Zeit gemeistert und die atmosphärischen Gleichgewichtsverschiebungen berechnet und beherrscht werden. Aber für alle gegenwärtigen praktischen Zwecke und für jeden konkret interessierenden historischen Zeitraum sind es hinzunehmende Grenzen. Wie immer man die oben angegebenen Einschätzungen im Detail aufnimmt, man wird akzeptieren müssen, daß mit dem Energiewechsel ein zweiter maßgebender Faktor (neben dem beschränkten Raum) identifiziert worden ist, den eine nicht-antagonistische Gesellschaft anerkennen würde, gerade um den Bedürfnissen und Entfaltungsmöglichkeiten ihrer Mitglieder zu genügen.

Wir untersuchen im folgenden in einem einfachen Modell, was es hingegen für den Kapitalismus bedeutete, sich diesem maßgebenden Faktor zu unterwerfen.

IV. Formale Betrachtungen und empirische Wachstumstrends im Kapitalismus

Zunächst — was heißt „exponentielles“ oder „maßloses“ Wachstum? Betrachten wir einige einfache mathematische Zusammenhänge.

²⁸ Berechnung des letzteren Wertes als Beispiel:

$$300 = 8 \cdot e^{0,048 \cdot t}$$

(300 TW als Zielwert, 8 TW als Gegenwartswert, Wachstumsrate von 4,8 %). Gefragt ist t).

$$t = \frac{\ln \frac{300}{8}}{0,048} = 75,6 \text{ Jahre.}$$

Es existieren verschiedene Formen von Wachstumfunktionen: Es lassen sich „rechtsgekrümmte“ oder Kurven abnehmender Steigung, lineare Kurven oder solche konstanter Steigerung und „linksgekrümmte“ oder Kurven zunehmender Steigung unterscheiden. Abb. 1 zeigt die „logistische Kurve“. Dies ist eine typische Sättigungskurve, sie kann nicht über ihre Obergrenze a hinauswachsen. Es liegt auf der Hand, daß sie eine adäquate Wachstumfunktion für Größen in allen abgeschlossenen Medien ist. So wachsen z. B. Bakterienkulturen in geschlossenen Gefäßen exakt nach der logistischen Kurve; erst ist ihre Vermehrungsgeschwindigkeit groß, dann machen sich begrenzende Faktoren bemerkbar, die sie gegen Null zwingen. Die logistische Kurve ist für Überlegungen hinsichtlich etwaiger „Grenzen des Wachstums“ von besonderer Bedeutung. Z. B. müßte sich das Wachstum der menschlichen Bevölkerung auf eine logistische Bahn einpendeln, soll nicht die oben beschriebene zerstörerische Entwicklung eintreten. Auch das Wachstum des Energieumsatzes müßte logistisch verlaufen.

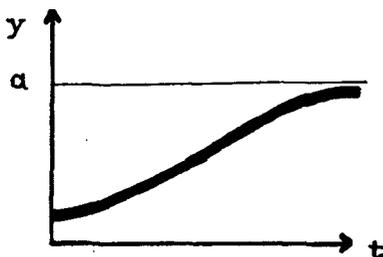


Abb. 1: Die logistische Kurve

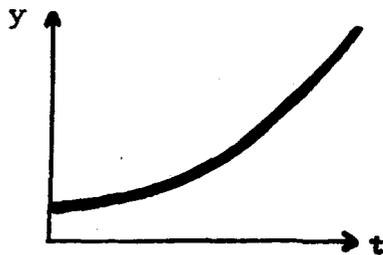


Abb. 2: Die Exponentialfunktion

$$y = \frac{a}{1 + b \cdot e^{-c \cdot t}}$$

$$y = a \cdot e^{c \cdot t}$$

Kurven mit zunehmender Wachstumsgeschwindigkeit sind zunächst alle Funktionen von Typ $y = t^a$ ($a > 1$). Alle diese Funktionen sind nach oben unbeschränkt. Von ganz anderer Qualität ist die sogenannte Exponentialfunktion $y = a^t$ oder $y = e^t$. Sie ist vom Bilde her von einer Funktion $y = t^a$ ($a > 1$) nicht immer leicht zu unterscheiden, aber es handelt sich hierbei um eine Funktion, bei der jeder Zuwachs pro Zeiteinheit proportional dem Funktionswert, dem schon erreichten Bestand, ist. Alle Größen, die um einen konstanten Prozentsatz pro Zeit wachsen, wachsen exponentiell. Dadurch ist das Wachstum explosiv, der Zuwachs wird immer größer, je größer der Funktionswert ist. Beträgt z. B. eine Größe 100 und die Wachstumsrate 10 %, so wächst sie im Jahr 10, beträgt sie 1000, so um 100, beträgt sie 10 000, so um 1000 usw. Auch bei anderen Funktionen wird der Zuwachs pro Zeiteinheit größer, aber er kann nie proportional dem Funktionswert wachsen, sondern sinkt immer relativ zu ihm. Das exponentielle

Wachstum gehorcht einem inneren Selbstverstärkungsmechanismus und ist von außen unbeeinflussbar, es sei denn, die wachsende Größe zerbricht an äußeren Grenzen. Die Exponentialfunktion ist also der mathematische Ausdruck der Maßlosigkeit von Wachstumsprozessen²⁹.

Die Geschichte des Kapitalismus der letzten 150 Jahre ist eine Geschichte exponentiellen Wachstums. Die überwältigende Mehrheit aller physischen und immateriellen Größen, die sich benennen und quantifizieren lassen, wächst exponentiell, vor allem die Menge nahezu aller für das Umweltproblem relevanten Größen. Das meistdiskutierte Beispiel ist die Menschenzahl selbst, die „Bevölkerungsexplosion“. Hier wächst sogar die Wachstumsrate von gegenwärtig ca. 2 % p. a. noch mit, das Wachstum ist überexponentiell. Auch die mit der menschlichen Reproduktion zusammenhängenden materiellen und energetischen Größen wachsen fast alle exponentiell. Hinsichtlich stofflicher Größen wird, vor allem in optimistischen bürgerlichen Betrachtungen zu den „Grenzen des Wachstums“, auf Sättigungstendenzen hingewiesen. Natürlich gibt es Sättigungen auf Einzelmärkten, so gehen z. B. Produktion und Verbrauch solcher inferiorer Güter wie Kartoffeln, Kunstthong, Malzkaffee und Kohlebadöfen relativ und z. T. sogar absolut zurück. Dies ändert aber nichts an der Gesamttendenz, daß nämlich auch im stofflichen Bereich, vor allem bei ökologischen Schlüsselgrößen, exponentielle Wachstumsstrukturen vorherrschen. Im übrigen zeigt sich häufig, wie vordergründig und irreführend Sättigungstheorien sind: Die bekannteste (und wörtlich zu nehmende) Sättigungshypothese³⁰ konstatiert z. B. die Sättigung im individuellen Nahrungskalorienverbrauch bei ca. 3000 kcal/Tag und übersieht, daß infolge der Verlängerung der Nahrungskette durch zunehmenden Fleischkonsum die pflanzliche Primärkalorienerzeugung auf dem Acker und auf der Wiese nach wie vor exponentiell wächst.

29 Die interessante Dynamik der Exponentialfunktion hat eine Reihe von Anekdoten entstehen lassen, wie die vom Weisen, der vom König gefragt wurde, was er sich zum Dank für einen besonderen Dienst erbete. Er nahm ein Schachbrett und wünschte sich auf das erste Feld ein Weizenkorn, auf das zweite zwei, auf das dritte vier, auf das vierte acht ... Der König wunderte sich über diese Bescheidenheit, nicht wissend, daß allein auf das letzte Feld 2⁶³ Körner oder ca. 500 Mrd. to. Getreide entfallen. Eine beängstigende und auf die „Grenzen des Wachstums“ anspielende Parabel ist die von der Seerose. Diese Blume verdoppele ihre Fläche auf dem See jeden Tag. Wenn der ganze See bedeckt ist, geschehe irgendein Unglück, man könne z. B. nicht mehr Fischen fahren. Am Tage vor dem Unglück sind die Bewohner noch unbesorgt, denn es ist erst die Hälfte des Sees bedeckt.

30 Ein bekannter Propagandist dieser These ist F. Kneschaurek, in dessen Aufsatz: Wachstum als Voraussetzung einer wirksamen Umweltpolitik, in: Ch. Horn u. a. (Hrsg.): Umweltpolitik in Europa. München, Bern, Wien 1973, S. 45 f. neben einer Fülle von ökologischem Unsinn auch das sog. Sättigungsbeispiel aus der Ernährung vorkommt.

Das exponentielle Wachstumsgesetz schlägt sich sogar im Wachstum solcher Größen nieder, bei denen es gar nicht unmittelbar einsehbar ist und nur über eine Vielzahl von Vermittlungsschritten wirksam sein kann. Für die „Umweltverschmutzung“, soweit sie sich quantifizieren läßt, sind exponentielle Wachstumsstrukturen nachgewiesen. In der Arktis steigt die Konzentration von Blei (herangetragen durch Wasser, Wind und wandernde Tiere über tausende von Kilometern) mit konstanten Zuwachsraten, d. h. exponentiell. Die Konzentration von Phosphor, der hauptsächlich verantwortlich ist für die als „Eutrophierung“ bezeichnete Schädigung stehender Gewässer, steigt in den Alpenrandseen exponentiell und zwar im Bodensee in den vergangenen Jahren mit der außerordentlich hohen Rate von 15 % p. a. Das exponentielle Wachstumsgesetz beherrscht also schon die biologische „Feinstruktur“ auf der Erde.

Das Wachstum des Sozialprodukts zeigt einen ähnlichen Verlauf: Das „Wirtschaftswachstum“ kapitalistischer Länder war, wie sich durch Statistiken hinreichend belegen läßt, per saldo exponentiell³¹. Zwar waren die Zuwachsraten nicht in jedem Jahr dieselben, aber es gab keine systematische Tendenz der Veränderung. Das wirklich Erstaunliche ist, daß hieran Weltkriege, Weltwirtschaftskrisen, Abspaltung großer Länder aus dem kapitalistischen Verbund und deren Übergang zum Sozialismus sowie vielgestaltige Wertvernichtungen großen Stils nichts geändert haben. Dies kann alles nicht zufällig sein, sondern eine systematische Ursache ist hinter diesem Prozeß zu vermuten³².

V. Zur Marxschen Akkumulations- und Wachstumstheorie

1. Wachstumsrelevante Aspekte der kapitalistischen Gesellschaftsformation

Es ist abwegig, eine „marxistische Wachstumstheorie“ losgelöst von der Gesamtanalyse des Kapitalverhältnisses konstruieren zu wol-

31 Ausführliche Zeitreihen finden sich bei: W. G. Hoffmann, unter Mitarbeit von F. Grumbach und H. Hesse: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Berlin, Heidelberg, New York 1965. Eine knappe Dokumentation wichtiger Zeitreihen (Sozialprodukt, Gewinne, Arbeitsproduktivität etc.) für die BRD findet sich in: B. Gahlen: Einführung in die Wachstumstheorie, Bd. 1. Tübingen 1973. Als beste empirische Datensammlungen und -verarbeitungen kapitalistischer Länder gelten die von S. Kuznets. Vgl. z. B.: Economic Growth of Nations, Total Output and Production Structure. Cambridge, Mass. 1971.

32 In den verschiedenen Richtungen bürgerlicher Wachstumstheorie wird, ungeachtet großer Differenzen sonstiger Art — vgl. etwa den Streit zwischen „Postkeynesianern“ und „Neoklassikern“ — daher auch beständig implizit oder explizit auf die exponentielle Wachstumsstruktur Bezug genommen. So z. B. im „Harrod-Domar-Modell“ oder in der „goldenen Regel der Akkumulation“ der Neoklassik.

len³³. Es können jedoch, immer mit Blick auf das Ganze, wachstumsrelevante Teilaspekte vorsichtig herausgehoben werden. Solche sind:

a) *Die Natur des Wertverhältnisses eröffnet die Möglichkeit von Maßlosigkeit*

In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Stellung der Menschen zu ihren Arbeitsprodukten und zueinander durch den Wert beherrscht. Indem der Reichtum neben der unmittelbaren sinnlichen Bestimmung, Gebrauchswert zu sein und damit einer konkreten Person einen konkreten Nutzen zu liefern, der Gesellschaft als Warenmenge, als abstrakter Reichtum, gegenübertritt, wird er geschichtlich erstmals intersubjektiv verbindlich quantifizierbar. Der Wert wird als Tauschwert an anderen Warenwerten skaliert. Mit der Abstraktwerdung des Reichtums taucht die Relation größer-kleiner auf und kann in jedem Einzelfall gemessen werden. Reichtümer unterscheiden sich nicht mehr der Qualität, sondern der Quantität nach. Es kann in der menschlichen Geschichte der Aspekt der Maßlosigkeit erst beherrschend werden durch die Abstraktwerdung des Reichtums, durch die Abstraktwerdung der Arbeit, durch die Trennung der Arbeitenden von ihren Produktionsmitteln und ihren Produkten, durch die Herausbildung von Kapital. Die Orientierung der Produktion am abstrakten Tauschwert anstelle konkreter Bedürfnisse erst macht sie prinzipiell maßlos.

b) *Das Kapital schafft und reproduziert eine spezifische Form der Ausbeutung. Auch diese ist prinzipiell maßlos. Es wird ein Zwang zur Ausbeutung um ihrer selbst willen, zur Akkumulation, induziert.*

In vorkapitalistischer Zeit bestand die Ausbeutung in der zwangsweisen Herstellung und Aneignung von Gebrauchswerten (Sklaverei, Lehnswesen etc.). In der bürgerlichen Gesellschaft vollzieht sich dagegen Ausbeutung vermittelt durch den Warentausch unter der Legitimation positiven und jedermann überzeugenden Rechts: Tausch von Äquivalenten, kontraktuelle Beziehungen formal gleichberechtigter Partner. Der Kapitalist schießt Tauschwert vor, Abstraktes, potentiell Grenzenloses, er betreibt die Verwertung des Werts um seiner selbst willen. Er muß dies sogar tun; denn tut er es nicht, so werden ihn seine Konkurrenten, indem sie akkumulieren und die Produktivität erhöhen, vom Markt vertreiben. Die durch die Abstraktwerdung des Reichtums eröffnete Möglichkeit der Bereicherung um ihrer selbst willen setzt sich durch als Zwangsgesetz der Konkurrenz.

33 „Gerade die falsche Intention, wichtige Einzelphänomene der kapitalistischen Gesellschaft als einzelne theoretisch in den Griff zu bekommen, ist mit für den geringen Wert solcher (bürgerlichen, U. H.) Theorien verantwortlich.“ D. Freiburghaus und H.-P. Müller: Zur Struktur des Krisenproblems bei Karl Marx, in: Mehrwert, Nr. 5, Einleitung, S. 1, 1973.

c) *Die kapitalistische Gesellschaftsformation besitzt eine gewisse zeitliche Stabilität*

Es ist unzweifelhaft, daß das kapitalistische Produktionsverhältnis mehr als eine Umschlagsperiode des Kapitals überdauert hat, der Produktions-, Verwertungs- und Zirkulationsprozeß des Kapitals muß also überhaupt funktionieren. Dies ist grundsätzlich auf zweierlei Weise möglich: Durch offene Zwangsmaßnahmen der herrschenden Klasse, die die Errichtung anderer Gesellschaftsformen durch direkte politische Herrschaftsakte verhindern, oder durch die integrative Kraft quasi-naturhafter Bewegungsgesetze. Wie die Geschichte des Kapitalismus zeigt, wird zur ersteren Möglichkeit in regelmäßigen Abständen gegriffen. Mehr als einmal hat die integrative Kraft der „zweiten Natur“³⁴, das Wertgesetz, das System nicht mehr hinreichend reproduzieren können, und es wurde durch offene Gewalt und Faschismus statt durch die „unsichtbare Hand“ aufrechterhalten. Dies findet periodisch statt (wie z. Zt. in Chile, Südkorea, etc.); wäre es die Dauerlösung, so hätten wir nicht die Gesellschaft vor uns, die Marx analysierte. Heute wie damals ist die Herrschaft des Wertgesetzes das Spezifikum des Kapitalismus und Geheimnis seiner Lebensfähigkeit.

d) *Das Bewegungsgesetz des Kapitalismus ist quantifizierender Betrachtung zugänglich*

Erinnern wir uns der Warenform des kapitalistischen Reichtums: Mit dem Wert als beliebig teilbarer und zählbarer Quantität läßt sich rechnen, mit dem Gebrauchswert nicht. Die Abstraktwerdung des Reichtums und die Formung der kapitalistischen Gesellschaft durch die Bewegung dieses abstrakten Reichtums erlaubt aber nicht nur seine Messung und Zählung, sondern auch die mathematische Darstellbarkeit wesentlicher Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft. Demjenigen, der sich wissenschaftlicher Mühe unterzieht, eröffnet sich ein im Vergleich mit vorkapitalistischen Gesellschaften wesentlich höherer Grad an Durchschaubarkeit, Kritisierbarkeit und Prognostizierbarkeit der Verhältnisse. Daß sich Widersprüche unvermeidlich verschärfen müssen und schließlich nur noch die Überwindung des Systems zulassen, ist nur deshalb durch Gesetze begründet zu behaupten, weil das integrierende Moment der kapitalistischen Gesellschaft mathematisch faßbar ist.

2. Die Reproduktion des Kapitalverhältnisses

Die Analyse der Kapitalbewegung führt bei Marx zu zwei scheinbar widersprüchlichen Ergebnissen:

a) Es gibt sowohl für die einfache als auch für die erweiterte Reproduktion Proportionierungen der Wertgrößen auf verschiedene

³⁴ G. Lukács: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins — Die Arbeit, Neuwied-Darmstadt 1973, S. 152.

Sektoren, die das System reproduzierbar erhalten. Grob gesprochen: Der Kapitalismus ist nicht eine Maschine mit Zahnrädern unterschiedlicher Größe, die überhaupt nicht funktionieren kann.

b) Andererseits und scheinbar im Widerspruch dazu wird die zeitliche Reproduzierbarkeit des Systems auf lange Sicht bestritten, denn der Zwang zur Akkumulation und die damit einhergehende Entwicklung der Produktivkräfte führe unvermeidlich zum Fall der Profitrate.

Bekanntlich beinhalten diese beiden Sichtweisen in näherer Analyse keinen Widerspruch. Dennoch ist die Frage der zeitlichen Reproduktion des Kapitalismus ein Thema intensiver Diskussion bis heute geblieben. M. E. bietet das Umweltproblem Anlaß zu ihrer Reformulierung unter Einbezug der physisch-ökologischen Problematik, und die folgenden Argumentationsgänge verstehen sich als ein erster Schritt in diese Richtung. Es wird ein einfaches Modell diskutiert und gefragt, wie in ihm wertmäßige und stoffliche Größen aufeinander bezogen sein müssen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß dieses Modell keinen anderen Anspruch erhebt als den, zu zeigen, wie man sich zunächst ein sehr einfaches Bild von den Dingen machen kann, was aber die Chance hat, im weiteren Verlauf der Diskussion schrittweise konsistenter und konkreter zu werden.

2.1. Mehrwertrate, Profitrate und organische Zusammensetzung des Kapitals

Die in der jährlich auf dem Markt erscheinenden Warenmenge inkorporierte Wertsumme beträgt: $y' = m + v + c$. Wir sehen von dem aus dem konstanten Kapital in die Warenmenge übergehenden Wertteil ab und betrachten im folgenden nur den jährlich geschaffenen Neuwert: $y = m + v$. Es gilt definitorisch:

$$\text{Mehrwertrate: } m' = \frac{m}{v}$$

$$\text{Profitrate: } p = \frac{m}{C + v}$$

$$\text{organische Zusammensetzung: } r = \frac{C}{v}$$

Wir unterstellen ein konstantes Arbeitsquantum im Jahr ($y = m + v = \text{const.}$). Wir sehen vom persönlichen Konsum der Kapitalisten ab, weiterhin werde aller Mehrwert als konstantes Kapital akkumuliert ($m = \frac{dC}{dt}$). Es gebe nun zunächst keine über den normalen

Verschleiß c hinausgehende Entwertung von konstantem Kapital. Unter dieser Bedingung gilt, daß nicht alle drei Größen m' , p und r gleichzeitig konstant sein können; im Fall konstanter Mehrwertrate muß r steigen und p sinken. Dies folgt unmittelbar aus den Defini-

tionen³⁵. Es gibt u. a. zwei Möglichkeiten, den Fall der Profitrate aufzuhalten: 1. Durch Erhöhung von m' . Dieser Ausweg ist nur begrenzt zu beschreiten, da m' nicht beliebig zu erhöhen ist. 2. Ein wirkungsvolleres Verfahren ist die Entwertung konstanten Kapitals. Obwohl ständig akkumuliert wird (an das C ständig m angefügt wird), wird dem Wachstum von C (und bei konstantem v auch von r) entgegengewirkt.

Die Entwertung konstanten Kapitals zur Erhaltung und Sicherung der Profitrate ist eines der zentralen Kapitel der Politischen Ökonomie, und die hier noch offenen Fragen können im vorliegenden Rahmen nicht beantwortet werden. Hier müßte die Zyklizität der Krise berücksichtigt werden, ferner der „moralische Verschleiß“, die Veralterung von Produktionsmitteln sowie vermutlich die von Baran und Sweezy angenommene staatliche Lenkung großer Teile des „Surplus“ in kapazitätsunwirksame Verwendungen, etwa in die Rüstung. Das Problem der Entwertung ist nicht zu trennen von dem der Zentralisation und Monopolisierung. Ferner besteht die Frage, inwieweit Kapitalentwertung physisches Ausscheiden aus dem Produktionsprozeß bedeutet (wie hier angenommen). Schließlich ist die Grenze zwischen der normalen Abschreibung c und der darüber hinausgehenden hier eigentlich interessierenden Entwertung schwer zu ziehen.

Wir lassen diese Fragen offen und fragen nur allgemein nach einer Struktur, bei der Mehrwert- und Profitrate konstant bleiben. In dieser Struktur muß es einen Vorgang geben, der das Wachstum von C verhindert, das Wesen dieses Vorgangs bleibe hier offen. Es wird von C ständig eine Größe u abgezogen. Es ist der Fall möglich, daß der Abwachs- oder Entwertungsbeitrag u von C genau so groß ist wie der Zuwachs- oder Akkumulationsbeitrag m (beide pro Zeiteinheit, etwa ein Jahr):

$$m = \left| \frac{dC}{dt} \right| (\text{Akkumulation}) = u = \left| \frac{dC}{dt} \right| (\text{Entwertung}), \text{ d. h. } C = \text{const.}$$

m und u sind dem Betrag nach gleich, erstere Größe ist positiv, letztere negativ. Da C konstant ist, gibt es im Zeitverlauf keine „Nettoakkumulation“. Im langfristigen Durchschnitt, im Auf und Ab von Konjunktur und Krise, ist die Entwertung genau so groß wie die Akkumulation, sonst gäbe eine steigende organische Zusammensetzung des Kapitals und — für $m' = \text{const.}$ — eine fallende Profitrate.

Wesentlich an der vorliegenden Struktur ist, daß alle Größen konstant sind, m , v , y , C , m' , p , u und r .

Die Frage, ob hiermit ein abstraktes Denkmodell oder ein solches mit Anspruch empirischer Gültigkeit vorgestellt ist, mag nur aufgeworfen werden. Ich persönlich schließe aus dem Umstand, daß

35 Ein unkritisches Operieren mit diesen Definitionen wie bei J. Robinson läßt sie als ein System von Tautologien erscheinen. Daß hinter ihnen sehr viel mehr steckt, zeigt H. Holländer in: Das Gesetz des tendenziellen Falles der Profitrate, Marxens Begründung und ihre Implikationen, in: Mehrwert, H. 6, S. 105 f.

einige wichtige, an der empirischen Oberfläche zu findende Korrelate für die Mehrwert- und Profitrate³⁶ bemerkenswert konstant geblieben sind, daß die kapitalistische Bewegung in den letzten Jahrzehnten in ähnlicher Weise wie hier dargestellt abgelaufen sein muß. Die Verifizierung einer solchen These erforderte allerdings einigen Aufwand, gehört nicht zum vorliegenden Thema, und die dargestellten Zusammenhänge verlieren nicht an Relevanz, wenn das bisherige nur als abstraktes Modell aufgefaßt wird; der Sinn des Modells ist folgender: Es werden für die zeitliche Reproduktion des Kapitalismus günstige Bedingungen unterstellt, und zwar eine konstante Mehrwert- und Profitrate. Es wird gezeigt, daß auch in diesem Fall die zeitliche Reproduzierbarkeit an eine weitere Bedingung geknüpft ist, an das exponentielle Wachstum von Arbeitsproduktivität und Produktmenge.

2.2. Arbeitswertkalkül

Die bisherigen Größen sind sämtlich Arbeitswertgrößen, sie messen tatsächlich geleistete, historische Arbeitsmengen. Wir bewegen uns damit in einem vergleichsweise „naiven“ Arbeitswertkalkül, dessen Grenzen unten schnell sichtbar werden.

Es wird jedes Jahr, abgesehen vom Ersatz des konstanten Kapitals C , ein gleiches Arbeitsquantum y geleistet, aufgeteilt in die konstanten Teile v (Konsumtion) und m (Akkumulation). Es existiert das in Produktionsmitteln vergegenständlichte, aufgespeicherte Arbeitsquantum C , welches, da der jährliche Zuwachs m gleich groß ist wie der jährliche Abwachs u , eine gleiche Menge Wert umfaßt. Die Produktionsmittel, in welche diese Arbeitszeit vergegenständlicht ist, bleiben natürlich nicht die selben, sie werden vielmehr laufend ausgetauscht, sie bleiben — wie folgend gezeigt wird — auch nicht gleich viel. Das in ihnen geronnene Arbeitsquantum bleibt hingegen konstant. Das konstante Kapital ähnelt einem Eisberg, der gleiche Masse behält, weil er vorn mit der gleichen Rate anfriert wie er hinten abschmilzt. Wesentlich an dieser Struktur ist ferner, daß das Alter der Produktionsmittel gleich bleibt. Wenn das konstante Kapital C z. B. 10 jährliche Akkumulationsquanta m umfaßt, so wird jedes Jahr eins ausgewechselt, und das älteste Quantum ist 10 Jahre alt, die Umschlaggeschwindigkeit des konstanten Kapitals beträgt 10 Jahre.

2.3. Stoffliches Wachstum

Wir unterstellen für das folgende: Es werde nur ein Gut hergestellt, weil nur so die „Gütermenge“ unabhängig von ihrem Wert

³⁶ Solche sind die „Lohnquote“ bzw. die „Funktionelle Einkommensverteilung“, die „Profitrate“ im bürgerlichen Sinne (Gewinneinkommen/Kapitalstock) sowie mittelbar der „Kapitalkoeffizient“, welche offenbar eine gewisse Konstanz besitzen. Daten und knappe Interpretation hierzu: B. Gahlen: Einführung in die Wachstumstheorie, a.a.O., 1. Kap. Wenn diese Größen konstant bleiben, ist das kein Beweis dafür, daß die Mehrwert- und Profitrate auch konstant geblieben sind, aber ein gewisser Hinweis darauf.

gezählt werden kann. Unter Steigerung der Arbeitsproduktivität verstehen wir, daß die pro Arbeitszeiteinheit hergestellte Produktmenge steigt. Es ist nun jeder der bisher genannten Arbeitswertgrößen eine stoffliche Größe zuzuordnen. Die dem jährlichen Neuwert y entsprechende Produktmenge ist z. B. Q . Es seien alle Entsprechungen kurz aufgelistet:

	Wertgrößen	stoffl. Größen	
jährliches Arbeitsquantum	y	Q	jährliche Produktmenge
davon Akkumulation	$m = \frac{dC}{dt}$	$R = \frac{dP}{dt}$	in Produktionsmittel überführtes Produkt
davon Konsumtion	$v = y - m$	$S = Q - R$	konsumiertes Produkt
konstantes Kapital	C	P	Produktionsmittelbestand
jährliche Entwertung	$u = \frac{dC}{dt}$	$T = \frac{dP}{dt}$	jährliches Ausscheiden von Produktionsmitteln

Die Größen sind sämtlich Nettogrößen, da vom Teil des konstanten Kapitals, welches jährlich in das Neuprodukt übergeht, aus Gründen der einfachen Darstellung abgesehen wurde³⁷. Q ist also die jährlich neu erstellte Produktmenge ohne Abschreibungen, T ist der über den normalen Verschleiß hinausgehende Ausschluß von Produktionsmitteln etc.

Da die Mehrwert- und Profitrate sowie die organische Zusammensetzung des Kapitals konstant sein sollen, befinden sich y und m sowie y und c (damit auch C und m) in konstanten Relationen zueinander.

Die bekannten Ausdrücke für die Mehrwert- und Profitrate

$$m' = \frac{m}{v} \text{ und } p = \frac{m}{C + v} \text{ sind also den folgenden Ausdrücken analog:}$$

$$m = a \cdot y \text{ und}$$

$$y = b \cdot C \quad (0 < a; b < 1) \text{ und } (a; b = \text{const.})$$

37 Wird der normale Verschleiß des konstanten Kapitals einbezogen, so ändert sich an der Essenz der Aussagen nichts.

Es handelt sich hier um Definitionsgleichungen für a und b , es gilt:

$$a = \frac{1}{\left(1 + \frac{1}{m'}\right)} \quad \text{und} \quad b = \frac{p \cdot (C + v) - v}{\frac{y - v}{p} - v}$$

Es wird nun postuliert, daß die gleichen Relationen a und b (= const.) auch auf der physischen Ebene gelten sollen, d. h.:

$$Q = b \cdot P$$

$$R = a \cdot Q$$

Konstanter Mehrwertrate entspricht also konstante Mehrprodukt rate, und konstanter Profitrate entspricht konstante Relation zwischen physischem Produktionsmittelbestand und jährlichem physischen Produkt. Dieser Zusammenhang ist problemlos, sofern es keine Steigerung der Arbeitsproduktivität gibt, denn dann sind Wert und stoffliche Größen immer einander proportional. Die Gleichsetzung von Mehrwert- und Mehrprodukt rate ist ferner auch bei steigender Arbeitsproduktivität problemlos, wenn diese nur in allen Sektoren tendenziell gleich steigt — eine plausible Annahme. Problembe laden ist aber das Korrelat der Profitrate auf der physischen Ebene. Daß bei konstanter Mehrwert rate auch ein konstanter Anteil des jährlichen Produkts in die Hände der Kapitalisten übergeht, ist einzusehen. Warum müssen bei konstanter Profitrate die Kapitalisten jährlich eine Produktmenge appropriieren, die der schon in den vergangenen Perioden appropriierten Menge, dem Produktionsmittelbestand, proportional ist?

Es gibt eine plausible Antwort: Die Bewertung am Markt erfolgt auch in dynamischer Sicht nicht nach tatsächlich verausgabten Arbeitszeiten, sondern nach den zum jetzigen Zeitpunkt gesellschaftlich notwendigen. Ein Produktionsmittel, welches vor fünf Jahren in der doppelten Arbeitszeit wie das gleiche heutige erstellt wurde, erzielt am Markt dennoch nur den Preis des heutigen. Es kann für Produkte gleichen Gebrauchswertes tendenziell immer nur einen Preis geben, unabhängig davon, wann und mit wieviel Arbeitsaufwand sie hergestellt wurden. Wenn es für alle Produktionsmittel einen homogenen Preis gibt, dann müssen — bei konstanter Profitrate — Produktionsmittelbestand und jährliche Akkumulation in konstanter Relation zueinander stehen.

Bei dieser Überlegung zeigen sich die Grenzen des „naiven“, mit historischen Arbeitsquanten operierenden Arbeitswertkalküls. Er versagt bei der Erfassung von Prozessen mit zeitlich veränderlicher Arbeitsproduktivität. Wir sind genötigt, eine zusätzliche Hypothese einzuführen.

Fassen wir alle bisherigen relevanten Definitionsgrößen und Postulate zusammen und betrachten wir Abb. 3:

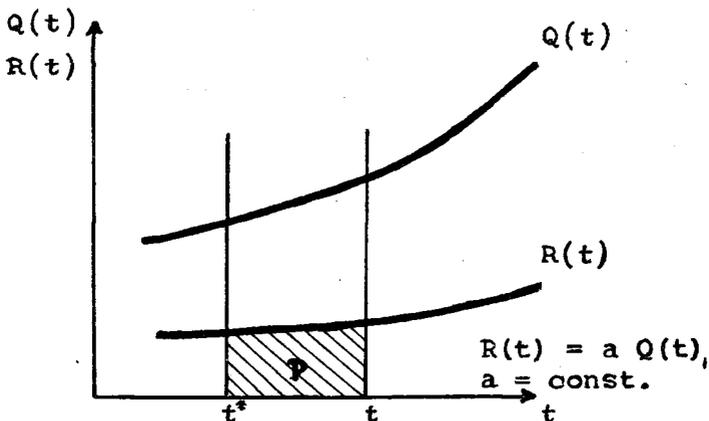


Abb. 3

In Abb. 3 ist auf der Abzisse die Zeit und auf der Ordinate das physische Produkt $Q(t)$ aufgetragen. Wegen $a = R/Q = \text{const.}$ ist auch die jährliche Akkumulation, der jährliche Zugang zum Produktionsmittelbestand R gegeben. Die Kurve für R liegt unter der für Q und ist mit dieser ähnlich, sie folgt derselben Funktion, nur mit einem anderen Koeffizienten. Es ist ferner definitionsgemäß P gleich irgendeinem bestimmten Integral unter R , denn P ist eine ganze Summe von aufgespeicherten R . Welches Integral dies ist, determiniert die Forderung nach konstanter Profitrate bzw. die ihr äquivalente Formulierung $y = b \cdot C$. Dies ist keine Vorschrift hinsichtlich physischer Produkte, sondern hinsichtlich der Zeitstruktur: Das Alter des gesamten Produktionsmittelbestandes muß konstant bleiben. Es muß also die Strecke zwischen t (dem „Geburts“jahr des neuesten Produktionsmittels) und t^* (dem des ältesten) konstant bleiben. Wird sie gestreckt, so sinkt die Profitrate. Es gilt: $(t - t^*) = \text{const.}$ Die vollständige Definitionsgleichung für P ist schließlich:

$$P = \int_{t^*}^t R(t) dt$$

Alle diese Funktionen sagen für sich allein nichts über die Form der Kurve für Q , für die physische Expansion der Gesellschaft, aus. Es ist aber leicht zu zeigen, daß alle Definitionen zusammen vorschreiben, daß $Q(t)$ eine Exponentialfunktion sein muß. Es braucht nur bewiesen zu werden, daß R eine ist, weil R und Q ähnlich sind. Es ist wegen der konstanten Profitrate gefordert, daß P und R proportional seien. Diese Forderung ließe sich unter jeder, auch jeder nicht exponentiellen Funktion für R erfüllen, wenn die „Breite“ von P , also $(t - t^*)$ variiert werden kann. Es ist außerdem gefordert, daß

$(t - t^*) = \text{const.}$ Beide Forderungen zusammen erfüllt nur die Exponentialfunktion³⁸. Es ergibt sich für die physischen Größen:

das Produkt zum Zeitpunkt t : $Q(t) = Q(O) \cdot e^{a \cdot b \cdot t}$

die Akkumulation: $R(t) = a \cdot Q(O) \cdot e^{a \cdot b \cdot t}$

der Produktionsmittelbestand: $P(t) = b \cdot Q(O) \cdot [e^{a \cdot b \cdot t} - e^{a \cdot b \cdot (t - \frac{C}{u})}]$

und die Arbeitsproduktivität: $\frac{Q}{y}(t) = \frac{Q}{y}(O) \cdot e^{a \cdot b \cdot t}$

Der gesellschaftliche Produktionsprozeß wird in Abb. 3 in folgender Weise symbolisiert: der Punkt t wandert auf der Abzisse nach rechts, es wird ein Produkt Q erzeugt, davon ein Teil R dem Produktionsmittelbestand P zugefügt. Der Produktionsmittelbestand enthält eine ganze Summe von R aus den vorhergehenden Jahren, zum Zeitpunkt t^* wurde das älteste noch in Gebrauch befindliche Produktionsmittel geschaffen. t kennzeichnet die „Anwachsfrent“ und t^* die „Abschmelzfrent“ des „Eisberges“ konstantes Kapital. Die Spanne zwischen Anwachs- und Abwachszeitpunkt und damit die „Breite“ von P muß aus Gründen der konstanten Profitrate konstant bleiben. Der Produktionsmittelbestand darf nicht in die „Breite“ wachsen, dafür wächst er infolge Erhöhung der Arbeitsproduktivität in die „Höhe“. Das Wachstum von Q , R , P und Q/y muß exponentiell sein, um den Forderungen $Q = b \cdot P$, $R = a \cdot Q$ (a ; $b = \text{const.}$) sowie $(t - t^*) = \text{const.} = C/u$ zu genügen.

38 Die Exponentialfunktion ist die Lösung aller Differentialgleichungen, in denen eine Größe und ihre Ableitung vorkommen und nur durch Konstanten unterschieden sind. Dies ist hier der Fall:

Es ist offenbar

$$\frac{dP}{dt}(t) = R_t - R_{t^*}$$

wegen $R = a \cdot Q$ und $Q = b \cdot P$ gilt also:

$$\frac{dP}{dt}(t) = a \cdot b \cdot P_t - a \cdot b \cdot P_{t^*}$$

Ferner gilt: u ist der jährlich entwertere Teil von C , also

$$u \cdot (t - t^*) = C \text{ oder } (t - t^*) = \frac{C}{u}. \text{ Es ist also } t^* = t - \frac{C}{u}, \text{ also}$$

$$\frac{dP}{dt}(t) = a \cdot b \cdot P(t) - a \cdot b \cdot P\left(t - \frac{C}{u}\right).$$

Es sind a ; b ; C ; u ; sämtlich Konstanten, also kann elementar integriert werden:

$$P(t) = P(O) \cdot e^{a \cdot b \cdot t} - e^{a \cdot b \cdot (t - \frac{C}{u})}$$

Wären insbesondere C und u selbst von t abhängig, so müßte auf sehr komplizierte Weise integriert werden, und es folgte keine Exponentialfunktion.

2.4. Ergebnis

Es ist das elementarste Modell eines kapitalistischen Systems entwickelt worden, welches, indem es über Einflüsse zur periodischen oder chronischen Vernichtung von konstantem Kapital in derselben Höhe wie der Akkumulation verfügt, dem Fall der Profitrate entgeht. Es wird offengelassen, ob diesem Modell empirische Relevanz zukommt, es kann auch als eine rein formale „Wenn-Dann-Analyse“ aufgefaßt werden. Wenn in diesem Modell die Arbeitsproduktivität und damit die Produktmenge nicht konstant bleibt, so kann sie nur exponentiell steigen. Jedes unterexponentielle Wachstum zerstört die Struktur, sprengt die konstanten Proportionen und führt zu systemgefährdenden Tendenzen wie dem Fall der Profitrate.

Es existiert bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität ein positiver Rückkopplungseffekt, der charakteristisch für alle exponentiell wachsenden Systeme ist: Die Produktivität der Arbeitskraft steigt mit der Menge an Produktionsmitteln, die sie in Bewegung setzt, sie steigt daher auch bei der Produktion der Produktionsmittel selbst. Je mehr Produktionsmittel die lebendige Arbeit in Bewegung setzt, um so mehr Güter produziert sie, um so mehr Produktionsmittel produziert sie aber auch, und umso produktiver wird sie wiederum. Unser Ergebnis bestätigt die an anderer Stelle und mit anderer Methodik gewonnene Aussage, wonach „... die Notwendigkeit einen ausreichenden (exponentiell wachsenden, U. H.) technischen Fortschritt zu produzieren, als Damoklesschwert über der kapitalistischen Produktionsweise hängt“³⁹. Die Profitrate fällt nicht, wenn es zuviel technischen Fortschritt, sondern wenn es zuwenig gibt.

VI. Interpretation

1. Aussagekraft und Mängel des Modells

Es arbeitet gleichsam „vorökonomisch“ nur mit Arbeitsquanten und Produktmengen. Weder der Komplex der Entwertung von konstantem Kapital, noch der der Entwicklung von Werten bei veränderlicher Arbeitsproduktivität konnte erschöpfend diskutiert werden. Fernere Diskussion kann daher auch zu dem Ergebnis kommen, daß das Modell überbestimmt ist: Warum, so kann man fragen, gehört es denn zwingend zur Konstanz der Profitrate, daß die insgesamt im Produktionsmittelbestand inkorporierte Arbeit konstant und

³⁹ H. Holländer: Das Gesetz des tendenziellen Falls ..., a.a.O., S. 127. Zu folgen ist dem Autor auch darin, daß „... die für das Gesetz entscheidende Hypothese des Ansteigens der toten im Verhältnis zur lebendigen Arbeit bzw. des Ansteigens des Kapitalkoeffizienten (im bisherigen Verlauf der kapitalistischen Entwicklung, U. H.) zweifelhaft ist.“ (Ebenda). Es gibt bei beliebiger Steigerung der technischen Zusammensetzung des Kapitals keine Erhöhung seiner Wertzusammensetzung, solange die Arbeitsproduktivität bei der Herstellung der Produktionsmittel mit keiner kleineren Rate als die technische Zusammensetzung steigt. Auf die Frage, inwieweit man unter diesen Verhältnissen sinnvoll von Akkumulation sprechen kann, sei hier nicht eingegangen.

daß die jährliche Produktmenge mit der im Produktionsmittelbestand inkorporierten stets in konstanter Relation bleibe? Beim gegenwärtigen Diskussionsstand stellen diese Annahmen m. E. aber eine sinnvolle Hypothese dar. Die Hypothese erklärt die bisher wachzunehmende maßlose physische Expansion der kapitalistischen Gesellschaft.

2. Bezug zur Energieproblematik

Ist das exponentielle Wachstum der jährlichen Produktmenge, des Produktionsmittelbestandes und der Arbeitsproduktivität die oben als zerstörerisch erkannte „rohe quantitative Expansion“? Was haben die drei Größen mit dem Wachstum der Energieumsätze zu tun?

Das exponentielle Wachstum der Produktmenge ist am wenigsten notwendig zerstörerisch, denn diese besteht nicht nur in z. B. Weizen (es ist daher kein Zeitpunkt zu berechnen, an dem die Erde meterhoch mit Weizen bedeckt ist). Die konsumierbaren Produkte können sich mit Höherentwicklung der Technik zunehmend immaterialisieren. Wenn der Eisen-, Kupfer-, Holzgehalt etc. aller Gebrauchsgüter exponentiell sinken würde, so könnten im vorliegenden Modell immer die gleichen physischen Umsätze dieser Grundstoffe getätigt werden. Im Produktionsmittelsektor ist dies problematischer. Konsumgüter können zunehmend „leichter“ und „feiner“ werden, bei Produktionsmitteln ist dies zumindest empirisch nicht festzustellen und auch schwer vorstellbar.

Am relevantesten ist die exponentielle Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Diese beruht zwar auf der Ausstattung mit immer mehr Produktionsmitteln, aber noch wichtiger ist, daß die lebendige Arbeit immer mehr Energie, die „universelle Ersatzressource“⁴⁰, in Bewegung setzt. Er ist zwar nicht erwiesen, daß das exponentielle Ansteigen der Arbeitsproduktivität in Vergangenheit und Gegenwart auf die exponentielle Ausdehnung der Energieumsätze kausal zurückgeht. Man muß sich aber fragen, wie die Arbeitsproduktivität steigen, wie es überhaupt technischen Fortschritt geben soll, ohne die Energieumsätze ständig zu steigern. Unter den hier entwickelten Modellbedingungen mußten, soll die Biosphäre nicht durch maßlosen Energiekonsum zerstört werden, sich die von der Gesellschaft erstellten Arbeitsprodukte exponentiell immaterialisieren, denn die Menge der Waren steigt exponentiell, ihre physischen Korrelate Gewicht, Volumen etc. dürfen es nicht. Auch bei den Produktionsmitteln darf das nicht der Fall sein. Die Arbeitsproduktivität soll exponentiell steigen, obwohl sie zunehmend mit derart sich immaterialisierenden Produktionsmitteln ausgestattet wird. Der Energieumsatz, aller Erfahrung nach Motor der Steigerung der Arbeitsproduktivität, darf ebenfalls nicht steigen.

40 E. Kowalski: Wünschbarkeit und Möglichkeiten der Erhaltung einer technischen Zivilisation, in: P. Fornallaz (Hrsg.): Technik für oder gegen den Menschen ..., a.a.O., S. 108.

Denk unmöglich ist eine solche Perspektive nicht, aber sie ist in keiner Weise konkret vorstellbar. Wie weiter oben gezeigt, müßte sie sich aber nicht in Jahrhunderten, sondern in Jahrzehnten realisieren. Das aber ist extrem unwahrscheinlich. Man hat alle Indizien für sich, wenn man annimmt, daß sich hier eine echte Kollision zwischen der historischen Gesellschaftsformation des Kapitalismus und den objektiven Gesetzen der physischen Welt, in der dieser existieren muß, abzeichnet.

3. Einordnung in die Politische Ökonomie

„Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst.“⁴¹ Und folgende Bemerkung von Marx könnte auch auf die vorliegende Ausarbeitung zutreffen: „Die Ökonomen also, die wie Ricardo die kapitalistische Produktionsweise für die absolute halten, fühlen hier, daß diese Produktionsweise sich selbst eine Schranke schafft, und schieben daher diese Schranke nicht der Produktion zu, sondern der Natur . . .“⁴².

Ich meine nicht, daß hier Ricardo gegen Marx Recht hat, aber ich meine, daß Ricardo etwas Richtiges im Auge hat, wenn er die physischen Eigenschaften und Grenzen der Natur auch für die politische Ökonomie relevant findet. Auch der Kapitalismus ist trotz der Beherrschung durch den Wert physische Produktion, ist Stoffwechsel mit der Natur geblieben, auch das Kapital — so sehr es zunächst gesellschaftliches Verhältnis ist — ist an Stoffliches gebunden, und dieses Stoffliche wirkt auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zurück.

Es gibt, wie eingangs gesagt, keine mechanische Selbstzerstörung des Kapitalismus. Er wird nicht wie eine überdüngte Topfpflanze gegen die Zimmerdecke der „Grenzen des Wachstums“ stoßen und daran zugrundegehen. Wenn er nach der hier vorliegenden Hypothese zerstörerisch auch in Hinblick auf die Natur ist, so wird dies den Menschen, die ihn entweder profitierend oder dulgend tragen, ins Bewußtsein treten. Das Umweltproblem wird, nachdem die erste Woge, welche überwiegend Geschwätzigkeit hervorgebracht hatte, zurückgeschwappt ist und nachdem es wie jetzt eine Zeitlang verdrängt werden mag, in Zukunft wieder sehr aktuell werden, und die Energieproblematik wird einen besonderen Platz hierin einnehmen.

41 K. Marx: Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 260.

42 Ebenda, S. 252.

Hans Immler

Die Notwendigkeit von Stoff- und Energiebilanzen im Betrieb

I. Einleitung

Es scheint, als ob im betrieblichen Rechnungswesen eines kapitalistischen Unternehmens *alle* betrieblichen Vorgänge von der Beschaffung bis zum Absatz der Waren exakt erfaßt und kontrolliert würden. Ihren Ausdruck findet die gesamtbetriebliche Kontrollrechnung in der jährlichen Bilanz. Tatsächlich bleibt das betriebliche Rechnungswesen jedoch auf einen bestimmten Teil der betrieblichen Gesamtvorgänge beschränkt, und selbst an diesem Teil hat der Betrieb lediglich ein verengtes, quantitativ orientiertes Erkenntnisinteresse. Im Informationssystem des betrieblichen Rechnungswesens hat nur Platz, was in die Wertrechnung des Betriebes eingeht, was über das Preissystem einen Geldausdruck erfährt, kurz, was an irgend einer Stelle des Betriebes in Warenform erscheint. Alles übrige wird innerhalb der betrieblichen Rationalität als nicht existent angesehen. Im betrieblichen Rechnungswesen, in der Jahresbilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung usw. kommt allein die quantitative, wertmäßige Seite des kapitalistischen Produktionsprozesses zum Ausdruck. Dagegen wird die physische Seite des Produktionsprozesses, die Gebrauchswertseite der hergestellten Produkte, Nebenprodukte und Residuen der Produktion, lediglich sehr bedingt erfaßt.

Das gesamte System der einzelbetrieblichen Leistungsmessung basiert auf der wertmäßigen Seite der Produktion. Das Rechnungswesen soll letztlich ein Instrument zur optimalen Verwertung des eingesetzten Kapitals darstellen. Es befaßt sich daher insbesondere mit dem Verhältnis von allen betrieblichen Erlösen und allen betrieblichen Kosten. Auf der Kostenseite werden bis auf wenige Ausnahmen nur solche Kosten registriert, die dem Betrieb tatsächlich entstehen, d. h. die er bezahlen muß. Diesem Kostenbegriff könnte ein erweiterter Kostenbegriff entgegengesetzt werden. Ein Einzelbetrieb verbraucht nämlich erheblich mehr Produktionsmittel, als er in seiner Kostenrechnung erfaßt bzw. bezahlt, z. B. Luft, Wasser, kostenlose Mineralien oder Energie etc. In der Wirtschaftswissenschaft werden diese im Informationssystem eines Betriebes nicht registrierten Vorgänge und Erscheinungen als „externe Effekte“ bezeichnet. Gelänge es, diese Externalitäten der privaten Produktion zu internalisieren und gewissermaßen die pagatorische Kostenrechnung durch eine kalkulatorische Gesamtkostenrechnung abzulösen, in der

neben der wertmäßigen Seite der Produktion auch *alle* gebrauchswertmäßigen Vorgänge berücksichtigt würden, dann stünde dem kapitalistischen Betrieb ein durchaus geeignetes Instrument zur Vermeidung von Umweltschäden und zur optimalen Allokation seiner produktiven Ressourcen zur Verfügung. Die „Internalisierung“ der externen Effekte stellt keineswegs ein bloßes Problem des betrieblichen Rechnungswesens dar. Vielmehr würde die vollständige Einbeziehung der externen Effekte in das Informations- und Entscheidungssystem des kapitalistischen Betriebes dessen Rationalität und Funktionsfähigkeit gefährden.

Der kapitalistische Produktionsprozeß ist zum einen Arbeitsprozeß, zum andern Verwertungsprozeß. Ziel des Arbeitsprozesses ist die Herstellung eines Produktes, das man gebrauchen kann und daher für irgend jemand einen Gebrauchswert hat. Dieses Produkt kann hergestellt werden, indem mittels der Arbeit und der Arbeitsmittel andere Gebrauchswerte, Naturstoffe oder schon bearbeitete Stoffe, solange umgeformt werden, bis die gewünschten Gebrauchswerteigenschaften des neuen Produktes vorhanden sind. Es handelt sich also nicht um die Herstellung eines Produktes aus dem Nichts, sondern um die mehrfache Umformung von Stoffen und Energie auf der Basis bestimmter Informationen. Vom Gesichtspunkt des Arbeitsprozesses bedeutet die Produktion also ein durch die Arbeit verursachtes und bezwecktes Auslösen eines mehr oder weniger komplizierten Stoffwechsels und Energieflusses, in denen neben der Herausbildung der materiellen Eigenschaften des Produktes auch vielfache andere materielle Veränderungen stattfinden: physische Arbeitskraft wird verausgabt, Produktionsmittel werden aufgezehrt, Naturgesetze werden angewandt und nützliche bzw. schädliche Koppelprodukte werden als unvermeidliche Nebeneffekte erzeugt. Es werden keine Stoffe oder Energien neu geschaffen, sie werden lediglich umgewandelt und neu kombiniert.

Ziel des Verwertungsprozesses dagegen ist die Verwertung von Wert, d. h. die maximale Verwertung des eingesetzten Kapitals. Am Gebrauchswert eines hergestellten Produktes und somit am Arbeitsprozeß besteht nur insofern Interesse, als die Gebrauchswerte die Träger des Wertes sind. Daß zum Zweck der Verwertung von Wert auch Gebrauchswerte hergestellt werden müssen, stellt gewissermaßen ein notwendiges Übel dar, da es Tauschwerte ohne Gebrauchswerte nicht gibt. Am Gebrauchswert und damit an den physisch-stofflichen Vorgängen im Produktionsprozeß besteht dann und nur dann Interesse, wenn davon die Wertproduktion und mit ihr die Höhe der Mehrwertaneignung betroffen ist, d. h. wenn sie erhöht werden kann.

Die Verwertungsstrategien eines Einzelbetriebes können an ganz verschiedenen Stellen ansetzen. Hier sollen einige genannt werden, die sich besonders stark auf die Aneignung der Natur und die Gestaltung der natürlichen Umwelt der Menschen auswirken. Ein Einzelbetrieb wird versuchen, solche Gebrauchswerteigenschaften maximal

zu nutzen, die im Ergebnis zur Erhöhung des angeeigneten Profits führen. Damit wird deutlich, daß ihn nicht der gesamte Arbeitsprozeß mit seinen vielfältigen und komplizierten Stoffwechselfvorgängen und Energieumwandlungen interessiert, sondern lediglich der Teilbereich, der sich in der Wertproduktion niederschlägt. Es kommt zu einem Auseinanderfallen von wertorientiertem Informationssystem des Betriebes auf der Grundlage des Rechnungswesens einerseits und den tatsächlichen materiellen Prozessen im Betrieb andererseits. Die beiden Seiten bestehen aber nicht unabhängig voneinander. Die Unternehmensstrategien des Einzelkapitals setzen an zwei Punkten an: *Erstens* wird versucht, den Kostpreis zu senken, indem mehr Gebrauchswerte als Träger von Tauschwerten durch unbegrenzte Aneignung von kostenlosen natürlichen Produktivkräften und Produktionsmitteln hergestellt werden. Hierzu zählen die kostenlosen Inputs des Betriebes wie Luft, Wasser, Mineralien, Energie, technisch-wissenschaftliche Erfindungen usw. *Zweitens* wird versucht, die Kosten durch den Output von Koppelprodukten und Residuen mit „negativen Gebrauchswerteigenschaften“ zu senken. Beispiele hierzu sind alle Emissionen der Produktion wie Abwasser, giftige Abfälle, Rauch, Staub etc., die als „externe“ Effekte auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Das Interesse des kapitalistischen Betriebes an der Aneignung kostenloser Inputs und am Abstoßen kostenwirksamer Outputs kennt keine Schranken, da sein Ziel die Verwertung des Werts ist und da sich gemäß dieser Zielsetzung das betriebliche Informationssystem in der Gestalt des Rechnungswesens, der Kostenrechnung, der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung ausschließlich am Effekt der Wertvermehrung orientiert, nicht dagegen die vielzweigen Folgen der stofflich-energetischen Vorgänge beachtet. Diese gehen damit zwar in den Arbeitsprozeß, nicht dagegen in den Verwertungsprozeß der kapitalistischen Produktion mit ein.

Hiermit wird deutlich, daß vor allem die kapitalistischen Produktionsbetriebe mit ihrer alleinigen Orientierung auf die Wertproduktion die entscheidende Ursache für die Zerstörung der natürlichen Umwelt sind. Die maßlose Aneignung von kostenlosen Produktivkräften und der unbegrenzte Ausstoß von umweltbelastenden Emissionen liegen in der Rationalität der kapitalistischen Produktionsweise. Die Trennung von stofflich-energetischer und wertmäßiger Seite der Produktion, von Arbeits- und Verwertungsprozeß und die einseitige Orientierung an der Verwertung des Kapitals kann als Ursache der Umweltzerstörung durch die Produktionsbetriebe in kapitalistischen Systemen angesehen werden.

Im folgenden soll aufgezeigt werden, daß eine Umweltschutzpolitik an der Kontrolle der stofflich-energetischen Prozesse in der Produktion ansetzen müßte. Konkret wird gefordert, daß als *erster Schritt* die bisherige betriebliche Erfolgsrechnung um eine *Stoff- und Energiebilanz* erweitert wird. Die Einführung einer betrieblichen Stoff- und Energiebilanz würde sicherlich nicht das Produktionsziel der maximalen Kapitalverwertung aufheben können. Es würde aber

erreicht, daß die stofflich-energetischen Prozesse in der betrieblichen Produktion besser kontrolliert und damit auch geplant werden könnten. Zwei Ziele könnten unmittelbar gesetzt werden: *Erstens* könnten innerhalb und außerhalb des Betriebes die Lebensbedingungen hinsichtlich der Belastungen durch Abgase, Lärm etc. verbessert werden. *Zweitens* würde die Möglichkeit geschaffen, das bisher dominierende aber völlig wirkungslose Instrument der staatlichen Umweltpolitik, das Verursacherprinzip, auf eine betriebliche Basis zu stellen, da über eine Kontrolle der betrieblichen Stoff- und Energiebilanz die tatsächlichen Verursacher von Umweltschäden identifiziert werden könnten. Die Kontrollfunktion der betrieblichen Stoff- und Energieprozesse wäre insbesondere auch eine Aufgabe der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, so daß alle Maßnahmen einer gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen wären. Die Einführung betrieblicher Stoff- und Energiebilanzen bedeutet zweifellos keine allgemeine und grundlegende Lösung der Umweltprobleme, sie sollte aber als strategisches Instrument zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen angesehen werden.

II. Naturaneignung und betrieblicher Produktionsprozeß

Ein Einzelbetrieb verhält sich im Sinne seines Gewinnstrebens völlig rational, wenn er möglichst viel kostenlose natürliche Produktivkraft verschwendet bzw. möglichst viel Schadstoffe „externalisiert“. Die durch den kapitalistischen Produktionsprozeß verursachten Umweltschäden sind also nicht als subjektives Verschulden einzelner Unternehmer, sondern als systemlogisches Verhalten anzusehen. Die Natur, deren stofflich-energetischer Reichtum zwar Bedingung der Produktion überhaupt ist, erfährt ihre Wertschätzung nicht im Gebrauchswert, sondern im scheinbar losgelösten Tauschwert. Die Rationalität des einzelnen kapitalistischen Produktionsbetriebes gebietet es, alle in Mark und Pfennig auftretenden Vorgänge im Betrieb peinlichst exakt zu bemessen, allem, was nicht die Geldform annimmt, jedoch mit einer grenzenlosen Blindheit gegenüberzustehen. Der rauchende Schlot wurde jahrzehntelang als Sinnbild wirtschaftlicher Aktivität angesehen. Natürliche Produktivkräfte wie Wasser und Luft galten als freie Güter, und zwar frei im Sinne des unbegrenzten Vorhandenseins wie auch im Sinne einer beliebigen Verwertbarkeit. Die betrieblichen Leistungs- und Erfolgskriterien beziehen sich ausschließlich auf Geldkategorien. Die kleinste Kostensenkung drückt sich im betrieblichen Informationssystem als Erfolg aus, gleichgültig welcher „Preis“ für die Zerstörung natürlichen Reichtums „bezahlt“ werden muß. Die gesamte betriebliche Ökonomie bleibt letztlich auf das privatwirtschaftliche Kostendenken mit dem Ziel der Gewinnmaximierung beschränkt. Der Komplexität und Differenziertheit der stofflich-energetischen Prozesse im Betrieb steht ein System von Bewertungskriterien gegenüber, das sich für die restlose Ausschöpfung und Aneignung natürlicher Ressourcen total, für deren gesamtgesellschaftliche Nutzung, Kontrolle und Er-

haltung jedoch überhaupt nicht interessiert. Nur so ist es erklärbar, daß die im Verlauf der Industrialisierung verursachten Zerstörungen der natürlichen Umwelt des Menschen in den vorhandenen Bewertungskriterien völlig unbekannt und unbewußt blieben, bis schließlich die „Auflehnung“ der Natur die Formen des stinkenden, giftigen und schmutzigen Protestes annahm und damit physisch zeigte, daß die Trennung von Gebrauchswert und Tauschwert der Naturrealität zuwiderläuft.

Eine besondere Bedeutung bei der Beurteilung der stofflich-energetischen Seite des einzelbetrieblichen Produktionsprozesses nimmt die Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte ein. Die Geschichte der Industrialisierung ist die Geschichte der Anwendung der Natur- und Ingenieurwissenschaft in der kapitalistischen Produktion. Erst die schrittweise Herausbildung von Maschinensystemen erlaubte die Aneignung der natürlichen Produktivkräfte auf großem Maßstab: „Die Produktion in Masse — Cooperation im Großen mit Anwendung der Maschinerie — unterwirft erst die Naturkräfte im Großen — Wind, Wasser, Dampf, Elektrizität — dem unmittelbaren Produktionsprozeß, verwandelt sie in Agenten der gesellschaftlichen Arbeit.“¹ Vom heutigen Standpunkt wären dem beispielsweise die Chemie und die Kernenergie hinzuzufügen. Der Naturaneignung wurden durch die industrielle Massenproduktion quantitativ und qualitativ neue Dimensionen gesetzt. In quantitativer Hinsicht hat sich der stoffliche und energetische Umsatz vervielfacht, so daß bei mehreren zunächst als quasi unbegrenzt angenommenen Rohstoffen der Vorrat in einigen Jahren bzw. Jahrzehnten aufgebracht sein wird². In qualitativer Hinsicht schlagen die bisher als „Nebenwirkungen“ der Produktion bezeichneten Umweltschäden mehr und mehr in eine allgemeine Krise der Produktions- und Reproduktionsbedingungen um. Der Entwicklungsstand der natürlichen und gesellschaftlichen Produktivkräfte erlaubt heute eine beinahe beliebige Manipulation der Natur und ihres Reichtums. In der kapitalistischen Produktion wird mittels wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in den natürlichen Stoffwechselkreislauf und Energieprozeß derart eingegriffen, daß die Grenzen der absoluten Belastbarkeit des Naturhaushaltes sichtbar bzw. in einzelnen Fällen überschritten wurden. Die natürliche Umwelt der Menschen ist keineswegs allein durch die militärischen Potentiale wie Atom- und Wasserstoffbombe existentiell bedroht, sie ist es langfristig auch durch die Formen und Methoden, wie in der Produktion auf die natürlichen Lebensgrundlagen eingewirkt wird. Während in der ökonomischen Wissenschaft hilflos nach einem entschuldigenden Erklärungsmodell dieser Erscheinungen gesucht wird,

1 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Manuskript von 1861 bis 1863, S. 1261, zitiert nach J. Jungnickel: Bemerkungen über Wissenschaft und Naturkräfte in einem bisher in Deutsch nicht veröffentlichten Manuskript von Karl Marx, in: Wirtschaftswissenschaft, H. 6, Juni 1975, S. 807.

2 Vgl. hierzu den Aufsatz von Ulrich Hampicke in diesem Heft.

verhalten sich die Privatbetriebe nach wie vor so, als ob in die Stoffwechsel- und Energieprozesse der Natur mit blinder Beliebigkeit eingegriffen werden könne.

Das konkrete Verhalten der kapitalistischen Produktionsbetriebe wird in bezug auf die Naturaneignung nach wie vor durch die Theorie der „freien Güter“ legitimiert, nach der die kostenlosen natürlichen Produktivkräfte „frei“ zur Verfügung stehen und daher in Umfang und Qualität je nach Interesse verwendet werden können. Waren die Wirkungen dieser Produktionsweise beim noch geringeren wirtschaftlichen Entwicklungsstand etwa vor hundert Jahren, als die Theorie der freien Güter gerade Geltung bekam, durchaus schon schlimm genug, so erweisen sie sich bei der Anwendung der heutigen wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse als tendenziell selbstmörderisch. Der Begriff der „freien Güter“ verniedlicht das Problem. Es handelt sich nicht mehr um den begrenzten Verzehr eines Rohstoffes oder einer Energiequelle, also um das eine oder andere Gut, das aus der Natur entnommen und in der Produktion verbraucht wird, es handelt sich heute um die Gesamtheit der natürlichen Umwelt der Menschen, die von den stofflichen und energetischen Umwälzungen in der Produktion betroffen wird. Man müßte konsequenterweise von der Theorie der „freien Natur“ sprechen.

Der Urzustand der Natur ist keineswegs als ein wünschenswertes Ziel anzusehen. Vielmehr stellt die Möglichkeit, mit Hilfe der Produktivkräfte die Natur zu verändern und sie auf menschliche Bedürfnisse zu orientieren, die entscheidende Bedingung für allen Fortschritt dar. Allerdings fragt sich, *wie* und nach welchen Gesetzmäßigkeiten die anthropogene Verwandlung der Natur erfolgt. Zwei Aspekte sind hierfür bestimmend: *Einerseits* der Entwicklungsstand der Produktivkräfte selbst, der den qualitativen und quantitativen Grad der Naturaneignung in einer Gesellschaft anzeigt. *Andererseits* die Produktionsverhältnisse, durch die die gesellschaftlichen Formen und Bedingungen der Naturaneignung festgelegt werden. Es läßt sich zeigen, daß bei der kapitalistischen Produktionsweise auch in bezug auf die Naturaneignung Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in einen immer tieferen Widerspruch geraten, an dessen kapitalistischem Ende die Zerstörung der natürlichen und menschlichen Lebensgrundlagen als Ergebnis der „produktiven“ Tätigkeit stehen muß.

Der Kapitalismus war in der Lage, die Produktivkräfte auf ein ungeahntes Niveau zu heben. Der entscheidende Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise in bezug auf die Aneignung der Natur liegt darin, daß in ihr die ganzen technisch-wissenschaftlichen Möglichkeiten zur Nutzung des natürlichen Reichtums nicht zur Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Natur und der Natur der Menschen eingesetzt werden, sondern daß alles Wissen über die Natur zum Zweck der maßlosen Ausbeutung kostenloser Produktivkräfte benutzt wird, um dadurch den Verwertungsgrad des eingesetzten Kapitals zu erhöhen. Im kapitalistischen Produktionsprozeß

interessiert daher nicht die ganze natürliche Umwelt, sondern ausschließlich *der* Aspekt der natürlichen Produktivkraft, der über die Produktivität der Arbeit den Profit steigern kann. Nur so ist zu verstehen, warum die eine Wirkung eines Naturgesetzes den Kapitalisten auf den Plan bringt, die Gesamtheit der Wirkungen und damit der ganze Naturzustand ihm jedoch gleichgültig bleibt. Da es aber die Natur der natürlichen Produktivkräfte ist, niemals auf eine und gerade gewollte Wirkung beschränkt zu bleiben, sondern jeder Eingriff in den Naturhaushalt und in sein Wirkungsgefüge eine Vielzahl von Folgewirkungen aufweist, die häufig an einem völlig anderen Ort und zu einer anderen Zeit auftreten, vermehrt sich im Rahmen kapitalistischer Produktionsbedingungen mit jeder Erfindung die Gefahr einer noch größeren und gefährlicheren Zerstörung der natürlichen Reproduktionsbedingungen. Es ist für den heutigen technisch-wissenschaftlichen Entwicklungsstand der Produktivkräfte kennzeichnend, daß durch die Produktion das ganze Ökosystem Erde global beeinflußt und verändert werden kann. Als Beispiele mögen nur die radioaktive Verseuchung, die Klimaveränderungen und die Gewässerverunreinigung genannt werden.

Der Widerspruch der kapitalistischen Naturaneignung soll aber nicht an einzelnen und vielleicht besonders gefährlichen Begleitwirkungen der Produktion festgemacht werden. Der Widerspruch liegt in der gesellschaftlich gesetzmäßigen Verhaltensweise jedes einzelnen Produktionsbetriebes, zugunsten seines einzelbetrieblichen Verwertungsinteresses die natürliche Umwelt der Menschen nach Belieben zu belasten und zu zerstören. Da dieses Verhalten der Produktionsbetriebe zur Umwelt inzwischen nicht mehr als Nebenwirkung und damit als Schönheitsfehler abgetan werden kann, sondern die erreichte Gefährdung der Natur und des natürlichen Reichtums die Bedingungen und die Qualität menschlichen Lebens insgesamt verschlechtert und sogar existentiell bedroht, fragt sich, wie die Produktionsbetriebe zu einem anderen Verhalten veranlaßt werden können. Es erscheint unzureichend, einfach auf widerspruchsfreie Gesellschaftssysteme zu verweisen und in Wartestellung zu gehen. Statt dessen muß erreicht werden, den bestehenden Widersprüchen praktisch entgegenzuwirken und zu versuchen, sie stufenweise abzubauen, zumindest aber Alternativen aufzuzeigen. Diesem Zweck dient der folgende Vorschlag zur Einführung einer betrieblichen Stoff- und Energiebilanz.

III. Stoff- und Energiebilanzen im Betrieb

Die Notwendigkeit von Stoff- und Energiebilanzen im Produktionsbetrieb ergibt sich aus der Unvollständigkeit des bisher bestehenden betrieblichen Rechnungswesens, das vom Standpunkt des einzelbetrieblichen Interesses völlig rational, vom Standpunkt des gesamtgesellschaftlichen Interesses dagegen irrational ist. Die Unvollständigkeit des betrieblichen Rechnungswesens wiederum ist keineswegs etwa ein bloßes technisch-instrumentelles Problem, das

sich durch einige Maßnahmen verbessern ließe, sie ist — wie gezeigt — ein Ausdruck für das beschränkte Interesse des Einzelkapitals an Natur und natürlicher Umwelt. Neben der Notwendigkeit von betrieblichen Stoff- und Energiebilanzen muß daher besonders nach der Möglichkeit von Kontroll- und Planungsinstrumenten im kapitalistischen Produktionsbetrieb gefragt werden. Es ist hierbei einmal zu überprüfen, wie eine Stoff- und Energiebilanz theoretisch und praktisch im kapitalistischen Einzelbetrieb funktionieren sollte, zum anderen muß gleichermaßen dem entscheidenden Aspekt nachgegangen werden, wie eine stoffliche und energetische Kontrolle, die auch die bisherigen betrieblichen Entscheidungsstrukturen erheblich verändern würde, politisch überhaupt durchgesetzt werden könnte.

1. Stofflich-energetische Kontrolle

Wie gezeigt, läßt sich die gesellschaftliche Notwendigkeit der Stoff- und Energiebilanzierung zwingend aus der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer Anwendung im kapitalistischen Produktionsbetrieb ableiten; dessen Interessen und Entscheidungsstrukturen sind so angelegt, daß die Stoffwechsel- und Energieprozesse nur zu einem kleinen Teil kontrolliert werden, eine umfassende naturale Planung und Kontrolle jedenfalls völlig fehlt. In der jüngsten Zeit sind nun zur Verbesserung dieser Situation vor allem von den Ökonomen Modelle entwickelt worden, in denen die externen Effekte bewertet werden sollen, um dann als Sozialkosten in der betrieblichen und gesellschaftlichen Wertrechnung berücksichtigt werden zu können. Diese Modelle müssen weitestgehend versagen, weil erstens nur ein Teil der externen Effekte erfaßt werden kann und zweitens eine Bewertung einem völlig subjektiven Maßstab zum Opfer fiel. Aber selbst mit der bestmöglichen Bewertung hätte man das Problem lediglich partiell berechenbar gemacht, für eine Beseitigung wäre noch nicht viel gewonnen. Hier soll die These vertreten werden, daß für eine langfristige Planung und Kontrolle der stofflichen und energetischen Prozesse in der Produktion eine direkte naturale Steuerung erfolgen muß.

Der Versuch, durch Erfassung, Bewertung und Internalisierung externer Effekte der privaten Produktion die bestehenden Widersprüche bei der Aneignung von Natur und natürlichen Ressourcen zu beseitigen, hat eine ganz grundsätzliche ideologische Bedeutung. Es ist der Versuch, die Rationalität privater Produktion auf sämtliche gesellschaftlichen Prozesse zu erweitern. Deren Rationalität blieb bisher auf die Warenproduktion beschränkt. Alles, was keine Warenform annimmt, entzieht sich der Möglichkeit gesellschaftlich-ökonomischer Wertsetzung, bleibt „extern“. Die Notwendigkeit neuer Lösungsmuster besteht aber ab dem Zeitpunkt, seitdem sich diese Externalisierungen als existentielle Bedrohung menschlicher Lebensbedingungen und kapitalistischer Verwertungsbedingungen erweisen. Die Logik des Systems gebietet es, nicht die kapitalistische Pro-

duktionsweise zur Diskussion zu stellen, sondern die gesellschaftlich-naturale Totalität unter die Rationalität des Kapitals zu subsumieren. Die spezifische Produktionsweise wird als das zeitlose Maß der Dinge angesehen, dem sich auch die Natur unterordnen soll. Dieses Konzept macht nun allerdings erforderlich, daß tatsächlich die gesellschaftlich-naturale Totalität in die Warenform gepreßt werden muß, d. h. es wird versucht, sämtliche physisch-stofflichen Gebrauchswerte auf irgendeine Weise zu bewerten, zu monetarisieren und damit kalkulierbar zu machen. Jeder Gebrauchswert soll fiktiv einen Wert erhalten, damit er für das System berechenbar wird.

Was hier gefordert wird, ist real ganz ausgeschlossen. Was gemäß der kapitalistischen Rationalität gerade *keine* Tauschwertform annimmt, kann unter den Bedingungen derselben Rationalität in einem zweiten Schritt nicht fiktiv eine solche zugeordnet bekommen³. Auf den Produktionsbetrieb bezogen heißt das, daß etwa die pagatorische Kostenrechnung nicht durch eine kalkulatorische und gesamtgesellschaftlich bestimmte Totalkostenrechnung abgelöst werden kann. Dies liegt also nicht an den Unzulänglichkeiten bisheriger betrieblicher Bewertungskriterien, sondern die Bewertungskriterien sind Ausdruck der spezifischen Produktionsweise. Was durch die Logik des Systems verursacht wird, kann doch nicht durch seine Kostenrechnung wieder beseitigt werden. Alle Versuche, durch kostenmäßige Internalisierungen die widersprüchliche Naturaneignung in der kapitalistischen Produktion beseitigen zu wollen, *müssen* daher als allgemeines Lösungsmuster scheitern.

Ein anderer Ansatz, die Zerstörung natürlicher Gebrauchswerte im Interesse der Sicherung der Verwertungsbedingungen zu verhindern, liegt nicht in der fiktiven Bewertung von Gebrauchswerten, sondern in der direkten Planung und Steuerung der Gebrauchswerte. Damit muß ein kapitalistisches System zur Sicherung seiner Reproduktionsgrundlagen immer mehr zu einem Mittel greifen, das seiner eigenen Rationalität als privater Warenproduktion entgegensteht, und es bestehen überhaupt keine Zweifel, daß dieses zunehmend erforderlich wird. Die Einzelbetriebe werden von gesetzlichen Auflagen über Rohstoffverwendung, Energieplanung, Emissions- und Schadstoffkontrolle etc. immer mehr betroffen. Die direkte naturale Planung und Steuerung tritt als neues Merkmal kapitalistischer Produktion zwar mit dem Ziel auf, die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals zu garantieren; diese sehr kompliziert und widersprüchlich verlaufende Entwicklung gibt allerdings auch die Möglichkeit, die Interessen der Lohnabhängigen für bessere Lebensbedingungen zu formulieren. Genau an diesem Punkt setzt die Überlegung zur Einführung von Stoff- und Energiebilanzen im Produktionsbetrieb an.

3 Vgl. zum gesamten Problem der Bewertung den Beitrag von D. Hasenpflug in diesem Heft.

2. Stoff- und Energiebilanzen im Produktionsbetrieb

Den theoretischen Ausgangspunkt für die Bilanzierung von Stoffen und Energie stellen die Erhaltungssätze für Masse und Energie dar. Sie besagen, daß in einem abgeschlossenen System die Summe aller Massen bzw. die Summe aller Energie konstant bleibt. Während also im Bewußtsein der Ökonomen ein Produkt nach der Konsumtion als verbraucht, nicht mehr vorhanden angesehen wird, beweisen die Erhaltungssätze, daß in Produktion und Konsumtion Naturstoffe und Energie lediglich umgeformt, niemals aber vernichtet werden. Mit den Masse- und Energieerhaltungssätzen steht einer physisch-naturalen Kontrolle des Stoffwechsels und Energieflusses ein geeignetes theoretisches Konzept zur Verfügung. Es stellt sich die Frage, ob dieses theoretische Konzept auf der Ebene des einzelnen Produktionsbetriebes instrumentalisierbar ist.

Als wesentliche Bedingung für die Erstellung von Stoff- und Energiebilanzen gilt die räumliche Begrenztheit der zu bilanzierenden Vorgänge. Genau diese Bedingung erfüllt der einzelne Produktionsbetrieb in der Regel sehr gut. Er kann von seiner physisch-stofflichen Seite als ein offenes System mit bestimmten Inputs und bestimmten Outputs angesehen werden. Das Entscheidende ist nun, daß alle bzw. die wesentlichen stofflich-energetischen Inputs und Outputs in diesem System erfaßt werden können. Der Mangel der bisherigen ökonomischen Erfassungsmethoden liegt darin, daß nur diejenigen stofflich-energetischen Inputs und Outputs informationell berücksichtigt werden, die in irgendeiner Weise als *Kosten* in das betriebliche Rechnungswesen eingehen. Auf der Input-Seite sind dies alle Produktionsmittel, für die konstantes Kapital aufgebracht werden muß, d. h. die etwas kosten. Informationell vernachlässigt werden dagegen alle Produktionsmittel, die kostenlos zur Verfügung stehen. Auf der Output-Seite sind alle Gebrauchswerte erfaßt, die zugleich einen Tauschwert haben, d. h. alle produzierten Waren und ein Teil der Koppelprodukte. Alle „negativen“ Gebrauchswerte wie stoffliche und energetische Abfälle werden bis auf wenige Ausnahmen nicht erfaßt. Es besteht nun theoretisch und praktisch keine grundsätzliche Schwierigkeit, neben der *wertmäßigen* Kontrolle und Bilanzierung eines Betriebes eine *gebrauchswertorientierte — naturale —* Bilanz von Stoffen und Energie zu errichten. Es müßten lediglich an allen stofflich-energetischen Eingängen und Ausgängen eines Betriebes Instrumente angebracht werden, die die Inputs bzw. Outputs qualitativ und mengenmäßig erfassen. In vielen Einzelfällen würde es sogar genügen, einige strategische Punkte, beispielsweise Emissionsstellen wie Abwasserkanäle und Rauchschlote zu kontrollieren. Zusammenfassend kann daher gesagt werden, daß vom wissenschaftlich-technischen Standpunkt die Errichtung eines stofflich-energetischen Bilanzierungssystems in den Produktionsbetrieben kein großes Problem darstellt. Da eine widerspruchsfreie Naturaneignung ohne eine solche Kontrolle des Stoffwechsels und des Energieflusses aber nicht denkbar ist, beinhaltet die Forderung eines entsprechenden Bilanzie-

nungssystems einen großen Fortschritt in Richtung einer gesamtgesellschaftlich verantwortlichen Naturaneignung.

Konkret müßte die Einführung betrieblicher Stoff- und Energiebilanzen gesetzlich verankert und staatlich überwacht werden. Hierbei ist davon auszugehen, daß gemäß den unterschiedlichen Produktionsrichtungen auch unterschiedliche Bilanzierungsrichtlinien bestehen müßten. Einzuhaltende Normen und Grenzwerte wären ebenfalls vor allem durch staatliche Organe festzusetzen und als verbindlich zu erklären. Entscheidend ist aber auch, wie die Arbeiter eines Betriebes an der Festsetzung und Kontrolle der stofflich-energetischen Prozesse beteiligt werden. Die Einführung von Stoff- und Energiebilanzen kann aber zu einem enorm wirksamen Instrument gewerkschaftlicher Politik entwickelt werden, wenn die Arbeiter betrieblich und überbetrieblich an der Planung und Kontrolle der stofflich-energetischen Prozesse beteiligt sind. Beispielsweise haben damit die Arbeiter die Möglichkeit der direkten Gestaltung der innerbetrieblichen Arbeitsbedingungen bzw. der außerbetrieblichen Lebensbedingungen. Die aktive Planung und Kontrolle der stofflich-energetischen Prozesse durch Arbeiter und Gewerkschaften stellt eine Möglichkeit dar, schrittweise und in Kooperation mit anderen arbeitsorientierten Strategien zu einer neuen gesellschaftlichen Produktionsweise zu gelangen.

3. Zur Frage der politischen Durchsetzbarkeit von betrieblichen Stoff- und Energiebilanzen

Der gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeit und der technisch-wissenschaftlichen Machbarkeit eines stofflich-energetischen Bilanzierungssystems in den kapitalistischen Produktionsbetrieben steht deren ökonomisches Ziel- und Entscheidungssystem entgegen. Zunächst wird mit den zusätzlichen *Kosten* einer Stoff- und Energiebilanz argumentiert. Die Errichtung eines Systems der Stoff- und Energiebilanzierung würde Kosten für Meßapparate und Betreuungspersonal verursachen. Die Kosten für die gleiche Menge produzierter Gebrauchswerte würde steigen, und bei gleichen Bedingungen würde als Folge der Profit sinken. Wenn allerdings alle Betriebe gleiche Auflagen hätten, könnten die Kosten auf die Konsumenten abgewälzt werden.

Es stellt sich die Frage, ob die zusätzlichen Kosten für die Errichtung und Erhaltung eines gebrauchswertorientierten Kontroll- und Informationssystems nicht direkt von der Gesellschaft als ganzer (über Steuern) getragen werden sollen. Eine solche Lösung wäre rational, wenn die Folgekosten der Privatproduktion für die Gesellschaft größer wären als die Vermeidungskosten. Auch könnten die Produktionsbetriebe dann kaum Einwände gegen die Einführung eines stofflich-energetischen Bilanzierungssystems haben, da ihnen keine unmittelbaren Kosten erwachsen würden.

Abgesehen von den Schwierigkeiten der Bewertung und Berechnung von Folgekosten (Sozialkosten), führt diese ganze Diskussion auf

der Kostenebene in eine Sackgasse, da eine prinzipielle Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise hier auf ein Kosten-, Bewertungs- und Berechnungsproblem heruntergebracht würde. Die Einführung betrieblicher Stoff- und Energiebilanzen stellt die kapitalistische Produktionsweise ganz prinzipiell in Frage, da hier die einzelwirtschaftliche Entscheidungsgrundlage, die bisher allein auf Wert- und Marktkalkülen beruhte, um Gebrauchswertkalküle erweitert wird. Gebrauchswertkalküle bedeuten aber *direkten* Planungs- und Kontrolleingriff in den privaten Produktionsbetrieb: Es genügt nicht die bloße Existenz eines gebrauchswertorientierten Kontrollsystems im Betrieb, es müssen aus den Ergebnissen auch Konsequenzen gezogen werden, d. h. es müssen gebrauchswertbezogene Normen erteilt werden, um den Stoffwechsel und Energiefluß gesellschaftlich rational zu steuern. Die Privatbetriebe verlieren damit genau in dem Maße an Entscheidungsbefugnis, wie Gebrauchswertkalküle für den einzelnen Betrieb durch ein gesellschaftliches Subjekt (Staat) festgelegt werden. Die Kontrolle der naturalen Inputs und Outputs im Betrieb heißt in letzter Konsequenz nichts anderes als direkte Kontrolle der produzierten Waren, des gesamten Produktionsapparates und sämtlicher Produktionsverfahren. Dies sind Bedingungen, die mit der kapitalistischen Produktionsweise schlechthin unvereinbar sind. Die Forderung nach betrieblichen Stoff- und Energiebilanzen schmälert daher nicht allein die Chancen des Einzelkapitals zu größerer Profitaneignung mittels kostenloser Aneignung natürlicher Produktivkräfte, sie verändert bei Realisierung auch die Existenzbedingungen kapitalistischer Produktion und wird daher als *generelle* Forderung auf erbitterten Widerstand des Einzelkapitals stoßen.

Es besteht aber ein immanenter Widerspruch darin, daß mit der allmählichen Zerstörung der natürlichen Produktionsbedingungen sich auch die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals ständig verschlechtern. Derselbe Kapitalist, der zum Zweck der Profitsteigerung die natürlichen Produktionsbedingungen verzehrt, fordert gleichzeitig ihre Erhaltung. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen setzt ihrer kostenlosen Aneignung immer engere Schranken. So kommt es, daß die verschiedenen Kapitalfraktionen immer mehr von den staatlichen Organen die Sicherung bzw. Wiederherstellung der allgemeinen natürlichen Reproduktionsbedingungen verlangen und somit selbst auf staatsinterventionistischem Wege Gebrauchswertkalküle fordern. Die Eingriffe des Staates sollen zwar auf die allgemeinen Produktionsbedingungen beschränkt bleiben, jedoch sind Rückwirkungen auf die Produktionsbedingungen der Einzelbetriebe zwangsläufig, da Gebrauchswertkalküle keine gesellschaftlich-institutionellen Grenzen akzeptieren. Darüber hinaus erwächst aber auch von der arbeitenden Bevölkerung her ein erhebliches Unbehagen an den sich verschlechternden natürlichen Lebensbedingungen, so daß auch von hier qualitative Ansprüche an die natürliche Umwelt gestellt werden. Mit wachsender Gefährdung der natürlichen Produktivkräfte durch die private Produktion wird die Notwendigkeit von Gebrauchswert-

kalkülen auch in den Einzelbetrieben deutlicher. Die Einzelkapitale akzeptieren diese Entwicklung, wehren sich aber gegen eine direkte planmäßige Kontrolle des eigenen Betriebes. Im Verlauf dieser Entwicklung verstricken sich die Einzelkapitale immer mehr in die Forderung nach Gebrauchswertplanung einerseits und gleichzeitiger Ablehnung dieser Planung und Kontrolle andererseits.

Einen wesentlichen Stellenwert hinsichtlich der Einführung betrieblicher Stoff- und Energiebilanzen nimmt die qualitative Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben ein. Eine Kontrolle der physisch-stofflichen Seite der Produktion im Interesse der Arbeiter ist unter kapitalistischen Verhältnissen ohne eine betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung ausgeschlossen. Dagegen kann die Einführung eines stofflich-energetischen Bilanzierungssystems bei qualifizierter Mitbestimmung von den Kapitaleigentümern nur schwer abgewehrt werden, da sich eine solche Haltung gegen die unmittelbarsten Lebensbedürfnisse der Arbeiter richten würde⁴. Die Frage der Durchsetzung von betrieblichen Stoff- und Energiebilanzen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung bleibt somit eine Machtfrage im Verhältnis von Kapital und Arbeit. Die Forderung nach materieller Kontrolle und Planung der Naturaneignung in der Produktion und der stofflichen Lebens- und Arbeitsbedingungen stellt aber eine wesentliche Position bei der Lösung dieser Machtfrage im Interesse der Lohnabhängigen dar.

Die Einführung einer stofflich-energetischen Kontrolle und Planung im Produktionsbetrieb kann nicht die „ökologische“ Beseitigung kapitalistischer Widersprüche bedeuten. Sie entspringt aber dem unmittelbaren Bedürfnis nach humanen Arbeits- und Lebensbedingungen und setzt an einem Punkt an, an welchem die gesellschaftliche Irrationalität kapitalistischer Produktionsweise physisch wahrnehmbar immer deutlicher wird.

4 Dieser Gedanke soll hier nicht weiter vertieft werden. Von einer Studiengruppe am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI) wurde ein Mitbestimmungsmodell mit ökologischen Indikatoren im Produktionsbetrieb entworfen. Vgl. hierzu „Grundelemente einer Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre“, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Nr. 23. Köln 1974, S. 83 ff. und S. 251 ff.

Diskussion: Sexualität und Herrschaft

Sieglinde Tömmel

„Männlicher“ Kapitalismus und „weiblicher“ Sozialismus

Zur Kritik an Herbert Marcuses Aufsatz „Marxismus und Feminismus“¹

„Wenn die Theorie regrediert auf die Ebene jener Unmittelbarkeit, die gerade der Explikation durch sie bedürfte, ist die Chance vertan.“

(W. F. Haug in „Antworten auf Herbert Marcuse“, 1968)

Die Notwendigkeit der folgenden Kritik resultiert zum einen aus der theoretischen und praktischen Bedeutung des Beitrages von Marcuse für die in letzter Zeit intensiver anlaufende Diskussion des Verhältnisses von Marxismus und Feminismus auch in der Frauenemanzipationstheorie der BRD. In der Einschätzung der Priorität von „Klasse“ oder „Geschlecht“ im Kampf um Frauenemanzipation scheiden sich die Geister der Frauenbewegung selbst. Die Diskussion wird m. E. mit aller Entschiedenheit zu führen sein, sollen nicht die politischen Kräfte der Frauenbewegung in einer theoretischen — und das heißt in der Konsequenz eben auch: zu Handlungsunfähigkeit führenden — Sackgasse enden².

Zum anderen enthält der vorliegende Beitrag notwendig eine Fortführung bisheriger marxistischer Einschätzungen der theoretischen Entwicklung Herbert Marcuses selbst. Vorwegnehmend scheint die These nicht zu gewagt, daß Marcuse, fasziniert vom Phänomen des Frauenkampfes „gegen etablierte Werte und Normen der patriarchalischen Gesellschaftsordnung“, der vordergründigen Gesellschaftsanalyse vieler Feministen, als deren Kern die Reduktion der Geschichte der Menschheit zu einer Geschichte des Kampfes zwischen

1 Ende Juli des vergangenen Jahres diskutierte Marcuse in Starnberg bei München mit etwa vierzig Frauen aus der Frauenbewegung einen Vortrag, den er zum ersten Mal im März 1974 in La Jolla, Kalifornien, gehalten hatte. Dieser Vortrag ist Anlaß und Gegenstand der folgenden kritischen Auseinandersetzung. Inzwischen wurde Marcuses Aufsatz im Oktober 1974 in der Zeitschrift „links“ und in dem Sammelbändchen „Jahrbuch Politik 6“, hrsg. v. Wolfgang Dreßen, Berlin/West 1974, abgedruckt. Die vorliegende Analyse stützt sich auf den von Marcuse verteilten amerikanischen Originaltext und auf die deutsche Übersetzung im „Jahrbuch“, weil sie dem amerikanischen Text am ehesten entspricht.

2 Entfällt.

3 Vgl. Frigga Haug: Die Verteidigung der Frauenbewegung gegen den Feminismus, in: Das Argument 83, 15. Jg. (1973), S. 938—948.

den Geschlechtern bezeichnet werden muß, selbst aufzusitzen bzw. sie zu teilen scheint. So gerät ihm das engagierte Bekenntnis zu den Frauen und zu ihrer bisher freilich ungenutzten revolutionären Kraft zur Bestätigung seiner theoretischen Lieblingsvorstellung: des undogmatischen Sozialismus. Dem „Undogmatischen“ kommt nun allerdings eine neue Qualität zu: das Weibliche. Anders ausgedrückt: das „Ganze“ ist nun auch das „Männliche“ und das „ganz Andere“ ist nun auch das „Weibliche“ geworden⁴. Durch theoretische Verdoppelung eines Phänomens und durch die Beschreibung der feministischen Bewegung in Kategorien, die diese von sich selbst zu haben scheint, sowie der darin implizierten Behauptung, die Übernahme des feministischen Selbstbildes sei bereits Theorie, geschieht Fatales: die Feministen, häufig die Theorielosigkeit zur (antimännlichen) Ideologie erhebend, werden in eben dieser Ideologie durch einen der wichtigsten Repräsentanten der kritischen Theorie bestärkt. Aus der daraus resultierenden theoretischen und praktischen Hilflosigkeit (die sich in der Starnberger Diskussion recht deutlich zeigte) ein Stück herauszukommen, soll die vorgelegte Kritik ein Versuch sein.

I.

„Ich glaube, daß die Frauenbewegung derzeit die vielleicht wichtigste und potentiell radikalste politische Bewegung ist, die wir haben, auch wenn das Bewußtsein dieser Tatsache die Bewegung als Ganze noch nicht durchdrungen hat“⁵.

Diese Einschätzung — von Herbert Marcuse zu Beginn seines Vortrages als „eher persönliche Bemerkung“ apostrophiert — gibt den entscheidenden Hinweis auf die Gründe für sein Interesse an der Entwicklung und Ausbreitung der Frauenemanzipationsbewegung: Marcuse, der immer schon auf der Suche nach revolutionärem Potential war und dankbar jede Erscheinung im weiten Feld sozialer Kräfte zum Ergänzungsstück seiner Theorie erklärt, da ihm das traditionelle revolutionäre Subjekt verlorenging, scheint nun subjektiv in den Frauen gefunden zu haben, was sich objektiv aus seiner Gesellschaftsanalyse nicht ergibt. Die sozialen Gruppierungen, von denen er bis zum Zeitpunkt der Abfassung des hier diskutierten Aufsatzes sprach, waren „das Substrat der Geächteten und Außenseiter: die Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen und anderer Farben, die Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen“⁶, Randgruppen also, die sich innerhalb der insgesamt „konservativen Volksbasis“, die inzwischen „zum Ferment gesellschaftlichen Zusammenhalts“⁷ geworden ist, bewegten. Etwas später, angesichts der Notwendigkeit der Interpretation der immer heftiger werdenden Studentenbewe-

4 Vgl. W. F. Haug: Das Ganze und das ganze Andere, in Jürgen Habermas (Hrsg): Antworten auf H. Marcuse. Frankfurt/M. 1968.

5 Jahrbuch Politik 6, a. a. O., S. 86.

6 Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Neuwied und Berlin/West 1967, S. 267.

7 Marcuse, a. a. O., S. 267.

gung in den USA und in Westeuropa, sind es vor allem Schüler und Studenten, die sich nach Marcuse am entschiedensten gegen den Kapitalismus wandten⁸.

Nun hat Marcuse die Frauen entdeckt — und Frauen sind nicht mehr einfach Randgruppen oder Minderheiten, sondern sie stellen mehr als die Hälfte der Menschheit, auch wenn sie ihre Charakterisierung als eine „Mehrheit, die sich wie eine Minderheit verhält“, in die Reihe derer einzugliedern scheint, die Verhaltensmerkmale von Randgruppen aufweisen.

So wird bei Marcuse nicht nur die Frauenbewegung zur potentiell mächtigen sozialen Kraft für die Umwälzung der Gesellschaft, nicht nur wird sie zum fleischgewordenen Beweis des von ihm konstatierten Kampfes zwischen „primärer aggressiver Energie“, die aus der Werthierarchie der kapitalistischen Gesellschaft resultiert, und der „erotischen Energie“, dem „Lebenstrieb“⁹, sondern er leitet aus ihr auch den Entwurf für die andere, die erträumte Gesellschaft ab, den „weiblichen“ Sozialismus, in dem die mythische Vorstellung des androgynen Menschen Wirklichkeit werden soll.

Statt analytischer Durchdringung der kapitalistischen Gesellschaft im Hinblick auf die Untersuchung der besonderen Unterdrückung der Frau im Interesse der Frau werden so die scheinbaren Absichten der Frauenbewegung für die Bestätigung einer Theorie funktionalisiert¹⁰.

II.

Zur Charakterisierung der kapitalistischen Gesellschaft, in der die Frauenbewegung agiert, nennt Marcuse nebeneinander solche unterschiedlichen Tatbestände und Begriffe wie „Mehrwertproduktion“, „Effizienz“, „Wettbewerb“. Es herrsche das Leistungsprinzip, es herrsche die Norm „funktionaler Rationalität, die die Emotionen unterdrückt“. Es herrsche der Willen zur Macht, die Zurschaustellung von Stärke, Virilität“¹¹.

In der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft bleibt Marcuse ein weiteres Mal auf der Bewußtseinsebene stehen. Weil er die Analyse der ökonomischen Basis der von ihm beschriebenen Werthierarchie auch in diesem Text nicht beachtet, kann er folgerichtig nicht mehr differenzieren zwischen „Kapitalismus“ und „patriarchalischer Zivilisation“. Über die Feststellung der allerdings nicht zu bezweifelnden Dominanz des Mannes in allen kapitalistischen Gesellschaften wird

8 So in den Artikeln „Das Ende der Utopie“, Berlin 1967, und in dem Vortrag „Revision der marxistischen Konzeptionen der Revolution“, Paris, Mai 1968.

9 Jahrbuch Politik 6, a. a. O., S. 89.

10 So formulierten auch die Frauen des Berliner Frauenzentrums in einer Zuschrift an die Zeitschrift „links“: „Die Frauenbewegung wird ... zum Objekt seiner theoretischen Auseinandersetzung.“ Vgl. links, Januar 1975.

11 Jahrbuch Politik 6, a. a. O., S. 88.

nicht mehr unterschieden zwischen „männlich“ und „kapitalistisch“. Die historische Gleichzeitigkeit, ihr vordergründiges Nebeneinander in der Gesellschaft, erlauben Marcuse die implizite Setzung der Gleichwertigkeit von Patriarchat und Kapitalherrschaft. Kapitalismus und Männlichkeit, Destruktion und Todestrieb, nebeneinander gestellt, sind die charakteristischen Momente von Gesellschaft, die es insgesamt und en bloc zu transzendieren gilt. „Das wesentliche an dieser Transzendierung ist die Umwälzung der ausbeuterischen und repressiven Werte der patriarchalischen Zivilisation, die Negation ihrer aggressiven Produktivität, die diese Gesellschaft, in der Form des Kapitalismus, auf erweiterter Stufenleiter reproduziert“¹². Und: „Das radikalste, subversivste Potential der Frauenbewegung ist dann die Vorstellung eines differenten Bewußtseins und einer differenten Triebstruktur in Männern und Frauen, ... die von den Erfordernissen der Herrschaft und Ausbeutung frei sind.“¹³

Der Kapitalismus gerät zur *Form* patriarchalischer Zivilisation; nicht mehr begriffen wird so die Indienstnahme patriarchalischer Elemente in die kapitalistische Produktionsweise, die die besondere Unterdrückung der Frauen erst konstituiert. Folgerichtig gerät Marcuse auch die Darstellung der Ebenen, auf denen die Frauenbewegung agiert, zum schiefen Bild.

Prinzipiell operiere die Frauenbewegung auf zwei Ebenen: einmal auf der des Kampfes um Gleichberechtigung oder besser Gleichheit, zum anderen aber auf der des radikalen Umsturzes aller Werte, die dem patriarchalischen System eigen seien; zum einen sei sie daher in ihrem Kampf um ökonomische, soziale und kulturelle Gleichheit im herrschenden System verankert, denn es gebe keinen ökonomischen Grund, warum eine solche Gleichheit innerhalb des Kapitalismus nicht erreichbar sei¹⁴. Zum anderen aber weise die Frauenbewegung darüber hinaus, „nämlich in Bereiche, die niemals weder unter kapitalistischen Verhältnissen noch unter jedweder Klassengesellschaft erreicht werden können“¹⁵.

Auf dieser Stufe „jenseits von Gleichberechtigung“ beinhaltet Befreiung den Aufbau einer Gesellschaft, die von einem anderen als dem bisherigen Realitätsprinzip¹⁶ beherrscht wird, einer Gesellschaft, in der die bestehende Dichotomie Mann-Frau in den neuen sozialen und persönlichen Beziehungen überwunden ist¹⁷. Damit geschieht aber genau die Verdrehung von „erstens“ und „zweitens“: was Marcuse als Kampf um Gleichheit bezeichnet, also wohl Gleich-

12 Ebd., S. 88.

13 Ebd., S. 88.

14 Ebd., S. 87.

15 Ebd., S. 87.

16 Unter „Realitätsprinzip“ versteht Marcuse „Die Gesamtsumme der Normen und Werte, die das Verhalten in einer gegebenen Gesellschaft beherrschen, verkörpert in deren Institutionen, menschlichen Beziehungen usw.“ Jahrbuch Politik 6, a. a. O., S. 86.

17 Jahrbuch Politik 6, a. a. O., S. 87.

heit vor dem Kapital, setzt bereits die Überwindung des Patriarchats voraus. Als solcher könnte dieser Kampf allerdings als vorläufiger, als im kapitalistischen System verankerter begriffen werden.

Generell ist dem Kapitalismus die Tendenz eigen, die Arbeitskräfte unter die Verwertungslogik des Kapitals zu subsumieren. Unter diesem Gesichtspunkt, der bei Marcuse allerdings nicht benannt wird, könnte man ihm recht geben: die Gleichheit von Mann und Frau vor dem Kapital ist denkbar und möglich. Dann wäre aber im Gegensatz zu Marcuses Auffassung nicht notwendig, „jenseits von Gleichberechtigung“ die Beziehungen von Mann und Frau neu zu entwerfen.

Andererseits besteht im Kapitalismus auch die gegenläufige Tendenz zur soeben skizzierten allgemeinen: insofern das Patriarchat und seine kulturellen Elemente eine Möglichkeit zur Gewinnung von Extraprofiten in der Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte liefern, werden diese selbstverständlich in Anspruch genommen: die Einschätzung des Frauenlohnes als Zusatzverdienst und nicht Familienlohn ist hierfür nur das bekannteste Beispiel¹⁸.

Was Marcuse hingegen als das über den Kampf um Gleichheit Hinausweisende begreift, wäre die Überwindung des kapitalistischen in einem sozialistischen System: hier spielt der Kampf gegen das Patriarchat — gerade, wenn man die Voraussetzung Marcuses: Gleichheit der Geschlechter vor dem Kapital, akzeptieren würde — notwendigerweise keine Rolle.

Was Marcuse als das ganz Neue, das ganz besonders Radikale am feministischen Kampf zu sein scheint, das Neue, wovon er sich die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur Erreichung von bisher nie Dagewesenem verspricht, kann unter bestimmten Bedingungen der nachhinkende Kampf um etwas sein, dessen Abschaffung ohnedies in der Logik des Kapitalismus liegen kann.

Die überkommenen Vorstellungen patriarchalischen Musters, die derzeit noch in den Köpfen der Männer und Frauen herumspuken bzw. in der Tat tief in ihrer Triebstruktur verankert sind, könnten durch die Entwicklung des kapitalistischen Systems selbst überholt werden.

III.

In der so charakterisierten kapitalistischen Gesellschaft weisen die Frauen nach Marcuse typische Qualitäten auf: „Rezeptivität, Sensitivität, Gewaltlosigkeit, Zärtlichkeit“²⁰. Auch in diesen Passagen des Aufsatzes vermißt man die Dialektik, hier: der Entstehung der sogenannten typisch weiblichen Eigenschaften.

Während realiter die Frau auch in kapitalistischen Ländern teilhat an dem, was man im weiteren Sinne als Auseinandersetzung mit der

¹⁸ Dies eben ist auch ein Beispiel für eines jener „historischen und moralischen Elemente“, das immer mit in die Bestimmung des Arbeitslohnes eingeht. Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1. MEW 23, S. 185.

¹⁹ Entfällt.

²⁰ Jahrbuch Politik 6, a. a. O., S. 89.

Natur, im engeren Sinne als wissenschaftlich-technische Revolution bezeichnet, ist ihr Bewußtsein immer noch geprägt von ihrer Identität als Ehefrau, Hausfrau und Mutter. Diese Diskrepanz zwischen realer Lage und dem Bewußtsein von dieser Lage konstituieren all jene Eigenschaften, die man unter dem Terminus „Ohnmacht in der Öffentlichkeit“ zusammenfassen könnte. Die Frau — definitorisch immer negativ erfaßbar — ist in der Öffentlichkeit als Nicht-Repräsentierte, als Nicht-Streikende, als nicht ausreichend Gebildete und Ausgebildete, als Mutlose, was die Einschätzung ihrer eigenen Fähigkeiten betrifft, zu bezeichnen. So kann man sagen, daß sie vom Bewußtsein her von der Herstellung ihrer eigenen Existenzvoraussetzungen ausgeschlossen ist.

Insofern sie nicht erwerbstätig ist, lebt die Frau auch realiter in einem nur über den Mann vermittelten Zusammenhang mit der allgemeinen Produktion von Leben. Dieser Zusammenhang wird auch nicht durch die Tatsache aufgebrochen, daß sie Kinder zur Welt bringt, weil diese Tätigkeit als eine privatfamiliale Angelegenheit begriffen wird, die nicht mehr im Kontext der Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Reproduktion verstanden wird.

Ihr Zugang zur Gesellschaft bleibt also ein doppelt versperrender: bleibt über die Instanz der Familie, in der der Mann die entscheidende Rolle spielt, vermittelter. Der über das Bewußtsein vermittelte und/oder real vorhandene Ausschluß von produktiver Arbeit sowie der Ausschluß von Verstehen der Reproduktionsfunktionen bzw. der bewußtlose Vollzug von Körperfunktionen bedingen ihre Ohnmacht.

In diesem Kontext nun müßten die Bedingungen für die Entstehung und Aufrechterhaltung der Eigenschaften analysiert werden, die Marcuse so leichtfertig als weibliche hochbewerten und als Agens für den Aufbau einer neuen Gesellschaft meint einschätzen zu können: „Rezeptivität, Gewaltlosigkeit, Zärtlichkeit etc., ... diese Merkmale erscheinen in der Tat als der Herrschaft und Ausbeutung entgegengesetzt“²¹.

Zwar ist dies insofern richtig, als Herrschaft und Ausbeutung Bedingungs Momente für die Konstitution dieser — in der Beschreibung Marcuses zunächst noch unhinterfragt akzeptierten — Eigenschaften sind. Andererseits aber impliziert gerade dies, daß die Umwertung der einmal vorhandenen Eigenschaften nicht dazu geeignet sein kann, deren Konstitutionsbedingungen abzuschaffen; dies eben geschieht notwendig auf einer anderen Ebene: der nämlich, von der Unterdrückung ursprünglich ausging, der ökonomischen. Wenn historisch der Ausschluß der Frau von der mittelbaren und unmittelbaren Aneignung der Natur ökonomische, soziale und psychische Abhängigkeit vom Mann mit sich brachte und in der Folge und durch Jahrhunderte hindurch Eigenschaften entstehen, die diese Abhängigkeit, vielfach gebrochen und modifiziert in einem noch zu analy-

21 Jahrbuch Politik 6, a. a. O., S. 89.

sierenden Prozeß widerspiegeln, dann ist ganz im Gegensatz zur Marcuses Auffassung nicht die Transsubstantiation des Diskriminierten in plötzlich Hochgeschätztes eine reale Möglichkeit, die Entstehungsbedingungen dieser Eigenschaften aufzuheben, sondern die Analyse der Genese der Eigenschaften, die Feststellung ihrer Ursachen und deren Bekämpfung an der Wurzel.

Zwar kann die Bewußtmachung dieser Eigenschaftskomplexe zur Theoriebildung sowie zum organisierten Kampf ein Durchgangsstadium sein²², mehr aber nicht. „Black is beautiful“ schafft noch nicht die Unterdrückung der Neger in USA ab.

Ein weiterer, schwerer wiegender Irrtum Marcuses liegt in der Klassen- und Schicht-Unspezifik seiner Beschreibung weiblicher Eigenschaften. Wenn man klaren Kopfes diese Eigenschaften untersucht, so stellt man fest, daß man Marcuses Darstellung nur unter der Voraussetzung nachvollziehen kann, die dieser selbst vollzogen zu haben scheint. Die Umdefinition von seiten privilegierter Frauen muß bereits mitgedacht werden: Sensibilität, Sensitivität meint dann nicht mehr nur die besondere Aufnahmefähigkeit für die Launen des Ehemannes, sondern auch für Musik, Kunst, Literatur: d. h. „Sensibilität“ für kulturelle Leistungen der Menschheit. Dies aber zeichnete Frauen aus privilegierten Ständen und Klassen immer schon aus.

Denn „Sensibilität“, klassenspezifisch verstanden, heißt z. B. bei Arbeiterfrauen meist: Schwäche, Unterworfenheit, Sprachlosigkeit; immer noch ein bißchen mehr ausgeprägt als beim Klassenpartner. Da bleibt nicht mehr viel übrig von „Blumen, Musik, Rausch, Gespräche(n) und ein(em) phantastischen Liebesgenuß“²³, sondern da ist Weiblichkeit ohnmächtiges, bewußtloses Kinderkriegen, Nichtdurchschauen der bestehenden Verhältnisse, Abhängigkeit vom Fabrikherren und vom Ehemann.

Im Adel hingegen wie in der Großbourgeoisie kann Weiblichkeit zum Luxus werden — wenn freilich auch nicht zu einem sehr machtvollen oder beherrschenden.

Fatalerweise soll nun die m. E. mißverständene Weiblichkeit einem neuen Sozialismus zur Geburt verhelfen.

IV.

Die Entwicklung des Überganges zu einer neuen Gesellschaft stellt sich Marcuse so vor: „... nehmen wir an, die vollständige Gleichberechtigung wäre erreicht. Als Gleichberechtigte in der Wirtschaft und Politik des Kapitalismus müßten die Frauen die wettbewerblichen und aggressiven Qualitäten (wo sollen sie, die Zärtlichen, diese so plötzlich hernehmen? S. T.), die erforderlich sind, um sich in einer Stellung zu halten oder in ihr vorwärts zu kommen,

22 Wobei selbstverständlich nicht bestritten wird, daß eine Humanisierung des Bewußtseins zum politischen Kampf notwendig ist.

23 Vgl. dazu die Kritik am Feminismus von F. Haug, a. a. O., S. 942.

mit den Männern teilen. So würden das Leistungsprinzip und die ihm inhärente Entfremdung auch von den Frauen aufrechterhalten und reproduziert. (Wo soll dann, muß man fragen, noch der Impuls für eine spezifische *Frauenbewegung* herkommen? S. T.). Um die Gleichberechtigung zu erreichen, die eine absolute Voraussetzung (!) für die Befreiung ist, muß auch die Frauenbewegung aggressiv sein. Aber Gleichberechtigung ist noch keine Freiheit.

Als ein gleichberechtigtes, ökonomisches und politisches Subjekt kann die Frau *als Frau*²⁴ eine führende Rolle in einer radikalen Rekonstruktion der Gesellschaft übernehmen.“²⁵ Diesen Absatz habe ich vollständig zitiert, weil hier die Argumentation Marcuses bis zum Nachweis von Absurditäten offenbar wird: zuerst sollen die sensiblen, zärtlichen Frauen, obgleich gerade diese Eigenschaften so fruchtbar für den politischen Kampf sind, aggressiv werden, um ihre Stellung im Kapitalismus zu verbessern. Wenn sie dies erreicht haben, also Gleichheit vor dem Kapital (vgl. oben), sollen sie daran gehen, in ihren *besonderen Qualitäten* als Frau einen weiblichen oder feministischen Sozialismus aufzubauen.

Offenbar wird der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus über eine doppelte *Verhaltensänderung* möglich: dies scheint Marcuse notwendig, weil die Frauenbewegung in einer Gesellschaft operiere, in denen nach Spielregeln gekämpft werde, die der Frau üblicherweise nicht zur Verfügung stünden²⁶. In der Tat, hier sollte man ihm Recht geben: mit Zärtlichkeit wurde bisher noch keine Revolution gewonnen.

Derzeit ist die Ungleichheit von Mann und Frau im Kapitalismus die Voraussetzung, das Agens der Bewegung, Bedingung für den Kampf um Gleichheit gegen Kapital und Patriarchat, der wiederum nicht Gleichheit von Mann und Frau in allen Dimensionen meint, sondern Ungleichheiten der Qualitäten beider berücksichtigt wissen will. Ungleichheit, durch die objektive Entwicklung des Kapitalismus erst negativ erfahren, wird zur subjektiv deutlich erlebten Spannung zwischen Wirklichem und Möglichem, zwischen dem, was objektiv als Chance besteht, und dem, was Frauen zugestanden wird. Aus dieser erfahrenen Diskrepanz wächst die derzeitige Wut der Frauen, geht die Bewegung hervor; nicht als Gleiche also, sondern als Ungleiche nimmt sie am Kampf gegen Kapitalismus und Patriarchat teil.

Hier liegt auch die Nahtstelle für eine mögliche (spätere) Verständigung zwischen Feministen und Marxisten: die *spontane Bewegung* resultiert aus der unmittelbaren Erfahrung von Unterdrückung; am unmittelbarsten wird sie für die Frau meist (nicht immer) spürbar als Unterdrückung durch den Mann; aber diese Erfahrung ist noch keine Theorie; erst die Theorie, die differenziert zwischen dem individuellen Erleben von Unterdrückung, das sich im Protest

24 Hervorhebung im Original.

25 Jahrbuch Politik 6, a. a. O., S. 91.

26 Ebd.

gegen den Mann Luft verschafft, und der nüchternen Analyse der Bedingungen, die das Patriarchat in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung so verfestigen konnten zur *besonderen*, über die kapitalistische Norm hinausgehenden Ausbeutung der Frauen, verdient diesen Namen. Und erst mit einer solchen, noch zu entwickelnden Theorie, die in Organisation eingeht, kann die Bewegung erfolgreich sein.

Schließlich soll die Transformation des Weiblichen in etwas positiv Bewertetes und dann mit aggressiver Energie Besetztes zu einem weiblichen Sozialismus führen: einem Sozialismus, in dem die „männlichen“ Werte wie „Leistung“, „effektivere Entwicklung der Produktivkräfte“, „produktivere Ausbeutung der Natur“ und — last not least — Aggressivität keine Geltung mehr haben: „Sozialismus als eine qualitativ andere Art zu leben würde die Produktivkräfte nicht nur zum Abbau entfremdeter Arbeit und zur Reduzierung der Arbeitszeit gebrauchen, sondern auch, um das Leben zum Zweck an sich selbst zu machen, zur Entwicklung der Sinne und des Intellekts, zur Befriedung der Aggressivität, der Freude am Sein, zur Emanzipation der Sinne und des Intellekts von der ‚Nationality of Domination‘: kreative Rezeptivität gegen repressive Produktivität. In diesem Kontext würde die Befreiung der Frau in der Tat als die Antithese zum Leistungsprinzip auftreten, als die revolutionäre Funktion des Weiblichen in der Rekonstruktion der Gesellschaft.“²⁷

Die weiblichen Charakteristika — irgendwie hinübergerettet in einen weiblichen Sozialismus — würden mit der Zeit aufhören, weibliche zu sein „in dem Maße, wie sie allgemein verbreitet würden in der sozialistischen Kultur, materiell wie intellektuell. . . Technischer Fortschritt, der Hauptträger produktiver Aggressivität, würde von seinen kapitalistischen Eigenschaften befreit und in die Zerstörung der häßlichen Destruktivität des Kapitalismus geleitet“²⁸.

Der Weg werde langsam hinführen zu einer „androgynen Gesellschaft“, die eine Synthesis von sich heute noch in Form von männlich — weiblich anthithetisch Gegenüberstehendem sei.

Damit hat sich Marcuse — wiewohl ich die zuweilen beflügelnde Wirkung seiner utopischen Vorstellungen nicht bestreite — Schritt für Schritt weiter von der Realität entfernt, um schließlich das absurde Konstrukt eines „weiblichen Sozialismus“ zu entwerfen: absurd deshalb, weil er in völliger Verkennung der Herr-Knecht-Dialektik, d. h. der Bedingungen für die Genese weiblicher Eigenschaften und deren Aufhebung meint, „Weiblichkeit“ in eine neue Ordnung unverändert hinüberretten zu müssen. Die Eigenschaften der Unterdrückten werden konstituierendes Moment der neuen Gesellschaft, ohne daß deren Transformation im Prozeß des Übergangs selbst in den Blick rückt. Man fragt sich schließlich, warum Marcuse seiner neuen Utopie eigentlich noch die Bezeichnung „sozialistisch“ verleiht.

27 Jahrbuch Politik 6, a. a. O., S. 92.

28 Jahrbuch Politik 6, a. a. O., 93.

V.

Damit stellt sich Marcuse in seinem neuesten Aufsatz ein weiteres Mal das Zeugnis eines in letzter Instanz bürgerlichen ²⁹ Theoretikers aus:

1. Wie auch in früheren Texten hält er die „Umwertung aller Werte“ einer Gesellschaft für wichtiger als die Umwälzung ihrer realen Basis, bzw. rückt diese nicht mehr in sein theoretisches Blickfeld. Zentral ist bei ihm immer der Umsturz des Bewußtseins, nicht der Umsturz der Produktionsverhältnisse, die dieses erst konstituieren. So kann man nur zustimmen, wenn W. F. Haug in anderem Zusammenhang sagt: „Marcuse nimmt dieses Moment ‚Bewußtsein‘ fürs Ganze. Es wird zum universellen Gegner wie zum absoluten Ziel. Bewußtsein, und zwar falsches, von dem Gesellschaft nicht mehr unterschieden wird, ist umfassend zu bekämpfen. Strategisches Ziel ist wiederum das Bewußtsein: seine Konversion.“ ³⁰

2. Die Verabsolutierung der normativen Ebene und damit die Vernachlässigung der realen Basis gesellschaftlicher Verhältnisse findet ihre Parallele in der bereits aufgezeigten Vernachlässigung der Klassenbasis der Genese *klassenspezifischer* weiblicher Eigenschaften. Marcuse wiederholt hier seine Auffassung von der Abwesenheit des revolutionären Subjekts, des Proletariats, in Form der Nichtbeachtung der Unterdrücktesten der Unterdrückten: der weiblichen, doppelt und dreifach belasteten, ausgebeuteten und wohl kaum mit „neuer Sensibilität“ ausgestatteten Arbeiterin.

Wer heute in der Frauenbewegung aktiv wird, sich organisiert und sprachlich ausdrückt, sind noch vor allem die bürgerlichen intellektuellen Frauen. Sie lehnen die bisherige gesellschaftliche Mißhandlung der Frauen im Kapitalismus scharf ab, fordern mit Recht ihr Recht und dringen darauf, daß die Diskriminierung der Frauen abgeschafft, daß soziale, ökonomische und sexuelle Gleichberechtigung wirklich wird. Es sind *notwendig* diejenigen, die durch ihre relativ privilegierte Stellung (bessere Ausbildung, verantwortlichere Tätigkeit, Zeit zu politischem Engagement) mit objektiv möglichen Alternativen bereits Erfahrung sammeln konnten. Daher werden sie allmählich in die Lage versetzt, diese Alternativen, individuell als möglich und wirklich erfahren, als Forderung für alle Frauen zu formulieren. Daß es dabei zu Verabsolutierungen der eigenen Erfahrungen kommen kann, liegt auf der Hand; dennoch schließen diese Fehler nicht aus, daß sich langsam in der Frauenemanzipationsbewegung das Bewußtsein durchsetzt, das Ziel formuliert wird, die Situation gerade der unterdrücktesten, sprachlosesten Frauen zu begreifen.

²⁹ Bürgerlich deshalb, weil „den subjektiven Absichten des Autors keine entscheidende Bedeutung bei(ge)messen (werden kann), sondern nur dem tatsächlichen *objektiven Gehalt der Theorie selbst*“. N. Motroschilowa und J. Samoschkin: Marcuses Utopie der Antigesellschaft. Frankfurt/M. 1971.

³⁰ Vgl. W. F. Haug, Das Ganze und das ganz Andere, a. a. O., S. 60.

Marcuse scheint dieses Problem nicht einmal zu sehen — geschweige denn durchdringt er es analytisch. Im Gegenteil hypostasiert er die relativ privilegierte bürgerliche Frau als *die* Frau schlechthin und fixiert die noch unreife Frauenemanzipationstheorie auf ihre jetzige bürgerliche Ausrichtung und verlängert den Status quo in die Zukunft.

3. Marcuses Hypostasierung der Gleichrangigkeit von Geschlecht und Klasse — zuweilen gar die Vorrangigkeit von Geschlecht —, die er mit den Feministen teilt, erinnert an eine fatale Parallele, die in der bürgerlichen Theorie und Praxis gängig ist: die Charakterisierung von Minderheiten, Unterdrückten und Geknechteten und die Erklärung dieser Unterdrückung durch ein *natürliches* Merkmal (wie Hautfarbe, Augenfarbe etc.). Diese Erklärungssätze sind nicht nur theoretisch falsch, sondern tragen auch den Keim zu chauvinistischer Praxis-Entwicklung in sich³¹.

Vom Phänomen her bietet es sich freilich an, die Unterdrückung der Frauen primär auf ihr Geschlecht zu beziehen: Frauen sind in der Tat derzeit als Frauen, in ihrer Eigenschaft als Gebärende und mit der Last der Kinderaufzucht allein Geplagte und von daher in allen Bereichen der Gesellschaft Benachteiligte unterdrückt.

Aber bereits die schlichte Frage, ob Jacqueline Onassis diese ihre natürliche, angeborene Eigenschaft zur Last wird oder einer Frau, die jeden Tag acht Stunden am Fließband steht und zusätzlich weitere vier Stunden mit Haushalt und Kindererziehung belastet ist, verweist auf die Tatsache, daß nicht die natürlichen Merkmale es sind, die Unterdrückung konstituieren, sondern die historischen, gesellschaftlichen und klassenspezifischen Bedingungen, unter denen natürliche, angeborene Eigenschaften zum Fluch werden können.

4. Schließlich ist die Auswahl der Zielgruppen bzw. der sozialen Kräfte für die Mobilisierungsstrategie Marcuses in Richtung der Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse fast beliebig. Das wurde im ersten Abschnitt bereits ausgeführt. Offensichtlich geht es Marcuse nicht um die nüchterne Analyse der objektiven Ursachen für die Unterdrückung der Frau im Kapitalismus und der objektiven Bedingungen für deren Aufhebung, sondern lediglich um die durchaus bereitwillige Zurkenntnisnahme eines neuen Phänomens, das zu seiner Theorie zu passen scheint und dieser einverleibt wird.

Kriterium für die Eignung einer sozialen Gruppierung ist ihre Fähigkeit zur „Weigerung“. Meist muß eine solche vor den Augen Marcuses bereits stattgefunden haben, bevor er ihre potentielle Fähigkeit zur sozialen Revolution konstatiert.

31 Daß dies keineswegs übertrieben ist, illustriert ein Beispiel: auf dem letzten Frankfurter Frauenkongreß wurde zwar eine Solidaritätsadresse an die in den chilenischen Gefängnissen gefolterten Frauen und Kinder verabschiedet, nicht aber an die sich in der gleichen Situation befindenden Männer.

VI.

Damit komme ich zum Fazit: Marcuses Aufsatz führt die Frauenbewegung auch nicht ein winziges Stück weiter; im Gegenteil trägt er zu der bereits bestehenden Verwirrung noch beträchtlich bei. Ihm unterläuft auch in diesem Text, was in anderem Zusammenhang von anderen Kritikern häufig kritisiert wurde: Er unterzieht Gesellschaft nicht einer gründlichen Untersuchung, „... einer dialektischen theoretischen Analyse, ... (die realen Ereignisse) werden in seinem Bewußtsein lediglich als Summe einzelner empirischer, mit dem bloßen Auge wahrnehmbarer Fakten, und zwar meist in ihrer äußerlichen, unmittelbaren Erscheinungsform, registriert. Diese Fakten regen bald zum Enthusiasmus, zum Glauben an den Fortschritt an, bald rufen sie Enttäuschung und Niedergeschlagenheit hervor. Das erste entspricht der Flut in der Protestbewegung, das zweite der Ebbe“³². Wir können also, so läßt sich hinzufügen, darauf warten, daß bei Abebben der Frauenbewegung, und mag dies nur kurzfristig sein, für Marcuse der Zeitpunkt gekommen ist, andere soziale Kräfte für seine „neue“, „ganz andere“ Gesellschaft zu entdecken.

So gelingt Marcuse nicht — ebensowenig wie den Feministen in der Frauenbewegung — die Differenzierung von „Protest, der die Sinne schärft, und Kritik, die begreifen macht“³³. Im Gegenteil werden Phänomene der westlichen Gesellschaft durch die Brille von ebenfalls Phänomenen aufsitzenden Beschreibern — den Feministen — beschrieben; das Gesellschaftsbild der Feministen wird ohne Not zum Raster der Beschreibung von Gesellschaft bei Marcuse, bzw. scheint dieses zu bestätigen. Was den Anti-Marxisten innerhalb der Frauenbewegung selbst fehlt³⁴, verstärkt Marcuse durch die Stillisierung des Protests zur Theorie. Was daraus notwendig entstehen muß, ist hilflose Anpassung, politische Ohnmacht und Beschränkung auf Privilegierte.

Was der Frauenbewegung nottäte und woran Marcuses Aufsatz völlig vorbeizieht, wäre dagegen die theoretische Klärung des Verhältnisses von Kapitalismus und Patriarchat. Obgleich Marcuses Aufsatz die anspruchsvolle Überschrift „Marxismus und Feminismus“ trägt, wird zur Klärung dieses Verhältnisses nichts beigetragen. Was weiter nottäte, wäre die Analyse der Genese weiblicher Eigenschaften sowie der Bedingung zur Aufhebung frauenspezifischer und allgemeiner Unterdrückung, was nottäte, wäre schließlich die theoretische und praktische Vermittlung zwischen geschlechtsgebundener Erfahrung, der Motivation für Protest und der theoretischen Einsicht vom Primat des Klassenwiderspruchs, die in die Organisation von Frauen eingehen könnte.

32 Vgl. Motroschilowa, Samoschkin, a. a. O., S. 44.

33 Vgl. J. Habermas, in: Antworten auf Herbert Marcuse, a. a. O., S. 14.

34 Es soll nicht verschwiegen werden, daß die Frauenbewegung derzeit noch eindeutig dominiert ist von der feministischen „Theorie“-Variante und daß dies ein Indiz für die derzeit noch *eindeutig bürgerliche Ausrichtung großer Teile der Frauenbewegung* ist.

Rudi Camerer

Alice Schwarzers sexuelle Utopie und die Entpolitisierung der Frauenbewegung

Alice Schwarzers neues Buch¹ zerfällt in zwei Hauptteile. Die ersten 170 Seiten enthalten die kommentierten Protokolle von Interviews, die die Autorin mit 16 Frauen von unterschiedlichem Alter und sozialer Herkunft machte. Diese Gespräche enthüllen in oft erschütternden Worten die Problematik heterosexueller Zweierbeziehungen und legen großes Gewicht auf die Frage sexueller Harmonie. Unter der fragenden Regie der Autorin distanzieren sich sämtliche Frauen von der in unserer Gesellschaft ausschließlich anerkannten Heterosexualität und kennzeichnen das „männliche Sexmonopol“ über die Frauen als Ursache ihrer Unterdrückung.

Sind diese Protokolle auch beeindruckende Dokumente, so offenbaren sie doch bereits die Schranken, die den zweiten Teil des Buches kennzeichnen. Denn was Alice Schwarzer am Schicksal der befragten Frauen interessiert, betrifft fast ausschließlich die private Ebene des Zusammenlebens mit Männern. Die Herrschaft der Männer über die Frauen manifestiert sich demnach vor allem zu Hause, während jene übergreifende Ebene der Geschlechter-Diskriminierung, wie sie sich etwa in Gesetzen und Institutionen zeigt, weitestgehend unerwähnt bleibt. Wenn die in den Gesprächen behandelten Probleme nichtsdestoweniger als „politisch“ bezeichnet werden, so bleibt das zunächst noch unbegreiflich. Eine annähernde Erhellung des im Buch geltenden Politik-Verständnisses bringt erst die ausführliche „Grundsatzanalyse“ (173), die Alice Schwarzer im 2. Teil auf 80 Seiten entwickelt und die als Credo eines bedeutenden Teils der westdeutschen Frauenbewegung betrachtet werden muß.

Ausgehend von der zutreffenden Feststellung, daß „Männlichkeit und Weiblichkeit nicht Natur, sondern Kultur“ (178) seien, kommt sie ohne Umschweife auf den Kern ihrer These: Männlichkeit und Weiblichkeit „sind die in jeder Generation neu erzwungene Identifikation mit Herrschaft und Unterwerfung. Nicht Penis und Uterus machen uns zu Männern und Frauen, sondern Macht und Ohnmacht“ (178). Daß die Männer ihre Vormachtstellung überhaupt erringen konnten, verdanken sie dem von ihnen selbst lancierten „Mythos vom vaginalen Orgasmus (und damit von der Bedeutung der Pene-

1 Alice Schwarzer, Der „kleine Unterschied“ und seine großen Folgen: Frauen über sich — Beginn einer Befreiung. S. Fischer-Verlag, Frankfurt/M. 1975.

tration)" (204), der die Frauen sexuell von ihnen abhängig macht. Aus der so bewerkstelligten Abhängigkeit der Frauen erklärt sich, laut Alice Schwarzer, alles weitere. Denn:

„Das Sexmonopol von Männern über Frauen sichert ihnen gleichzeitig das emotionale Monopol (Frauen verlieben sich selbstverständlich nur in Männer), das soziale Monopol (Frauen sind zur sozialen Anerkennung auf die Ehe, mindestens aber auf die Männerbeziehung angewiesen) und das ökonomische Monopol (Frauen akzeptieren ‚aus Liebe zum Mann‘ Gratisarbeit im Haus und Zuverdiener-Jobs im Beruf)" (205).

Freilich sind dabei Frauen wie Männer „Opfer ihrer Rollen — aber Frauen sind noch die Opfer der Opfer" (178). Die Lösung der Probleme liegt demnach in der „Erschütterung des männlichen Sexmonopols" mit der Absicht, die Geschlechterrollen von Grund auf ins Wanken zu bringen (205). Die Erfahrung vieler Frauen ebenso wie die Forschungs-Ergebnisse von Physiologen und Psychologen sprechen gegen die These des vaginalen Orgasmus und für die des klitoralen Orgasmus, was die sexuelle Unabhängigkeit der Frau vom Mann begründen könne. In dieser Erkenntnis sei der Kern weiblicher Emanzipations-Hoffnung zu sehen: „Wenn Frauenliebe für Männer kein selbstverständliches Privileg mehr ist, werden sie sich anstrengen müssen. Um mithalten zu können, müßten sie sich umstellen. ‚Ihn einfach reinstecken‘ ist dann kein lebensfüllendes Programm mehr. Darum, und aus keinem anderen Grund, klammern sie sich so an ihren kleinen Unterschied" (206 f.).

Spätestens hier wird der Leser stutzig. Denn keinesfalls ist die Formulierung vom „lebensfüllenden Programm" hier ein Verspacher. Vielmehr beruht die gesamte Argumentation des Buches auf einer zum Programm erhobenen Überbetonung der Sexualität. Will man Alice Schwarzer glauben, dann stehen die Menschen *vor allem* in *geschlechtsspezifischen* Beziehungen zueinander. Was die Menschen sind und wie sie leben, ist für sie vorwiegend durch die mythologisch begründete Macht „der Männer" und die entsprechende Ohnmacht „der Frauen" gekennzeichnet. Daß der Autorin dieser Analyse einiges Wesentliche dabei aus dem Blick gerät, ist deshalb kein Zufall. Denn ginge es ihr um die gesellschaftlich arbeitenden Menschen, die, um leben zu können, vor allem solche Verhältnisse miteinander eingehen, die auf der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel beruhen, kurz: ginge es ihr um die konkreten historischen Menschen (etwa in der BRD), dann erwiese sich Schwarzers Argumentation, vorsichtig ausgedrückt, als lückenhaft. Denn dann müßte sie erstens die Frage beantworten, wo denn die historischen Ursachen der heutigen Frauen-Diskriminierung zu suchen sind (eine Frage, auf die beispielsweise Friedrich Engels im „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" einige noch heute beachtenswerte Antworten gab). Was uns Alice Schwarzer als Antwort anbietet (männerbegünstigender Mythos vom vaginalen Orgasmus) ist jeden-

falls mehr als fragwürdig und beruht auf einer großzügigen Abstraktion von der Geschichte. Zweitens müßte plausibel gemacht werden, inwiefern die Lebensbedingungen der Frau Henkel, Krupp oder Linsenhoff mit denen der obdach- und arbeitslosen Frau Krause oder Schmidt (um nur die Extreme zu nennen) identisch sind. Auch hier bleibt die Autorin eine befriedigende Antwort schuldig und beschränkt sich statt dessen aufs Behaupten: „Die primäre Ausbeutung der Frauen — Hausarbeit, Kindererziehung, Männersanierung und frauenspezifische Berufsarbeit — fällt durch den existierenden Klassenraster hindurch“ (22). So faszinierend das sprachliche Bild hier auch ist, mit diesem Satz tut Frau Schwarzer der Wirklichkeit Gewalt an. Mehr noch: Wenn man wie sie davon ausgeht, daß „nichts, weder Rasse noch Klasse, so sehr ein Menschenleben bestimmt wie das Geschlecht“ (178 u. 191), dann bietet sich eine völlige Neudefinition gesellschaftlicher Verhältnisse an. So bezeichnet sie als „Mächtige“ nicht etwa die Sohl, Schleyer und Amerongen. Nein! Mächtig sind für sie „die Männer“. Genausowenig gelten ihr als „ohnmächtig“ etwa die gefeuerten Arbeiterinnen bei BASF oder die PVC-Opfer bei Dynamit-Nobel. Gott bewahre! „Noch sind Mann-Frau-Beziehungen Verhältnisse zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen“ (208). — Was meint Schwarzer denn eigentlich mit „Macht“? Wenn man, wie sie, die Macht politisch definiert, dann muß man sich doch zumindest fragen, in welchem Verhältnis die Macht „des Mannes“ über „die Frau“ etwa zur Macht eines Konzerns über das Schicksal von Tausenden *Männern und Frauen* steht. Doch davon spricht Schwarzer nicht. — Und weiter mit der Neudefinition: Unterbezahlte Frauenarbeit hat keinesfalls mit dem Profitinteresse der Fabrikherren zu tun. Alles eine Frage der Geschlechterrollen! Unterbezahlung wird von Frauen nämlich nur deshalb schweigend akzeptiert, „weil *Männernormen* Frauen einschüchternd die Minderwertigkeit ihrer Arbeit suggerieren“ (210). Entsprechend haben die Funktionsprinzipien unserer Gesellschaft auch nichts mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu tun. Nein, es handelt sich um nichts anderes als „männliche Spielregeln“, die die bestehende „Hackordnung“ (22) ausmachen: „Wir müssen wagen, männliche Spielregeln und Inhalte in Frage zu stellen: Leistung um der Leistung willen, Entfremdung, Konkurrenz und Profit sind nicht unbedingt nachahmenswerte Maximen. Das zeigen die Resultate . . .“ (228)

Diese Blütenlese der (gar nicht so neuartigen) Uminterpretation kapitalistischer Wirklichkeit durch Alice Schwarzer könnte fortgesetzt werden, jedoch sollen die angegebenen Beispiele reichen. Die Autorin will ja noch mehr. Hatte sie oben auch wenig Interesse gezeigt, den Ursprung der Frauen-Diskriminierung zu ergründen, so kann sie doch andererseits die Frage nach der Zukunft des „Geschlechterkampfes“ keinesfalls unbeantwortet lassen. Das sieht sie auch selbst und entwirft deshalb ein Bild des „Utopia für übermorgen“ (208), welches „hier und heute“ nicht aus den Augen verloren werden dürfe. Und was sie da sagt, klingt gar nicht so schlecht. In ihrem „Utopia“ wären die Menschen

„in erster Linie Menschen und nur in zweiter biologisch weiblich oder männlich. Geschlecht wäre nicht mehr Schicksal... Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Ausbeutung wäre aufgehoben. Nur die biologische Mutterschaft bliebe Frauensache, die soziale Mutterschaft aber (d. h. die Kindererziehung) ginge Männer ebenso an wie Frauen. Das Leben von weiblichen und männlichen Menschen verlief nicht nach Rollenzwang... Menschen könnten mit Menschen kommunizieren, a priori, unbegrenzt und nach ihrem jeweiligen Bedürfnis auch sexuell — unabhängig von Alter, Rasse und auch Geschlecht (Klassen gäbe es in dieser befreiten Gesellschaft nicht mehr)“ (208 f.).

Nanu! Wie kommen da wieder die Klassen ins Spiel? Und um gleich weiter zu fragen: wie glaubt die Autorin durch *Geschlechter-Kampf* die Abschaffung gesellschaftlicher Klassen zu erreichen? Denn wenn sich Schwarzer auch als sympathisch bescheiden zeigt, wenn sie ausgerechnet dieses Merkmal ihrer „befreiten Gesellschaft“ in Klammern setzt — sozusagen als Extra hintendrein reicht —, so sehr muß doch gerade die Überwindung der Klassenspaltung als *Voraussetzung* für die von ihr anvisierte allseitige freie Kommunikation unter den Menschen angesehen werden. Denn zwischen den Krupps und Krauses tut man sich nun einmal schwer mit der rollen-unspezifischen, repressionsfreien Kommunikation. Ausgesprochen schade also, wenn dieser Punkt im ganzen Buch zu kurz kommt.

Alice Schwarzers „Utopia für übermorgen“ erweist sich somit bereits in der Formulierung als Utopie im schlechtesten Sinn: als unrealisierbare Phantasie nämlich. Die Enttäuschung des Lesers wird aber noch verstärkt, wenn er die Handlungsvorschläge im folgenden liest, die als Mittel zur Erreichung des großen Ziels ausgegeben werden. Konkret beschränken sie sich zunächst auf die Berufstätigkeit von Frauen. „Auch Frauen, die noch ans Haus gebunden sind, weil sie kleine Kinder haben, sollten langfristig ihre Rückkehr in den Beruf vorbereiten“ (224). Allerdings: „Berufstätigkeit ist also eine unerläßliche Voraussetzung für jeden Ansatz zur Emanzipation. Deswegen aber sind berufstätige Frauen noch lange nicht emanzipiert“ (226). Zweifellos richtig. Es kommt also noch auf ganz andere Dinge an. Und da dies die entscheidende Stelle ist, soll Alice Schwarzer hier ausführlich selbst zu Wort kommen:

„Wir dürfen uns also nicht mit der Forderung nach Chancengleichheit begnügen (von der noch lange nicht die Rede sein kann!), sondern müssen in Anbetracht unserer äußeren und inneren Ungleichheit zusätzliche Frauenförderung und offensive Aufklärung fordern. Not tut eine systematische Information von Frauen für Frauen über ihre Interessen. Not tun zusätzliche Bildungsmaßnahmen und Qualifikationsmöglichkeiten speziell für Frauen. Not tut ein radikaler Kampf gegen den überall wuchernden Sexismus, die Benachteiligung eines Geschlechts. Not tut eine alltägliche Sensibilisierung gegen die alle Frauen entmündigende Männerherrschaft und Herrschaft überhaupt [!]. Wir Frauen müssen verstärkt in Männerdomänen eindringen — aber ohne uns vorbehaltlos zu integrieren... Den Frauendomänen müssen wir endlich unsere vorrangige Bereit-

schaft aufkündigen. Wir dürfen uns nicht mit der abstrakten Forderung nach ‚Vergesellschaftung‘ von Haus und Erziehungsarbeit begnügen. Wir müssen hier und heute die Übernahme der Hälfte der Hausarbeiten durch die Männer fordern, statt uns mit ihrer gnädigen Mithilfe zu bescheiden. (Auch wenn es schwerfällt, auch wenn dieser tägliche Kleinkrieg lästig ist und ‚peinlich‘. Denn unsere wichtigsten Schlachten werden heute leider nicht in historischen Dimensionen entschieden, sondern beim kleinkrämerischen Teller-spülen und -zählen in der Küche.)“ (227 f.)

Hier sind wir nun wohl beim springenden Punkt. Denn alles Vorhergehende war ja keinesfalls originell. Die Ablehnung der Theorie vom vaginalen Orgasmus, ebenso wie die bündige Reduzierung der Menschheit auf ihre Sexualität, die Aufspaltung der Menschen in mächtige Männer und ohnmächtige Frauen, ebenso wie die Postulierung einer repressionsfreien Utopie: das alles haben schon andere (teilweise besser) gesagt und geschrieben. Das wirklich Neue an Alice Schwarzer — und deshalb wohl auch ihr eigentliches Anliegen — ist daher das *Hauptschlachtfeld Küche*. Denn was an unmittelbar politischer Perspektive in Frau Schwarzers Argumentation einging (§ 218, Bildungsmöglichkeiten), hatte mit ihrem eigentlichen Thema nur untergeordnet zu tun und wurde auch nicht näher erläutert. Zwar knüpft sie an den — besonders für Frauen — unerträglich werdenden Auswirkungen unserer „Hackordnung“ (22) an und läßt auch gelegentlich durchblicken, daß das durchaus etwas mit Klassenspaltung zu tun haben mag. Den zunehmenden Protest dagegen kanalisiert sie dann mit ihrer eindeutigen Aufforderung an die Frauen: Geschlechterkampf statt Klassenkampf. Ohne freilich dabei zu übersehen, daß auch der „Geschlechterkampf“ politisch brisant werden kann. Unsere tapfere Feministin schafft deshalb eindeutig Klarheit: Unsere *wichtigsten* Schlachten werden heute — leider — in der Küche geschlagen. Daß die Autorin auf diese Weise in Widerspruch zu der von ihr mit-initiierten „Aktion 218“ gerät, sei hier nur nebenbei bemerkt. Andererseits ist dieser Verweis auf den Küchen-Kampf (als *wichtigstem* Schlachtfeld) die notwendige Konsequenz ihrer fast durchgängigen Selbstbeschränkung aufs Private. Schon in den Protokollen hatte sie ja dem rechtlichen und institutionalisierten Aspekt der Frauen-Diskriminierung keine große Beachtung geschenkt. Ihre Emanzipations-Vorstellungen erwiesen sich deshalb von Anfang an als vorwiegend privatistisch — mit aufgesetzten politischen Fähnchen. Ihre angeschlossene „Grundsatzanalyse“ liefert dafür nun die nachträgliche Rechtfertigung und zeigt mit ausreichender Deutlichkeit, was ihr eigentliches Anliegen ist: die *Entpolitisierung* des Kampfes der westdeutschen Frauen um Gleichberechtigung².

Das mag für manchen unerhört klingen; immerhin handelt es sich um eine der Wortführerinnen der westdeutschen Frauenbewegung.

2 Vgl. dazu: Frigga Haug, Verteidigung der Frauenbewegung gegen den Feminismus, in: *Argument* 83/1973, S. 938—947.

Zu welchem anderen Schluß aber kann man kommen, wenn die Autorin mit keinem Wort die Tatsache auch nur erwähnt, daß die noch immer unrealisierte Gleichberechtigung der Frau im Grundgesetz der BRD nichtsdestoweniger garantiert wird, was doch eine entscheidende — freilich politische — Kampfposition ist? Welch anderes Ziel als Entpolitisierung kann die Autorin verfolgen, wenn sie von der Haltung der „männerbeherrschten Gewerkschaften“ zu dieser Frage nichts anderes zu berichten weiß, als daß sie sich „weitgehend auf sporadisch höflichen Protest und längst überfällige Reformen, wie die Abschaffung von Leichtlohngruppen, beschränken“ (211)? (Für die Anerkennung des klitoralen Orgasmus sind sie vermutlich nicht zu mobilisieren.)

Und was kann man schließlich von den politischen Absichten der Autorin halten, wenn sie die Selbstdarstellung der Herrschenden in den Medien wie folgt beschreibt: „Welche Frau hat nicht schon gährende Langeweile erfaßt bei der Nacktheit ihrer immer gleichen Phrasen und Banalitäten in ‚Spiegel‘ und ‚Tagesschau‘? Was Menschen angeht, wo Entscheidungen fallen und welche Inhalte sie haben, erfahren wir kaum. Präsentiert wird uns die selbstgefällige Nabelschau einer hohl klappernden Männergesellschaft, in denen wenige die Macht haben und viele die Ohnmacht“ (237 f.). Worauf hier angespielt wird, ist einigermaßen klar. Wer allerdings vom Auftritt der Mächtigen vor allem die Posen und Phrasen registriert, der lenkt ab vom Wesentlichen — dem politischen Inhalt.

Ich unterstelle Schwarzer, daß sie dieses Ablenkungsmanöver bewußt durchführt. Denn noch eine zusätzliche Feststellung ist hier zu treffen. So sehr sie sich Mühe gibt, die Geschlechterfrage im unpolitischen Bereich zu halten, ganz abstinent bleibt die Autorin nicht. Bemerkenswert ist allerdings, daß sich ihre Ausflüge in die Politik ausschließlich gegen die Linke richten. So erreicht nach ihrer Meinung „der Objektstatus der Frauen innerhalb der neuen Linken einen Höhepunkt“ (188), insofern die Linke — „entgegen ihrem emanzipatorischen Anspruch — Frauen noch stärker [!] instrumentalisiert hat, als es vorher der Fall war“ (195). Und für den, der es bis dahin noch nicht verstanden hat, sagt sie's am Schluß des Buches nochmal ganz deutlich:

„Die falsche Spaltung der Frauenbewegung in ‚bürgerlich‘ und ‚proletarisch‘, die nichts anderes als die schlichte Leugnung der spezifischen Benachteiligung und Betroffenheit aller Frauen bedeutet und das Frauenproblem auf ein Klassenproblem reduzieren will, hat schon bei der ersten Frauenbewegung vorzüglich geklappt. Nicht zuletzt die männerdominierte Linke war schuld an ihrem Scheitern“ (238).

Und:

„Je mehr wir von der Männergesellschaft — je nach Schußrichtung — ‚bürgerlich‘ und ‚hysterisch‘ geschimpft werden, um so mehr sollten wir wissen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Wir sollten stolz darauf sein!“ (239)

Damit wären wir da angelangt, wo die Frauenbewegung, wenn es sie schon einmal gibt, im Interesse der Herrschenden zu stehen hat. Deshalb fragt es sich auch nicht mehr, warum die führenden Herren des S. Fischer-Verlags (und die nicht allein) an der Verbreitung feministischer Schriften so großes Interesse zeigen, und das zu einem Zeitpunkt, da — trotz gewachsener Stärke der westdeutschen Linken — die Großverleger ihre linken Verlagsprogramme kürzen oder abstoßen.

Jacob Hempel

Feminismus und Psychotherapie bei Phyllis Chessler *

Diese Streitschrift ist zu den zahlreichen Veröffentlichungen zu rechnen, die aus dem Erfahrungs- und Interessenstand jener Frauen der US-amerikanischen Petit-Bourgeoisie resultieren, welche das soziale Potential des feministischen Flügels der Women's Liberation bilden. Deren übersetzte Publikationen wiederum wirken auf den verzögerten Entwicklungsstand der bürgerlichen Frauenbewegung in der BRD, die ebenfalls ihr Selbstverständnis als sexistisches zu begründen sucht. Deshalb ist gegenwärtig sowohl eine intensive Rezeption der vorliegenden Untersuchung zu verzeichnen, wie auch in deren Gefolge eine verstärkte Popularisierung jenes fehlgeleiteten, weil verkürzten Bewußtseins zu erwarten, als dessen Protagonistin abermals Alice Schwarzer (verkaufstechnisch opportun im Vorwort plaziert) auftritt.

Obwohl das Erkenntnisziel der Autorin letztlich darin besteht, Psychoanalyse und Psychotherapie als sozio-kulturelle Herrschaftswissenschaft zu enttarnen, knüpft ihre Untersuchung weder an Forschungsergebnisse an, welche die Historizität der Psychoanalyse und die ökonomische und soziale Bedingtheit ihrer anthropologischen Ideologeme nachgewiesen haben, noch an jene Arbeiten, welche Sozialstrukturen (z. B. die Kleinfamilie) und die mit ihnen korrelierenden Wertvorstellungen und Verhaltensmuster als klassenspezifische, historisch gewordene und gesellschaftlich konditionierte in das wissenschaftliche Bewußtsein gerückt haben.

Statt dessen unterzieht Chessler psychoanalytische Positionen und Methoden einer Kritik, die auf einem einzigen Kriterium beruht: nämlich Ausdruck und Instrument einer patriarchalisch verfaßten Gesellschaft zu sein, indem sie systemfunktionale Anpassungshilfen an „geschlechtsspezifische“ Sozialisationsnormen liefert, also verspätete Einübung in traditionelle weibliche Sozialrollen erzwingen.

Chesslers Kernthese ist, daß die Ursachen der ökonomischen, sozialen, juristischen, kulturellen, kurz allseitigen Diskriminierung der Frauen ausschließlich im Patriarchat anzusetzen sind. Dieses wird nicht auf seine historisch-ökonomische Funktion befragt, sondern als voluntative Herrschaft der Männer analysiert. Männer werden also weder als Träger systemimmanenter Rollen erkannt, noch wird zwi-

* Chessler, Phyllis: Frauen — das verrückte Geschlecht? Vorwort von Alice Schwarzer. Rowohlt-Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg 1974 (355 S., br., 28,— DM).

schen ihrer Klassenzugehörigkeit differenziert, sondern sie werden als personalisierte Urheber der Unterdrückung aller Frauen — die ebenfalls klassenunterschiedslos, nämlich als Gesamtheit der Schwestern gesehen werden — restlos verantwortlich gemacht.

Ausgehend von dieser zweifelhaften Diagnose („Wer da meint, ich behaupte, daß zwischen den Geschlechtern Krieg herrsche, dem kann ich nur sagen, daß es diesen Krieg immer gegeben hat — und die Frauen immer die Verlierer gewesen sind“, 286) wird der Machtkampf gegen die Männer legitimiert und zugleich dessen politische Zielsetzung postuliert: „Frauen . . . (müssen) die Herrschaft über die öffentlichen und gesellschaftlichen Institutionen anstreben und erringen — um zu gewährleisten, daß sie nicht gegen Frauen verwendet werden“ (288).

Hinter dieser scheinradikalen Forderung verbirgt sich inhaltlich nur ein Gleichberechtigungsanspruch, der die sozioökonomischen Voraussetzungen der Herrschaft und Diskriminierung zwischen Menschen nicht in Frage stellt. Im Gegenteil: die wirtschaftliche, politische, kulturelle Gleichheit zwischen Frauen und Männern soll innerhalb der gesellschaftlichen Ungleichheit der Menschen angestrebt werden. Der systemimmanenten Reformfunktion dieser Konzeption entsprechen die heuristischen Grenzen einer sozialpsychologisch ausgerichteten Argumentationsebene, auf welcher die strukturellen Bedingungen der Frauendiskriminierung ignoriert werden können, indem deren Repräsentanten als personalisierte zu Gegnern erhoben werden.

Ausgehend von der Tatsache, daß psychische wie somatische Erkrankungen auch von sozio-kulturellen Bedingungsfaktoren verursacht werden, untersucht die Autorin anhand von mythologischen wie historischen Biographien, Interviews mit sechzig Frauen sowie Statistiken psychiatrische Auswirkungen der traditionellen Konditionierung der Frau auf die Rolle als Ehe-, Hausfrau und Mutter. Die Kausalität zwischen Rollenrepression und verschiedenen psychischen Reaktionsmöglichkeiten wird nicht differenziert entfaltet, beispielsweise indem klassenspezifische Erziehungsmuster, Familienstrukturen, Arbeitsverteilung, Doppelrollenkonflikte etc. in die Überlegungen einbezogen oder indem sozioökonomische Erklärungsversuche für die von der Autorin aufgezählte psychiatrische Symptomatologie unternommen werden. Statt dessen stellt Chessler pauschal folgende Erklärung in den Mittelpunkt ihrer Streitschrift: „Was wir Geisteskrankheit nennen . . . , ist entweder das Ausagieren der abgewerteten weiblichen Rolle oder die totale oder teilweise Auflehnung gegen das Rollenstereotyp“ (55).

Die Autorin weist nach, daß deviante Verhaltensformen wiederum „geschlechtsspezifisch“ sind. Während Männer eher zu aggressiven Mitteln und Handlungen (z. B. Diebstahl, Vergewaltigung) neigen und somit Widersprüche zwischen Verhaltensnorm und individuellen Fähigkeiten, sozialen Interessen, Emotionen kriminell ausagieren,

tendieren Frauen zu defensiven Verhaltensmustern (z. B. Depressionen, Frigidität, Paranoia, Neurosen, Suizidversuchen), die wiederum als psychiatrisch auffällige Symptome registriert werden.

Nicht nur sind die Reaktionsmuster auf Rollenzwänge geschlechtsunterschiedlich, sondern auch die gesellschaftlich gebilligte Rollenambivalenz ist für Frauen bedeutend enger als für Männer. Folglich werden Verhaltensabweichungen, die als Überanpassung an oder Widerstand und Rebellion gegen standardisierte Frauenrollen zu interpretieren sind, weniger toleriert, eher als „neurotisch“ oder „psychotisch“ eingestuft und somit als „krank“ geächtet. Repräsentative Umfragen unter Psychiatern und Psychotherapeuten haben ergeben, daß sich ihre Vorstellungen von „menschlicher Gesundheit“ mit den als „männlich“ bezeichneten Eigenschaften decken; beide wiederum unterscheiden sich signifikant von den Kriterien, mit welchen die Gesundheit von Frauen gewertet wird. Für beide Geschlechter werden also verschiedene Maßstäbe reklamiert, von der Autorin kurz „Doppelstandard seelischer Gesundheit“ genannt. Dieser ist nicht nur Ausdruck der traditionell inferioreren Existenzbedingungen für die Frau, sondern dient gleichzeitig zur Legitimation der therapeutischen Dressur von Frauen, die rollennonkonformes Verhalten zeigen.

Die Normen, von welchen Therapeuten ihre Definitionen psychischer Krankheiten ableiten, sind gesellschaftlich bedingte; ungebrochen korrelieren sie mit den zu Ideologemen erstarrten „geschlechtsspezifischen“ Arbeitsverteilungen und Rollenzuweisungen. Die Korrespondenz zwischen weiblichen (und männlichen) Psychostrukturen und einer als patriarchalisch bezeichneten Sozialhierarchie wird therapeutisch verstärkt; die Funktion dieser Psychoanalyse ist — aus feministischer Perspektive — ausschließlich antiemanzipatorisch; ohne zu modifizieren, verfolgt Chessler deren Traditionen bis auf Freud zurück. Anhand von Aussagen betroffener Frauen wird die Misere der Privattherapie wie der psychiatrischen Kliniken dargestellt. Diese Informationen begründen den limitierten Nutzen der vorliegenden Untersuchung — auch wenn sie aufgrund des „theoretischen“ Rasters nur als Illustrationsmaterial Verwendung finden können.

Sie dokumentieren, daß die psychotherapeutische Situation Abhängigkeitsstrukturen ehelicher Zweierbeziehungen kopiert, in welcher der Therapeut als Ersatzvater oder -mutter, Erlöser, Geliebter, Experte oder Lehrer seitens der Patientin gesehen werden will, wodurch sie in die traditionelle Position der Unterlegenen, Hilflosen und Ausgelieferten gedrängt wird, die auch als Wiederholung der ödipalen Beziehung des Mädchens zu ihrem dominierenden Vater interpretiert werden kann, so daß ihre Erwartungsansprüche an den Therapeuten analog zu denen sind, die sie an einen Mann adressiert: Aufmerksamkeit, Güte, Verständnis und Erleichterung. Als Patientin soll sie unter der Kontrolle des Therapeuten nur eine „individuelle“

Lösung ihrer sozialen wie psychischen Konflikte anstreben, nämlich die Aussöhnung mit der gesellschaftlichen Rolle der Frau. Leider läßt die Autorin unerwähnt, wie die Beziehung zwischen Therapeut und männlichen Klienten zu begreifen sei — ob etwa diese in die Rolle passiver Homosexueller gedrängt werden, oder wie sonst die psychotherapeutische Situation zwischen beiden männlichen Interaktionspartnern zu interpretieren sei.

Damit wird der repressive Zirkel wieder geschlossen, seine pathologische Dynamik kann sich — dank der systembedingten Interessenkoalition von Psychoanalyse und hierarchisch-kapitalistischer Gesellschaftsordnung — in einem weiteren Kreislauf entladen, wie die Vielzahl der in wiederkehrenden Krisen und Revolten von Frauen stets von neuem angestrebten therapeutischen und/oder klinischen Behandlungsversuche zeigen. Ob die von der Autorin angedeuteten Alternativen („Psychologische Rezepte für die Zukunft“, 287 ff.) zur Durchbrechung dieses *Circulus vitiosus* geeignet sind, bleibt fraglich, und zwar aus zwei Gründen, die ausführlicher referiert werden sollen, da sie wesentliche Fragestellungen tangieren.

a) Zwar erkennt Chessler die Notwendigkeit, die Ursachen psychischer Störungen und Erkrankungen nicht länger als Normabweichung zu bestimmen, ihre Kritik an der bürgerlichen Psychotherapie als sozialtechnologisches Instrument zwecks Anpassung und Kontrolle devianter Individuen bleibt allerdings auf der Ebene der Rolleninteraktion stehen. Da diese Bezugsmuster nicht die gesellschaftliche Existenz des Menschen erklären können, folglich keinen Aufschluß über die Ursachen abweichenden Verhaltens geben, müssen diese wiederum auf ihre Bedingungsfaktoren hinterfragt werden.

Handlungsorientierende Normen und konditionierte Interaktionsformen sind von der gesellschaftlichen Funktion menschlicher Arbeit abhängig, die definiert ist als Aneignung und Veränderung der materiellen Natur ebenso wie der ökonomischen und soziokulturellen Existenzbedingungen. Werden einerseits Normen und Rollen durch die Stellung im Produktions- und Reproduktionsprozeß, d. h. durch den Zugang zur gegenständlichen Natur und gesellschaftlichen Wirklichkeit vermittelt, so regulieren und selektieren diese andererseits die Erfahrung und Interpretation gesellschaftlicher Wirklichkeit, wodurch sie den Individuen nur eingeschränkt und ausschnitthaft verfügbar wird.

An diesen Überlegungen sollte m. E. eine emanzipatorisch sich verstehende Psychoanalyse ansetzen, indem sie die durch Norm- und Rollendevianz signalisierten Bestrebungen der Frauen, ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechende Bezüge zur Gesellschaft aufzubauen, verstärkt. (Um dieses Ziel zu erreichen, ist es verfehlt, die traditionelle Psychoanalyse simpel unter feministischen Vorzeichen umzuinterpretieren (vgl. 59); die Kritik müßte vielmehr davon ausgehen, daß diese sich aufgrund ihrer theoretischen Implikationen als unfähig erwiesen hat, Individuen als historische Produkte ihrer eigenen gesellschaftlichen Tätigkeit zu begreifen.)

Die herzustellenden gesellschaftlichen Beziehungen sind zweifach und aneinander gekoppelt. Zum einen müssen die psychischen, kognitiven etc. Voraussetzungen der Arbeitsfähigkeit hergestellt werden, — auch wenn die Produkte ihrer Realisierung unter kapitalistischen Arbeitsbedingungen entfremdet bleiben. Zum anderen müssen die soziokulturell tradierten Interaktionsformen, die qua Klasse, Geschlecht und Position bzw. Tätigkeit den Individuen zugewiesen werden, als veränderbare, nämlich entsprechend den menschlichen Bedürfnissen, interpretiert werden, um sie der individuellen Lebenspraxis zur Verfügung zu stellen.

b) Dieser doppelte therapeutische Anspruch ist nur einzuhalten, wenn die gesellschaftspolitischen Implikationen der Psychoanalyse expliziert werden. Wenngleich Psychotherapie kein Ersatz für gesellschaftsverändernde Praxis ist, zumal das primäre therapeutische Ziel im Aufbau reflektierter und bewußter Handlungsfähigkeit besteht, wenn in Konsequenz die pragmatische Trennung zwischen individueller Erscheinungsform der psychischen Störung und ihrem sozialen Ursprung notwendig ist, so müssen doch Interpretationen und Methoden psychoanalytischer Theorie und Therapie von gesellschaftsverändernden Zielvorstellungen abgeleitet und legitimiert werden, um den sonst drohenden *Circulus vitiosus* progressiv zu durchbrechen.

Die Problematik des politischen Programms der Feministen ist eingangs referiert worden. Sofern dieses als matriarchalische Gesellschaftsvision vorgestellt wird, enthüllt sich seine Fragwürdigkeit vollends. Denn ohne Änderung der ökonomischen Herrschaftsverhältnisse führt auch ein Matriarchat als soziales Ordnungsprinzip (273 ff.) nur zu einem Austausch der Machteliten, konserviert hierarchische Gesellschaftsstrukturen, läßt die Existenz antagonistischer Klassen notwendigerweise unangetastet, hebt den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht auf, sondern strebt auf der sozialen Interaktionsebene einen Rollentausch an, deren geschlechtsspezifisches Zuweisungsprinzip — wenngleich unter umgekehrten Vorzeichen — aufrechterhalten bleibt.

Zwar können aus feministischer Perspektive spezifische Aspekte der bürgerlichen Psychoanalyse wohl in ihrer theoretischen wie institutionellen Ausprägung enthüllt werden, aber Kriterien für die Entwicklung einer Psychoanalyse, die weder auf Anpassung an herrschende Normen zielt, noch individuelle Therapie mit sozialer Reform verwechselt, noch die Revolutionierung gesellschaftlicher Strukturen zur Voraussetzung des therapeutischen Prozesses erhebt — Kriterien für eine emanzipatorische Psychoanalyse sind von einer feministischen „Theorie“ nicht zu erwarten.

Thorsten Graf und Manfred Herzer *

Zur neueren Diskussion über die Homosexualität

1. Homosexuellenemanzipation und Arbeiterbewegung

Seit den Anfängen der Emanzipationsbewegung der Homosexuellen läßt sich ein eigentümlich ambivalentes Verhältnis zur Arbeiterbewegung feststellen¹. Einzelne Sozialdemokraten und Kommunisten unterstützten zwar immer wieder mutig und vorbehaltlos den Kampf der homosexuellen Männer und Frauen gegen gesellschaftliche Ächtung und strafrechtliche Verfolgungen; viele Aktivisten der homosexuellen Emanzipationsbewegung waren zugleich Mitglieder in den Arbeiterparteien KPD und SPD, die sich beide konsequent für die Reform des berüchtigten § 175 StGB einsetzten. Andererseits bildeten jedoch einige nicht überwundene antihomosexuelle Vorurteile — insbesondere die Ansicht, daß Homosexualität eine durch „Verführung“, kapitalistischen Verfall usw. bedingte Krankheit sei — die Voraussetzung für jene Entwicklung, die in den 30er Jahren zur terroristischen Verfolgung homosexueller Männer in der UdSSR führte und noch heute antihomosexuelle Sondergesetze in den meisten sozialistischen Ländern zur Anwendung bringt².

* Die Westberliner Projektgruppe „Zur Geschichte des Verhältnisses von Homosexuellenbewegung und Arbeiterbewegung“, in der die Autoren mitarbeiten, war durch Kritik und Vorschläge an der Erstellung dieses Textes beteiligt.

1 Detailliertere Hinweise zu den folgenden historischen Bemerkungen finden sich bei Thorsten Graf und Mimi Steglitz, *Homosexuellenunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft*. In: *Probleme des Klassenkampfes*. 4. Jg. 1974, Nr. 4, S. 17—50; sowie bei James D. Steakley, *The homosexual emancipation movement in Germany*. New York 1975.

2 Das derzeit gültige Strafgesetzbuch der Sowjetunion, „Strafkodex der RSFSR“. Offizieller Text vom 21. Mai 1970. Hrsg. von der Juristischen Kommission beim Ministerrat der RSFSR, Moskau 1970, bestimmt unter § 121 auf Seite 51: „Päderastie. Die sexuelle Beziehung eines Mannes mit einem Mann (Päderastie) wird mit Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren bestraft. Päderastie unter Anwendung physischer Gewalt, Drohung oder mit einem Minderjährigen oder unter Ausnutzung der Abhängigkeit des Opfers wird mit Freiheitsentzug bis zu acht Jahren bestraft.“ (Übers. d. Verf.) In der DDR liegt das sogenannte Schutzalter für gleichgeschlechtliche Handlungen bei 18, für heterosexuelle bei 16 Jahren. Die Höchststrafe beträgt für homosexuellen drei, für heterosexuellen „Mißbrauch von Jugendlichen“ nur zwei Jahre Freiheitsstrafe (vgl. §§ 149 und 151 des StGB der DDR).

Ein enger Zusammenhang zwischen Ausmaß und Inhalt der anti-homosexuellen Vorurteile in der Arbeiterbewegung einerseits und der Entwicklung der Sexuologie läßt sich indes leicht aufzeigen. Wenn man von Friedrich Engels' beiläufigen Bemerkungen über „arge widernatürliche Laster“ und „Widernatürlichkeit der Knabenliebe“³ einmal absieht, so waren August Bebel und Eduard Bernstein die ersten, die mit marxistischem Anspruch und mit erheblichem Einfluß auf die Arbeiterschaft einen Standpunkt zur Homosexualität formulierten⁴.

Die Unterscheidung zwischen den „angeborenen“, den „echten“ Homosexuellen und den Verführten, Entarteten usw. übernahmen Bebel und Bernstein von dem seinerzeit (Ende des 19. Jahrhunderts) führenden Sexualwissenschaftler Richard v. Krafft-Ebing. Die intensive wissenschaftliche Bemühung Magnus Hirschfelds, jener willkürlichen Unterscheidung von Krankheit und Laster eine fortschrittliche Auffassung entgegenzustellen, wurde bis heute nur teilweise in der Arbeiterbewegung akzeptiert. Noch 1928 rühmte die KPD in der Propagandaschrift „Liebe verboten“, die die Sexualfeindlichkeit des bürgerlichen Staates und der Kirchen anprangerte: „Im Gegensatz zu unserer Klassenjustiz sieht die Gesetzgebung der Sowjetunion die Homosexualität und die Sodomie als Krankheiten und abnorme Veranlagungen an“ (S. 15). Diese Äußerung ist repräsentativ für die vorherrschende Anschauung sowohl in der kommunistischen wie auch in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis zum Beginn der 30er Jahre. Zwei Beispiele sollen noch kurz belegen, daß gegenwärtig noch immer auf dem Niveau der damaligen Zeit diskutiert wird und daß die seither zu verzeichnenden Fortschritte der Sexualwissenschaft kaum rezipiert werden⁵.

Der 1974 erschienene erste Band der Enzyklopädie „Sexuologie“ enthält eine durchaus fortschrittliche Stellungnahme von S. Schnabl zur Homosexualität: „Die Behandlung der Homosexualität bedeutet nicht Heilung der Homosexualität... Schon von der sprachlichen Gepflogenheit her setzt Heilung eine Krankheit voraus, die geheilt werden soll. Da echte Homosexualität keine Krankheit, sondern eine

3 Vgl. MEW 21, S. 71 und 67. Ansätze einer Sexualwissenschaft entwickelten sich erst nach Engels' Tod.

4 „Auch abgesehen von jenen, welchen die Liebe zum eigenen Geschlecht (Homosexualität) angeboren ist, verfallen viele in die Widernatürlichkeiten des griechischen Zeitalters“ (August Bebel, *Die Frau und der Sozialismus*. 162. Aufl. Berlin [DDR] 1973, S. 238). „Es ist vielmehr in jedem einzelnen Fall zu unterscheiden, ob wüste Ausschweifung oder eine unüberwindliche Liebe zum eigenen Geschlecht vorliegt, die nicht sittenrichterlich, sondern pathologisch zu beurteilen ist“ (Eduard Bernstein, *Die Beurteilung des widernormalen Geschlechtsverkehrs*, in: *Die neue Zeit*, 13. Jg. 1895, Band 2, S. 233).

5 Vgl. *Ergebnisse zur Sexualforschung*. Arbeiten aus dem Hamburger Institut für Sexualforschung. Hrsg. von Eberhard Schorsch und Gunter Schmidt. Köln 1975.

Variante der Sexualität ist, die in der Persönlichkeit ihres Trägers ebenso verwurzelt ist wie die Heterosexualität bei der Majorität der Population, ist die Frage nach einer Heilung schon begrifflich inadäquat gestellt... Wenn diagnostisch eine genuine bzw. fest in der Persönlichkeit verwurzelte Homosexualität gesichert ist, besteht die Psychotherapie vor allem darin, dem Patienten zu helfen, mit seiner Veranlagung fertig zu werden und sie in der sozial angemessensten Form in den Lebensplan zu integrieren.“⁶ Sicher ist es fragwürdig, eine „genuine“ und eine nicht-genuine Homosexualität unterscheiden zu wollen; und sicher ist es ebenso fragwürdig, wenn Schnabl es für nötig hält zu beteuern, seine Kritik der extremsten antihomosexuellen Vorurteile bezwecke „keine Apologie gleichgeschlechtlichen Verhaltens“⁷ —, aber nichtsdestoweniger ist diese Stellungnahme das bisher Fortgeschrittenste, was in der Arbeiterbewegung zur Homosexualität geäußert wurde. Diese fortschrittlichen Äußerungen Schnabls verlieren jedoch erheblich an Glaubwürdigkeit, wenn er in dem gleichen Text völlig unkritisch die Forschungen des Endokrinologen G. Dörner referiert, der mit Ratten- und neuerdings mit Menschenexperimenten Methoden zur Bekämpfung der Homosexualität mittels Hormonmanipulationen sucht: „Die hier nur angedeuteten bisherigen Forschungsergebnisse Dörners liefern die bisher fundierteste Theorie der neuroendokrिनologischen Grundlagen gleichgeschlechtlichen Verhaltens und eröffnen aussichtsreiche Perspektiven für deren kausale Prophylaxe und Therapie.“^{7a}

Die relativ fortschrittlichen Äußerungen Schnabls stehen noch weitgehend isoliert in der sexualwissenschaftlichen Diskussion der DDR. Weder ist abzusehen, daß das antihomosexuelle Sondergesetz abgeschafft wird, noch ist bei den gesellschaftswissenschaftlichen Theoretikern ein Abbau ihrer antihomosexuellen Vorurteile zu bemerken. Im Gegenteil, noch im Herbst 1975 erschien in der führenden theoretischen Zeitschrift der DDR, der „Einheit“, ein Aufsatz von Herta Kuhrig, in dem schlicht behauptet wird: „Jeder normal und gesund empfindende Mensch hat das Bedürfnis nach erfüllten Liebesbeziehungen, nach einer innigen Beziehung zu einem Partner des anderen Geschlechts, nach Kindern.“⁸ Wenige Zeilen vorher

6 Sexuologie. Hrsg. von Peter G. Hesse und Günter Tembrock. Band 1, Leipzig 1974, S. 476 und S. 478.

7 Ebenda, S. 475.

7a Ebenda, S. 472; in seinem 1972 gleichzeitig in der BRD und der DDR erschienenen Hauptwerk „Sexualhormonabhängige Gehirndifferenzierung und Sexualität“ versucht Dörner seine Tätigkeit damit zu rechtfertigen, daß „Männer und Frauen mit angeborenen Sexualdeviationen unter einem starken Leidensdruck stehen“ (S. 238). Dörner sollte wissen, daß dieser „Leidensdruck“ durch die gesellschaftliche Ächtung der homosexuellen Liebe verursacht wird und daß diese Ächtung nur stabilisiert wird, wenn Methoden für eine angebliche Heilung und „Prophylaxe“ von angesehenen Wissenschaftlern propagiert werden.

8 Herta Kuhrig, Die Familie in unserer Gesellschaft. In: Einheit. Jg. 30. 1975, Nr. 9, S. 970.

heißt es in bezug auf die Krise der Familie im Kapitalismus: „Das Suchen nach neuen Strukturformen der Partnerschaft, die sowohl homo- als auch heterosexuelle Partnerschaft einschließen, kann kein Ausweg aus dieser Situation sein.“ Zwar ist es richtig, daß das Suchen nach neuen Strukturformen der Partnerschaft nicht die Krise der Familie im Kapitalismus beseitigen kann, wenn dann aber der „gesund empfindende Mensch“ sich nur nach „einer innigen Beziehung zu einem Partner des anderen Geschlechts“ zu sehnen hat, dann wird deutlich, mit welcher Unbekümmertheit noch heute homosexuelle Frauen und Männer diskriminiert werden können.

Die gleiche Grundhaltung läßt sich in einer populären, in der Bundesrepublik von der DKP verbreiteten Broschüre von W. Hollitscher, „Sexualität und Revolution“, nachweisen. Homosexualität wird hier nur als „diese sexuelle Abartigkeit“ bezeichnet. Die einzigen beiden Aussagen, die Hollitscher hierzu macht, dienen allein zur Verfestigung des altbekannten Vorurteils, daß Homosexualität durch Verführung — besonders natürlich in der herrschenden Klasse — oder durch irgendwelche Störungen in der Entwicklung des Kindes verursacht wird: „In den griechischen Sportschulen der Antike sowie in ehemaligen preußischen Offiziersschulen bzw. in heutigen englischen Internatsschulen wurde und wird mit geradezu gruppentypischer Häufigkeit Homosexualität anerzogen.“^{8a} Außerdem weiß Hollitscher von einem in USA angestellten Experiment zu berichten, bei dem männliche Ratten sich deshalb homosexuell verhalten haben sollen, weil ihre Mütter während der Schwangerschaft „Belastungs- und Spannungszuständen“ ausgesetzt waren⁹. Die Unterscheidung Bernsteins und Bebels zwischen Verführten und kranken Homosexuellen scheint leider noch immer zum unantastbaren Bestand des Sexualwissens in der Arbeiterbewegung zu gehören und bietet immer wieder neue Möglichkeiten zur Minderheitendiskriminierung.

2. „Der gewöhnliche Homosexuelle“

Unter den neueren Beiträgen zur sexualwissenschaftlichen Diskussion der Homosexualität ist die Arbeit von Dannecker und Reiche deshalb von besonderem Interesse, weil eine Fülle empirischen Materials zur Lage homosexueller Männer in der BRD geboten wird, verbunden mit dem ausdrücklichen Anspruch, zur „Entwicklung einer materialistischen Theorie der Homosexualität“ beizutragen¹⁰. Leider wird das große Verdienst, das sich Dannecker und Reiche durch ihre Forschung erworben haben, durch eine Reihe interpretatorischer Halbheiten und spekulativer Verallgemeinerungen erheb-

8a Walter Hollitscher, *Sexualität und Revolution*. Frankfurt a. M. 1973, S. 20.

9 Ebenda, S. 19.

10 M. Dannecker und R. Reiche, *Der gewöhnliche Homosexuelle. Eine soziologische Untersuchung über männliche Homosexuelle in der Bundesrepublik*. Frankfurt a. M. 1974, S. 10.

lich relativiert. Dannecker und Reiche haben mit Fragebogen 789 Homosexuelle über Verhalten und Einstellungen befragt. Diese Forschungsmethode setzte schon eine spezifisch eingeschränkte Definition des Homosexuellen voraus. Als homosexuell wird demnach nur der angesehen, der sich selbst als homosexuell bezeichnet. Der mit einem Marx-Zitat formulierte Anspruch, „die wirklichen Individuen, ihre Aktion und ihre materiellen Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundenen wie die durch ihre eigene Aktion erzeugten“¹¹ als einzige wirkliche Voraussetzung zu akzeptieren, kann aber so keinesfalls eingelöst werden. Statt dessen wird bloß die subjektive Meinung und Selbstwahrnehmung der Individuen zur allgemeinen Grundlage der Analyse. Ferner liegt ein Charakteristikum dieser Untersuchung in der klassen- und privilegienmäßigen Verzerrung der Stichprobe: von den 641 Berufstätigen sind 13 % Selbständige, 10 % Beamte, 62 % Angestellte, und nur 10 % sind nach juristischen Kriterien „Arbeiter“, ferner haben 36 % der Befragten Abitur, die meisten sind jünger als 30 Jahre¹². Statt aus dieser Stichprobenszusammensetzung auf die eingeschränkte Gültigkeit der so gewonnenen Resultate zu schließen, werden sie umgekehrt gerade zur Grundlage einer Theorie über den „gewöhnlichen Homosexuellen“ gemacht. Dieser soll sich im Gegensatz zu Heterosexuellen u. a. durch sozialen Aufstieg auszeichnen. Deshalb sollen Homosexuelle in der Industriearbeiterschaft so gut wie gar nicht vorkommen; dem Arbeiterkind, das merkt, es ist homosexuell, gelingt demnach der Aufstieg in privilegierte Angestelltenberufe, insbesondere an der „Zirkulationsfront“. Diese Vorstellung von der kapitalistischen Wirklichkeit ist aber bestenfalls naiv, sie wird fahrlässig und letztlich politisch reaktionär, wenn sie in der erwähnten Weise verallgemeinert wird: „Im ganzen sind wir überzeugt, daß auch die Untersuchung eines hypothetisch repräsentativen Samples keine wesentlich anderen Ergebnisse erbringen würde.“¹³ Man wundert sich nicht, daß die Theorie von Dannecker und Reiche bereits als Beleg für die Klassen-schranken überwindende Kraft der Homosexualität genutzt wird: E. Alexander weiß in einer überschwenglichen Rezension von Dannecker und Reiches Arbeit von den gewöhnlichen Homosexuellen zu berichten: „Nur kennt der homosexuelle Sex nicht das störende Klassenzugehörigkeitsprinzip. Akademiker, Angestellte und Arbeiter verlassen sich gegenseitig nach gehabtem Geschlechtsgenuß.“¹⁴

11 Dannecker/Reiche, a.a.O., S. 11.

12 Ebenda, S. 310 f.

13 Ebenda, S. 22.

14 Elisabeth Alexander, Auch der Homosexuelle ist ein Mann. In: Frankfurter Rundschau vom 10. 5. 1975, Beilage, S. IV. Zwar sagen Dannecker/Reiche einmal, daß die von ihnen beschriebenen Phänomene „in dieser Schärfe nicht für Homosexuelle aus der Bourgeoisie“ gelten; die „tatsächliche Klassenlage“ der von ihnen untersuchten Homosexuellen wird aber nie klar benannt. (Vgl. Dannecker/Reiche, a.a.O., S. 135.)

Obleich in der Stichprobe von Dannecker und Reiche solche Homosexuellen vorherrschen, die durch hohen Bildungsgrad, sozialen Aufstieg und relativ stabile homosexuelle Identität gekennzeichnet sind, kommen zuweilen doch Momente einer anderen sozialen Wirklichkeit ins Blickfeld, die aber, weil sie das Bild von den erfolgreichen sozialen Aufsteigern stören, nur beiläufig erwähnt werden: „Von den Befragten, die jemals berufstätig waren, wurden 7 % irgendwann in ihrem Berufsleben wegen ihrer Homosexualität entlassen, 1 % wurde deswegen versetzt, und bei 2 % blieben deswegen Beförderungen aus.“¹⁵

Groteskerweise wird die Tatsache der brutaleren Formen der Homosexuellenunterdrückung im Bereich der materiellen Produktion nur erwähnt, um als ihr Gegenteil ausgegeben zu werden; den Unterschied zwischen „Industrie- und Büroarbeitern“ sehen Dannecker und Reiche so: „Zum einen äußern Arbeiter die Affekte und Vorurteile, die sie gegenüber Homosexuellen haben, viel offener. So mag der Arbeiter im Gespräch mit Kollegen etwa die ‚Todesstrafe für warme Brüder‘ fordern und trotzdem *viel weniger starke* Affekte gegen Homosexuelle haben als ein ‚gebildeter‘ Angestellter, der seine Affekte stärker kontrolliert. Zum anderen (?) sind die Gesten, mit denen Arbeiter am Arbeitsplatz untereinander Gefühle der Freundschaft, Sympathie und Solidarität ausdrücken, viel direkter erotisch gefärbt.“¹⁶ So bleibt es also ein völliges Rätsel, warum die Homosexuellen der Stichprobe dieser gemütlichen Atmosphäre entflohen sind. Von einer materialistischen Analyse der Homosexualität und der Homosexuellenunterdrückung könnte aber erst dann gesprochen werden, wenn gerade die klassenspezifischen Erscheinungsformen der Homosexualität und die Reaktionen der mehr oder weniger angepaßten Heterosexuellen thematisiert würden. Eine romantische Verklärung antihomosexueller Affekte bei Industriearbeitern ist dabei aber nur hinderlich.

Die Tatsache, daß im Bereich der materiellen Produktion die körperlich schwere Arbeit vorherrscht, die die Betonung des tradierten Männlichkeitsbildes begünstigt und damit eine rigidere Haltung gegenüber „unmännlichen“ homosexuellen Männern mitverursacht, dürfte hierbei von oft unterschätzter Bedeutung sein. Die Tendenz aber, daß hier die große Industrie selbst allmählich „das Monopol der männlichen Arbeit“ aufhebt, indem sie „den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts“ eine entscheidende Rolle zuweist und so „die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter“ produziert —, diese von Marx im „Kapital“ analysierte Tendenz weist darauf hin, daß die Homosexuellenintegration wesentlich von den Fortschritten in der Umwälzung der materiellen Produktion ab-

15 Dannecker/Reiche, a.a.O., S. 339.

16 Ebenda, S. 334 (Herv. d. Verf.).

hängt^{16a}. Die Unterdrückung der Sexualität im Kapitalismus ist nur zum Teil diesem selbst geschuldet; viele Erscheinungsformen des heutigen sexuellen Elends wie z. B. auch die Homosexuellendiskriminierung resultieren noch aus früh- oder vorkapitalistischen Traditionen. Einiges davon — wie etwa die starre Polarität der Geschlechter — scheint im Kapitalismus aufhebbar, ohne diesen selbst in Frage zu stellen. Unsinnig wäre es nur, diese Prozesse mit Emanzipation zu verwechseln, die nur als Befreiung von Ausbeutung und Klassenherrschaft denkbar ist. In diesem Sinne ist auch G. Schmidt und E. Schorsch zuzustimmen, wenn sie schreiben: „Eine solche Liberalisierung — die uns, wie gesagt, möglich erscheint — geht weit über das eigentlich Sexuelle hinaus, betrifft menschliche Beziehungen allgemein, insbesondere die Geschlechtsrollen und die Struktur der Familie. Solche Veränderungen sind offenbar sogar *innerhalb* der bestehenden Gesellschaftsordnung möglich und sogar für ihr Weiterbestehen . . . erforderlich.“¹⁷

Dannecker und Reiche konzentrieren sich derart auf das Erscheinungsbild der Homosexualität in den Mittelklassen, daß sie es sogar versäumen, die immerhin in ihrer Stichprobe vorhandenen 10 % „Arbeiter“ gesondert zu untersuchen. Ihr materialistischer Anspruch wird vollends verfehlt, wenn sie ihre Befragungsergebnisse „konfrontieren“ mit einer eigens konstruierten eklektischen Theorie von der „kollektiven Neurose der Homosexuellen“. Diese Theorie stützt sich auf die Anschauung des amerikanischen Psychiaters Socarides, der „die größte Plausibilität“ zur Erklärung der Homosexualität zukomme¹⁸. Sie entspricht ferner der Auffassung von I. Bieber, wonach Homosexualität eine „notwendige Pathologie“ aufweisen soll¹⁹. Schließlich führt sie zu Ergebnissen, die das beschädigte Selbstbewußtsein vieler Homosexueller in der Stichprobe von Dannecker und Reiche auf fatale Weise reproduziert: auch Dannecker und Reiche hoffen „aus sozialhygienischen Gründen“ darauf, daß effektive Mittel gefunden werden, um die Homosexualität besser als bisher zu bekämpfen: „Erst wenn es gelänge, bündig zu klären, wer wann

16a Vgl. MEW 23, S. 496 und S. 514; die Tatsache, daß heute Kinderarbeit gewissen strafrechtlichen Beschränkungen unterliegt, ändert nichts an der heutigen Gültigkeit der Marxschen Tendenzanalyse. Vgl. auch Herta Kuhrig, a.a.O., S. 973: „Die von Marx vorgenommene Analyse beweist, daß mit der außerhäuslichen Berufstätigkeit der Frau und der damit verbundenen ökonomischen Unabhängigkeit der Frau vom Mann die ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie bereits im Kapitalismus entsteht. Somit sind viele der Erscheinungen, die mit der Herausbildung einer höheren Form des Verhältnisses von Mann und Frau unumgänglich verbunden sind, bereits im Kapitalismus anzutreffen, und sie treten gegenwärtig durch den relativ hohen Beschäftigungsgrad der Frauen verstärkt auf.“

17 G. Schmidt und E. Schorsch, Sexuelle Liberalisierung und Emanzipation. In: Ergebnisse zur Sexualforschung, a.a.O., S. 22.

18 Dannecker/Reiche, a.a.O., S. 307.

19 Ebenda, S. 348.

unter welchen Bedingungen homosexuell wird, wären Therapien denkbar, mit deren Hilfe eine homosexuelle Entwicklung eines Menschen verhindert werden könnte, was allein aus sozial-hygienischen Gründen wünschenswert wäre. Dann könnte bereits in einem Stadium ein ‚Keil‘ zwischen Krankheitsherd ‚und Ich getrieben‘ werden, in dem die ‚Heilungschance‘ als besonders günstig angesehen werden darf.“²⁰

Die Arbeit des amerikanischen Soziologen Laud Humphreys²¹ gibt einen vollständigeren Eindruck von der die homosexuelle Subkultur prägenden Wirklichkeit der kapitalistischen Klassengesellschaft. Er untersuchte bestimmte Formen homosexuellen Verhaltens in der Arbeiterklasse und verglich sie mit entsprechendem Verhalten in den Mittelschichten. Obwohl er in ähnlichen Interpretationsmustern befangen bleibt wie Dannecker und Reiche, gelingt es ihm, im Verhalten und in der Einstellung homosexueller Männer wesentliche klassenspezifische Unterschiede darzustellen. Seine Ergebnisse sind nur bedingt auf deutsche Verhältnisse übertragbar, da sie in einer US-amerikanischen Großstadt gewonnen wurden, wo der antihomosexuelle Terror der staatlichen Organe und der Öffentlichkeit quasi faschistische Ausmaße hat²².

Humphreys beobachtete homosexuelle Kontakte von Männern in öffentlichen Bedürfnisanstalten („Klappen“). Mit detektivischen Mitteln gelang es ihm dann, die beobachteten Personen in ihrem angepaßten Alltagsleben zu interviewen. Dabei war den Interviewten nicht bekannt, daß der Interviewer von ihrer Homosexualität wußte. Durch diese Methode gelang es Humphreys, solche Bereiche der homosexuellen Subkultur zu erforschen, die von Homosexuellen mit keiner oder nur geringer Berufsausbildung, vornehmlich in der Großindustrie arbeitend, verheiratet und teilweise extrem konservative politische Auffassungen vertretend, gebildet werden. Durch Konservatismus und Wohlstandigkeit versuchen diese Männer einen „Panzer der Gerechtigkeit“ zu errichten, um dahinter ihre

20 Ebenda, S. 25.

21 L. Humphreys, Klappensexualität. Homosexuelle Kontakte in der Öffentlichkeit. Stuttgart 1974 (= Beiträge zur Sexualforschung. Band 54).

22 „Geschichten über Polizeirazzien in den Parks machen in Homosexuellen-Zirkeln ständig die Runde, und viele Zeitungen im ganzen Land veröffentlichen die Namen, Anschriften und teilweise auch Berufe der Männer, gegen die aufgrund solcher Razzien Anklage erhoben wurde“ (Humphreys, a.a.O., S. 66). Humphreys' Untersuchung stammt aus den Jahren 1965–68. Ein Symptom für die erheblichen Fortschritte, die seither im Abbau der Homosexuellendiskriminierung erzielt wurden, bildet der am 31. 5. 1975 im Wirtschaftsteil der Springerzeitung „Die Welt“ erschienene Artikel von H. A. Siebert „After dark‘ blüht das Geschäft“; dort heißt es u. a.: „Das konservative Wall Street Journal, das dem Phänomen [der Entstehung eines Marktes für homosexuelle Konsumenten] 254 Druckzeilen widmet, schreibt: ‚Die alten Tabus gelten nicht mehr. Was gestern noch undenkbar war, ist heute möglich.“

Homosexualität zu verbergen. Gerade die — auch von Dannecker und Reiche angedeuteten — Verhältnisse im Bereich der materiellen Produktion legen die Hypothese nahe, daß der Homosexuelle dieses von Humphreys beschriebenen Typs („Closet Queens“, „Trades“), der sich grundlegend von den typischen Mittelklasse- und Aufsteigerhomosexuellen unterscheidet, dort vorherrschen dürfte. Humphreys Verdienst liegt vor allem darin, auf das Problem der Existenz dieser „gewöhnlichen Homosexuellen“ hingewiesen zu haben, die heute noch trotz „zunehmender Lockerung des Homosexuellen-Tabus“²³ die Mehrheit der Homosexuellen ausmachen dürften. „Die öffentlichen Toiletten bilden einen wesentlichen Bestandteil des freien Sexualmarktes für die homosexuelle Subkultur — und für Millionen Personen, die sich niemals mit der Homosexuellen-Gesellschaft identifizieren würden.“²⁴ Wenn sich also, gestützt auf die Forschungen Humphreys', die Hypothese formulieren läßt, daß die Klassenlage wesentlich das Verhalten, die Selbstwahrnehmung und die Lebensprobleme der Homosexuellen beeinflußt und zu einer Trennung von proletarischer und mittelklassengeprägter Homosexuellen-Subkultur führt, dann wäre dies ein zusätzlicher Einwand gegen die einseitige Interpretation, mit der Dannecker und Reiche ihre Forschung versehen. Genau das Gegenteil der Annahme von Dannecker und Reiche wäre demnach der Fall: Fragestellungen, die überhaupt erst von einem sozialistischen Standpunkt aus ins Blickfeld des Forschers geraten und deren erschöpfende Beantwortung nur mit Hilfe der Kategorien der politischen Ökonomie²⁵ möglich sind, lauten etwa: welche spezifischen Strukturen, Ursachen und Auswirkungen haben anti-homosexuelle Vorurteile in den verschiedenen Gesellschaftsklassen? Wie erklärt sich die eigentümlich ambivalente Einstellung der politischen Organisationen der Arbeiterklasse zur Homosexuellenunterdrückung? In welchen unterschiedlichen Formen wirken sich die Unterdrückungsmechanismen auf die Homosexuellen in den verschiedenen Gesellschaftsklassen aus, speziell im Proletariat und in den Mittelklassen? Würden solche Fragestellungen der empirischen Forschung zugrunde liegen, dann erwiese sich wahrscheinlich der Begriff des „gewöhnlichen Homosexuellen“ sehr bald als eine leere Abstraktion und das von Dannecker und Reiche entdeckte „Phänomen klassen- und schichtenübergreifender Beziehungen in der homosexuellen Subkultur“²⁷ würde in seiner ideologischen Einseitigkeit erkennbar. Der Fehler, Homosexuelle aus Mittelklassen zu Repräsentanten der Homosexuellen zu erklären, würde dadurch

23 Dannecker/Reiche, a.a.O., S. 292.

24 Humphreys, a.a.O., S. 16.

25 Vgl. dagegen Dannecker/Reiche: „... die Kategorien der politischen Ökonomie sind ... zu weit, als daß sie unserem speziellen Erkenntnisinteresse weiterhelfen würden“ (ebenda, S. 320).

26 Entfällt.

27 Dannecker/Reiche, a.a.O., S. 75.

ebenso verhindert wie der Versuch, die durch die Unterdrückung verursachten Charakterdeformationen von Mittelklassehomosexuellen zur „kollektiven Neurose der Homosexuellen“ zu erklären.

Daß in dieser Frage auch in der Sexualforschung der BRD Fortschritte möglich sind, wird an der erst kürzlich vorgelegten Arbeit von S. Schäfer über „sexuelle und soziale Probleme von Lesbierinnen in der BRD“ deutlich²⁸. Zwar ist Schäfers Forschungsstichprobe viel kleiner als die von Dannecker und Reiche (151 homosexuelle Frauen). Weil aber ihre Erhebungsmethoden denen von Dannecker und Reiche ähnlich sind, ist auch die Zusammensetzung ihrer Stichprobe entsprechend (nur 15 % „Arbeiterinnen“ und „Facharbeiterinnen“). Schäfer erkennt jedoch die eingeschränkte Bedeutung ihrer Untersuchung: „Ganz sicher ist sie nicht repräsentativ für alle Lesbierinnen in der BRD. Am ehesten dürfte sie Aussagen erlauben über 20 bis 30 Jahre alte lesbische Frauen der Mittelschicht aus nordwestdeutschen Großstädten, die ... überdurchschnittlich stark in die Subkultur integriert sind ... Die Darstellung der Ergebnisse, die an einer so begrenzten und ungenügend definierten Stichprobe gewonnen sind, ist wissenschaftlich nur vertretbar, weil sozialwissenschaftliche Untersuchungen über lesbische Frauen so gut wie nicht vorliegen.“²⁹ Ein hervorstechendes Resultat der Untersuchung von Schäfer ist, daß der immer wieder behauptete abgrundtiefe Unterschied zwischen den Problemen homosexueller Frauen und Männer sich nicht nachweisen läßt. Alle Formen der Unterdrückung lassen sich hier wie dort nachweisen. Der Unterschied ist quantitativ und resultiert vor allem aus dem „generell desexualisierenden Sozialisationsprozeß der Frau“³⁰ in unserer Gesellschaft. — Es käme jetzt darauf an, durch empirische Untersuchungen der Homosexualität in der Arbeiterklasse die bisher blind akzeptierte Auffassung kritisch zu überprüfen, daß Homosexualität ein Problem der Verkäufer, Schauspieler und Friseur sei³¹.

28 Siegrid Schäfer, Sexuelle und soziale Probleme von Lesbierinnen in der BRD. In: Ergebnisse zur Sexualforschung, a.a.O., S. 299—325.

29 Schäfer, a.a.O., S. 314.

30 Ebenda, S. 305.

31 Bedauerlicherweise haben G. Schmidt und V. Sigusch es in ihrer Untersuchung über „Arbeitersexualität“ (Neuwied und Berlin 1971) versäumt, die Homosexualität zu berücksichtigen. Bei den zum Vergleich herangezogenen Studenten wurde dagegen sehr gründlich nach homosexuellen Erfahrungen usw. gefragt — ein Versäumnis, das womöglich der unkritisch übernommenen These geschuldet ist, wonach Homosexualität nur in der „Mittelschicht“ vorkommt. Diese Meinung wurde zuerst von K. Dörner in seinem Aufsatz „Homosexualität und Mittelstandsgesellschaft“ (Studium generale, Band 19, 1966, S. 355—368) vertreten und verhält sich auf recht groteske Weise komplementär zu der in der Arbeiterbewegung zuweilen vertretenen Ansicht, daß Homosexualität ein der Arbeiterklasse fremdes, kleinbürgerliches Phänomen sei.

3. „Die Homosexualität in uns“

Vor dem Hintergrund allgemeiner weitgehender Unkenntnis über die Lage der Homosexuellen sind Versuche zu beurteilen, Strategien für eine emanzipatorische Praxis Homosexueller zu entwickeln. So erhebt z. B. ein Autorenkollektiv in der Zeitschrift „Kursbuch“ den Anspruch, „Inhalt“ und „Aufgabe der Schwulenbewegung“ anzugeben³². Weder die Einsicht, daß sie sich dabei „nur auf wenige wissenschaftliche Vorarbeiten stützen“ können und daß sie selbst nur über „bruchstückhafte Kenntnis der bürgerlichen Psychologie“ verfügen, noch „die für unsere Problemstellung noch unzureichende Aufarbeitung Marxscher Kategorien“ hindern sie, darüber hinaus „schon jetzt ... den Ansatz einer sozialistischen Theorie der Schwulenunterdrückung“ entwickeln zu wollen³³. Daß derzeit fast ausschließlich solche Homosexuellenorganisationen den Kampf gegen die Diskriminierung zu führen versuchen, die weitgehend von den Arbeiterorganisationen isoliert sind und vor allem im Bereich der Universitäten agieren, wird von den Autoren nicht problematisiert. Ihren politischen Standpunkt bezeichnen die Autoren, die Mitglieder der „Homosexuellen Aktion Westberlin“ (HAW) sind, als den einer „linken Opposition“ innerhalb dieser Organisation, „die sich durch ihre Auseinandersetzung mit der revisionistischen Linken ... politisiert hat“³⁴. Dies bleibt jedoch im Verlauf des Aufsatzes ebenso unausgewiesen und phrasenhaft wie die schlagwortartig vorgetragene Behauptung, daß man „das Proletariat als Subjekt des Kampfes gegen das Kapital weiß“³⁵.

Die Hauptthese des Aufsatzes ist im Titel auf die Kurzformel gebracht: „Die Homosexualität in uns“. Sie meint nicht nur die sexuelle Orientierung der Autoren, sondern das von ihnen angenommene „lebenslange ‚polymorphe‘ sexuelle Verlangen in allen Menschen“³⁶. Unseres Wissens ist es eine Grundannahme des Freudismus, daß die polymorphe Sexualdisposition des Neugeborenen durch die Einflüsse der Pflegepersonen und Geschwister geformt werden, daß also die Triebstruktur durch den Einfluß der gesellschaftlichen Instanzen aus einem anfangs polymorphen Potential sich herausbildet, indem der Mensch sozialisiert wird. Im Unterschied zu dieser Auffassung liegt der Ideologie der Kursbuchautoren ein Kurzschluß zugrunde: Die

32 Helmut Ahrens u. a., Die Homosexualität in uns. In: Kursbuch 37, 1974, S. 84–112. Teilweise die gleichen Autoren haben in einem weiteren Aufsatz ihre Anschauungen nochmals wiederholt (vgl.: G. Hoffmann u. a., Wie können Tunten Sozialisten sein? In: Probleme des Klassenkampfes. 5. Jg. 1975, Nr. 1, S. 57–94). Da dieser in Form einer schrillen Polemik verfaßte Text nur den Inhalt des Kursbuchaufsatzes wiederholt, braucht hier nicht gesondert auf ihn eingegangen zu werden. Neu ist allenfalls die größere Deutlichkeit des Bekenntnisses zu einem den Marxismus überwindenden „Feminismus“.

33 Kursbuch 37, S. 93.

34 Ebenda, S. 84.

35 Ebenda, S. 109.

Prozesse, die dazu führen, daß erwachsene Menschen schließlich mehr oder weniger eindeutige Triebwünsche haben, erscheint im Kursbuch als beliebig reversibel; zwischen dem Charakter des Erwachsenen und der polymorph-perversen Disposition werden Vermittlungsschritte schlicht ignoriert. Psychoanalytiker, die immer wieder vergeblich versuchen, Homosexuelle zu „heilen“, indem sie mit hochentwickelten Behandlungstechniken die Sozialisationsprozesse ihrer Patienten rückgängig machen möchten, unterliegen der gleichen naiv-psychologistischen Unterschätzung der Macht gesellschaftlicher Verhältnisse, die man gewissermaßen unterlaufen möchte, ohne sie zu verändern. Was jedoch in der Psychoanalyse vergeblich versucht wird, gerät bei den Kursbuchautoren zur völligen Groteske, wenn sie in der „Anerkennung“ polymorph-perverser Wünsche in allen Erwachsenen den Springpunkt ihrer Bemühungen sehen. Mit ihrem Kampf für die „Anerkennung“ der Homosexualität in uns allen preisen sie sich als die „neue politische Kraft“: „Der Anspruch der Homosexuellenbewegung, als neue politische Kraft neben den traditionellen anerkannt zu werden, leitet sich aus unserer Erkenntnis ab, daß wir als gekennzeichnete Minderheit den Kampf für eine Anerkennung des lebenslangen ‚polymorphen‘ sexuellen Verlangens in allen Menschen führen wollen.“³⁷ Die sonderbare Illusion, als ob die Entwicklung und Realisierung homo- oder sonstwie sexueller Wünsche eine Frage der „Anerkennung“ und der „Forderung“ sei und nicht ein Produkt langwieriger, durch objektive gesellschaftliche Verhältnisse bedingter und nur in engen Grenzen modifizierbarer Sozialisationsprozesse ist, bedingt natürlich im Kursbuch entsprechend verschwommene und phrasenhafte Vorstellungen über die Praxis, über den „Kampf für eine Anerkennung“: „Daß es keine natürlichen, überhistorischen Geschlechterrollen gibt, das wollen wir der antischwulen Öffentlichkeit ins Gesicht schleudern!“³⁸

Nähere Bestimmungen darüber, welchen Inhalt der „Kampf“ haben soll, werden konsequent vermieden. Politische Ziele wie die Beseitigung der Sondergesetze gegen homosexuelle Männer, Beseitigung des Berufsverbots für Homosexuelle z. B. im Erziehungsbereich, Enttabuisierung der Homosexualität in den Parteien und Gewerkschaften erscheinen den Kursbuchautoren offenbar als viel zu konkret, um überhaupt als diskussionswürdig gelten zu können. Statt dessen greift man zur bombastischen Phrase: „Die revolutionierende Forderung nach allseitiger Entfaltung der Sexualität leiten wir aus

36 Ebenda, S. 108.

37 Ebenda.

38 Ebenda, S. 96; vgl. auch ebenda, S. 96: Man will „erreichen, daß die ‚normalen‘ Männer damit beginnen, ihr eigenes Verhalten, ihre anerzogene Rolle selbst aufzubrechen und im Kontext (?) mit den Unterdrückten die Geschlechtsbeziehungen neu zu definieren versuchen“, als ob die Veränderung der historisch entstandenen Geschlechterrollen eine Frage des Selbst-Aufbrechens und Neudefinierens wäre.

der Organisierung unseres offenen sexuellen Anspruchs her.“³⁹ Der „Kritik der herrschenden Norm der Heterosexualität“, die man zu leisten sich vornahm⁴⁰, traut man eine derartige Sprengkraft zu, daß die „Gesellschaft“ dies wegen der „Gefahr des sozialen Ausbruchs (Umkehrung der sexuellen Normen)“ fürchten und bekämpfen werde⁴¹. So muß es als recht unwahrscheinlich angesehen werden, daß es mit diesem Konzept gelingt, „das in der Öffentlichkeit vor uns existierende Bild (zu) zerstören“⁴². Wahrscheinlicher ist, daß das eintritt, was die Kursbuchautoren selbst in unfreiwilliger Komik voraus-sagen: „Unser Kampf wird uns aus der bisherigen Entwicklung herauskatapultieren . . .“⁴³

Um es noch einmal klar zu sagen: nicht gegen den Gedanken richtet sich unsere Kritik, daß womöglich in einer fernen klassenlosen Gesellschaft die Menschen eine zwanghafte Fixierung ihrer Sexualität auf homo- oder heterosexuelle Objektwahl überwunden haben werden und daß die „reiche Individualität“ (Marx) auch in ihrer Geschlechtsliebe von den heute herrschenden menschenfeindlichen Zwängen frei sein wird. Für theoretisch falsch und praktisch gefährlich halten wir hingegen die Kurzschlüssigkeit der Kursbuchideologie, wonach die für die konkreten Triebwünsche und Ängste der Menschen völlig folgenlose ominöse „Anerkennung“ der Homosexualität als einer latenten Komponente der menschlichen Konstitution zum Hauptinhalt des homosexuellen Emanzipationskampfes erklärt wird. Eine derartige Ideologie, die Praxis auf eine scheinradikale weil inhaltsleere Protestpose in einem „Kampf“ für die Veränderbarkeit von Geschlechtsrollen einschränkt, bewirkt gerade nicht den erhofften „Ausbruch der Homosexuellen aus ihrem Gettodasein“, sondern führt bestenfalls zu einer neuen schicken Ausstattung des althergebrachten Gettos. Zu welch absonderlichen Fehlgriffen ein solcher Standpunkt führen muß, wird etwa deutlich, wenn die Kursbuchautoren den Unterschied, ob Homosexuelle toleriert oder im KZ zu Tode gequält werden, als „bloß moralisch“ bezeichnen: „Ob Schwule nun eine Berechtigung haben, als drittes Geschlecht akzeptiert zu werden, oder ob Schwule als Kategorie, die nicht in das Zeugungsprinzip dieser Gesellschaft paßt, total negiert werden (wie z. B. durch die Ermordung im Konzentrationslager), bleibt auf dieser phänomenologischen Ebene bloß moralisch oder verkommt zur Ideologie.“⁴⁴

Es ist ein richtiger Gedanke, an dem es weiterhin festzuhalten gilt und der im Kursbuch, wenn auch unter der verquerten Formulierung „Wir sind keine Minderheit“ verschiedentlich auftaucht, daß in einer

39 Kursbuch 37, a.a.O., S. 108.

40 Ebenda, S. 109.

41 Ebenda, S. 111.

42 Ebenda.

43 Ebenda.

44 Ebenda, S. 98.

nicht mehr von Klassengegensätzen gespaltenen Gesellschaft auch solche Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse wie die zwischen Homosexuellen und Heterosexuellen *keine* Herrschaftsverhältnisse mehr beinhalten werden. Die Kursbuchautoren verquicken diesen richtigen Gedanken jedoch mit einem abwegigen Verdacht: Sie glauben, daß Magnus Hirschfeld, der mit seiner Theorie der sexuellen Zwischenstufen in den 20er Jahren nachweisen wollte, daß Homosexualität keine Krankheit, sondern eine biologisch bedingte Naturvariante sei, jenes Herrschaftsverhältnis befestigte und sogar den Faschisten eine Legitimationsideologie für den Massenmord an Homosexuellen im Dritten Reich geliefert habe. Als ob die Nazis es nötig hatten, ihren nie verhehlten Haß auf Homosexuelle mit wissenschaftlichen Theorien des von ihnen verfolgten homosexuellen Juden und Sozialdemokraten Hirschfeld zu rechtfertigen!⁴⁵

Ein Drittel des Kursbuchaufsatzes ist in Form von Gesprächen zwischen den Verfassern abgefaßt. In verschiedenen Abschnitten werden die Lebensgeschichten der Autoren bis zur Organisierung in der HAW erzählt sowie Aussagen „zur Frage der Homosexualität“ gemacht. Im Plauderton werden Thesen vorgetragen, die anscheinend als verbindlich gelten sollen, da sie weder zusammenfassend kommentiert noch irgendwo relativiert werden. Weniger eine Parodie des Platonschen Symposions als vielmehr ein Versuch der Kursbuchautoren, die als Hauptursache der Sexualunterdrückung angesehene „Spaltung des Menschen in den öffentlichen und den Privatmenschen“⁴⁶ ansatzweise schriftlich zu überwinden, scheint mit dieser Darstellungsform intendiert zu sein. Problematisch ist keineswegs die Protokollform, sondern daß saloppe Äußerungen wie „Das ist mir so klar geworden, daß sich der Kapitalismus in der Subkultur unheimlich deutlich zeigt in allen seinen Widersprüchen“⁴⁷ ungebrochen in die Theorie eingehen. So werden dann die im sexuellen Bereich und in der Subkultur erfahrenen Widersprüche als antagonistisch angesehen, „brauchbar, ... um andere [!] gesellschaftliche Antagonismen zu verschleiern“⁴⁸.

Der Eindruck, daß die Autoren die Gesprächsform auch in ihren nicht biographischen Ausführungen eher als Legitimation für nachlässige Ausdrucksweise als um des besseren Vermitteln persönlicher Erfahrungen willen benutzen, wird bestärkt, wenn man liest, wie klischeehaft und unpersönlich diese Erlebnisse geschildert werden. („Und dann waren da auch so zufällige Kontakte mit Freunden, die ich libidinös besetzt hatte ... wie der mich das erste Mal sexuell berührte, da war ich ganz weg ... zwischen 13 und 15 Jahren trug ich unbewußt den Rollenkonflikt aus“ usw.) Hier entsteht eher der

45 Vgl. dazu auch Steakley, a.a.O., S. 103 ff.

46 Kursbuch 37, a.a.O., S. 111.

47 Ebenda, S. 89 f.

48 Ebenda, S. 109.

Eindruck, daß die Autoren recht unbeholfen die eigene Vergangenheit in einem modischen Jargon interpretieren, als daß sie das Risiko eingehen, individuelle Erlebnisse und Gefühle preiszugeben.

Insgesamt ist die falsche Bestimmung des Stellenwerts der Homosexuellenfrage im Klassenkampf, der überhöhte Anspruch, Homosexualität habe einen „subversiven Charakter“⁴⁹ und würde die „bürgerliche Normative“, die Erfüllung geschlechtlicher Wünsche als Privatangelegenheit zu verstehen, „frontal“ angreifen, als Folge der Überschätzung der eigenen Kräfte und der Bedeutung der Homosexualität anzusehen. Diese in der Homosexuellenemanzipationsbewegung zuweilen anzutreffende Haltung, als deren Repräsentanten die Kursbuchautoren zu verstehen sind, scheint eine Folge der politischen Isolation zu sein, die zu durchbrechen gerade durch das falsche Selbstverständnis noch erschwert wird. Durch Insistieren auf der Notwendigkeit, einen „eigenen Standpunkt“ zu gewinnen, eine „eigenständige Praxis“, einen „eigenständigen schwulen Beitrag zur Emanzipation“ zu entwickeln und einen „eigenständigen Kampf“ zu führen, verfestigt sich eher noch die Isoliertheit, als daß der Ausbruch der Homosexuellen aus dem Getto damit befördert würde. Zumindest werden „heterosexuelle Genossen“ auf diese Weise kaum ihre anti-homosexuellen Vorurteile überwinden⁵⁰. Dies um so weniger, als die Beteuerung der Kursbuchautoren, man wisse „das Proletariat als Subjekt des Kampfes gegen das Kapital“, jede Glaubwürdigkeit verliert, wenn sie andererseits verkünden, daß „unser Emanzipationskampf die Konsequenz eines gemeinsamen Kampfes zur Aufhebung jeglicher sozialer und sexueller Schranken *beinhaltet*.“⁵¹ So erweist sich die radikale Phrase als schmückendes Beiwerk zu einer trotzig-Realitätsverleugnung.

4. Zusammenfassung

Versucht man den derzeitigen Stand der Diskussion über die Homosexuellenemanzipation zusammenfassend zu charakterisieren, so ist vor allem auf einen eigentümlichen Gegensatz hinzuweisen: Von seiten der Sozialisten wird die Homosexuellendiskriminierung fast ausnahmslos entweder tabuiert oder unter Rückgriff auf Vorurteile, die von sexualwissenschaftlicher Erkenntnis nur sehr wenig erhellt

49 Ebenda.

50 Es erstaunt nicht, wenn die reaktionäre FAZ begeistert das Kursbuch 37 als den Beginn einer „neuen Subjektivität der Linken“ begrüßt, wobei sie die „Selbstzeugnisse einiger Homosexueller“ lobend erwähnt: „Dieses Kursbuch ist wichtig, weil es den Beginn einer neuen Phase dokumentiert. Nach der Phase, die sich auf ein Erklärungssystem berief, in dem alles aufging, folgt nun eine Phase, in der das konkrete Ich in seine Rechte gesetzt wird.“ (FAZ vom 2. 11. 1974)

51 Kursbuch 37, S. 109 (Herv. d. Verf.).

sind, abgetan⁵². Für fortschrittliche Sexualwissenschaftler und für viele Homosexuelle — wobei die in studentischen Homosexuellenzirkeln Organisierten nicht untypisch sind — ist gerade dieses Verhalten der Sozialisten ein Haupthinderungsgrund bei der Überwindung ihrer apolitischen oder scheinradikalen Haltung.

52 Äußerst selten durchbricht z. B. die „Wahrheit“, die Tageszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin, das Tabu der Homosexualität. Über einen Homosexuellenfilm des sozialdemokratischen Regisseurs Faßbinder schrieb sie am 21. 6. 1975 auf Seite 4: „Rainer Werner Faßbinders neuer Film um einen Jungen vom Rummelplatz, der im Lotto gewinnt und seine halbe Million an einen sogenannten Jungunternehmer verliert, dem er sich in schwuler Verbindung und sozialer Verblendung anschließt, verweist auf den korrupten und kriminellen Charakter der Bourgeoisie. Das streckenweise sehr sehenswerte Lichtspiel...“ Es scheint der Verbindung mit dem korrupten und kriminellen Charakter der Bourgeoisie zu bedürfen, daß die „Wahrheit“ eine homosexuelle Bindung überhaupt zu erwähnen vermag.

Besprechungen

Philosophie

Speck, Josef (Hrsg.): Grundprobleme der großen Philosophen. Philosophie des Altertums und des Mittelalters. Vandenhoeck Verlag, Göttingen 1972 (263 S., br., 17,80 DM).

Dieser erste einer auf mehrere Bände angelegten Reihe versammelt sechs Aufsätze, die „eine neuartige Darstellung der Philosophiegeschichte“ versuchen wollen. Statt durch umfassende Darstellung der jeweiligen Denkgebäude, die zur „Nivellierung der Probleme führen würde“, soll der Einstieg über einen möglichst engen Problembereich gemacht werden (5). Jeder Aufsatz enthält eine kurze Biographie des behandelten Philosophen sowie eine Liste weiterführender Literatur. Die Auswahl der Denker wie auch der behandelten Probleme ist sicher problematisch, immerhin aber führen die Aufsätze in das Denken dieser Philosophen ein, wenn auch aus dem Blickwinkel traditioneller deutscher Kathederphilosophie.

Im einzelnen werden behandelt: 1. Das Allgemeine bei Sokrates (G. Martin): Daß Sokrates als erster die Frage gestellt habe: „Was ist“ (z. B. die Tapferkeit), mit dem Ziel einen allgemeinen Begriff davon zu gewinnen, wird als Zentrum der Philosophie des Sokrates bezeichnet (21). Daß aber für Sokrates das Auffinden des wahren Logos, den er in jedem Menschen wie in der Polis nur verborgen glaubt, gleichzeitig richtiges Handeln konstituiert, seine Philosophie auch auf Praxis gerichtet ist, wird hier nicht wahrgenommen. — 2. Die Idee bei Platon (K. Bormann): Platons Ideenlehre, wonach die Dinge nur sind, weil sie Anteil haben an den eigentlich seienden Ideen, die als Urbilder in einer aparten Sphäre der philosophischen Schau zugänglich sind, wird zusammenfassend wiedergegeben und in Zusammenhang gebracht mit seiner Lehre von der Unsterblichkeit der Seele. Den Abschluß der Abhandlung bildet eine den Standpunkt des Autors verdeutlichende Interpretation von Platons Staatsideal: „Nicht irgendeine Reform der Institutionen, sondern nur eine Verbesserung der menschlichen Charaktere führt zum guten Staat. Nicht Veränderung der Gesellschaft, sondern nur eine Umkehrung der Seele“ (80). — 3. Die Substanz bei Aristoteles (E. Vollrath): Der aristotelische Substanzbegriff wird hier aus der Kategorienschrift sowie aus der Metaphysik entwickelt: Die Frage des Aristoteles nach der Substanz (ousia) ist: Was ist jedes Seiende als es selbst? und: Was ist die Substanz selbst? Substanz lasse sich dabei treffend mit dem deutschen Wort „Wesen“ wiedergeben (89 f.). Die Substanz, gemäß der

metaphysischen Korrelation von Möglichkeit und Wirklichkeit als Einheit aus den Momenten Materie und Form gedacht (124), wird hier wohl zu Recht als zentrales Problem des Aristoteles vorgestellt. — 4. Das Grund-Problem der Existenz bei Augustinus (F. Körner): Augustinus' Denken wird von der Frage nach dem „tragenden Grunde“ des Mensch-Seins und des Seins überhaupt durchzogen (135). Ausgehend von der Erfahrung der Selbstgewißheit „Wenn ich mich täusche, bin ich“, sucht er den Urgrund des Mensch-Seins, die ewige Wahrheit (137). Und das ist Gott als ein personaler Gott, als „transzendente Immanenz“ (153). Zum guten Schluß seiner Interpretation rät der Autor seinem Leser allen Ernstes, den Augustinus intuitiv und existenziell nachzuvollziehen, um ihn zu verstehen und auf diesem Weg die Grundfragen der Menschheit zu beantworten (172 f.)! — 5. Das Seiende und seine Prinzipien bei Thomas von Aquin (W. Kluxen): Das Denken des Thomas wird eingebettet gezeigt in die Scholastik, die Kluxen nicht so sehr als „theologische Größe“ sieht, sondern zumindest in ihrem Anfang als „eine neue Eröffnung von Welt, Natur und Vernunft“ (184). Der Seinsbegriff bei Thomas, zunächst als allgemeinsten Begriff der Erfahrung, folgt weitestgehend Aristoteles, auch im Hinblick auf die Analogie der Seinsweisen (193). Mit der durch das Sein der Substanz konstituierten Einheit des Seins gibt sich Thomas jedoch nicht zufrieden, vielmehr ist ihm Sein als „Geschaffensein“ das ursprüngliche (215). In solcher Weise über das Sein zu spekulieren, gibt Kluxen als „bleibende Aufgabe der Philosophie aus“ (216). — 6. Die Idee der Koinzidenz bei Nikolaus von Kues (K. Flasch): Der Grundgedanke seiner Philosophie ist die Einheit im Zusammenfallen der Widersprüche (222). Der Mensch muß die Einheit des Seins im Zusammenfallen der Widersprüche im Denken und Handeln voraussetzen. „Die Koinzidenz (bei Kusanus) ist nicht die Signatur des als besondere Substanz gedachten „Gottes“, sondern ein Prinzip universaler Dialektik, nach der jede gedankliche und reelle Bestimmung immanent in das Gegenteil ihrer selbst übergehen muß, um sie selbst zu sein“ (246). Flaschs Aufsatz ist wohl der interessanteste in diesem Band, weil er fruchtbare Gedanken, die auf eine angelegte Dialektik hindeuten, bei Kusanus aufweist, der sonst meist bloß als Mystiker gilt. Thomas Brandt (Marburg)

Moravia, Sergio: Beobachtende Vernunft. Carl Hanser Verlag, München 1973 (304 S., br., 39,80 DM).

Als Kenner der philosophischen und kulturwissenschaftlichen Strömungen Frankreichs um die Wende vom 18. zum 19. Jhd. beschäftigt sich Moravia mit den „idéologues“, einer Gruppe von Gelehrten, die vornehmlich in der Endphase der Revolution, der Direktorszeit, die wissenschaftliche Szene beherrschten, bis sie „den kulturellen und politischen Exponenten des napoleonischen Regimes“ (8) weichen mußten. Sein Augenmerk gilt in dieser Schrift „den

ethnoanthropologischen Interessen der „idéologues“ (ebd.), die die Mehrzahl von ihnen in einer von Jauffret begründeten, kurzlebigen „Société des Observateurs de l'homme“ zusammenführten. Die theoretischen Ansätze und praktischen Ziele dieser „Gesellschaft der Beobachter des Menschen“, der Philosophen, Mediziner, Naturwissenschaftler angehörten, sucht Moravia aus einer Reihe von Texten, die im Zusammenhang mit der Gesellschaftsgründung entstanden und von denen zwei, aufgrund ihres programmatischen Charakters, im Anhang der deutschen Ausgabe des Buchs abgedruckt sind, zu rekonstruieren. Der Rekonstruktionsversuch erfolgt in zwei Durchgängen, wobei im ersten die Konkursmasse jener „ethnoanthropologischen Interessen“ unter dem „anthropologischen“ Aspekt einer „Wissenschaft vom Menschen“ im allgemeinen, im zweiten hingegen unter dem „ethnologischen“ Aspekt einer „Wissenschaft vom geselligen Menschen“ (162) im besonderen abgehandelt wird.

Moravias Absicht ist es, die von ihm als „Spätaufklärung“ gekennzeichnete Bewegung am Ende des 18. Jhdts. als den historischen Entstehungsort der „modernen anthropologischen Wissenschaft“ (63) nachzuweisen. D. h. er will zeigen, wie „erstaunlich einsichtig und präzis die Themen und Probleme der damaligen und der heutigen Ethnoanthropologie“ (9) im Kreis der „idéologues“ herausgearbeitet und entwickelt wurden. Diese Modernität der Themen und Problemstellungen der „Observateurs de l'homme“, die ihm als der kritisch krönende Abschluß einer „mühsam im Laufe des Jahrhunderts entwickelten Analyse des Menschen“ (64) gilt, sieht Moravia in mehrfacher Hinsicht unter Beweis gestellt: dem Objekt nach durch den radikalisierten „anti-metaphysischen Impuls“ (10), „der von der dualistischen Leib-Seele-Metaphysik zum anthropologischen Unitarismus am Ende des Jahrhunderts führte“ (13); von der Orientierung her durch das nunmehr vorherrschende Interesse an einer nach dem Grad ihres Modernismus wissenschaftlichen und nach Maßgabe ihrer Wissenschaftlichkeit ideologiefreien Bestandsaufnahme der natürlichen Besonderheiten und „sozio-kulturellen Unterschiede“ (120) der menschlichen Spezies; wissenschaftsorganisatorisch durch die praktische Anerkennung des „interdisziplinären Charakters der Problematik“ (64); methodologisch schließlich dadurch, daß man in Anlehnung an naturwissenschaftliche Verfahrensweisen dem bisherigen „esprit de système“ ... jetzt die Beobachtung einer ‚positiven Tatsache‘ (fait positif) entgegen(stellte)“ (11).

Die von Moravia getroffene Feststellung einer nicht nur strukturellen, sondern bis ins Detail der inhaltlichen Ambitionen reichenden Kontinuität der anthropologischen Disziplin während der letzten 175 Jahre ist gewiß nicht abwegig. Überaus ärgerlich ist indes seine borniert geistesgeschichtliche Auslegung dieser Kontinuität. Sie zeigt ihn nicht nur in einer kritiklosen Affirmation der zeitgenössischen Anthropologie als segens- und wahrheitspendender Wissenschaft befangen. Sie führt ihn mehr noch dazu, die „Errichtung einer modernen integralen Wissenschaft vom Menschen“ (137) im Gefolge der Fran-

zösischen Revolution als Realisierung eines „wirklichen philosophisch-epistemologischen *Einschnitts*“ (121) und als förmlichen Konstitutionsakt einer von „außerwissenschaftlichen Erwägungen“ (183) ebenso unabhängigen wie im Prinzip ihrer Objektivität, Notwendigkeit und Allgemeinheit fürderhin versicherten Menschenkunde zu akzeptieren. Aus der Reflexion sorgfältig ausgeklammert bleibt das zeitliche Zusammentreffen dieser „Errichtung“ einer „Wissenschaft vom Menschen im modernen Sinne“ (84) mit dem politischen Triumph des Bürgertums. Wo — nicht erst, wie Moravia meint, im Laufe des 19. Jhdts., sondern durchaus schon, wie die von ihm zitierten Textstellen zeigen, am „spätaufklärerischen“ Ursprungsort selber — die anthropologischen Forschungen mit „recht fragwürdigen Implikationen“ (45) rassistischer oder kolonialistischer Tendenz einhergehen, wird davor gewarnt, „vorschnell zu interpretieren“ (183).

Ulrich Enderwitz (Berlin/West)

Prauss, Gerold: Kant und das Problem der Dinge an sich. Abhandlungen zur Philosophie, Psychologie und Pädagogik, Band 90. Bouvier Verlag Herbert Grundmann, Bonn 1974 (238 S., br., 39,— DM).

Unter dem altbekannten Vorwand, Kant besser verstehen zu wollen als er selbst, wird Kants Kritik der Metaphysik wieder einmal mißbraucht zu einer neuen Metaphysik. Aus der Kritik der gängigen Redeweise vom Ding an sich als einer sinnentstellenden Verkürzung des Ausdrucks „Ding, — an sich selbst betrachtet“ (23) sucht Prauss eine „nichtempirische Theorie des Empirischen“ (11) zu entwickeln. Auf empirischer Ebene bereits, so Prauss, findet sich bei Kant eine erste Unterscheidung zwischen Erscheinung und Ding an sich. Danach ist Erscheinung die subjektive Anschauung des empirischen Subjekts, „sein je subjektiv-privates Psychisches, ein empirisch Seiendes, das in den Gegenstandsbereich der empirisch-introspektiven Psychologie fällt“ (45). Der äußere Gegenstand dagegen, unabhängig von seinen Wirkungen auf das empirische Subjekt betrachtet, ist das „empirische Ding an sich“ (45). Die Welt zerfällt also in subjektiv-psychische Erscheinung und objektiv-physische Gegenstände. Philosophische Reflexion entwickelt nun nach Prauss die Einsicht, daß Erfahrung als Beziehung zwischen beiden Bereichen des empirisch Seienden nicht mehr selbst empirisch faßbar ist, etwa im Sinne einer (vorkantischen) Abbildtheorie. An diese Stelle müsse vielmehr eine über das ‚bloß Empirische‘ erhabene Deutungstheorie gesetzt werden: das transzendente Subjekt entwirft das transzendente Objekt, das den empirischen Gegenstand deutet, und, wie es im empirischen Subjekt sich unmittelbar selbst verwirklicht, verwirklicht es im deutenden Entwurf des Objekts zugleich sich selbst und „das Andere seiner selbst“ (171). Dabei ist das Gelingen eines solchen Entwurfes nicht allein in der Gewalt des entwerfenden Subjekts, es bleibt „je-

weils ein reines Geschenk“ (170). Wobei dann allerdings unerfindlich bleibt, warum die Mühe der Entwerferei nicht durch einfaches Beten ersetzt wird.

Da sich in den kantischen Texten keine Grundlage findet für diese Metaphysik, sieht Prauss sich gezwungen zu einer Trennung zwischen einem leider unausgeführten ‚eigentlichen‘ System Kants und unklaren, durch mangelndes Selbstverständnis getrüben vorliegenden Schriften Kants. Jenes muß „aus diesen Schriften erst rekonstruiert, ja oft genug sogar geradezu gegen diese Schriften überhaupt erst konstruiert werden“ (195). Verfolgt man nun diese Verschiebung von Kant zu ‚Kant‘, so enthüllen sich die ideologischen Kräfte, die hier am Werk sind, in ihrer Entstellungsarbeit, die nicht nur vom äußeren Zeitbezug der kantischen Philosophie als äußerlich einfach abstrahiert, sondern auch aus dem inneren Gefüge der kantischen Texte jede Spur von Praxis auszutilgen sucht.

Als erster Schritt dazu dient die Verkehrung des Dinges an sich aus einem negativen Grenzbegriff der Kritik in einen mit positivem Sinn vollgepumpten Begriff eines empirischen Dinges an sich und der entsprechenden Verkehrung von Erscheinung in subjektiv-psychischen Schein. Wo Kant war, soll Locke werden. Unterschlagen wird mit der *Form* der Anschauung Kants Kritik des englischen Empirismus, dieser wird ihm selbst unterstellt. Dabei ist Prauss sich offenbar nicht klar, daß seine Kant angetane Deutungstheorie dessen Fundamentalproblem, den synthetischen Zusammenhang von Begriff und Gegenstand, gerade nicht zu lösen vermag. Dahinter ist aber ein weiteres auszumachen: der Versuch, alle realen überindividuellen Zusammenhänge, in denen das empirische Subjekt steht, auszulöschen durch den Rückgang in eine geschlossene Sphäre „subjektiv-privater Anschauungen“ (134), aus der heraus das Objekt gedeutet wird, deren geformte Innerlichkeit einzig im Entwurf des transzendentalen Subjekts entspringt, das selbst wiederum nur im „nichtempirischen Bereich der Philosophie“ (223) soll zugänglich sein. Das gesamte praktische Feld, in dem Subjekt und Objekt sich *auch nach Kant* vermitteln, wird so weggeschmolzen, übrig bleibt das nackte Gerippe eines ‚reinen‘ Erkenntnisbezuges.

Hier schließt sich nun der zweite Schritt an. Sich nur im Horizont des Erkennens bewegend, findet Prauss, daß Kants Unterscheidung von Noumenon und transzendentalem Objekt „sich schon ziemlich an der Grenze des Verständlichen bewegt“ (127). Was Prauss nicht verstehen will, sei hier kurz angedeutet: das transzendente Objekt ist für Kant der die bloße Subjektivität der Synthesis der Vorstellungen sprengende nichterscheinende Kern der Erscheinungen. Das Noumenon dagegen führt in den praktischen Bedeutungsaspekt des Dinges an sich, das im Zweckzusammenhang der praktischen Vernunft gegründete begriffliche Moment des Denkens. Dieser von Prauss verdrängte Zusammenhang von Verstand und Vernunft bildet die Entwicklungslinie philosophischen Denkens seit Kant bis zu Hegels die kantische Einschränkung von Praxis auf moralisches Han-

deln sprengende Begründung des erkennenden Bewußtseins aus den umfassenden Zusammenhängen von Leben (Begierde, Befriedigung) und (von Herrschaftsformen umgriffenen) Arbeitsverhältnissen. Seitdem diese Entwicklungslinie durch Marx geschichtliche Klarheit über sich erhalten hat, ist dem bürgerlichen ‚Denken‘ der Stolz darüber vergangen, Kant, Fichte und Hegel zu seinen Vorfahren zu zählen. Im Gegenteil, alle Interpretationskünste weden aufgewandt, diese Entwicklung zu verschleiern. ‚Zurück hinter Kant!‘, so lautet die verborgene Parole dieses philosophischen Auszehrungsprozesses. Damit ist er im striktesten Sinne des Wortes reaktionär.

Gerd Kimmerle (Tübingen)

Hinz, Berthold: Die Malerei im deutschen Faschismus u. s. Kunst und Konterrevolution. Hanser Verlag, München 1974 (320 S., br., 34,— DM).

Im Gegensatz zur herrschenden Kunstgeschichtsschreibung, die die einen politischen Zweck nicht leugnende Malerei des Faschismus als Nichtkunst aus ihrem Gegenstandsbereich bislang ausgrenzte — und so ihren Beitrag zur Totalitarismustheorie, „die den Faschismus mit seinem erbittertsten Gegner, dem Sozialismus, zu identifizieren sucht“ leistete (14) —, geht Hinz davon aus, daß jede Kunst funktional sei. „Liberalistische“, d. i. sich autonom gebende, und faschistische Kunst faßt er als zwei Formen bürgerlicher Kunst; wie die Formen bürgerlicher Herrschaft seien sie „zu fundieren auf die Formen bürgerlicher Ökonomie, d. h. die strategischen Varianten bürgerlicher Mehrwertbeschaffung“ (17). Die Behauptung, daß 1933 auf dem Kunstsektor ein „abrupter Wandel“ eingetreten sei und dieser aus einer sozialen Revolution resultieren müsse, weist er als Geschichtsfälschung zurück: der deutsche Faschismus habe „nur die Personen reaktiviert, über die die Entwicklung der modernen Kunst hinweggerollt war und die nach 1933 ... einfach ... ihre Chancen wahrten.“ (43)

An den wenigen vorliegenden Untersuchungen kritisiert Hinz, daß in ihnen nur der herrschaftstechnische Aspekt der Kunst im Faschismus als bestimmender berücksichtigt würde: „So verstanden, wäre sie ein Herrschaftsmittel, das sozusagen voluntaristisch und nach Belieben der Herrschenden einzusetzen und zu dekretieren gewesen wäre“ (17). Seine Kritik scheint insofern berechtigt, als Bestimmung der Kunst im Faschismus als bloßes Herrschaftsmittel weder Aufschluß gibt über ihre Notwendigkeit zur Sicherung bürgerlichen Klasseninteresses noch über die Möglichkeit und die Art ihrer doch unbestreitbaren Wirkung auf breite Schichten der Bevölkerung. Die Kenntnis der Wirkungsfaktoren, der Bedürfnisse, die für faschistische Zielsetzungen funktionalisiert und pervertiert werden, ist eine Voraussetzung für die Formulierung von wirksamen antifaschistischen Strategien, auch im Kulturbereich.

Hinz scheint zunächst (im I. Kap. und 1. Abschn. des II. Kap.) eine entsprechende Spur zu verfolgen: bei der Frage, warum die faschistischen Funktionäre die moderne Kunst liquidierten, verweist er auf das „massenintegrierende Moment der Negation“ einer bürgerlichen Kunst (30), die nicht erst im 20. Jahrhundert für das Volk unzugänglich war, und auf das pseudosozialistische Gebaren der faschistischen Bewegung. In seinen konkreten Konsequenzen für die Kunstformen geht er dem aber nicht weiter nach; mit dem Anspruch, sie unmittelbar aus ökonomischen Beziehungen abzuleiten, verläßt er die beschriebene Spur. Er knüpft an eine schon in anderem Zusammenhang (vgl. seinen Beitrag im Sammelband „Autonomie der Kunst“, Frkft./M. 1972) aufgestellte These an: es bestünde ein direkter Zusammenhang zwischen der Warenästhetik (deren „eigentliche Entstehung“ (53) er ans Ende des 19. Jahrhunderts legt, statt sie in der Herausbildung der privaten Warenproduktion, dem inhärenten Widerspruch von Gebrauchs- und Tauschwert zu suchen) und moderner Kunst, die sich durch einen permanenten Wechsel der Stilformen auszeichne. Eine gegenständliche Gattungsmalerei, die nicht auf unaufhörliche ästhetische Innovation bedacht sei, hätte solange existieren können, solange „das ästhetische Moment . . . monopolistisch“ der Kunst verblieben wäre (69); „eine Situation, die sich wesentlich änderte, als die industrielle Warenproduktion sich mit der Ästhetik verband und das Phänomen der Warenästhetik hervorbrachte. Das war wiederum die Geburtsstunde der modernen Kunst“ (69); sie machte sich nun in Konkurrenz zur Ästhetik der Warenwelt das „Prinzip Innovation“ (58) zu eigen. Eine nicht innovatorische oder traditionalistische gegenständliche Kunst hätte sich im deutschen Faschismus über die staatliche Unterstützung wieder durchsetzen können, da — aufgrund der Kriegsproduktion, der Sicherung des Absatzes des Monopolkapitals durch staatliche Aufträge — die Werbung für den privaten Massenkonsum enorm eingeschränkt wurde.

Indem Hinz hier von einem gleichzeitigen Auftreten zweier Phänomene — unter Vernachlässigung ihres gemeinsamen Beweggrunds — auf einen gegenseitigen Bedingungs-zusammenhang kurzschließt, eliminiert er nahezu gänzlich die herrschaftstechnische Funktion, um deren historische Begründung es ginge. Gegen seine eigene Absicht liefert er damit einer neuen Form der Verharmlosung faschistischer Kunstpolitik Munition.

Die Ursachen hierfür liegen offensichtlich in einer irreführenden Begrifflichkeit. Das „ästhetische Moment“ könnte nur unter bloß formalen Gesichtspunkten als eine zwischen Warenästhetik und Kunst austauschbare Größe begriffen werden. Sprengt man dagegen bürgerliches Verständnis von autonomer ästhetischer Form, so ist ästhetische Innovation in der Warenwelt zu unterscheiden von Umwälzungen der ästhetischen Formen, in denen die Umwälzungen gesellschaftlicher Verhältnisse zum Ausdruck kommen.

Wenn Hinz weiter behauptet, daß mit der Expansion der Warenästhetik der Tauschwert der Waren „sich im Prinzip demjenigen des Kunstwerks (nähert), welcher als absoluter durch keinerlei Gebrauchswertversprechen tangiert und eingeschränkt ist“ (57), wenn er das Kunstwerk tendenziell nur noch Tauschwert sein läßt, so daß es sich durch nichts mehr von Geld unterscheidet, so spricht er mit der Kritik kapitalismusspezifischer Funktionalisierung der Kunst auch die Möglichkeit ab, gegen Verhältnisse, in denen menschliche Bedürfnisse nur vom Tauschwertstandpunkt interessieren, nützlich zu sein. Zugrunde liegt dem wohl nicht so sehr eine eindimensionale Betrachtungsweise als vielmehr ein vulgärmaterialistisches Verständnis dessen, was als Gebrauchswert zu verstehen sei: dieses Prädikat erhalten nur solche Dinge, die man z. B. essen oder bewohnen kann (in eben dieser Konsequenz wird auch an anderer Stelle, um faschistische Denkmäler ihrer völligen Nutzlosigkeit zu überführen, Denkmälern jeder Gebrauchswert abgesprochen, 124 f.). Damit ist keine wissenschaftliche Grundlage für den Kampf gegen das Wiedererstarken faschistischer Tendenzen im Kulturbereich zu schaffen. Ein nützlich Instrument dazu wäre das — in der Haug-schen „Kritik der Warenästhetik“, an die Hinz anzuknüpfen sucht, vorgeschlagene — methodische Verfahren der bestimmten Negation gewesen.

In den auf die theoretischen Ausführungen folgenden Kapiteln geht es Hinz schwerpunktmäßig um Ideologiekritik; die kritisierten theoretischen Prämissen haben dabei keinen systematischen Stellenwert. Er untersucht die Bauern- und Arbeiterdarstellungen, deren am Stand der Produktivkräfte gemessenen anachronistischen und zugleich Militarismus verherrlichenden Charakter; er beleuchtet die Degradierung der Frau zum bewußtlosen Sexual- und Gebärobjekt. Abschließend erbringt er den Nachweis, daß die gegenständliche Kunst des Faschismus in Form und Inhalt antirealistisch war; daß eine ausgesprochene Elitenkunst existierte, die als „feudal“ zu kennzeichnen wäre. — Zusätzliche Überlegungen widmet er der Architektur. Von der These ausgehend, daß der Bauwirtschaft im Rahmen faschistischer Wirtschaftspolitik eine der Rüstungsproduktion analoge Funktion zukomme, stehen die Konsequenzen staatlicher Auftragssicherung insbesondere für die Denkmalsarchitektur im Mittelpunkt.

Trotz seiner Schwächen liefert dieser erste Versuch, die Erscheinungsformen nationalsozialistischer Kunst aus den ökonomischen Verhältnissen herzuleiten, viele Denkanstöße und empirische Materialien, die für die Auseinandersetzungen in Kulturpolitik und -wissenschaft, insbesondere zur fundierten Zurückweisung totalitarismustheoretischer Varianten der Kunstgeschichtsschreibung nützlich sein können.

Silke Wenk (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Arens, Hans: Sprachwissenschaft. Der Gang ihrer Entwicklung von der Antike zur Gegenwart. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. Band 1: Von der Antike bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts. FAT 2077 (399 S., br., 12,80 DM). Band 2: Das 20. Jahrhundert. FAT 2078 (413 S., br., 12,80 DM).

Arens' Buch, das 1955 zuerst erschien und 1969 in „um die letzten 30 Jahre der linguistischen Forschung fortgeführter“ 2. Auflage herauskam und jetzt als Taschenbuch vorliegt, sollte man nicht als Geschichte der Sprachwissenschaft in die Hand nehmen. Eine solche Geschichte müßte, um die Entwicklung der Linguistik zu erklären, ebenso auf ihre Rolle in den Gesellschaften eingehen, in denen sie entwickelt wurde, wie auf die institutionelle Entwicklung der Linguistik als Disziplin, die erst sehr spät, nämlich zu Beginn dieses Jahrhunderts, professionalisiert wurde. Das ist jedoch nicht Arens' Ziel: ihm geht es um eine „dokumentierte ‚Problemgeschichte der Sprachwissenschaft“ (V). „Dokumentiert“ bedeutet zunächst, daß mehr als zwei Drittel des Buches aus zum Teil eigens übersetzten längeren oder kürzeren Abschnitten sprachwissenschaftlicher Originaltexte bestehen; Arens' sparsame und vorsichtige Kommentare haben teils überleitenden Charakter, teils fassen sie Entwicklungen übersichtsartig zusammen. Mit „Problemgeschichte“ ist eine Darstellung von Fragestellungen und — in geringerem Umfang — Lehrmeinungen gemeint; Wissenschaftsgeschichte wird gesehen als Aufkommen von Fragen, deren teilweise Beantwortung und gegebenenfalls Kristallisierung der Antworten zu Theorien. „Sprachwissenschaft“ meint ausdrücklich nur die europäisch-nordamerikanische Tradition, die mit der Bibel („Mythische Deutung“ [3]) und Platon beginnt; die altindischen Priester-Grammatiker, mit denen viele heute gerne die Geschichte der Linguistik beginnen lassen, werden erst im Zusammenhang mit ihrer Rezeption im 19. Jahrhundert kurz erwähnt. Der Schwerpunkt liegt hier einerseits auf der Sprachwissenschaft des 19. Jahrhunderts, andererseits auf den Schulen des Strukturalismus (wozu die Transformationsgrammatik gerechnet wird), deren Behandlung 250 bzw. 200 Seiten einnimmt.

Wenn man von diesem Buch nicht mehr erwartet, als man erwarten darf, nämlich eine breite Dokumentation verschiedener zentraler Texte der europäischen und nordamerikanischen Linguistik, so ist es eine wertvolle Arbeitshilfe; das gilt vor allem für den ersten Band, da die dort abgedruckten Texte nicht überall ohne weiteres greifbar sind. Namen- und Sachregister erleichtern die Benutzung; eine Bibliographie von 1400 Titeln gibt erste Hinweise zur Weiterarbeit, wenn auch die Auswahl der Titel zu den einzelnen Bereichen in einem Werk dieser Art teilweise recht zufällig wirken muß.

Daß dieses Buch nützlich und brauchbar ist, bedeutet nicht, wir sollten uns nicht wünschen, daß eines Tages auch einmal eine *Geschichte* der Linguistik vorgelegt wird. Hartmut Haberland (Roskilde)

Klein, Wolfgang: *Variation in der Sprache*. Ein Verfahren zu ihrer Beschreibung. Scriptor Verlag, Kronberg 1974 (196 S., br., 19,80 DM).

Den Linguisten ist in den vergangenen Jahren oft vorgehalten worden, sie täten zu viel für die Entwicklung ihrer Beschreibungsmodelle und kümmerten sich zu wenig darum, ob man überhaupt etwas damit anfangen kann. Insbesondere die generative Grammatik kam mehr und mehr in den Verdacht eines formalen Hokuspokus, unbrauchbar nicht nur für interdisziplinäre Arbeitsgebiete wie die Sprachsoziologie, sondern auch für Teilbereiche der Sprachwissenschaft selbst wie die Dialektologie und die historische Sprachwissenschaft, die ihrerseits zu den wichtigsten Hilfswissenschaften einer umfassenderen Sprachsoziologie gehören und damit von allgemeinerem Interesse sind. Innerwissenschaftlich beruht dieses Manko auf der sog. starken Homogenitätsannahme Chomskys, die besagt, daß mit der Grammatik die Kompetenz des idealen Sprechers in einer homogenen Sprachgemeinschaft zu beschreiben sei. Unter einer Grammatik wird dabei ein in sich widerspruchsfreies Regelsystem verstanden, das jedem Satz einer Sprache eine Struktur zuweist.

Klein argumentiert im ersten Teil seines Buches für die Aufgabe der starken Homogenitätsannahme einschließlich verschiedentlich vorgeschlagener Abschwächungen davon, die im Prinzip darauf hinauslaufen, durch räumliche, zeitliche, soziale usw. Differenzierung homogene Teilsprachen ('Varietäten') auszugrenzen und dann so zu verfahren wie bisher. Kleins Haupteinwand ist, daß die Linguistik sich auf diese Weise gegenüber ihrem eigentlichen Gegenstand, dem tatsächlichen Sprachverhalten, immunisiere: schon der einzelne Sprecher beherrscht nicht nur mehrere Varietäten, sondern er trennt sie beim Sprechen nicht einmal immer voneinander.

Aufbauend auf Arbeiten des amerikanischen Soziolinguisten Labov und des Mathematikers Sankoff, bietet Klein als Alternative die sog. Varietätengrammatik an. Eine Varietätengrammatik umfaßt sämtliche Regeln, die zur Beschreibung einer Sprache (nun verstanden als Menge von Varietäten) notwendig sind. Im herkömmlichen Sinne hat ein solches Regelwerk nur bedingt systematischen Charakter: es kann durchaus Regeln enthalten, die miteinander unverträglich sind und nach bisheriger Auffassung niemals gleichzeitig in einer Grammatik auftauchen dürften. Kennzeichnend für eine Varietätengrammatik ist dann, daß ihre Regeln in Hinsicht auf die einzelnen Varietäten probabilistisch bewertet werden; sollen n Varietäten, z. B. n Dialekte des Deutschen, unterschieden werden, so erhält jede Regel n Wahrscheinlichkeitsindizes, die angeben, mit welcher Wahrschein-

lichkeit eine Regel in jeder der Varietäten ‚angewendet‘ wird. Der Intention nach schlagen sich in der Regelbewertung sprachliche *und* außersprachliche Faktoren nieder.

Im zweiten Teil des Buches erörtert Klein die bei der Bewertung verschiedener Grammatik- und Regeltypen auftretenden technischen Probleme. Das Ganze ist — wie im Untertitel angekündigt — die Vorstellung eines Beschreibungsverfahrens. Empirische Analysen, die die Nutzenanwendung vor Augen führen und vor allem auch zeigen könnten, wie sprachliche und außersprachliche Faktoren Regelbewertungen beeinflussen, werden nicht gegeben. Man gewinnt aber den Eindruck, daß die vorgeschlagenen Techniken mindestens für einfachere Verhältnisse praktikabel sind.

Das Konzept der Varietätengrammatik bedeutet keineswegs nur eine notwendige Erweiterung des bisher üblichen Grammatikbegriffes. Aus der Bewertung von Regeln mit Wahrscheinlichkeitsindizes ergeben sich eine Reihe von technischen Zwängen, die zu einem guten Teil bestimmen, wie die Regeln selbst formuliert werden. Insbesondere der Grad ihrer Allgemeingültigkeit, den man früher als *das* Kriterium für die Entscheidung zwischen Beschreibungsalternativen ansah, ergibt sich jetzt weitgehend aus technischen Notwendigkeiten. Nach den Kriterien der klassischen generativen Linguistik ist die Formulierung der Grammatik damit nicht mehr aus der Sprache allein motiviert, sondern fremdbestimmt. Das bedeutet in der Konsequenz, daß die Grammatik nicht mehr ‚erklärt‘, sondern nur noch ‚beschreibt‘, diese Art von Linguistik also ihren Eigenwert verliert und auf die Interpretation ihrer Ergebnisse von außen angewiesen ist.

Peter Eisenberg (Berlin/West)

Albrecht, Günter, u. a.: Lexikon deutschsprachiger Schriftsteller. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band I—IV. Scriptor-Verlag, Kronberg/Ts. 1974 (1200 S., br., 51,20 DM).

Bei dem vorliegenden Lexikon handelt es sich um eine westdeutsche Lizenzausgabe des zweibändigen Lexikons gleichen Titels aus der DDR, zuletzt erschienen 1972 in der zweiten, erweiterten Fassung. Der Umschlag verspricht — insgesamt zu Recht — „ein unentbehrliches Nachschlagewerk deutschsprachiger Schriftsteller“, das sich „auf dem neuesten literaturtheoretischen und methodischen Stand“ befindet.

Fraglich dagegen ist, ob ein Lexikon konventioneller Art — alphabetische Namensabfolge, Lebensdaten, Werkcharakteristik, bibliographische Angaben — dem Anspruch genügen kann, nach „historisch-materialistischen Grundsätzen“ gearbeitet zu haben, ob nicht andere Prinzipien auch der Präsentation vorherrschen müßten, nämlich mindestens: ökonomisch-soziale Überblicke mit Hinweisen zur Vertiefung, Zusammenfassung der Einzelautoren nach Gruppen, Aufnahme wichtiger Publikationsorgane und deren Geschichte, über-

haupt Exemplarizität vor enzyklopädischer Bestrebung — so wie es im Ansatz das ‚Lexikon sozialistischer deutscher Literatur‘ vorge-macht hat.

Das vorliegende Lexikon hat sich aufs enzyklopädische Prinzip eingelassen, immerhin geht es aber „über die sonst in lexikalischen Artikeln übliche Beschränkung auf Mitteilung von Fakten (...) hinaus“ und bietet „eine kritische Wertung und Würdigung der Schriftsteller hinsichtlich ihrer literaturtheoretischen Stellung, ästhetischen Besonderheit und kulturpolitischen Haltung“. Die Behauptung des Verlags, daß „alle Angaben auf dem neuesten Stand, d. h. 1974“ sind, ist jedoch gelogen. Richtig ist, daß alle Angaben dem Stand des Redaktionsschlusses der DDR-Ausgabe entsprechen, nämlich 1971/1972. Vereinzelt finden sich Nachträge bis 1973, so nachgetragene Todesdaten der Autoren von Gö—K, bei Martin Walser Werkangaben bis 1973. Ansonsten ergaben aber Stichproben, daß neuere Daten fehlten, Hans Lorbeers Tod (7. 9. 1973) ebenso wie der Lu Märzens (12. 8. 1970), Max von der Grüns Titel ‚Glatteis‘ ebenso wie Enzensbergers ‚Kurzer Sommer der Anarchie‘ und Bruno Freis Autobiographie ‚Der Papiersäbel‘.

Versprochen werden „1500 alphabetisch geordnete Artikel mit allen wesentlichen Namen der deutschsprachigen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart (...) — neben ausführlicher Berücksichtigung der zum literarischen Kanon gehörenden Werke eine detaillierte Behandlung von Literaturkritikern und -theoretikern, Essayisten, Trivilliteraturautoren sowie Verfassern von NS-Literatur.“ Dieses Versprechen kann in bezug auf die Literaturkritiker und -theoretiker nicht als erfüllt gelten: Zwar werden ausführlich die Kritiker-Autoren Baumgart, Jens und Wellershoff dargestellt, sehr eingehend auch Walter Benjamin, nicht aber Adorno und Lukács, denen man doch Einfluß auf die literarische Entwicklung nicht absprechen kann. Das Schwergewicht des Lexikons liegt bei den Autoren des 20. Jahrhunderts, ohne daß das auf Kosten der vorausgegangenen ginge. So werden selbst der Physiognomiker Lavater und der Ästhetiker Vischer präsentiert, Gottfried Kinkel ebenso wie die jakobinischen Autoren, deren Namen in bürgerlichen Lexika meist unterdrückt werden, Rebmann, Forster und Seume etwa.

Die Auswahl der Autoren aus dem 20. Jahrhundert zeigt zunächst einige Ungereimtheiten: Zwar Dudow, aber Balázs nicht; zwar Hotopp, aber Krey nicht; zwar Liepmann, aber Reger nicht; Lampel ja, Wittfogel nein, Sperr zwar, aber Kroetz nicht. Es ist auch nicht einzusehen, warum die wichtigen proletarischen Autobiografen wie Fischer, Bromme, Holek nur unterm Stichwort ihres Herausgebers erwähnt werden, Franz Rehbein z. B. hingegen ausführlich gewürdigt wird.

In bezug auf die unmittelbare Gegenwartsliteratur ist das Lexikon von besonderem Interesse. Nirgends sonst findet man so ausführlich wie hier Autoren der DDR vorgestellt. Der Standpunkt der Beurteilung ist dabei eindeutig: Brauns ‚Kipper‘ wird nur notiert, Mickel

und Kunze werden gerügt, W. Biermann und der in den Westen übergewechselte Hartmut Lange fehlen. Hingegen werden mit Sorgfalt deutschsprachige Autoren der CSSR, Rumäniens und der Sowjetunion präsentiert, für westliche Lexika keineswegs selbstverständlich.

Die deutschsprachige Literatur des Westens, zumal, wenn man das Interesse eines DDR-Bürgers unterstellt, ist sehr umfänglich vertreten und analysiert. Zwar gibt es marginale Fehler, dafür aber bei Koeppen etwa Titel, die nicht einmal die Koeppen-Bibliographie des ‚Text und Kritik‘-Heftes verzeichnet. Es fehlen die Autoren der ‚Konkreten Poesie‘, Gomringer, Bremer und Jandl; ebenso fehlen Delius, Born und v. Törne, obwohl sie in der DDR aufgelegt wurden. Die Dokumentarliteratur der Bundesrepublik ist mit Wallraff und Erika Runge vorgestellt, leider fehlt jedoch ein Hinweis auf den nicht unwichtigen Michael Scharang. Ausführlich wird auf die Agitprop-Bewegung in der Bundesrepublik eingegangen wie auf die ‚Gruppe 61‘. Unter diesem Stichwort findet man die ‚Werkkreise‘ mitnotiert. Der Grund dafür liegt im Erscheinungsdatum der DDR-Ausgabe, heute wäre eher das umgekehrte Verfahren angebracht.

Erhard H. Schütz (Essen)

Grab, Walter: Leben und Werke norddeutscher Jakobiner. Deutsche revolutionäre Demokraten Bd. 5. Metzler, Stuttgart 1973 (324 S., 26,— DM).

Die von der bisherigen Geschichts- und Literaturforschung weitgehend unterdrückten jakobinischen Bestrebungen in Deutschland zur Zeit der Französischen Revolution als demokratische Tradition wieder in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu heben und „in ihrer gegenwartsbezogenen Bedeutung aufzuzeigen“ (1), ist das erklärte Ziel der von Grab auch herausgegebenen Reihe „Deutsche revolutionäre Demokraten“, von der die beiden wichtigen Bände über die Mainzer Republik und die oberdeutschen Jakobiner allerdings, ohne daß dafür eine Begründung gegeben wurde, nicht mehr erscheinen werden.

Der Begriff „norddeutsch“ im Titel des vorliegenden Bandes könnte übertriebene Erwartungen wecken, denn ausführlich dargestellt und dokumentiert werden nur die Bestrebungen in Hamburg und Schleswig-Holstein am Beispiel dreier Jakobiner: der beiden Hamburger Heinrich Christoph Albrecht und Heinrich Würzer und des Flensburgers Georg Conrad Meyer. Grab konnte bei dieser Arbeit auf langjährige Vorarbeiten zurückgreifen, deren Ergebnisse er vor allem in „Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten französischen Republik“ (1966) und „Norddeutsche Jakobiner“ (1967, rez. in Argument 46, S. 145) veröffentlicht hat. Stand aber im Vordergrund dieser Arbeiten ein weitgehend chronologischer Abriss der demokratischen und jakobinischen Bestrebungen in Ham-

burg, Altona und Schleswig Holstein, so ist dieser Entwicklungsprozeß in der vorliegenden Arbeit aufgelöst in drei biographische Skizzen. Obwohl aber als Kriterium für die Auswahl der Jakobiner nur genannt wird, daß sie „bisher keinen Biographen gefunden“ hatten (66, auch 48), können sie doch für die Kennzeichnung der verschiedenen Phasen demokratischer Bestrebungen Exemplarität beanspruchen.

H. C. Albrecht (1763—1800) war Mitglied der ersten Vereinigungen Anfang der neunziger Jahre — so z. B. der Loge „Einigkeit und Toleranz“ —, deren Anschauungen über eine liberal aufklärerische Position hinauszugehen begannen und als deren Zentralfigur der hier nur kurz behandelte F. W. v. Schütz bezeichnet werden kann. Mit dem zweiten vorgestellten Jakobiner, H. Würzer (1751—1835), ist allerdings einer der Hauptrepräsentanten der jakobinischen Tätigkeit in der Hansestadt während des Zeitraums von etwa 1793 bis 1796 ausgewählt. Würzer gehörte auch noch zu dem Kreis um die „Altonaer Verlagsgesellschaft“, in der „in den letzten vier Jahren des 18. Jahrhunderts eine große Anzahl demokratischer Schriften“ (61) publiziert wurde. Initiator und zunächst auch Mittelpunkt dieses Kreises war G. F. Rebmann, der sich 1795—1796 in Altona aufhielt. Diese Spätphase jakobinischer Tätigkeit in Hamburg und Altona wird bei Grab fast völlig ausgespart; er charakterisiert sie an einer knappen Darstellung von G. C. Meyers (1774—1816) *Leben und Tätigkeit*, vor allem dessen Flensburger Zeitschrift „Der neue Mensch“ (1796—1797).

In dem über 200 Seiten starken Dokumentationsteil werden wesentliche Texte, etwa H. C. Albrechts „Versuch über den Patriotismus“ und Würzers „Revolutionskatechismus“ in umfangreichen Auszügen wieder zugänglich gemacht, wenn auch eine ausführlichere Kommentierung dieser Texte durch einen Anmerkungsapparat wünschenswert gewesen wäre.

Die Vorzüge des Buches liegen in den präzisen und detaillierten biographischen Skizzen; es weist leider dort einige Schwächen auf, wo Grab einzuordnen bzw. allgemeinere Überblicke zu geben versucht. Wenn er so z. B. in der — übrigens für jeden Band der Reihe im wesentlichen gleichen — Einleitung „Die deutschen Jakobiner“ (1—30) auch betont, daß „jede Schematisierung der Wirklichkeit Gewalt an(tut)“ (12), kommt er doch gerade in dem Teil über die „Grundlagen und Tendenzen der liberalen Aufklärung Deutschlands“ (3—8) über solche Schemata nicht hinaus. Durch die Konstruktion idealtypischer Merkmale (14), die in Charakteristiken gipfeln wie: „Den Herrschern gegenüber unterwürfig, waren die Liberalen in ihrem Verhältnis zu den unteren Sozialschichten von elitärem Standesdenken erfüllt“ (8), werden „die Liberalen“ zu einer Negativschablone für die Kennzeichnung der Jakobiner. Was Grab am Einzelfall konstatiert, nämlich den „Werdegang vom liberalen Monarchisten . . . zum überzeugten Demokraten“ (48), negiert er anscheinend als übergreifenden ideologischen Prozeß. Eine Berücksichtigung all-

gemeinerer Tendenzen der Gesellschaftsentwicklung in Deutschland hätte gegenüber dieser in der Konsequenz ahistorischen Beschreibung nicht nur die unterschiedlichen Positionen spätaufklärerischer Kritik (so werden z. B. Kant und Fichte pauschal den obrigkeitstreuen Liberalen zugeordnet), sondern auch ihre nicht nur individuell-biographisch zu sehende Entwicklung zu jakobinischen Anschauungen aufzeigen und verdeutlichen können.

Wolfgang Griep (Bremen)

Garber, Jörn (Hrsg.): Revolutionäre Vernunft. Texte zur jakobinischen und liberalen Revolutionsrezeption in Deutschland 1789—1810. Skripten Literaturwissenschaft 5. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1974 (261 S., br., 18,— DM).

„In der Beurteilung der sozialen Nivellierungs- und politischen Demokratisierungsprozesse im revolutionären Frankreich spalten sich die schreibende Intelligenz und die lesende Öffentlichkeit in politische Gruppierungen, deren ideologische Hervorbringungen keimhaft die Programme der im 19. Jahrhundert sich konstituierenden Parteien vorwegnehmen“ (V). Diesen Vorgang will die vorliegende Textsammlung dokumentieren. Auf 169 Seiten werden 40 Textausschnitte aus politischen bzw. philosophischen Publikationen der Jahre 1789 bis 1810 wiedergegeben. Dem Herausgeber ging es darum, möglichst wenig bekannte Texte auszuwählen. So finden sich neben Texten von Forster, Campe und Görres auch solche von Saul Ascher, Franz Theodor Biergans, Johann Heinrich Tieftrunk u. a. Dem Textteil schließt sich ein längeres Nachwort (170—236) sowie ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis an (279 Titel); gerade letzteres kann — wenn man den durch das Buch angesprochenen Adressatenkreis von Studenten und Wissenschaftlern, die nach einem ersten Leitfaden für eigenständige Forschung suchen, bedenkt — uneingeschränkt empfohlen werden.

Ihren Bezugsrahmen findet die vorliegende Publikation in der seit einigen Jahren sich unter Historikern und Literaturwissenschaftlern auch der BRD entfaltenden Diskussion über die Problematik des deutschen Jakobinismus. Ihr Spezifikum liegt einerseits in dem Versuch, neben den progressivsten Stimmen zur französischen Revolution auch liberale Positionen zu rezipieren, andererseits in der Konzentration auf verallgemeinernde historisch-soziologische Entwicklungskonzeptionen und Geschichtsinterpretationen. Im Gegensatz zu etwa der Textsammlung von Hermand (rez. in *Argument* 57, 233 ff.) — von derjenigen Sonnemanns ganz zu schweigen — legt sie nicht so großen Wert auf die Dokumentation des vereinzelt exemplarisch-revolutionären Gestus als auf die Wiedergabe des widerspruchsvollen ideologischen Spektrums innerhalb der fortschrittlichen politisch denkenden Intelligenz. Allerdings stilisiert sie dabei vereinsseitig die liberalen Positionen und die liberalen Momente bei den sogenannten Jakobinern als bestimmende. Dies ist teilweise dem Ansatz

geschuldet, Äußerungen zu prinzipiellen Problemen auf einer relativ hohen Abstraktionsstufe auszuwählen, um eine Kontinuität zum politischen Denken der Folgezeit sichtbar machen zu können. Der mit dem Begriff „jakobinisch“ gefaßten Position wird sie damit nicht gerecht: findet diese doch ihre spezifische Ausprägung, d. h. analytische und programmatische Radikalität und praktische Entschlossenheit weniger in abgeschlossenen staatsphilosophischen Abhandlungen als im unmittelbaren Kommentar der jeweils aktuellen und sich verändernden politischen Konstellationen und sich als Möglichkeit abzeichnenden Perspektiven. Bevor eine Systematisierung des jakobinischen Programms für Deutschland möglich war, ging die Geschichte über die Jakobiner hinweg, d. h. nahm den Weg der „Reform von oben“.

Das Nachwort skizziert in einem ersten Abschnitt die historischen Charaktere der Französischen Revolution (widersprüchliche Klassenkräfte, wechselnde Etappen). Daran schließt sich eine Auseinandersetzung mit der neueren „Revolutionsrezeptionsforschung“ an; diese konzentriert sich darauf, die historische Legitimität sowie die wissenschaftliche Brauchbarkeit der Erbekonzeption der DDR-Forschung auf dem Gebiet des deutschen Jakobinismus zu widerlegen. Der Herausgeber wendet sich gegen die Heranziehung der Leninschen Charakterisierung der Jakobiner als „Jakobiner mit dem Volk“, da diesen in Deutschland die Massenbasis gefehlt habe (180). Dies richtet sich insbesondere gegen die theoretischen Bestimmungen von Heinrich Scheel, dessen differenzierte Übernahme der Leninschen Aussage allerdings verkürzt kritisiert wird. (Scheel akzentuiert die „Einsicht in die Notwendigkeit, mit dem Volk und für das Volk politische Veränderungen zu bewirken“. ZfG XVII. Jg. 1969, S. 1131.) Das Ziel dieser Kritik wird aus folgendem Zitat deutlich: „(. . .) wird man den Anspruch der marxistischen Geschichtsschreibung, einzig autorisierte Interpretin fortschrittlicher Traditionen zu sein, zurückweisen müssen, da die deutschen Jakobiner mit ihren zumeist liberalen Forderungen nach Eigentumsfreiheit und repräsentativer Demokratie den (unzureichend verwirklichten) Sozialstaatsmodellen westlicher Demokratien mindestens ebenso nahestehen wie den heutigen sozialistischen Gesellschaftssystemen“ (181).

In einem dritten Abschnitt skizziert der Herausgeber mit Textkommentaren und Hinweisen zu den Verfassern sowie zu zentralen Punkten der damaligen Auseinandersetzung den Zusammenhang zwischen „Antifeudalismus (Antiabsolutismus), bürgerliche(r) Gesellschaftstheorie und aufklärerische(r) Revolutionsrezeption“ (170). Über diese Skizze kann der Leser Zugang zu einer großen Materialfülle erlangen; sie erschließt das nicht kommentierte Literaturverzeichnis.

Insgesamt ist das Buch durchaus empfehlenswert als Ergänzung zu den gängigen Publikationen über den deutschen Jakobinismus, sofern man es als vermittelndes Werkzeug im weiteren Studium der Materie verwendet; als irgend abgeschlossener repräsentativer Überblick ist es indessen angesichts der vorgebrachten Einwände weniger geeignet.

Rainer Kawa (Marburg)

Soziologie

Held, Karl: Kommunikationsforschung — Wissenschaft oder Ideologie? Materialien zur Kritik einer neuen Wissenschaft. Carl Hanser Verlag, München 1973 (196 S., br., 10,80 DM).

Der Begriff „Kommunikationsforschung“ täuscht leicht darüber hinweg, daß eine solche einheitliche Disziplin gar nicht vorhanden ist. Als Ausgangspunkt einer kritischen Überprüfung der Grundlagen und Leistungsfähigkeit von „Kommunikationsforschung“ bietet sich daher jene Gruppe einzelwissenschaftlicher Disziplinen an, die sich mit dem Phänomen „Kommunikation“ befaßt: Kybernetik, Linguistik, Semiotik, Soziologie u. a., „deren Zusammenhang lediglich in einer Gemeinsamkeit besteht: sie thematisieren ‚Kommunikation‘ und sehen in dieser das Wesentliche des von ihnen behandelten Gegenstandes“ (164).

Helds Absicht ist es, die von ihm festgestellte oder behauptete „Unvereinbarkeit“ der „eigenen Aussagen“ wichtiger Theoretiker der genannten Disziplinen zu enthüllen, indem er diese zitiert — so ausführlich zitiert, daß die tatsächliche (oder vermeintliche) immanente Widersprüchlichkeit der einzelnen Theorien sich von selber heraushebt (ebd.). Solche Verfahrensweise der Kritik soll unterschieden sein von einer Methode, die mit der Konfrontation einer eigenen „Position“ und einer kritisierten arbeitet (110); sie resultiert aus einem Verständnis von Wissenschaft und wissenschaftlicher Methodik, das sich in Helds Wendung vom „interesselosen Geschäft der Wissenschaft“ formuliert findet (167) — es ist sein Wissenschaftsbegriff. Als Ausgangspunkt gilt ihm dabei das voraussetzungslose Verhältnis eines „Wissenschaft treibenden Subjekts“ bzw. der „erkennenden Subjektivität“ zum „Gegenstand“ (166), wobei die historisch-gesellschaftlichen Triebkräfte und Bedingungen dieses Subjekts im Dunkel bleiben und sowohl Gegenstandswahl als auch der Gegenstand selber jeweils abgetrennt vom gesellschaftlichen Funktionskomplex erscheinen. Für eine so beschaffene Wissenschaft wird nicht ausdrücklich der Anspruch erhoben, sie solle eine marxistische Wissenschaft sein, doch schimmert er durch; Beleg dafür: einerseits die zustimmende Anführung einiger Marx-Stellen, andererseits die Ablehnung „bürgerlicher Wissenschaft“ (z. B. 183). In welcher Weise wiederum derlei nichtbürgerliche Wissenschaft funktioniere, bleibt ungesagt, wie denn auch undeutlich bleibt, was sie ihrerseits ist, zumal ihr Verfechter den Gegensatz von „Widerspiegelung“ und „objektivem Idealismus“ für schlechterdings nicht existent erklärt und die Bezeichnung der von ihm skizzierten Wissenschaft vermöge des einen oder anderen Terminus etwas nennt, was „uns völlig gleichgültig“ sein könne (166). In einem Fazit wie diesem: bürgerliche Wis-

senschaft markiere sich u. a. dadurch, „daß sie sich von den Produkten der gesellschaftlichen Tätigkeit unmittelbar leiten läßt und zum bloßen Mittel für außerhalb ihrer liegende Zwecke herabgesunken ist“ (183), manifestiert sich jedenfalls nicht nur die andere (eigene) „Position“, sondern auch die nochmalige Ablehnung von Zweckhaftigkeit und Zielgerichtetheit wissenschaftlicher Tätigkeit.

Grundlegender Fehler der kritisierten Theorien ist ihm daher deren „Instrumentalismus“ (170). Diesem Verdikt müssen bei Held unterschiedslos so unterschiedliche Theorien wie die von Georg Klaus und Habermas, Holzer und Chomsky verfallen, ein einigermaßen gewalttätiges Vorgehen, das z. B. im Falle Holzer nicht ohne Präparierung „passender“ Zitatfolgen zustande kommt. Übrig bleibt am Ende einzig die kritische Wissenschaft Helds als richtige, es triumphiert die eigene „Position“. Dem Zwang, die eigene Auffassung zu „setzen“, vermag sich Held allzu oft nicht zu entziehen; z. B. seine Staatstheorie erwähnt er S. 118 und 160, und die von ihm selbst vertretene Sprachtheorie gibt er ebenfalls bei, in einer längeren Anmerkung (40 f.). Unverschwiegen bleibt ferner die gesellschaftspolitische Konsequenz seiner Wissenschaftsauffassung: „Solange die Produktionsweise kapitalistische Form besitzt, ist eine andere Anwendung als die den Formen des Kapitals gemäße gar nicht zu bewerkstelligen“ (87).

Bei allen Schwächen des Buchs in den Grundlagen besteht seine Bedeutung darin, daß mit ihm die kommunikationswissenschaftlichen Theorien und Ansätze vor die Frage gestellt werden, ob die von ihnen behandelten Gegenstände tatsächlich „wesentlich in Kommunikation“ bestehen oder ob „Kommunikation nichts weiter“ sei „als ein Fetisch, der nichts erklärt, aber viel verschleiert“ (184). Die Rabiathheit, mit der Held sich der „allgemeinen Mode“ entgegensetzt, „alles aus Kommunikation erklären zu wollen“ (ebd.), verdient Respekt, mag man hinter dem „allgemein“ auch gleich wieder ein Fragezeichen anbringen.

Wolfgang Beutin (Hamburg)

Schubert, Günter, u. a.: *K o m m u n i k a t i o n*. Gegen Informationsmonopol, Gerüchte, Intrigen. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1974 (108 S., br., 18,— DM).

Der Titel greift zu weit: ‚Kommunikation‘ meint hier Kommunikation im Betrieb. Diese wurde systematisch zuerst in den 30er Jahren in den Vereinigten Staaten untersucht mit dem Ziel, das Betriebsklima zu verbessern, Konfliktmöglichkeiten zu verringern und eine Steigerung der Arbeitsleistung zu erreichen. Ergebnisse solcher „human relations“-Forschung werden in diesem Buch mit Ergebnissen der amerikanischen Persuasionsforschung, der Kommunikations-

theorie und Interaktionspsychologie in leicht verständlicher Weise (und zuweilen stark vereinfachend) zu einem wenig kohärenten kommunikationstheoretischen Begriffsgefüge kompiliert, mit Hilfe dessen dann eine Reihe von betrieblichen Konflikten anhand von Fallstudien analysiert werden. Die vorgeführten Konflikte reichen von einfachen Verstimmungen zwischen Führungskräften bis hin zu Auseinandersetzungen mit dem Betriebsrat; der Konfliktfall ‚wilder Streik‘ wird zweimal (32, 69) anvisiert. Gemeinsam ist all den Fällen, daß ihre Ursachen nur soweit in den Blick geraten, wie sie im Kommunikationsbereich aufzufinden sind.

Die Zielgruppe des Buches — die mittleren und oberen Führungskräfte — sollen so befähigt werden, das „eigene Kommunikationsverhalten, das Kommunikationsverhalten von Kollegen, Mitarbeitern und Vorgesetzten sowie das formelle und informelle Kommunikationssystem im Betrieb analysieren . . . und systematisch verbessern“ (110) zu können. Dabei gehen die Autoren davon aus, daß „mehr Zusammenarbeit, mehr Kommunikation, mehr Offenheit und Entscheidungsfreiheit für den einzelnen, mehr sachliche Auseinandersetzung“ (6) als Maxime des kommunikativ integrativen Führungsstils das Betriebs-(Kommunikations-)klima verbessere („man vermeidet: Konflikte, Spannungen, Gerüchte, Resignation, Angst“ [24]) und „Arbeitsfreude und Arbeitsleistung“ (30) steigere. Das implizite Gebrauchswertangebot der Autoren an die Führungskräfte verspricht Reduzierung, wenn nicht Vermeidung ‚wilder Streiks‘ und all der „zahllosen, nicht meßbaren Verzögerungen und Schwierigkeiten durch mangelnde Verständigung“ (70). Die Arbeitsgruppe empfiehlt, sich „dem Zug der Zeit nicht entgegen(zu)stemmen“ (55), und verweist auf die wachsenden „Forderungen der Arbeitnehmer nach mehr Mitbestimmung und Mitwirkung“ (40).

Die Autoren geben sich aufklärerisch und plädieren für einen rationaleren, partnerschaftlichen und ausgeweiteten Diskurs anstelle des hierarchisch beschränkten einseitigen Befehlens. Daß der aufklärerische Impetus in den Empfehlungen für die Praxis nicht gegen die im Kapitalverhältnis angelegten ökonomischen Herrschaftsbedingungen anrennt, dafür sorgen einmal die Beschränkung der Analyse und der Empfehlungen auf die *kommunikativen* Verhältnisse des Betriebes und zum anderen die an entscheidenden Stellen angebrachten „soweit-wie-möglich“-Formulierungen, die es der mittleren und oberen Führungskraft überlassen, die Grenzen egalitärer und rationaler Kommunikation selbst festzusetzen. Offenheit, Rationalität und Partnerschaft werden zu Maximen betrieblicher Kommunikation erhoben, weil, aber auch nur solange und insoweit sie die „kritische, kreative, konstruktive Mitarbeit“ (45), d. h. die Ziele des Unternehmens fördert. Die Partnerschaftsideologie mit dem Ziel der Verschleierung ökonomischer Ausbeutung und der Steigerung der Kreativität und Effektivität der Lohnarbeit findet in diesem Buch ihre Verlängerung als Anweisungen für die Kommunikationspraxis.

Manfred Heun (Berlin/West)

Arbeitsgruppe Kritische Publizistik: Welttheater für Eidgenossen. Politische Fernseh-Information im Kapitalismus. Eine Analyse der Schweizer Tagesschau. Verlag Politische Texte, Zürich 1973 (188 S., br., 13,50 DM).

Die Autoren, 12 Züricher Publizistikstudenten, haben die Fernseh-Nachrichtensendungen der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) von zwei Wochen aufgezeichnet und analysiert. Die übersichtlich angeordneten Ergebnisse sind eine Mischung von statistisch belegten Aussagen, durch Einzelanalysen exemplifizierten Thesen und einigen plausiblen Behauptungen:

1. Nachrichtenauswahl: Regierungsverlautbarungen erscheinen öfters in den Nachrichten als Äußerungen oppositioneller Gruppen; Unternehmerverbände öfters als Arbeiterorganisationen; wirtschafts- und finanzpolitische Themen öfters als sozialpolitische. Nachrichten aus den „kapitalistischen Zentren“ Nordamerika und Westeuropa beanspruchen zwei Drittel der Auslandsberichterstattung.

2. Darstellungsform der Nachrichten: „Entstehung und Begründung von Ereignissen werden verschwiegen“; Prozesse werden auf parzellierte Fakten reduziert; „sie erscheinen damit als schicksalhaft und nicht beeinflussbar“ (148). Interessen und Folgen von Handlungen werden nicht deutlich gemacht, ihre Bewertung durch den Nachrichtenrezipienten muß so eine abstrakt moralische bleiben. In die Sprache der Tagesschau sind die Werte der „Oberschicht“ eingegangen.

Die Einzelergebnisse werden von den Autoren zusammengefaßt zu den folgenden Thesen: Die Tagesschau der SRG informiert parteilich im Sinne der „herrschenden Wertvorstellungen und Interessen. Diese Interessen aber sind die der herrschenden Klasse in der Schweiz“ (152). Wertalternativen (Kritik, Opposition) „erscheinen dagegen fast überhaupt nicht oder werden durch negative Darstellung ihrer möglichen Wirkung beraubt“ (158), entgegen dem Postulat liberaler Öffentlichkeit, die freie Diskussion von Alternativen zu ermöglichen. Die Tagesschau diene so der Aufrechterhaltung des politisch-ökonomischen status quo.

Letztere These kann aufgrund der Beschränkung auf die Produktionsseite der nachrichtlichen Kommunikation nur eine begrenzte Validität für sich beanspruchen, denn um die „ideologische(n) Mechanismen der Herrschaftssicherung durchschaubar“ zu machen — so die in der Einleitung bekundete Absicht — wäre auch der Rezipient, besonders der lohnabhängige Nachrichtenrezipient, in die Analyse miteinzubeziehen gewesen.

Die Autoren wollen mit ihrer Analyse der Nachrichtenproduktion zweier Wochen einen „Beitrag ... leisten“ „zur Beseitigung kapitalistischer Herrschaft“ (V); dazu aber wäre es nötig gewesen, den Zusammenhang dieser Nachrichtenproduktion mit der historisch-sozialen

Entwicklung der Massenkommunikation und der Entwicklung der politischen Auseinandersetzungen in der Schweiz zumindest anzudeuten. So aber gerät der Überwindungsanspruch zur abstrakten Negation der herrschenden Nachrichtenpraxis, die den betroffenen Rezipienten ohne die Eröffnung von Handlungsdimensionen entläßt.

Die Autorengruppe wurde bei ihrer Arbeit von Professoren, Universitäts- und Kultusbehörden behindert und schließlich mit einem Hausverbot für das Journalistische Seminar belegt. Die Studentenschaft der Universität Zürich und die Schweizerische Journalisten Union traten dem entgegen, leisteten finanzielle Unterstützung und ermöglichten so das Buch.

Manfred Heun (Berlin/West)

Buselmeier, Michael (Hrsg.): Das glückliche Bewußtsein.
Anleitungen zur materialistischen Medienkritik. Luchterhand,
Neuwied 1974 (253 S., br., 12,80 DM).

Dieser Sammelband — hervorgegangen aus Lehrveranstaltungen des Herausgebers — setzt die neuerlich verstärkt geführte Diskussion um die subjektiven Grundlagen der Wirksamkeit der Massenmedien fort. In Anlehnung an Negt/Kluge und Prokop (vgl. zu Prokop die Rezensionen in Argument 87, S. 705 ff.) versuchen die Autoren, „Ansätze einer Theorie jenes Bewußtseins zu formulieren, auf welches die Massenmedien reagieren, indem sie es zugleich bearbeiten“ (Einleitung, 17). In Absetzung von Manipulationstheorien und unter Bezugnahme auf Horkheimer/Adorno wird postuliert: „Mit der Kritik dieser Medien ist eine Kritik am Bewußtsein derer verbunden, die sich ihre Inhalte und Formen gefallen lassen“ (Einleitung, 11; vgl. 17).

Die Aufsätze von G. Marlock („Gesellschaftliche Wirklichkeit und Erfahrung“); K. Buselmeier („Zur Diskussion über Fernsehwirkung“) und M. Buselmeier („Massenunterhaltung im Rahmen von Arbeit und Freizeit“) versuchen diese Ansprüche in der Diskussion konkreter Beispiele (Dokumentarfilme im Fernsehen, „Spiel ohne Grenzen“ etc.) einzulösen. Insbesondere K. Buselmeier liefert dabei verwertbare Einzelanalysen (Funktion der Anti-Gewalt-Kampagne; Frauenbild im Fernsehen). Insgesamt entwickeln diese Beiträge jedoch weniger präzise Kategorien zur Erfassung des jeweiligen Untersuchungsgegenstandes und damit verwertbare Werkzeuge der Kritik für den Leser, sondern vielmehr einen unspezifizierten Überblick über Bewußtseins- und Medientheorie bis hin zu Gesellschaftsanalyse und politischer Strategie.

Im Unterschied dazu diskutiert G. Schanz („Filmsprache und Filmsyntax“) recht nüchtern die Unterschiede zwischen sprachlicher und filmischer Kommunikation. Dabei werden in leichtverständlicher Form Theoreme der Sprechakttheorie erläutert; die kommentierten — allerdings spärlichen — Literaturhinweise erleichtern die individuelle Weiterarbeit.

Der einleitende Beitrag von U. Reyher („Massenmedien und subversive Sehnsucht. Thesen zur Konstitution des Massengeschmacks in der bürgerlichen Gesellschaft“) versucht die — auch für die erstgenannten Aufsätze grundlegende — These zu belegen, daß „die Medien Ausdruck eines Bedürfnisdrucks der Opfer dieses Systems sind“ (23). Während der Begriff „Medien“ im weiteren sehr vage bleibt (vgl. 20 f., 42 ff.), konkretisiert Reyher „Bedürfnisdruck“ und „dieses System“ folgendermaßen: In vorbürgerlichen Produktionsweisen war es noch notwendig, zur Verschleierung der Ausbeutungsverhältnisse für die unterdrückten Klassen eine Ideologie bereitzustellen, die das Unbehagen an den gesellschaftlichen Verhältnissen in ideelle Gefilde ablenkte. Daraus entstand jedoch die Möglichkeit, diese „Weltbilder“ und „Wunschträume“ (25) an der Realität selbst einzuklagen, der Ideologie gegenüber der Ökonomie zu ihrem Recht zu verhelfen, was potentiell herrschaftsgefährdend werden konnte (23 ff.). In der bürgerlichen Gesellschaft verschwindet jedoch diese Differenz zwischen Ideologie und Ökonomie in der Egalität und Gerechtigkeit der Ökonomie, des Warentauschs selber (vgl. 26). Alles verfällt der Kapitalverwertung und Tuschabstraktion (vgl. 68, 140, 182). Die allseitige Abstraktifizierung in der bürgerlichen Gesellschaft — ausgehend von der Zirkulation und selbst das Bewußtsein und die unbewußten Sehnsüchte ergreifend — produziert jedoch — als ihre einfache Negation — das „abstrakte Bedürfnis nach Konkretion“ (43). Dieses wird noch verschärft durch seine permanente Reproduktion und Scheinbefriedigung in „den Medien“ und ist — da es sich gegen das allgemeinste Organisationsprinzip der bürgerl. Gesellschaft richtet — „subversiv“. Es wäre als Grundlage und Ansatzpunkt einer Strategie zur „Überwindung der Warenproduktion“ (45) umzuwandeln in das „Bedürfnis nach Subversion“ (47).

Reyhers Vorgehensweise führt zu fatalen Konsequenzen: zur resignativen und irrational-romantizistischen Hypostasierung der letztlich „naturwüchsig“ (42) sich entwickelnden spontanen Bedürfnisartikulation zur revolutionären Haupttriebkraft, die es nur zusammenzufassen und wirken zu lassen gelte (vgl. 42, 167, 216). Dies resultiert aus der einseitigen Bestimmung des Verhältnisses von gesellschaftlicher Arbeit und individueller Entwicklung aus dem Blickwinkel der Warenabstraktion, was sich niederschlägt in einer Übergewichtung der Logik der Kapitalbewegung bei Eliminierung des konkreten gesellschaftlichen Subjekts: die im entfremdeten Arbeitsprozeß stehenden Individuen sind jedoch keineswegs „Abstraktionen“, sondern konkrete Menschen, die an den Widersprüchen dieser Produktionsweise teilhaben; Formen kooperativer, konkreter Arbeit sind als quasi „natürlicher Kern“ notwendige, integrale Voraussetzung und Bedingung abstrakter Arbeit (vgl. 32). In diesem Bereich — der gesellschaftlichen Produktion und ihren Subjekten — hätte Reyher die objektiven Voraussetzungen für den „Wunsch nach Konkretion“ und die Grundlagen seiner Verwirklichung finden können. Die von ihm vorgenommene Erklärung aus gattungsgeschichtlicher Frühzeit

und aus der Primärsozialisation stellt sich somit als Regreß mit idealistischem Pferdefuß vor.

Da Reyher das Bewußtsein in ein nur äußeres Verhältnis zur gesellschaftlichen Produktion setzt und auch deren immanente Widersprüche nicht sieht, kann er den Ausweg aus der „Tauschabstraktion“ und damit die Basis für die Möglichkeit revolutionärer Veränderungen nur noch in der Erinnerung finden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die „Konkretheit“ „naturalwirtschaftlicher Arbeit“ (35) im vorkapitalistischen Stadium und „unmittelbare, sinnliche Erfahrungsprozesse“ (41) in der Kindheit, die noch immer als Erinnerungsrückstände latent im derzeitigen Bewußtsein vorhanden sein sollen.

So gerät die Kritik an der kapitalistisch formierten Produktion unversehens zum Ziel „einer Befreiung von der Ökonomie“ überhaupt (29, vgl. 30, 44). „Die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft ist in ökonomischen Interessenkategorien nicht denkbar“ (29).

Für Autoren wie Leser wäre es fruchtbarer gewesen, wenn die Auseinandersetzung mit anderen Diskussionsansätzen über die Etikettierung mit Ausschlußvokabeln wie: „vom Parteistandpunkt aus“ (11), „traditionell dogmatische Autoren“ (184 Anm.), „wissenschaftlich dumm“ (ebd.) usw. hinausgegangen wäre.

August Soppe und Henning Walter (Marburg)

Holzer, Horst: *Kinder und Fernsehen*. Materialien zu einem öffentlich-rechtlichen Dressurakt. Hanser Verlag, München 1974 (156 S., br., 8,80 DM).

Im ersten Teil, „Materielle Basis, politische Qualität und herrschaftliche Funktion der Fernsehkommunikation“, weist Holzer die theoretische Grundlage seiner Arbeit aus; inhaltlich stellt dieser Abschnitt eine komprimierte Wiedergabe der auf das Fernsehen bezogenen Thesen seiner „Kommunikationssoziologie“ (Reinbek 1973) dar. — Dem folgt — und das ist das qualitativ Neue an diesem Buch — eine Konfrontation der „staatskapitalistischen“ Funktion des Mediums Fernsehen mit den Kommunikationsansprüchen der Kinder. Ausgehend von der durch „Sozialisationsdefizite“ (43) gekennzeichneten Lebenssituation der überwiegenden Mehrheit der Kinder, hervorgebracht durch die Klassenlage ihrer lohnabhängig arbeitenden Eltern, versucht Holzer die „Qualität des Wirklichkeitsbewußtseins der Kinder“ (43) zu erfassen, wobei er vor allem die Sozialisations- theorie Lorenzers einbezieht. Aus den dieses Bewußtsein bestimmenden Faktoren leitet er dann die wesentlichen Kommunikations- ansprüche der Kinder ab: „Realitätserklärung, Dissonanzreduktion, Identitätsfindung und Spieltätigkeit“ (45). Das Fernsehen habe diese Ansprüche zur Erfüllung seiner herrschaftssichernden Funktion „in eine den kapitalistisch genormten Arbeits-, Entscheidungs- und Frei-

zeitverhältnissen konforme Verfassung“ (45) zu bringen. Unter vorzichtiger Einbeziehung von bisher durch die bürgerliche „Kinderfernsehforschung“ vorliegenden empirischen Daten versucht Holzer sodann, diese These zu konkretisieren, indem er anhand einzelner Sendungen die „Verschränkung von Medienfunktionen und Publikumsansprüchen“ (53) der Drei- bis Sechsjährigen exemplifiziert. — Die sich anschließenden „interpretativen Skizzen“ (91) von einigen spezifischen Kindersendungen (von „Maxifant und Minifant“ bis zur „Rappelkiste“) haben nur essayistischen Charakter, dienen aber als Kurzanalysen der „programmatischen“ Behandlung der Kommunikationsansprüche der Kinder durch die Institution Fernsehen durchaus der Verifizierung vorangegangener Thesen. — Die den Abschluß der Analyse bildenden „Hinweise auf Alternativen“ (135 ff.) für das bestehende Kinderfernsehen sollen, so Holzer, weder als „vorschnelle Umsetzung von Kritik“ (135) in eine positive Praxis noch als von den bestehenden massenkommunikativen Verhältnissen in der BRD abstrahierende „Veränderungsvorschläge“ begriffen werden. Sie können und wollen wohl auch nicht mehr als Denkanstöße und Arbeitshinweise vor allem für die im Sozialisationsbereich Tätigen sein.

Siegfried Zielinski (Berlin/West)

Psychologie

Buser, Remo: *Ausdruckspsychologie. Problemgeschichte, Methodik und Systematik der Ausdruckswissenschaft.* Ernst Reinhardt Verlag, München 1973 (238 S., br., 13,80 DM).

Über die Hälfte des Buches besteht aus einer wissenschaftshistorischen Einführung, die mit dem Ausdrucksproblem in der Philosophie und Psychologie des Altertums beginnt, Bezüge zu Paracelsus und Porta herstellt und dann sich besonders der Rolle Lavaters als eines möglichen Begründers der Ausdruckspsychologie zuwendet. Weitere Kapitel sind dem „Romantiker“ Carus, der Interpretation der Mimik als Grundlage der Physiognomik bei Pideret, Versuchen mit objektiv-empirischen Verfahren und Ludwig Klages als zentraler Figur der Ausdruckswissenschaft in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts gewidmet. Ein derartiger Abriß könnte konstruktiv sein, wenn er nicht einfach als Problemgeschichte abgehandelt würde, sondern auch auf Abhängigkeiten von sozialpsychologischen und gesellschaftlich-ökonomischen Grundsituationen eingehen würde. Aber auch die Zusammenstellung bestimmter Problemkreise selbst läßt zahlreiche Fragen offen. So wird Carus unter dem Leitthema: „Der Organismus als Symbol der Idee der Seele: das Unbewußte“ mit seinem 1846 erschienenen Werk „Psyche“ als ein Vorläufer der modernen Tiefenpsychologie und Anthropologie (?) interpretiert, für die sich wie z. B. über die Verwendung des Begriffes des Unbewußten bei Carus Hinweise fin-

den lassen; andererseits steht die Psychoanalyse durch zahlreiche mechanistische und energetistische Vorstellungen in unmittelbarer Beziehung zu den aufstrebenden Naturwissenschaften in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts und damit im Gegensatz zur Romantik. Recht eigentümlich ist die Subsumtion von Darwin, der mit seinem Buch „Der Ausdruck der Gefühle bei Mensch und Tier“ einen wichtigen naturwissenschaftlichen Beitrag zur Ausdruckspsychologie geleistet hat, und des „Systems der Graphologie“ von Michon unter die Rubrik „Versuche mit objektiv-empirischen Verfahren“, da auf diese Weise lediglich die besondere Problematik von Aussagen über die Handschrift auch in der modernen Ausdruckspsychologie verdeckt wird. Die Interpretation der Beschäftigung mit Träumen, z. B. bei Paracelsus und Lichtenberg als Beschäftigung mit dem Unbewußten, vermittelt mehr Rückschlüsse über ihr Verhältnis zu späteren tiefenpsychologischen Problemstellungen, mitunter auch nur über das Verhältnis des Buchautors zur Psychoanalyse, aber der Zusammenhang mit der Ausdruckspsychologie wird nicht unmittelbar einsichtig.

Ein zweiter Teil ist den methodischen Problemen der Erkenntnisgewinnung in der Ausdruckspsychologie gewidmet. Dazu rechnet Buser Induktion, Analogie, Konstruktion, Autorität, worunter der Einfluß des Untersuchers auf die Anerkennung der Aussagen verstanden wird. Hier findet der erstaunte Leser, nachdem er sich durch den umfangreichen historischen Teil hindurchgearbeitet hat, auch die Aussage, daß die Ausdruckspsychologie doch eine recht umstrittene Wissenschaft sei, „in der noch keine eigentliche Tradition herrscht“ (132). Der Intuition als Quelle der Erkenntnis ist das umfangreichste Kapitel dieses Buchteils gewidmet, was zweifellos ihrer überragenden Bedeutung bei der Interpretation des Ausdrucksverhaltens entspricht. Der Bezug auf technische Hilfsmittel der Ausdruckswissenschaft wie Film, Tonband, Photographie usw. kommt über eine Aufzählung nicht hinaus.

Der dritte Teil „Systematische Probleme: Wissenschaftsbereiche, aus denen Erkenntnisse gewonnen werden müssen“ enthält bereits indirekt den Hinweis darauf, was den Mangel der bisherigen Überlegungen ausmacht: Das Fehlen von Bezügen auf die empirische Spezifik der Ausdruckspsychologie, auf experimentelle Beispiele und auf das Eingehen auf die besondere Methodik des Ausdrucksproblems. Am deutlichsten zeigt sich das in dem Abschnitt „Bemerkungen zu einer wissenschaftlichen Ausdruckspsychologie“, in dem man noch am ehesten ein Eingehen auf die wissenschaftlichen Besonderheiten der Ausdruckspsychologie erwarten dürfte, der sich jedoch lediglich auf eine Besprechung von Heitlers „Der Mensch und die naturwissenschaftliche Erkenntnis“ beschränkt. Überraschend findet man sich deshalb plötzlich in einer Diskussion über die Grenzen des mechanistisch-deterministischen Weltbildes der klassischen Physik und den Auffassungen etwa Max Plancks und Robert Oppenheimers dazu. Diese Problemebene wird höchstens verlassen, um ein noch allgemeineres philosophisches Thema aufzunehmen. Es bleibt schwer einzu-

sehen, welchen Stellenwert Probleme der physikalischen Theoriebildung für die Existenz der Ausdruckspsychologie besitzen sollen. Der Vorschlag einer möglichen Ortung der Ausdruckspsychologie sieht diese Spezialdisziplin der Psychologie wiederum in einer völlig anderen Erkenntnissituation: Als Metatheorie gegenüber der Anthropologie, Medizin, Psychosomatik, Ethologie, Wahrnehmungslehre. Während im bisherigen Text ausdrücklich von „Ausdruckswissenschaft“ gesprochen wird, ein Terminus, der eine metatheoretische Integrationsfunktion nahelegt, wird bei der systematischen Begründung dieser Möglichkeit wieder die einzelwissenschaftliche Bezeichnung „Ausdruckspsychologie“ verwandt.

Die Schwierigkeiten des Buches von Buser bestehen darin, Probleme der Ausdruckspsychologie wiederzufinden; auch empirische Bezüge zu Nachbarwissenschaften werden nur andeutungsweise erwähnt. Dabei ist gerade in der Verhaltensforschung mit der Untersuchung über die Ritualisierung des Verhaltens eine empirische Möglichkeit entstanden, das Ausdrucksverhalten bei Tier und Mensch phylogenetisch abzuleiten und damit einem wissenschaftlichen Verständnis zugänglich zu machen. Ebenso fehlen Hinweise auf die Bedeutung des Ausdrucks in der averbalen Kommunikation, der Funktion innerhalb der alltäglichen Verständigung oder seine Rolle bei der Entstehung von Vorurteilen anderen menschlichen Rassen gegenüber.

Volker Schurig (Berlin/West)

Dannhauer, Heinz: *Geschlecht und Persönlichkeit.*

Eine Untersuchung zur psychischen Geschlechtsdifferenzierung in der Ontogenese. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1973 (200 S., 9,80 M).

Zwar wurden in der DDR „die objektiven Bedingungen für die Gleichberechtigung der Frau geschaffen“ (7), nichtsdestoweniger „ist ihre tatsächliche gleichberechtigte Mitwirkung in der Produktion und bei der Leitung des Staats und der Produktion noch nicht voll verwirklicht“ (19). Ursachen hierfür sieht Dannhauer — Marx' Satz von der Tradition aller toten Geschlechter, die wie ein Alp auf den Gehirnen der Lebenden lastet, zitierend — in der Neigung, „Leitbilder von Mann und Frau vergangener Epochen ... zu verallgemeinern und zu transformieren“ (33, auch 83) sowie in der ‚Bremswirkung‘, die Männer ausüben, wenn ihnen der „Verzicht von Vorrechten gegenüber der Frau“ (32) zugemutet wird. Ausgangspunkt von Dannhauers Forschungen ist jedoch folgende Überlegung: „Bereits bei der Erziehung der Jungen und Mädchen stehen wir vor der Aufgabe, der Forderung nach der Gleichberechtigung der Frau zu entsprechen. Dieser Aspekt der Erziehung wird bisher nur spontan beachtet. Eine Ursache dafür sehen wir darin, daß es bisher an einer psychologischen Grundlegung des Problems fehlt“ (12).

Hemmende subjektive Rollenvorstellungen über das ‚Wesen‘ von Frau und Mann, Einstellungsstereotype und Leitbilder sollen also untersucht werden und die Mechanismen der Übernahme und Interiorisierung traditioneller Geschlechtsrollen im Laufe der Erziehung erforscht und somit bewußter Beeinflussung zugänglich gemacht werden.

Die in den Jahren 1965 bis 1968 in Jena und anderen Städten der DDR durchgeführte Untersuchung erfaßte ca. 1000 Kinder und Jugendliche zwischen dem zweiten und 16. Lebensjahr. Durch Befragungen und Beobachtung des Spielverhaltens, der Spielzeugwahl usw. sollten Anhaltspunkte für den Verlauf des Prozesses der Geschlechtsrollenübernahme gewonnen werden. Ferner wurden Erzieher und Eltern über die geschlechtsspezifischen Spielinteressen und Charaktermerkmale der Kinder und Jugendlichen befragt. Zu den frühesten nachweisbaren geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen, den Spielinteressen, bemerkt Dannhauer: „Nach unserer Auffassung sind die Ursachen der geschlechtsspezifischen Spielinteressen in der Beeinflussung durch die Eltern zu suchen“ (117). Schon in der Gruppe der jüngsten untersuchten Kinder (1 Jahr, zehn Monate bis 2 Jahre, 3 Monate) konnte z. B. „eine deutliche Geschlechtsdifferenz im Spielverhalten“ (179) ermittelt werden. Ferner sind nach schematischen Beurteilungen „Mädchen im Kindergartenalter häufiger gefühlbetont, zurückhaltend, folgsam und höflich; die Jungen dagegen aggressiv, unfolgsam, verschlossen und frech. Die Differenz in den Verhaltenseigenschaften steigt mit zunehmendem Alter an“ (179).

Dannhauer sieht dennoch, daß es unter den in der DDR gegebenen Bedingungen „zu einer Abschwächung der geschlechtsspezifischen Unterschiede“ (183) kommt. Zwar sind traditionelle Rollen noch „vor allem in solchen Bereichen als Orientierungsmodell wirksam . . . , in denen nur eine weitmaschige gesellschaftliche Determination des Verhaltens gegeben ist“ (184). Aber: „Die Kooperationsbeziehungen der Geschlechter in der Arbeitstätigkeit, die sich in Abhängigkeit von den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen entwickeln, sind das revolutionäre Element, d. h., sie führen zu einem Wandel der Rollen und zu einem Abbau der psychischen Geschlechtsdifferenzierung“ (184). Dannhauer scheint seinerseits nicht völlig frei von den analysierten Vorstellungen zu sein, denn in seinen Stellungnahmen bleiben einige Widersprüche stehen. So sagt er z. B. einerseits sehr treffend: „Die Wahl des Ehepartners nach dem Ergänzungsprinzip (z. B. Rationalität des Mannes und Emotionalität der Frau) entspricht einem patriarchalischen Partnermodell“ (169). Im letzten Kapitel jedoch, wo er pädagogische und psychologische Schlußfolgerungen zieht, behauptet er eigentümlich unbefangen: „Die Geschlechter sind aber grundsätzlich zur Ergänzung in der Partnerschaft bestimmt“ (187). Somit ist für ihn die Homosexualität nur als „Rollenverfehlung“ begreifbar (81). Daß hierbei aber auch gerade jene Rollen verfehlt werden, die Dannhauer so gründlich als

gleichberechtigungshemmend analysiert, scheint ihm gar nicht aufzufallen. Ähnliches gilt für den Begriff „Mutterpflicht“ (187), der an keiner Stelle präzisiert wird.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt, bedingt durch die Tatsache, daß hier für die psychologische Forschung in der DDR Neuland betreten wird, in der empirischen Bestandsaufnahme über Umfang und Charakter der fortschritthemmenden Geschlechtsstereotype und -leitbilder. Eine umfassende Theorie der Geschlechtbeziehungen im Sozialismus wird künftig ohne diese wichtige Vorarbeit nicht auskommen können.

Manfred Herzer (Berlin/West)

Geschichte

Sohn-Rethel, Alfred: Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1973 (310 S., br., 7,— DM).

Der Band vereinigt neun Studien und Ausarbeitungen, die hauptsächlich zwischen 1937 und 1941 geschrieben wurden und fast alle zum ersten Mal gedruckt vorliegen. S.-R., Jahrgang 1899, von 1936 an in Großbritannien ansässig, seit wenigen Jahren Gastprofessor in Bremen, war von 1931 bis Anfang 1936, vor seiner Emigration aus Deutschland, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Hauptgeschäftsführung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT) in Berlin und hatte Zugang zu außergewöhnlich guten Informationsquellen über die Interna der herrschenden Kreise des deutschen Imperialismus.

S.-R. nimmt für sich in Anspruch, bereits damals diese Quellen als Marxist ausgewertet zu haben. An diesem Punkt hat sich unlängst eine polemische Auseinandersetzung entzündet (Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/74 und 12/74), nachdem S.-R. sich 1970 im „Kursbuch“ (21/70) als Autor des berüchtigten „Rekonsolidierungs“-Artikels aus den großkapitalistischen „Führerbriefen“ vom September 1932 zu erkennen gegeben hatte. Dieser Artikel, in dem „die positiven Möglichkeiten und Aufgaben des Nationalsozialismus“ (170) erörtert worden waren, ist auch im vorliegenden Band noch einmal abgedruckt.

Scheint S.-R. in bezug auf den erwähnten Artikel einem krassen Fall von politischer Selbsttäuschung zum Opfer gefallen zu sein, so haben seine später in der Emigration geschriebenen Arbeiten überwiegend einen positiven Informationsgehalt. Sie sind überdies gespickt mit brillanten und oft treffenden Analysen vor allem politökonomischer Art — brillant auch dann, wenn ihre wissenschaftlichen Grundlagen und Ergebnisse letztlich nicht befriedigen.

Eine Schwierigkeit beim Lesen und Auswerten des Bandes besteht darin, daß gerade die Sachinformationen weitgehend aus der persönlichen Erfahrung und Erinnerung geschöpft sind, so daß jegliche Angaben von Quellen fehlen. Das verweist den Leser auf den guten Glauben hinsichtlich der Exaktheit der S.-R.'schen Beobachtungen; ein Mangel, der sich besonders für die Zeit von 1936 an bemerkbar macht, als S.-R. die Dinge nur noch von außen, von London aus, verfolgen konnte.

Neue Aufschlüsse über die maßgeblich vom MWT gesteuerte Südosteuropapolitik und über die Agrarpolitik des deutschen Imperialismus halte ich für den eindeutigsten Gewinn, den der Fachmann aus dem Band zieht. Großes Interesse erheischt die Analyse des widersprüchlichen Verhältnisses der verschiedenen Monopolgruppierungen zu Autarkiepolitik und Außenmarktexpansion. Sehr beachtenswert ist ferner die ausführliche Erörterung der Zusammenhänge zwischen den Widersprüchen und „Zwängen“ des monopolkapitalistischen Reproduktionsprozesses und der Faschisierung der verschiedenen Fraktionen der Großbourgeoisie. Aus diesen Zusammenhängen leitet der Vf. — zu unvermittelt und einseitig — sowohl die Zwangsläufigkeit ab, mit der, nach S.-R., der Faschismus in Deutschland an die Macht geschoben wurde, als auch seine soziale Funktion überhaupt als politisches und vor allem ökonomisches „Management“ (199) des Monopolkapitals. In der zuletzt genannten Problematik sehen S.-R. und die Hrsg. den wichtigsten Beitrag des Bandes zur marxistischen Faschismustheorie.

Das theoretische Gerüst, in das S.-R. die geschichtlichen Tatsachen und seine speziellen Beobachtungen einordnet, besteht in einer Art Zusammenbruchstheorie. Nach ihr führt die Entwicklung der Produktivkräfte unter der Herrschaft der Monopole zu unüberwindlichen Reproduktions- und Verwertungsschwierigkeiten, die im Falle Deutschlands Anfang der 30er Jahre mit Zwangsläufigkeit entweder die proletarische Revolution oder die faschistische Diktatur auf die Tagesordnung setzten. Auch die anderen kapitalistischen Industriestaaten steckten in der „ökonomischen Endkrise des Kapitalismus“ und waren „auf dem gleichen Weg zur kriegerischen Endkrise begriffen“ (115 f.; 182). Die faschistische Diktatur richtete nicht nur eine Rüstungskonjunktur großen Maßstabes für das Finanzkapital ein; nach S.-R. war und ist Faschismus ex definitione der „Umbruch von der Reproduktionsökonomie“ oder der „Marktökonomie“ zur „Vernichtungsökonomie“ oder „Ökonomie des Bankrotts“ (68; 188; 199); für diese gelten die alten ökonomischen Gesetze des Kapitalismus nicht mehr, sondern die „entgegengesetzten Regeln“ (116), die „umgekehrten Gesetze“ (185). Für S.-R. gibt es ein besonderes „faschistisches System des defizitären Profitkapitalismus“ (118), an anderer Stelle ebenso mißverständlich definiert als „faschistisches System der (durch brachialen Terror erzwungenen — D. E.) absoluten Mehrwertproduktion“ (123), in der „das Endprodukt, das erzeugt wird, nicht in den inneren Markt zurückkehren darf.“ (118)

S.-R.'s Prototyp einer „faschistischen Ökonomie“ liegen zum Teil richtig beobachtete Elemente und Entwicklungen der Ökonomie des entwickelten Kapitalismus zugrunde (tendenzieller Fall der Profitrate), insbesondere der Allgemeinen Krise des Kapitalismus (Nichtauslastung der Kapazitäten) und des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Regulierung des Reproduktionsprozesses durch den Staat). Einige dieser Charakteristika erfahren durch den politischen Stimulus einer faschistischen Diktatur in der Regel eine extreme Ausprägung (außerökonomischer Zwang in der Ökonomie, Rüstungswirtschaft, Expansionismus und offene Aggressivität des Finanzkapitals).

Ende der 30er Jahre konnte S.-R. sich irren und diese Phänomene als exklusive und konstitutive Wesensmerkmale des Faschismus mißdeuten — zumal da Lenins Imperialismusanalyse ihm vermutlich nicht bekannt gewesen ist; rund 30 Jahre nach Kriegsende aber seine Theorie als „Ausgangspunkt für eine die geschichtlichen Unterschiede und die widersprüchlichen Erscheinungen zusammenfassende materialistisch-dialektische Theorie des Faschismus“ (24) anzupreisen, wie es die im einzelnen nicht unkritischen Herausgeber tun, ist undiskutabel. Unsere heutige historische Erfahrung besagt zweifelsfrei, daß an den erwähnten Gebrechen der Imperialismus, als Kapitalismus im Fäulnisstadium, permanent und unheilbar laboriert, unter welchen politischen Vorzeichen auch immer.

Ob der Faschismus siegt oder nicht, das ist eine Frage des Klassenkampfes und nicht der Ökonomie. Auch davon zeugt die Geschichte, beispielsweise die französische der 30er Jahre und auch die deutsche, etwa zur Zeit des Kapp-Putsches oder aber, mit umgekehrtem Vorzeichen, in den letzten Monaten der Weimarer Republik, als die große Wirtschaftskrise schon eindeutig im Abklingen war. Falsch orientiert werden die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte, wenn als Alternative zum Faschismus nur die proletarische Revolution anerkannt wird (126; 188; 191 f.). Überhaupt führt eine einseitige ökonomistische Betrachtungsweise, wie im Regelfall, so auch hier zu politischem Fatalismus oder Utopismus.

Als verzeichnet erscheint mir die politische Rolle der führenden Repräsentanten des Finanzkapitals, wenn S.-R. sie als diejenige „hervorragender Regenmacher unter den Wilden“ lächerlich macht und ihr als realere und überlegene Macht die der Syndizi und Manager gegenüberstellt (32 f.). Wir finden auch die heute häufig kolportierte These vom full facism seit 1936: Die „Göring-Diktatur“ des „Vierjahresplanes“ sei kennzeichnend dafür, daß „die Hebel der ökonomischen Kommandogewalt des Industriefaschismus aus den Händen der Bourgeoisie in die ihrer eigenen faschistischen Funktionäre übergehen.“ (110)

Der skizzenhafte Charakter der Studie von S.-R. ist schließlich, ungeachtet der vor dem Druck vorgenommenen Redigierung des Bandes, nicht zu übersehen. So findet in „Entwicklungslinien der Außenpolitik“, einem Aufsatz, der die Datierung vom Mai 1939

trägt, das Münchner Abkommen, die wichtigste außenpolitische Zäsur der Vorkriegsjahre, kaum Erwähnung. Die Großbanken, insbesondere die Deutsche Bank, werden ökonomisch wie politisch im ganzen Band als zu vernachlässigende Größe behandelt.

Dietrich Eichholtz (Berlin/DDR)

Hennig, Eike: Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938. Edition Suhrkamp 662, Frankfurt/M. 1973 (264 S., br., 8,— DM).

Auch wer seit längerem mit der Materie befaßt ist, wird vermutlich, wie der Rezensent, das Buch etwas verwirrt und unklar über dessen Endzweck aus der Hand legen: Thesen sind es nicht, ein Leitfaden ist es nicht, eine Materialstudie ist es nicht (obwohl von großer Belesenheit zeugend); für einen Problemerkatalog mit dem Zweck, „eine kritische Arbeit in Seminaren und von projektorientierten Forschungsgruppen einzuleiten“ (10), ist es reichlich unübersichtlich, schon in seiner Gliederung. Auf weite Strecken handelt es sich um einen ausführlichen, kommentierten Literaturbericht mit einem womöglich noch ausführlicheren Fußnotenteil im Anhang, mühsam zu lesen nicht nur wegen dieser zweigeteilten Anordnung, sondern vor allem auch wegen einer recht angestregten Fachsprache. Positiv ist an dem Buch, daß erstens tatsächlich vielerlei Probleme für die künftige Forschung aufgeworfen werden, daß zweitens in der kritischen Auseinandersetzung mit einigen Autoren (Nolte, Treue, Stolper/Häuser, Schoenbaum, Broszat u. a.) manches Zutreffende festgestellt wird, und daß drittens dem Buch eine Fülle von Literaturhinweisen zu entnehmen ist.

Daß zahlreiche Forschungsprobleme existieren, ist allerdings keine neue Erkenntnis. Wer würde nicht der Forderung nach mehr empirischer Forschung, nach der „Füllung positivistischer Wissenslücken“ (131) zustimmen? H. sieht auch einige wesentliche und sehr aktuelle historische Probleme wie die „Kontinuität der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher sowie der nationalsozialistischen Machtausübung vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise“ (7) und das „Verhältnis von Industrie und Nationalsozialismus“ (238) bzw. das „Problem einer Arbeitsteilung von ‚politischer Macht‘ und ‚ökonomischer Herrschaft‘ im Nationalsozialismus“ (125). H. hält alle bisher vorliegenden Forschungen zu solchen Problemen für „gleichermaßen untaugliche Versuche“ (9) — aber doch nicht für so „gleichermaßen“ untauglich, als daß er nicht die „links-positivistischen“ Arbeiten von DDR-Historikern und überhaupt die „sowjet-marxistische“ Literatur, gegen die er sogar einen H. A. Turner als Zeugen anruft, für methodisch und theoretisch besonders unzulänglich betrachtet. Hierüber könnte man zur Tagesordnung übergehen, wenn H. seine Rolle als Modekritiker der marxistischen Historiographie nicht von einem links-sein-sollenden Standpunkt ausspielen wollte.

Da muß denn doch die Frage nach den eigenen „positivistischen Wissenslücken“ des Autors, und nicht nur nach den positivistischen, gestellt werden. Die auffälligste und schwerwiegendste Lücke sehe ich in der Ausklammerung der Imperialismustheorie Lenins, die den Schlüssel zum Verständnis des Faschismus und des Kapitalismus in unserem Jahrhundert überhaupt darstellt.

H.'s Kenntnisse über den Imperialismus konzentrieren sich, seinem Büchlein nach zu urteilen, auf die seit längerem in der Diskussion befindliche Theorie der Monopolgruppierungen, die aber ohne ihre Fundierung und Verankerung in der Leninschen Lehre vom Imperialismus unverständlich wird und zu ganz irreführenden Schlüssen führen muß. Vollständig verschwinden die Aufteilung und Ausbeutung der Welt durch die nationalen Gruppen und internationalen Verbände des Finanzkapitals und dessen weltweiter Expansionismus aus dem Blickpunkt, der gesetzmäßig zu imperialistischen Kriegen, darunter zu zwei Weltkriegen, geführt hat. Als Erklärung für die Kriegsvorbereitung in Deutschland 1933—1939 wird statt dessen lediglich ein mehr oder weniger zufälliges Zusammenreffen von „kurzfristige(n) Industrieinteressen“ an Extraprofiten und „grundsätzliche(n) Erwägungen der kriegsentschlossenen faschistischen Oligarchie“ angeboten (135).

Welche „positiven Kenntnisse“ vermittelt H. über sein engeres, spezielles Thema, das „Verhältnis von Nationalsozialismus und Industrie“, über das er im Jahre 1973 promoviert hat? Hier hat ein Berg von Literatur gekreißt, und herausgekommen sind im wesentlichen zwei Thesen (also nun doch Thesen), die, soweit nicht einfach falsch, weit hinter gesicherten Forschungsergebnissen zurückbleiben. Da ist an erster Stelle die „Nicht-Identität von kapitalistischer Herrschaft und nationalsozialistischer Macht“ (127) zu nennen. Diese „Nicht-Identität“ von „sozialer Herrschaft“ und „politischer Macht“ (126) postuliert H. auch für die allgemeine Faschismustheorie und überhaupt gegenüber dem „dogmatisierenden“ historischen Materialismus (33). Nun wird niemand vernünftigerweise behaupten, daß zwischen Ökonomie und Politik eine simple Identität besteht. Doch wenn man unter Identität die widersprüchliche dialektische Einheit verschiedener Seiten eines Prozesses versteht, so muß man von der Grunderkenntnis der Marxschen Geschichts- und Gesellschaftsauffassung ausgehen und dabei bleiben, daß Ökonomie und Politik, Basis und Überbau den Charakter einer solchen Einheit tragen. Auf den Faschismus und besonders auf die faschistische Diktatur als extreme, dabei durchaus adäquate Form des politischen Überbaus über der „sozialen Herrschaft“ des Finanzkapitals trifft sehr genau Lenins Wort zu, „daß die Politik der konzentrierteste Ausdruck der Ökonomik ist“ (Lenin, Werke, Bd. 32, S. 15). Von dieser Position aus ließe sich nichts dagegen einwenden, daß die „Betrachtung des Vermittlungsprozesses und der Funktionen der interventionistischen Institutionen nationalsozialistischer Kriegs- und Wirtschaftspolitik“ — so H. — „ins Zentrum des Interesses“ (129) rückte. Aber getreu dem

theoretischen „Ansatz“ der „Nicht-Identität“ schlägt H. als nahelegend vor, „die empirische und theoretische Diskussion des deutschen Faschismus aus der Perspektive der bonapartismustheoretischen Argumentationen wiederaufzugreifen“ und auf Thalheimer und Trotzki zurückzugehen (128). Das ist offenbar des Pudels ganzer Kern, der sich am Ende herausschält.

Da ist ferner die eigentümliche Formulierung von dem „sozialen ‚bias‘ zugunsten der großen Industrie“ (80) und „zuungunsten der abhängig Arbeitenden“ (107) durch den Nationalsozialismus, festgestellt „an Indikatoren wie der Gewinnsumme, der Selbstfinanzierungsquote und den Investitionen etc.“ (126). „Bias“ übersetzt H. mit „Bevorzugung“. Diese These taucht dutzendfach durch das ganze Buch hindurch auf, und H. zelebriert sie wie eine große Entdeckung. Es handelt sich um einen ganz verschwommenen, für die wissenschaftliche Analyse irrelevanten Begriff, dessen Sinn nur der sein kann, die These von der „Nicht-Identität“ in eine vage Übereinstimmung mit unleugbaren Tatsachen zu bringen, die vor allem durch die marxistische Forschung, beispielsweise durch Kuczynski, seit langem bekannt sind. Diese Tatsachen besagen nun freilich in toto, daß der deutsche Faschismus ein besonderes, extrem terroristisches und aggressives System staatsmonopolistischer Machtausübung der reaktionärsten Kreise der Finanzoligarchie war, einer Machtausübung nicht einfach nur zum Zwecke der Profitmaximierung, sondern auch — durchaus im Zusammenhang damit — zum Zwecke der grausamen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung und jeder anderen Opposition, der gewaltsamen Neuaufteilung der Welt (einschließlich der Liquidierung der UdSSR) und der Niederhaltung (bis zur Ausrottung) der betroffenen Völker.

Dietrich Eichholtz (Berlin/DDR)

Kuhn, Axel: Das faschistische Herrschaftssystem und die moderne Gesellschaft. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1973 (160 S., br., 10,— DM).

Der Autor erhebt den Anspruch, aus der Kritik „idealtypischer“ Faschismustheorien eine eigene Theorie des Faschismus zu entwerfen, die den Ergebnissen historischer Einzelforschung standhält. Kuhn bezieht sich dabei in erster Linie auf den Nationalsozialismus und gelegentlich auch auf den italienischen Faschismus. Konstitutiv für Theorien, die den Faschismus als Ergebnis bestimmter historischer Konstellationen beschreiben, ist nach Kuhn die Analyse des Verhältnisses von Kapitalismus und Faschismus. „Faschismustheorien können [...] autonomistisch oder heteronomistisch sein, je nachdem, ob sie der faschistischen Partei eine eigenständige Rolle oder einen instrumentellen Charakter zubilligen“ (27).

An dem heteronomistischen Grundschema — faschistische Partei als Agentur des Monopolkapitals — halte, so argumentiert Kuhn, die Faschismustheorie der DDR bis heute fest, indem sie betone, daß die faschistische Partei nicht aus eigener Kraft die politische Macht eroberte, sondern vom Monopolkapital eingesetzt wurde zu einem Zeitpunkt, als ihre Massenbasis schon im Zerfallen begriffen war. Auch die Unterscheidung zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb der Bourgeoisie, die zu verschiedenen Zeiten den politischen Kurs bestimmten, lasse nach der DDR-Faschismustheorie nicht auf ein maßgebliches Eigengewicht der faschistischen Partei schließen. Kuhn weist demgegenüber darauf hin, daß die nationalsozialistische Expansionspolitik zwar im Interesse der durch die Weltwirtschaftskrise schwer getroffenen Monopole lag, jedoch im wesentlichen einem Gesamtplan folgte, den Hitler vor 1923 unter den Bedingungen des verlorenen Weltkrieges entwickelte (56 ff.), die einzelnen Etappen der nationalsozialistischen Expansion sowie ihre zeitliche Abfolge nicht direkt aus einer Manipulation der Monopole abzuleiten sind.

Während die Faschismustheorie der DDR die objektive Funktion des Faschismus — Stabilisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch Zerschlagung der Arbeiterbewegung, Aufrüstung und militärisch-wirtschaftliche Expansion — betone, gehe die autonomistische Faschismustheorie, die den meisten liberalen Darstellungen zugrunde liege, von der sozialen Basis des Faschismus aus. Sie erkläre seit Th. Geiger und S. M. Lipset („Faschismus als Extremismus der Mitte“) die mittelständische Massenbasis des Faschismus als Folge der zunehmenden Verschlechterung der ökonomischen Lage des Mittelstands bei gleichzeitiger ideologischer Abgrenzung gegen das Proletariat. „Die Lösung lag in der Kampfansage an das mobile und in der Garantie für das immobile Kapital. Nationalismus, Volksgemeinschaft und Antimonopolkapitalismus sind die Bestandteile der faschistischen Ideologie, die dem Mittelstand am meisten imponierten“ (43). Dem Faschismus sei eine „soziale Veränderungsdynamik“ immanent (ebd.), die das verschwommene Ideal einer vorkapitalistischen „klassenlosen“ Gesellschaft verwirklichen will und ebenso das *Movens* für die außenpolitische Expansion darstellt. Damit ignoriere die autonomistische Faschismustheorie die Differenz zwischen faschistischer Ideologie und der faktischen Politik des faschistischen Staates, die weitgehende Interessenidentität zwischen faschistischer Partei und Großbourgeoisie.

Den Gegensatz zwischen autonomistischer und heteronomistischer Theorie faßt Kuhn schlagwortartig zusammen: Für die Heteronomisten ist das Ziel des Faschismus die außenpolitische Expansion, für die Autonomisten die innenpolitische Integration (45). Dem setzt Kuhn die symmachistische Faschismustheorie entgegen, die inhaltlich nicht unbedingt neu ist — Kuhn verweist selbst auf die Bündnistheorie R. Kühnls u. a.: Konstitutiv sei nicht ein einseitiges Bestimmungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Faschismus, sondern die Verbindung zweier eigenständiger politischer Faktoren (93). „Die sym-

machistische Theorie geht davon aus, daß in der konkreten historisch-politischen Situation, in der der Faschismus als Staatsform etabliert wird, die monopolkapitalistische Bourgeoisie und der antikapitalistische Mittelstand ihre gesellschaftliche Position nur noch halten können, wenn sie miteinander gehen“ (ebd.). Die objektive Funktion des Faschismus ist dabei die Stärkung des monopolkapitalistischen Systems „vornehmlich durch die gewaltsame Ausschaltung der Arbeiterorganisationen“ (117). Zu den bestimmenden Merkmalen des Faschismus zählt Kuhn den „Wechsel vom mittelständischen Massencharakter faschistischer Bewegungen zum großbürgerlichen Klassencharakter faschistischer Herrschaftssysteme“ (113). Der Wechsel sei aus dem fehlenden Klassencharakter des Mittelstands zu erklären, der in der ökonomischen Krise zwar ideologisch eine Einheit bilde, nicht aber ökonomisch, was der faschistischen Partei nach der Herrschaftsübernahme ermögliche, weitgehend auf Mittelstandspolitik zu verzichten.

In einem eigenen Kapitel geht der Verfasser auf langfristige ökonomische Voraussetzungen des Faschismus ein. „Durchgesetzt hat sich der Faschismus aber nur in Staaten, in denen die Wellen der Industrialisierung so kurz aufeinander folgten, daß sich das frühkapitalistische System, insbesondere die mittlere Besitz- und Eigentumsklasse, nicht konsolidieren konnte“ (125 f.). Daraus resultierte die Anfälligkeit dieser Schichten für vorkapitalistische und völkische Integrationsideologien, die in einer wirtschaftlichen Depressionsphase zugunsten des Monopolkapitals mobilisiert werden konnten. Der Zusammenhang bzw. Widerspruch von ökonomischer Lage und Bewußtsein des Mittelstands wird von Kuhn interessenpsychologisch analysiert; hier wäre eine Ergänzung durch sozialpsychologische und psychoanalytische Theorien angebracht, da die starke Resistenz solcher Ideologien, z. B. des Antisemitismus, gegenüber rationaler Aufklärung nicht mehr *allein* aus den ökonomischen Interessen dieser Schichten zu erklären ist.

Problematisch ist eine weitere Prämisse der Faschismustheorie Kuhns, die aus der Marxschen Bonapartismustheorie abgeleitet ist: die Spaltung von wirtschaftlicher und politischer Macht in monopolkapitalistischen Staaten und die Verselbständigung des Exekutivapparates. „Es [das Bürgertum] wird immer dann wieder ein Bündnis schließen und bereit sein, auf die politische Macht zu verzichten, wenn es seine ökonomische Macht durch das Proletariat bedroht sieht“ (130). An der Transformation der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in den faschistischen Staat läßt sich m. E. eher umgekehrt zeigen, wie es dem Monopolkapital gelang, den Staatsapparat wirkungsvoller als vorher für seine Interessen zu instrumentalisieren. Es wäre also nicht eine Spaltung von wirtschaftlicher und politischer Macht im Interesse beider Bündnispartner zu konstatieren, sondern eine „Ergänzung“ der herrschenden Klasse auf der politischen Ebene um die Repräsentanten einer ursprünglich mittelständisch orientierten Massenbewegung, die willens waren, die Aus-

schaltung des politischen Gegners und die außenpolitische Revision im Interesse der Bourgeoisie radikaler als die traditionellen Führungseliten zu betreiben, und die dann aufgrund ihres Eigengewichts in dieser Koalition einige ihrer ursprünglichen romantisch-vorkapitalistischen und rassistischen Programmpunkte realisieren konnten, solange dies nicht den grundsätzlichen Interessen ihres Bündnispartners zuwiderlief. Abschließend stellt der Autor fest, „daß der nicht-sozialistische Weg überstürzter Industrialisierung rückständiger Staaten bonapartistischen und faschistischen Staatsformen die größten Chancen eröffnet“ (137). An diesem Punkt müßte die Diskussion anhand aktuellerer Beispiele weitergeführt werden, wenn sie dem Anspruch gerecht werden soll, den der Titel des Buches erhebt. Anzumerken wäre noch, daß mir die Teile des Buches am überzeugendsten zu sein scheinen, in denen Kuhn auf seine eigenen Forschungen zurückgreifen kann, nämlich bei der Analyse der faschistischen Außenpolitik.

Horst Thum (Hannover)

Grunberger, Richard: Das zwölfjährige Reich. Der Deutschen Alltag unter Hitler. Verlag Fritz Molden, Wien/München/Zürich 1972 (543 S., Ln., 36,— DM).

Grunberger behandelt in 30 Abschnitten von je etwa 15 Seiten Themen wie „Die Partei“, „Die Wehrmacht“, „Die Wirtschaft“, „Die Arbeiterschaft“, „Die Familie“, „Die Universitäten“. Ein reichliches Drittel des Buches ist allein dem Themenkomplex Bildung und Erziehung, Propaganda, Kunst, Kultur und Religion gewidmet. Als letztes: „Die Juden“. Die Kriegszeit ist insgesamt stark unterrepräsentiert. Abschnitte über Terror, Massenmord, Kriegsziele, Widerstand fehlen. In gefälligem Stil wird eine Menge an Lesefrüchten angeboten, darunter solche aus recht entlegenen Quellen. Mitunter sind Archivalien ausgewertet worden. Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen ... Trotz mancher Überschneidungen und Wiederholungen wirft das Buch eine Reihe von interessanten Schlaglichtern auf verschiedene Seiten des „alltäglichen“ Lebens unter dem Faschismus, beispielsweise unter dem Titel „Die Korruption“.

Hiermit sind auch schon die Grenzen des Buches angedeutet, das im englischen Original den anspruchsvollen Titel „A Social History of the Third Reich“ trägt. Grunberger entwertet auch annehmbare und gut formulierte Gedanken durch seine Ahnungslosigkeit (gelingend ausgedrückt) in bezug auf Klassenantagonismen und Klassenkampf im allgemeinen, auf das Wesen des Faschismus im besonderen. Er kennt immerhin „soziale Konflikte“ — und zwar „zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Stadt und Land, Erzeugern und Verbrauchern, Industrie und Handwerk“ (49 f.), anerkennt sogar auch im Faschismus wirkende, jedoch nicht näher definierte „Realitäten der Klassengegensätze“; „aber die materiellen Anreize der

Arbeit und die gefühlsmäßigen der Volksgemeinschaft verwandelten die Arbeiter in einen nicht mehr abzutrennenden Bestandteil der Gesellschaft der Nazis.“ (197)

In den historischen und gesellschaftlichen Grundfragen bricht bei Grunberger eine ausgesprochen konservativ-reaktionäre Gesinnung durch. Er versteigt sich bis zum Lob für die Nazis, deren „Maifeiertag“ z. B. „in deutlichem Gegensatz zu den Maifeiern der Weimarer Zeit mit ihrer Umwelt von Klassenkampf und Hetze und ihren resignierten, teilnahmslosen Massen“ (80, Anm.) gestanden habe. Auch andere „greifbare Früchte der Politik des Regimes“ findet er „erfreulich“ (36). Die Errichtung des faschistischen Regimes in Deutschland war für Grunberger vor allem eine „Revolution“ (196); unter Revolution versteht er allerdings ausdrücklich ein Betätigungsfeld für „den Gesetzesbrecher (um nicht zu sagen: den Verbrecher)“ (25). Auf der gleichen Linie liegt Grunbergers Behauptung, daß Hitler Deutschland mit dieser „Revolution“ von 1933 „in das Jahrhundert des gemeinen Mannes“ ge„zerrt“ habe (22).

Grunbergers These von der vollzogenen „Volksgemeinschaft“, der „verschworenen Gemeinschaft“ der ganzen Nation, die die Nazis besonders durch den Krieg hergestellt hätten (36), korrespondiert mit seinem völligen Stillschweigen darüber, daß es außer emigrierenden Wissenschaftlern und Künstlern sowie „Einzelpersonen“, die Opfern des Antisemitismus halfen (483), eine deutsche Widerstandsbewegung gab, deren Kern sich aus der revolutionären Arbeiterbewegung rekrutierte und an der Menschen aus allen Schichten des Volkes beteiligt waren.

Dietrich Eichholtz (Berlin/DDR)

Schätzle, Julius: Stationen zur Hölle. Konzentrationslager in Baden und Württemberg 1933—1945. Röderberg-Verlag, Frankfurt/M. 1974 (92 S., br., 6,— DM).

Die vorliegende Dokumentation wurde von Schätzle im Auftrag der Lagergemeinschaft Heuberg-Kuhberg-Welzheim nach Berichten ehemaliger Häftlinge und eigenen Erlebnissen zusammengestellt. „Erlebt“ hatte der Verfasser selbst die Landesgefängnisse Freiburg und Ulm, die Konzentrationslager Kuhberg, Emslandmoor, Welzheim, Dachau, Mauthausen, Neuengamme und schließlich das Häftlingsschiff „Cap Arcona“. Nach dem Krieg wurde Schätzle in den ersten Württemberg-Badischen Landtag gewählt. Heute ist er Vorsitzender der Lagergemeinschaft ehemaliger Häftlinge der Konzentrationslager Heuberg-Kuhberg-Welzheim.

Im „Musterländle“ Baden-Württemberg zählte man im Dritten Reich allein 74 Konzentrations- und Internierungslager bzw. 500 Zwangsarbeitslager; über 6000 Häftlinge verstarben. Heute verhängt man in Baden-Württemberg zahllose Berufsverbote, und es zählt zu den Vorreitern für den Abbau demokratischer Grundrechte. Wir

pflichten dem SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Dick (Ulm) bei, wenn er im Vorwort schreibt: „Jede Entwicklung von autoritären oder faschistischen Herrschaftsformen beginnt mit der Einschränkung und dem Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten und mit der Aushöhlung der geltenden Verfassung“ (9). Nüchtern fügt er hinzu: „... auch die parlamentarische Demokratie in unserem Lande steht unter dieser Bedrohung. Die zunehmende Tendenz zur Kapitalkonzentration in immer weniger Hände, z. B. in der Rüstungswirtschaft oder im Pressewesen, zeigt ganz deutlich, wohin der Weg gehen soll“ (10).

Der Verfasser skizziert in allen Einzelheiten die „Stationen zur Hölle“: das erste württembergische Konzentrationslager Heuberg; das Frauengefängnis Gotteszell; das alte Festungswerk Obere Kuhberg mit so prominenten Gefangenen wie der KPD-Landtagsabgeordnete Alfred Haag und der SPD-Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Schumacher; das staatliche Hofgut Ankenbruck und das Schloß Kis-lau; das Frauenarbeitserziehungslager Rudersberg und das Schutzhaftlager der Gestapo, Welzheim. „In diese Lager wurden die Verhafteten, die ‚Schutzhäftlinge‘ eingeliefert und ohne Gerichtsurteil Wochen bis Monate und manchmal auch jahrelang festgehalten, bis entschieden war, ob der Häftling entlassen, einem Gericht übergeben oder ohne weitere Formalitäten in eines der großen Konzentrationslager übergeführt werden sollte“ (13).

Greifen wir zwei noch nicht genannte Stationen heraus: Schörzingen und Grafeneck. Die Errichtung des Lagers Schörzingen begann 1943 mit 70 Häftlingen und füllte sich bis Oktober 1944 auf 1070 Häftlinge, „die in den für 400 Mann erbauten drei Baracken und vier Zelten zusammengepfercht hausen mußten. Die enge Unterkunft, die mangelhaften sanitären Einrichtungen und die miserable Ernährung waren so unmenschlich, daß auch die kräftigsten und gesündesten Häftlinge in kurzer Zeit arbeitsunfähig und krank waren. Je nach Jahreszeit mußte in den Bergwerksstollen 12 bis 16 Stunden gearbeitet werden“ (50). Bedeutung bekam Schörzingen, als mit der Wende des Zweiten Weltkrieges (Stalingrad) das Problem der Ölversorgung immer akuter wurde. Um die letzten Reserven zu mobilisieren, interessiert man sich auch für sein eigenes Ölschiefergebiet zwischen dem Schwarzwald und der Schwäbischen Alb. „Mit ungeheuren Kosten und Arbeitsaufwand wurde es möglich, durch Verschwelung aus dem Ölschiefer brauchbaren Treibstoff zu gewinnen. Trotz der unbezahlten Sklavenarbeit der KZ-Häftlinge beliefen sich die Kosten pro Liter Rohöl auf 1,50 Reichsmark, während der Handelspreis 2 Pfennig betrug“ (49). Schörzingen war ein Beispiel, wie faschistischer Staatsapparat und Kapital zusammenarbeiteten. „Die privaten Firmen waren verantwortlich für den Arbeitsablauf in den Stollen der Bergwerke und dem Tagebau, während die SS-Verwaltung für die Unterbringung, Verpflegung, Bewachung und für einen nicht versiegenden Zustrom neuer Arbeitskräfte aus dem Konzentrationslager Natzweiler sorgte“ (49).

Auf eine andere Art berüchtigt wurde das Vernichtungslager Grafeneck bei Zwiefalten. Bis zum Beginn der faschistischen Herrschaft waren dort Anstalten zur Pflege Geisteskranker und zur Therapie heilbarer Nerven- und Geisteskrankheiten. Nach 1933 tötete man dort systematisch alle kranken Juden, Ausländer und Geisteskranke; später auch geistig und körperlich behinderte Kinder. Den Transport der Kranken übernahm hierzu die von SS-Leuten getragene „Gemeinnützige Krankentransport-Gesellschaft mbH“. Insgesamt kamen in Baden und Württemberg rund 18 000 Geistesranke ums Leben. Die Broschüre enthält neben diesen Berichten noch ein alphabetisches Verzeichnis (samt Karte) von Konzentrationslagern in Baden und Württemberg. Ein Nachwort von Inge Aicher-Scholl und ein 11seitiger Bildanhang schließen die Broschüre ab.

Horst Löffler (Berlin/West)

Soziale Bewegung und Politik

Prittie, Terence: Konrad Adenauer. Vier Epochen deutscher Geschichte. Goverts Krüger Stahlberg Verlag GmbH, Stuttgart/Frankfurt/M. 1971 (495 S., Ln., 28,— DM).

Die autorisierte, „offizielle“ Adenauer-Biographie von Paul Weymar und die kritische Biographie von Charles Wighton haben schon den Lebensweg des ersten Bundeskanzlers bis in die fünfziger bzw. sechziger Jahre hinein nachgezeichnet. Und zahlreiche Einzeluntersuchungen geben mittlerweile Aufschluß über Adenauers Außenpolitik und die Art und Weise, wie er sie gegen den teilweise erbitterten Widerstand seiner Kontrahenten durchsetzte (z. B. Baring). Selbst ein so heikles Kapitel der Adenauer-Biographie wie seine Rolle in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg ist mittlerweile — freilich mit der hintergründigen Absicht, den ersten Kanzler der BRD vom Odium des Separatismus zu befreien — erforscht (z. B. Erdmann). Dasselbe gilt für Adenauers Anteil an der Präsidentschaftskrise von 1959 (z. B. Gotto). Was für einen Biographen bis zur Freigabe der persönlichen Akten Adenauers vorerst noch zu tun bliebe, wäre einerseits ein biographischer Nachtrag zu den letzten Regierungs- und Lebensjahren und andererseits eine kritische Untersuchung zur Interdependenz zwischen Innen- (bzw. Besatzungs-) und Außenpolitik während der Adenauer-Ära, die endlich mit der geradezu naiven und letztlich tendenziösen Legende bricht, der erste Bundeskanzler habe sein außenpolitisches Konzept der Wiederbewaffnung und Westintegration aus einem sozialen Vakuum heraus realisiert. Während Prittie die erste Aufgabe erfüllt — wobei er sich „in starkem Maße“ auf seine eigenen Berichte stützt, die er von 1946 bis 1963 als Deutschland-Korrespondent für den Manchester Guardian schrieb —, entzieht er sich der zweiten und honoriert historiogra-

phisch noch einmal den Primat der Außenpolitik, wie er aus Adenauers „Erinnerungen“ herauszulesen ist. Der Leser erfährt wenig Neues. Die Haupt- und Staatsaktionen, von denen der Autor berichtet, sind mit wenigen Ausnahmen genauso bekannt wie die Anekdoten, die er mehr oder minder wahllos einstreut, um Adenauer zu charakterisieren. So verzeihlich diese Mängel angesichts der Konventionen bürgerlicher Historiographie noch zu sein scheinen, so unerträglich ist schließlich die antikommunistische Demagogie, die Prittie sehr viel impertinenter und vulgärer einsetzt als Adenauer in seinen „Erinnerungen“. Bündiger und prägnanter, als der Autor dies selbst tut, wenn er zu erklären versucht, welche Faktoren die Deutschlandpolitik Adenauers zum Scheitern verurteilten (368 f.), vermag der Rezensent die vorliegende Biographie kaum zu qualifizieren: „Gegenüber der einzigartigen Verbindung von sowjetischer Brutalität, sowjetischer Verschlagenheit und sowjetischem Zweifel hätte kein Staatsmann der Weltgeschichte eine Verständigung erreicht, auch der Erzengel Gabriel und der Teufel nicht.“

Frank Niess (Heidelberg)

Morsey, Rudolf, u. a.: Konrad Adenauer — Ziele und Wege. Drei Beispiele. Konrad-Adenauer-Stiftung, Institut für Begabtenförderung. v. Hase und Koehler Verlag, Mainz 1972 (144 S., br., 12,80 DM).

Das Vorwort des ehemaligen CDU-Generalsekretärs und Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bruno Heck, verrät die politische Absicht, die hinter dieser Publikation stand. Sie sollte die Ausfälle der Opposition gegen die Politik der sozialliberalen Koalition dadurch substantiieren helfen, daß sie den Eindruck erweckte, als hätte die Regierung Brandt/Scheel das politische Erbe des ersten Kanzlers leichtfertig verspielt (11). An den Ausführungen Hans Buchheims über „Adenauers Deutschlandpolitik“ läßt sich diese Intention besonders deutlich ablesen (z. B. 93). Um die neue Ostpolitik in Mißkredit zu bringen, läßt er noch einmal die Mythen des kalten Kriegs Revue passieren. Es sei Adenauers Verdienst gewesen — so lautet die Quintessenz seiner von neueren Forschungsergebnissen kaum getrübbten Bilanz —, die Bundesrepublik nicht nur auf Westkurs gebracht und durch seine „Politik der Stärke“ vor der sowjetischen „Penetrationspolitik“ (84) gerettet, sondern später auch vor den deutschlandpolitischen Gefahren der sowjetisch-amerikanischen Verständigung bewahrt zu haben; eine Leistung, die eben unter seinem ersten sozialdemokratischen Nachfolger „verlorenzugehen“ drohte.

Der Demontage des gloriosen Adenauer-Bilds, die Heck eingangs als modische Attitüde beklagt, will offenbar Rudolf Morsey mit seinem biographischen Versuch über „Die politische Rolle Adenauers in der Zeit der Weimarer Republik und in der Ära der Besatzungs-

herrschaft (1919—1949)“ entgegenwirken. Denn er teilt dem Leser zwar viele wissenswerte Details aus der politischen Karriere dieses „rheinischen Granden“ mit, läßt ihn dann aber über die Komponenten der intransigenten Politik Adenauers — z. B. über seinen rigiden Antikommunismus — im unklaren, um schließlich wieder mit dem Klischee vom patriarchalischen Staatsmann aufzuwarten, der quasi zur Einsicht in die historischen Bewegungsgesetze geboren war und sie auch — flexibel in der Taktik, standfest im Prinzipiellen — wie kein westdeutscher Politiker nach ihm zu vollziehen wußte.

Wenig Gewinn bringt auch der Beitrag von Klaus Gotto über „Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten 1959“, der letztlich das Ende der „Ära Adenauer“ erklären (144), zugleich aber wohl auch bagatellisieren soll, indem er diese Entwicklung dem Umstand zuschreibt, daß Adenauer den Aufstieg der CDU-Fraktion im Bundestag zu einem eminenten Machtfaktor übersah und den Autoritätsverlust nicht gewahr wurde, den er dadurch erlitt.

Frank Niess (Heidelberg)

Osterheld, Horst: Konrad Adenauer. Ein Charakterbild. Eichholz Verlag, Bonn 1973 (136 S., Ln., 19,80 DM).

Poppinga, Anneliese: Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis. Weltanschauung und politische Praxis. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1975 (296 S., Ln., 24,— DM).

Die Literatur über Konrad Adenauer ist in den vergangenen Jahren beträchtlich angewachsen. Es haben sich nicht nur Politikwissenschaftler und Historiker über die Person und Politik des ersten Bundeskanzlers geäußert. Auch aus dessen Mitarbeiterstab sind Autoren hervorgetreten, die versuchten, den wissenschaftlichen Befund mit authentischen Kenntnissen abzurunden. Der eine — 1960 von Adenauer als Leiter des außenpolitischen Büros ins Kanzleramt berufen — debütiert mit einer Charakterstudie, die andere — langjährige Sekretärin Adenauers — will nun, nachdem sie 1970 schon mit ihren „Erinnerungen an Konrad Adenauer“ ihr biographisches Talent erprobt hatte, das Grundsätzliche in Adenauers Politik erforschen. Das Porträt, das Osterheld von Adenauer entworfen hat, ist zu einer nachgerade peinlichen Apotheose mißraten. Geschmack werden an dieser „Charakterstudie“ wohl nur jene Leser finden können, die das psychographische Gemisch aus Metaphern, Platitüden und Anekdoten goutieren, weil sie mit dem Autor darin übereinstimmen, daß Adenauer nicht nur ein Kanzler sui generis war, sondern die Inkarnation des besseren Deutschlands: der Deutschen „wahre Wiedergutmachung“ (113) und ihr Arzt (91). Wer die Ära Adenauer hingegen nicht ganz und gar unkritisch sieht, vermag dem Autor kaum zu folgen, wenn er Adenauer derart heroisiert, daß seine — geradezu idealen — Charakterzüge als die Determinanten der westdeutschen Politik schlechthin erscheinen (z. B. 45). Gegen die zahlreichen ande-

ren Apologien der politischen Konzeption und Praxis Adenauers hebt sich die von Osterfeld (z. B. 72, 99) nur als extrem personalistische Variante ab. Weniger entbehrlich als diese platte biographische Reverenz scheint eine Studie über die Grundsätze Adenauers und das Grundsätzliche in seiner Politik zu sein (Poppinga, 12), da bislang vor allem die „unpersönlichen“ Prämissen dieser Politik Gegenstand der Untersuchungen waren. Doch verspricht die Autorin im Titel und in der Einleitung ihrer Schrift mehr, als sie zu halten vermag. Nicht einmal das methodische Understatement, daß nur deskriptiv-analytische Arbeit zu leisten sei, da es auch nur um Adenauers Selbstverständnis gehe, löst sie gänzlich ein. Denn während sie Adenauer in extenso wörtlich zitiert oder referiert, also seine Konzeption beschreibt, beschränkt sie die Analyse, die in diesem Fall kategorisch auch Ideologiekritik umfaßt, auf ein fatales Minimum. Ganz zu schweigen davon, daß sie keinerlei Anstalten macht, die politische Konzeption und Praxis Adenauers miteinander zu vergleichen, was der Leser, der den Titel ernst nimmt, eigentlich erwarten dürfte. Je weiter die Lektüre fortschreitet, desto deutlicher entpuppt sich diese Monographie als pure Kompilation dessen, was von Adenauers Ansichten über die Geschichte, die Welt und den Menschen schriftlich überliefert ist: problematisch in der Methodik, teilweise konfus in der Organisation des Stoffes, redundant in der Form und unkritisch in der Sache.

Frank Niess (Heidelberg)

Schmidt, Stephan (Hrsg.): Schwarze Politik aus Bayern.
Ein Lesebuch zur CSU. Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied
1974 (156 S., br., 5,80 DM).

Die überwiegend dem progressiven Flügel der SPD und FDP zuzurechnenden Autoren möchten ihre Beiträge als Korrektur einer in weiten Bevölkerungskreisen tiefverwurzelten Anschauung verstanden wissen, die darauf hinausläuft, „Bayern zur folkloristischen Szene zu verniedlichen und der CSU in diesem Rahmen Narrenfreiheit zuzusprechen“ (7). Kurzartikel zu verschiedenen Aspekten der Politik und Programmatik der Strauß-Partei und die im Band ausgebreiteten Dokumentationen lassen jedoch vielmehr die Forderung dringlich erscheinen, daß sich um die CSU, die schon 1949 das Grundgesetz abgelehnt hat und die sich heute in der Praxis der Einhaltung selbst bürgerlich-demokratischer Verfassungsnormen immer stärker entzieht, nicht allein das Kabarett, sondern auch das Bundesverfassungsgericht kümmert.

Seit ihrer Gründung begleitete eine perfektionierte soziale Demagogie und Scharlatanerie den Weg dieser Partei, die in der BRD wohl am hartnäckigsten die ökonomische Macht jener wenigen verteidigt, „die man bequem in einem Kino unterbringen könnte, während die Millionen das Land bevölkern“ (80). Forderte die CSU unter dem starken Druck der antifaschistischen Bewegung und allgemeinen

Stimmung nach dem Kriege 1947 noch heuchlerisch, daß „nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches nur eine soziale Revolution den Wandel herbeiführen könne“ (13), so präsentieren sich die Goebbels-Schüler heute in der Öffentlichkeit — aber auch nur dort — als Sturmböcke gegen Arbeitslosigkeit und Inflation, wohlwissend, daß die von ihr vertretenen Millionäre ohne eine millionenfache Massengrundbasis schon sehr bald abdanken oder zur unverhüllten Herrschaft der Obristen übergehen müßten. Daß der CSU das letztere Lösungsmodell durchaus nicht fremd ist, verraten ihre offenen, inzwischen schon ganze Bibliotheken füllenden Sympathieerklärungen für faschistische und auf rassistischen Prinzipien aufbauende Systeme in der Welt. So erinnert der Herausgeber des vorliegenden Lesebuches, Stephan Schmidt, u. a. etwa an die wohl nur programmatisch zu verstehende Erklärung von Strauß, nach der „Südafrika keineswegs ein Polizeistaat sei, sondern dieses Land lediglich unter scharfer Kontrolle gehalten“ werde (149).

Theo Schiller, der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, hat den Klassencharakter der CSU präzise auf die Formel gebracht, daß das „Zentrum des CSU-Weltbildes die Orientierung am System der Kapitalinteressen und seiner Überlebensprobleme ist“ (9). Und diese Orientierung ist in der Tat total, wie beispielsweise die Abstimmungspraxis der CSU-Landesgruppe im Bonner Parlament dokumentiert. Wo auch nur die bescheidensten Ansätze einer Erweiterung der betrieblichen Rechte für die Beschäftigten, des Mieter- und Verbraucherschutzes oder etwa für eine Demokratisierung der Bildungseinrichtungen aufzutauchen drohten, schlugen die bayrischen Konzernparlamentarier sofort Alarm und legten der hin und wieder kleine Unsicherheiten offenbarenden CDU, wie der Münchener SPD-Vorsitzende Rudolf Schöffberger in einem zutreffenden Bild bemerkt, ihre „parlamentarischen Daumenschrauben“ an (32). — Es versteht sich von selbst, daß die Aufgaben und Zielsetzungen, ja die Existenz der Gewerkschaften überhaupt den lautstärksten Marktschreibern der „freien Welt“ ein ständiges Ärgernis sind. So philosophierte Hermann Höcherl, das einzige Mitglied des DGB in der Bonner CSU-Fraktion, über die Mitbestimmung: „Daß da Hinz und Kunz mitsprechen sollen, habe ich noch nie begriffen“ (89).

Norbert Steinborn (Berlin/West)

Ökonomie

Littmann, Konrad, u. a.: Umweltbelastung — Sozialökonomische Gegenkonzepte. Zur Internalisierung externer Nachteile. Verlag Otto Schwartz u. Co., Göttingen 1974 (108 S., br., 22,80 DM).

In bezug auf die Probleme der Umweltbelastung und Naturgefährdung hinkt die herrschende sozialwissenschaftliche Theorie der phy-

sich spürbaren Wirklichkeit weit hinterher. Während das Thema Umweltzerstörung mit seiner zweifelhaften Popularität schon von Schlagersängern aufgegriffen wird, fehlt für diese sogenannten „Nebenerscheinungen“ der Produktion und Konsumtion sowohl in den gängigen betriebswirtschaftlichen Produktionstheorien als auch in den volkswirtschaftlichen Wachstumstheorien eine wissenschaftliche Erklärung, die über gutgemeinte Verbesserungsvorschläge der als unzureichend vermuteten Kostenrechnung hinausgeht. Geradezu kennzeichnend für diesen Zustand erscheint die von den Ökonomen vorgenommene begriffliche Bestimmung der Umweltbelastung als *externe* Effekte der privaten Produktion. Von was sind diese Effekte eigentlich extern? Reales Gewicht erhält dieses Dilemma der Sozialwissenschaften aber erst dadurch, daß aus dem politischen Bereich Forderungen gestellt werden, zur Bewältigung der besorgniserregenden Umweltprobleme doch ökonomische Lösungsmuster bereitzustellen. In der Bundesrepublik erweist sich für diesen Zweck vor allem die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel als ein geeignetes Instrument; sie hat den Auftrag, die mit dem technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel zusammenhängenden Auswirkungen im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Gesellschaftspolitik zu untersuchen. Zu diesem Zweck vergibt sie Forschungsaufträge. Das vorliegende Buch stellt das Ergebnis eines dieser Forschungsaufträge dar.

In wohlthuender Offenheit wird zunächst die praktische Bedeutungslosigkeit der bisherigen wirtschaftswissenschaftlichen Theorien für den gegebenen Problembereich, insbesondere die Nutzlosigkeit der volkswirtschaftlichen Nutzentheorien (Wohlfahrts-Theorien) festgestellt. Andererseits wird durch die bloße Ablehnung der wohlfahrtsökonomischen Modelle versäumt zu fragen, warum eigentlich die Zerstörung der Natur und des natürlichen Reichtums der Menschen in den Produktions- und Wachstumstheorien nicht nur unbedenken, sondern vor allem unbegriffen bleibt. So reduzieren die Bearbeiter des Forschungsauftrages die ganze Fragestellung darauf, wie denn die Externalitäten der privaten Produktion zu internalisieren seien, was ihnen dann als bloßes Bewertungs- und Bemessungsproblem vorkommt. Zwei Argumentationsstränge sind für dieses Vorgehen entscheidend: *Erstens* wird die tatsächliche Gefährdung der gegebenen Produktionsweise bei weiterem Anwachsen der Umweltzerstörung und somit die Gefahr einer allgemeinen Reproduktionskrise erkannt. „Während der letzten Jahrzehnte traten externe Effekte vor allem aufgrund neuer Produktionstechniken in immer größerem Umfang und mit zunehmender Intensität auf. Sie bewirken ein Auseinanderfallen von privatwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Kosten- und Erlösrechnungen mit der Folge, daß das marktwirtschaftliche Preissystem die Knappheiten der Güter und Faktoren verzerrt oder — deutlicher ausgedrückt — falsch widerspiegelt. Durch den Prozeß der Zunahme von Externalitäten werden die wesentlichen Vorzüge einer marktwirtschaftlichen Ordnung in Frage gestellt“ (19). *Zweitens* wird aber keineswegs untersucht, ob

möglicherweise ein anderes Wirtschaftssystem als die Marktwirtschaft die entstandenen Wachstums- und Allokationsprobleme besser lösen könne, sondern die Güte der Instrumente wird davon abhängig gemacht, wie sie der Marktwirtschaft wieder auf die Beine helfen können. „Soweit technisch möglich und unter Berücksichtigung der Kosten des Mitteleinsatzes vertretbar, sind auf jeden Fall diejenigen Verfahren, die eine *Internalisierung der externen Effekte* verfolgen, alternativen Methoden zur Vermeidung oder Aufhebung externer Nachteile überlegen, weil nur durch die Internalisierung das marktwirtschaftliche Rechnungssystem wieder funktionsfähig gemacht werden kann“ (20). Warum eigentlich? Bemerkenswert an dem Gedankengang ist allerdings, daß die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems von dem Gelingen der Internalisierung externer Effekte abhängig gemacht wird. Der Hauptteil des Buches wendet sich daher den Möglichkeiten der Bewertung und Internalisierung externer Effekte zu. Scheinbar eine bloße Rechenaufgabe.

Notwendige und keineswegs hinreichende Voraussetzungen für die Internalisierung externer Effekte sind deren physisch-qualitative Messung und Bewertung sowie der ökonomische Vergleich von Schaden bzw. Nutzen. Es ist aber schon ein grundsätzlicher Fehler, externe Effekte als Kostengrößen zu verstehen, etwa wenn vom Auseinanderfallen von privatwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Kostenrechnungen gesprochen wird. Externe Effekte sind die Gesamtheit der physisch-stofflichen und energetischen Prozesse und Wirkungen, die durch die Produktion ausgelöst werden, sich aber nicht in der Wertrechnung der Einzelbetriebe niederschlagen. Dazu zählen auch die Zweit- und Drittfolgen dieser Aktivitäten, und es kann gerade im Naturhaushalt aufgezeigt werden, daß ein vielzweiges und selten monokausales Wirkungsgefüge natürlicher Prozesse besteht. Es kann nachgewiesen werden, daß innerhalb dieses Wirkungsgefüges *erstens* eine unzählbare Menge von stofflich-energetischen Folgewirkungen gegeben ist und daß *zweitens* die Isolierung einzelner Kausalketten und somit eine eindeutige Zurechenbarkeit von Verursachung und Folgewirkung vielfach unmöglich ist. Deren eindeutige physisch-qualitative Bestimmung stellt jedoch die Voraussetzung dar, einzelne oder alle Effekte ökonomisch bewerten oder gar als Kosten angeben zu wollen. Wenn die Internalisierung als methodisches Prinzip generell und nicht nur in irgendwelchen Einzelfällen tatsächliche Knappheiten von Gütern und Faktoren anzeigen soll, dann müßte in einem gesellschaftlich-naturalen Totalmodell jeder stofflich-energetische Vorgang und jede Wirkung Bestandteil einer gesellschaftlichen Nutzwert- und Kostenrechnung sein, so daß der Schaden von schmutzigen Abwässern mit der gleichen Eindeutigkeit wie der Nutzen eines wohltuenden Spaziergangs eines abgearbeiteten Wissenschaftlers durch einen stillen, schönen Wald angegeben werden kann. Daß ein solches theoretisches Nutzen-Kosten-Modell der Gesellschaft glücklicherweise ein Hirngespinnst ist, macht aber auch eine theoretisch und praktisch befriedigende Internalisierung exter-

ner Effekte unmöglich und eröffnet bei allen Internalierungsrechnungen eine beliebige Manipulation. Wenn die Internalisierung der externen Effekte also tatsächlich die notwendige Bedingung für die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems darstellt, steht es um dessen Überlebenschancen nicht gut.

Das Verdienst der Autoren liegt im Aufzeigen eines ganz anderen Weges, der das Marktsystem modifiziert und dem Kapitalismus in den folgenden Jahren vielleicht ein neues Gesicht gibt. Es ist der direkte Eingriff zur Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion, die direkte Planung und Steuerung stofflich-energetischer Prozesse auf allen Entscheidungsebenen. Die Frage ist nur, welches Ausmaß und welche Qualität diese Form des Staatseingriffes annehmen kann.

Hans Immler (Berlin/West)

Blätter für deutsche und internationale Politik

7 '75

G. Matthiessen: Abrüstung — von der Utopie zum Sachzwang? Eine Bestandsaufnahme der bisherigen Ergebnisse und der Perspektiven der Abrüstungsbemühungen

B. Moldenhauer: Politische und ökonomische Entstehungsbedingungen der zivilen Atomindustrie

W. v. Bredow: Zum Ausbau des Instrumentariums der „Inneren Sicherheit“ in der BRD

W. Hecker: Zum Orientierungsrahmen '85 der SPD

L. Bieber: Zur Entwicklung in Argentinien unter den peronistischen Regierungen seit 1973. Die Rolle des Peronismus

G. Meyer: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland (1917—1930)

J. Goldberg: Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

J. Huffschmid: Aus dem Alltag der Marktwirtschaft: Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Politischer Aktionsplan der Bewegung der Streitkräfte Portugals vom 21. Juni 1975

20. Jahrgang, Juli 1975, Heft 7

8 '75

Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Ansprachen auf der Abschlußsitzung der KSZE vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki

Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Entschließungen und Stellungnahmen zu den Ergebnissen der KSZE:

Erklärung des Europäischen Rates vom 17. Juli 1975 zu den Ergebnissen der KSZE

Entschließung des Deutschen Bundestages zu den Ergebnissen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 28. Juli 1975

Erklärung des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in Brüssel vom 28. Juli 1975

Erste Stellungnahme des Vorsitzenden des Initiativkreises KSZE in der Bundesrepublik, Prof. Dr. Walter Fabian, zum Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

20. Jahrgang, August 1975, Heft 8

Herausgeber: Hilde Bentele †, Wilfried Frhr. v. Bredow, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer †, Jörg Huffschmid, Urs Jaeggi, Gerhard Kade, Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschnig, Hans Rheinfelder †, Helmut Ridder, Robert Scholl †, Fritz Strassmann, Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen, Ernst Wolf †. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,— DM; im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten, Schüler, Wehr- und Ersatzdienstleistende 3,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115

Blätter für deutsche und internationale Politik

9 '75

K. Ehrler: Verpflichtungen und Perspektiven der Bonner Vertragspolitik zwischen Helsinki und Belgrad

W. Jeschow: Vom Kalten Krieg zur friedlichen Koexistenz. Zwanzig Jahre Beziehungen UdSSR-BRD aus der Sicht eines sowjetischen BRD-Experten

H.-J. Axt: Aktuelle Tendenzen der Bonner Westeuropa-Politik

G. Matthiessen: Die Wiener Gespräche über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Zentraleuropa

J. Kuczynski: Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht

H.-P. Schneider: Vom Rechtsstaat zum Gesinnungsstaat? Wider den Umgeist der Inquisition im Lenhart-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

A. Sörgel/J. Huffschmid: Aufschwung für wen? Zu Sondergutachten und Konjunkturprogramm

F. Deppe: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Anmerkungen zu Kurt H. Biedenkopfs „Fortschritt in Freiheit“

20. Jahrgang, September 1975, Heft 9

Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,— DM; im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten, Schüler, Wehr- und Ersatzdienstleistende 3,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115

mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

8

E. Glombowski, W. Pfaffenberger und J. B. Vetter: Gesamtwirtschaftliche Grundbegriffe und -beziehungen, Akkumulation und Beschäftigung; Studienmaterialien Teil II

A Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft in marxistischer Sicht

1. Der Arbeits- u. Verwertungsprozeß des Kapitals; 2. Die Produktion von absolutem und relativem Mehrwert als Formen der Selbstverwertung des Werts im unmittelbaren Produktionsprozeß. 3. Der Akkumulationsprozeß des Kapitals; 4. Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate

B Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft in bürgerlicher Sicht

November 1974

9

J. Mendner: „Humanisierung der Arbeit“ als gewerkschaftliches Problem

G. Ortmann: Zum Theoriestatus der Betriebswirtschaftslehre

H. Arndt, G. Famulla: Die Leitung des kapitalistischen Produktionsprozesses — Eine Auseinandersetzung mit begrifflichen Bestimmungen des kapitalistischen Charakters von Leitung

Juni 1974

Erscheint unregelmäßig. Preis für Bd. 8 = 12,50 DM, Bd. 9 = 9,50 DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Mehrwert, 1 Berlin 62, Salzburger Str. 8

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

6 '75

E. Jobst/U. Marmai: Weltanschauliche und wissenschaftstheoretische Probleme des Verhältnisses von Natur- und Technikwissenschaften

G. Lange: Der Inhalt des Begriffs „Nation“ in der spätbürgerlichen Ideologie der BRD

M. Hagen: Der „westliche“ Marxismus — eine antikommunistische Variante bürgerlicher Ideologie

J. Höppner: Zur Problematik des Egalitarismus

J. Bönisch/K.-P. Noack: Zu einigen Unterschieden zwischen moralischen Normen, Werturteilen und Aussagen

A. Lange: Gedanken zum Schicht-Begriff der marxistisch-leninistischen Theorie der Klassen und des Klassenkampfes

7 '75

H. Korch/W. Ennuschat: Engels' „Dialektik der Natur“ und die Einheit der naturwissenschaftlichen Erkenntnis

H. Hörz: Experiment — Modell — Theorie

F. Gehlhar: Raum und Zeit als Existenzformen der Materie

P. Beurton: Zur Dialektik in der biologischen Evolution

Cz. Nowinski: Biologische Gesetze und dialektische Methode

U. Röseberg: Widerspiegelung objektiver Naturdialektik in mathematisierten naturwissenschaftlichen Theorien

K. Skiebe: Überlegungen zur Gesetzesproblematik in der Biologie

I. Bauer: Friedrich Engels' „Dialektik der Natur“

H. Ley: Zum Stand der Entwicklungstheorie in den Naturwissenschaften

R. Simon: Chemie und Dialektik

13. Jahrgang, Juni 1975, Heft 6

13. Jahrgang, Juli 1975, Heft 7

Erscheint monatlich. — Einzelheft 6,— DM. Jahresabo 72,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Buchexport, DDR 701 Leipzig, Leninstr. 16

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

Demokratische Erziehung

8 '75

J. Becher/P. Friedrich: Struktur der sozialistischen Produktionsverhältnisse und ökonomische Gesetze des Sozialismus

H. Beyer: Bedingungen und Merkmale des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern Europas

E. Fromm/K. Skolowski: Zum Platz des Pluralismus in der gegenwärtigen bürgerlichen Ideologie

R. Moritz: Gesellschaftliche Widersprüche in der Volksrepublik China

W. Kirchgässner/H. Sänger: Erkenntnistheoretische und pädagogische Probleme bei der Verwendung von Lehr- und Lernmitteln in der Ausbildung von Philosophiestudenten

E. Kaiser/H. Poldrack: Meinungsstreit zu den Fragen der marxistischen Wahrheitstheorie

G. Biedermann/F. Lindner: Schelling-Konferenz in Jena

Ch. Iwasaki: Über das philosophische Leben in Japan

13. Jahrgang, August 1975, Heft 8

Erscheint monatlich. — Einzelheft 6,— DM. Jahresabo 72,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Buchexport, DDR 701 Leipzig, Leninstr. 16

5 '75

Zu Problemen der Lehrerausbildung und -beschäftigung

K.-O. Bauer: Zu einigen Voraussetzungen der Lehrerbedarfsprognosen

M. Hetzel: Entwicklung und Funktion der Lehrerausbildungsgesetze

I. Pieper: Erste Erfahrungen mit der einphasigen Lehrerausbildung

R. Casjens/B. Wilhelmer: Projektstudium als Studienreform

J. Förster/U. Jakat: Zur Problematik der zweiphasigen Lehrerausbildung

G. Schefer: Gesellschaftskrise und Schule

H. Bethge/L. Doormann: Aktionen, Probleme und Perspektiven von Elternprotesten

M. Otte/H. Steinbring: Zum Verhältnis von Wissenschaft und Unterricht

H.-M. Große-Oetringhaus: Theorie und Praxis einer Erziehung zur Befreiung. Bildung und Erziehung in den ehemaligen portugiesischen Kolonien

1. Jahrgang, September 1975, Heft 5

Erscheint alle zwei Monate. — Einzelheft 5,— DM; im Jahresabo 3,50 DM, für Schüler, Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende 3,— DM zuzügl. Porto. Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115

PROBLEME DES KLASSEN- KAMPFS

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

19/20/21

Redaktionskollektiv Gewerkschaften: Kapitalistische Krise, Arbeitslosigkeit und Krise der Gewerkschaftspolitik in der BRD

Hoffmann/Semmler: Kapitalistische Krise und Arbeitslosigkeit in der BRD

E. Hildebrandt: Entwicklung der Beschäftigtenstruktur und der Arbeitslosigkeit in der BRD

Fuhrke/Heimann: Das System der sozialen Sicherung in der BRD

Funke/Neusüß: Wirtschaftskrise und Krise der Gewerkschaftspolitik

A. Roemer: Krise und Gewerkschaftspolitik in Italien

Unger/A. Neusüß: Das neueste Problem des Klassenkampfes — Der Kampf gegen die Abbildtheorie

W. Spohn: Die technologische Abhängigkeit der Sowjetunion vom Weltmarkt

Machower/Offenberg: Der Zionismus und sein Popanz

Schultz: Ökonomische Voraussetzungen bäuerlicher Interessvertretung in der BRD (Teil I)

5. Jahrgang, Oktober 1975, Heft 2

Erscheint jährlich in sechs Heften, die in der Regel in zwei Einfach- und zwei Doppelheften ausgeliefert werden. — Einfachheft 7,— DM, Doppelheft 10,— DM. Jahresabo 31,— DM. — Bestellungen über Buchhandel und Politladen Erlangen, 852 Erlangen, Postfach 2849

NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

257/258

E. Fried: Nichts gelernt seit Hitler
H. Pataki: Frauen sind keine Engel

J.-P. Vigier: Monopole im Wettlauf

A. Blechschmidt: Krise: 2. Produktions- u. Absatzkrise 1929 u. 1974

M. Nikolinakos: Internationale Arbeitsteilung und Arbeiterimmigration

focus-Kollektiv: Fremdarbeiter und Akkumulation in der Schweiz

E. Walterskirchen: Fremdarbeiter und Konjunkturzyklus in Österreich

21. Jahrgang, Mai/Juni 1975, Heft 4

259/260

G. Nennung: Wie die Sozialdemokratie siegen wird

W. Vogt: Eine zweite Volkspartei brauchen wir nicht

P. Handke: Persönliche Bemerkungen zum Jubiläum der Republik

Dokumentation: Graz — Stadt der Volkserhebung

Gemeindedokument: Regelung der Prostitution

E. Özgüç: Der Türken Kreuzberg

J. Berger: Saisoniers. Unter den Kellern von Genf

H. Pataki: Als Fremdarbeiterin in der Schweiz

21. Jahrgang, Juli/Aug. 1975, Heft 5

Erscheint in 12 Heften im Jahr, z. T. in Doppelheften. — Einzelheft 6,50 DM, 44,— öS, 7,— sfr; im Jahresabo 53,— DM, 360 öS, 58,— sfr. — Bestellungen über Buchhandel und Neues Forum, A 1070 Wien, Museumstr. 5

psychologie heute

7 '75

E. M. Hetherington: Mädchen ohne Vater

C. M. Eschenröder: Kritik psychoanalytischer Interpretationen

A. Witt: Sexualität im Knast

D. T. Lykken: Wem sagen Lügendetektoren die Wahrheit

R. Bastine: Auf dem Wege zu einer integrierten Psychotherapie

B. Schrink: Jubiläum im Bodensee. Die 25. Lindauer Psychotherapie-Woche

R. Wormser: Nicht-verbale Kommunikation

Demokratisierung der Zukunft. Ein Gespräch mit dem Futurologen Robert Jungk

G. Keller: Wähler-Psychologie

Sexualaufklärung anno 1780

E. Berscheid / E. Walster: Wer schön ist, ist auch gut

8 '75

K. J. Klauer: Auswege aus der Jensen-Debatte

M. Jurgeleit / R. Stürmer: Was Schüler von geistig behinderten Kindern denken

E. Walster / J. A. Piliavin / G. W. Walster: Die Unbezwingbaren. Warum Männer Interessen an Frauen zeigen, die wenig Interesse an Männern haben

A. Weisman: Sterben als sozialer Prozeß

L. Witzel: Beobachtungen an Sterbenden

W. Bungard / H. E. Lück: Wann nicht-reaktive Meßverfahren Fragebögen und Laborexperimente ersetzen können

H. Petzold: Die Transaktionale Analyse E. Berne's in der praktischen Bewährung

A. Bruggemann: Messung der Arbeitszufriedenheit

D. Zebergs: Psycholinguistik zwischen Monolog und Dialog

D. O. Hebb / W. E. Lambert / G. R. Tucker: Was kommt nach der Kontroverse zwischen Noam Chomsky u. B. F. Skinner

H. Ostermeyer: Die bestrafte Gesellschaft. Die Auswirkungen des law and order Denkens

2. Jahrgang, Juli 1975, Heft 7

2. Jahrgang, August 1975, Heft 8

Erscheint monatlich. Einzelheft DM 5,- (sfr 7,-) zuzügl. 1,- DM Versandkosten. Jahresabo DM 45,-. Bestellungen über Buchhandel und Beltz Verlag, 694 Weinheim, Postfach 1120

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

4 '75

Jugend und Gesellschaft

W. Gehrcke: Neue Probleme des Kampfes der Arbeiterjugend

C. Freund-Mölbert: Zum System der Jugendpolitik des Imperialismus in der BRD

St. Lehndorff: Studenten im Kampf gegen die Krisenlasten

F. Herve: Berufsausbildung von Mädchen in der BRD

D. Gautier: Die Jugend im antimilitaristischen Kampf

U. Sander: Zur verstärkten jugendpolitischen Initiative der Rechtskräfte in der BRD

A. Krooss: Politische Erziehung der Kinder in den ideologischen Auseinandersetzungen

J. H. v. Heiseler: Bewußtseinsentwicklung der arbeitenden Jugend

T. Neumann: DKP und Jugend

J. Hund: Sozialistische Jugendpolitik in der DDR

M. Schäfer: 40 Jahre VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

M. Kapluck: Zu den Landtags- u. Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen

13. Jahrgang, Juli/Aug. 1975, Heft 4

5 '75

Freiheits- und Eigentumsideologie des Großkapitals

W. Abendroth: Das Problem des Berufsverbots für Marxisten, Sozialisten und radikale Demokraten und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

R. Steigerwald: Bürgerliche Freiheitsauffassungen — Phrasen und Wirklichkeit

H. Adamo: Die imperialistische Freiheitsdemagogie der CDU/CSU

K. Pickshaus: Freiheits- und Eigentumsauffassungen im SPD-Orientierungsrahmen '85

K. Priester: Konservatismus in neuem Gewand — Autoritätsvorstellungen der Unternehmerverbände

H. Schäfer: Die Angriffe des Großkapitals auf den sozialen Besitzstand der Arbeiterklasse

H. Steininger: Über die Freiheit in der sozialistischen Gesellschaft

M. Allendorf: Die Frau in der DDR — Dichtung und Wahrheit

13. Jahrgang, September/Oktober, Heft 5

Erscheint alle zwei Monate. — Einzelpreis 4,— DM. Auch im Abo erhältlich. Bestellungen über Buchhandel oder Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt/M. 50, Hedderheimer Landstr. 78 a

<i>Moravia, Sergio: Beobachtende Vernunft. Philosophie und Anthropologie in der Aufklärung (U. Enderwitz)</i>	876
<i>Prauss, Gerold: Kant und das Problem der Dinge an sich (G. Kimmerle)</i>	878
<i>Hinz, Berthold: Die Malerei im deutschen Faschismus (S. Wenk)</i>	880

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Arens, Hans: Sprachwissenschaft (H. Haberland)</i>	883
<i>Klein, Wolfgang: Variation in der Sprache (P. Eisenberg)</i>	884
<i>Albrecht, Günter, u. a.: Lexikon deutschsprachiger Schriftsteller (E. Schütz)</i>	885
<i>Grab, Walter: Leben und Werke norddeutscher Jakobiner (W. Griep)</i>	887
<i>Garber, Jörn (Hrsg.): Revolutionäre Vernunft. Texte zur jakobinischen und liberalen Revolutionsrezeption in Deutschland 1789—1810 (R. Kawa)</i>	889

Soziologie

<i>Held, Karl: Kommunikationsforschung — Wissenschaft oder Ideologie (W. Beutin)</i>	891
<i>Schubert, Günter, u. a.: Kommunikation (M. Heun)</i>	892
<i>Arbeitsgruppe Kritische Publizistik: Welttheater für Eidgenossen (M. Heun)</i>	894
<i>Buselmeier, Michael (Hrsg.): Das glückliche Bewußtsein (A. Soppe und H. Walter)</i>	895
<i>Holzer, Horst: Kinder und Fernsehen (S. Zielinski)</i>	897
<i>Schwarzer, Alice: Der „kleine Unterschied“ und seine große Folgen (R. Camerer)</i>	847
<i>Chessler, Phyllis: Frauen — das verrückte Geschlecht (J. Hempel)</i>	854
<i>Dannecker, Martin, u. Reimut Reiche: Der gewöhnliche Homosexuelle (Th. Graf u. M. Herzer)</i>	859
<i>Humphreys, Laud: Klappensexualität (Th. Graf u. M. Herzer)</i>	859

Psychologie

<i>Buser, Remo: Ausdruckspsychologie (V. Schurig)</i>	898
<i>Dannhauser, Heinz: Geschlecht und Persönlichkeit (M. Herzer)</i>	900

Geschichte

<i>Sohn-Rethel, Alfred: Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus (D. Eichholtz)</i>	902
--	-----